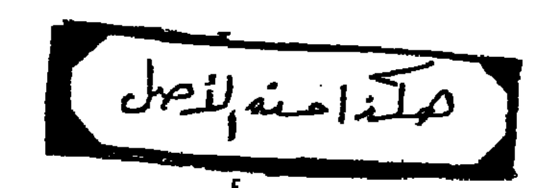


Montag, 15. Oktober 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 242 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Grüne Bedingungen: Nur bei einem sofortigen Atomenergie-Ausstieg und bei einem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle kann die SPD in Nordrhein-Westfalen mit einer Tolerierung der Grünen rechnen. Auf der Delegiertenversammlung in Detmold hieß es, wenn die SPD hierzu nicht bereit sei, nehme man einen Ministerpräsidenten Worms in Kauf. (S. 12)

NATO-Austritt: Auf einem Juso-„Friedenskongreß" in Frankfurt hat sich die SPD-Nachwuchsorganisation für einen NATO-Austritt der Bundesrepublik ausgesprochen, sofern die Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren die Rüstung nicht begrenzen sollte.

FDP-Kandidatur: Nach den Beratungen führender Freidemokraten in NRW am Wochenende zeichnet sich ab, daß der frühere Düsseldorfer Regierungspräsident Rohde FDP-Spitzenkandidat für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen sein wird. (S. 12)

Militärhilfe: Die Panzer Chinas sollen mit modernen israelischen Kanonen und Zielvorrichtungen ausgerüstet werden, berichtet die „Sunday Times".

Päpstlicher Wunsch: Johannes Paul II. äußerte zum Abschluß seiner Karibik-Reise den Wunsch, Kuba zu besuchen. Der Papst sagte, er sei bereit, überall hinzugehen. Vorläufig fehle für einen Besuch aber die Einladung. (S. 12)

Protest Spaniens: Madrids Außenminister Moran hat die heimliche Durchfahrt eines sowjetischen U-Bootes durch die Straße von Gibraltar als „schweren Zwischenfall" bezeichnet. Der Vorfall wurde nach dem Zusammenstoß des Bootes mit einem spanischen Frachter bekannt. (S. 8)

Waffenladung: Nach Angaben des Pariser Verteidigungsministeriums stammt die für Botswana bestimmte Waffenladung eines auf dem Athener Flughafen festgehaltenen französischen Flugzeuges aus „keinem regulären französischen Exportvorgang mit Waffen". Athen hält die Maschine wegen Verstoßes gegen Waffentransport-Bestimmungen fest.

Flucht: Einem auf Spitzbergen arbeitenden 43jährigen sowjetischen Wissenschaftler ist als blindem Passagier an Bord eines norwegischen Schiffes die Flucht in den von Oslo verwalteten Teil der Inselgruppe Svalbard geglückt.

Rolle rückwärts im Denkmalschutz?

Landauf, landab wird am Baurecht gedreht. Dabei fallen Regelungen weg, die dem Schutz alter Bausubstanz gedient haben. Denkmalpfleger klagen über knappe Etats, Mangel an Verständnis bei Politikern und in der Öffentlichkeit. Rollt eine Abbruchwelle auf die Städte zu? Seite 4

WIRTSCHAFT

Seefischerei: *Auf einem* Seefischerei-Symposium in Bremerhaven erklärten sich Arbeitgeber, -nehmer und Regierung bereit, im Interesse der deutschen Hochseefischerei und Fischverarbeitung *an einem Strang zu ziehen.* Einmütig traten sie für eine Fangunion der letzten vier Fischerei-Reedereien ein. (S. 13)

Kooperation: Trotz des Verlustes der *fünfprozentigen Beteiligung* am Crédit du Nord nach der französischen Bankenverstaatlichung hat sich die Zusammenarbeit mit den Franzosen nach Meinung der Bayerischen Vereinsbank bewährt. Beide Seiten lobten den „einmaligen Charakter" der K*ooperation. (S. 15)*

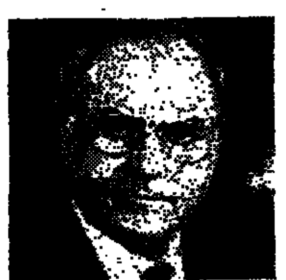
Werkzeugmaschinen: Italiens Werkzeugmaschinen-Industrie rechnet 1984 bei einem realen Zuwachs von 8 Prozent mit einem *Umsatz von 1820 Milliarden Lire.* (S. 14).

KULTUR

„Großer Preis": Der mit 10 000 Mark dotierte „Große Preis" der Stadt Mannheim ist zum Abschluß der 33. Mannheimer Filmwochen dem Wiener Regisseur Dor für sein Erstlingswerk „Malambo" verliehen worden. Zehn Filme hatten sich beworben.

Deutsche Akademie: Unter dem Thema „Kind und Literatur – Literatur für Kinder" stand die Tagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Verschiedene Denkansätze trugen der Schriftsteller Härtling und die Kultursoziologin Rutschky vor.

ZITAT DES TAGES



» Die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und die Anwendung von Gewalt in Afghanistan schwächen das Vertrauen in die sowjetische Politik und belasten das Ost-West Verhältnis «

Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Besuch in Pakistan

FOTO: WERNER SCHÜRING

SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer, Chef der deutschen Nationalmannschaft, hat seine Aufstellung für das Spiel gegen Schweden bekanntgegeben. Allofs und Rahn sind nicht dabei. (S. 16)

Handball: Meisterschaftsfavorit TuSEM Essen bleibt nach einem 16:15-Erfolg beim VfL Gummersbach ohne Punktverlust. Die Schiedsrichter zeigten gleich drei Spielern die Rote Karte. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Geisterschiffe: Jahr für Jahr verschwinden Schiffe spurlos auf den Weltmeeren. Entweder werden sie Opfer riesiger Grundseen oder wirtschaftskrimineller Piraten, die Ladungen kapern und Versicherungen um Millionen Mark betrügen. (S. 20)

Bären-Invasion: Siedlungen in Alaska müssen sich derzeit einer Bäreninvasion erwehren. In einigen Gebieten soll es wegen milder Winter, die zu einer Vermehrung der Tiere führten, bereits mehr Grizzlys und Schwarzbären als Menschen geben.

Wetter: Heiter bis wolkig. Zwischen 14 und 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der Weltgeist zu Pferde – Gastkommentar von Professor H.-D. Ortlieb S. 2

USA: Ein Prozeß um Vietnam, freie *Presse* und *120 Millionen* Dollar – Führung getäuscht? S. 3

Friedensbewegung: Mangelnde Argumente, geringer Zulauf, bedeutend schwächer S. 5

Tory-Parteitag: Nach dem Anschlag – Kritik an Frau Thatcher verstummt plötzlich S. 8

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 9

Fernsehen: „Der fliegende Ferdinand" – Neues von tschechischen Filmemachern S. 10

Berlin: Senator Kunz: „Null Bock"-*Mentalität ist* bei den Jugendlichen passé S. 12

Doping: „Die Debatte ist Heucheln und Lügen" – Symposium in Berlin S. 18

Pankraz: Sohnrey und die neue Heimatkunst – Blind gegenüber einer Tragödie S. 19

Jubiläums-Kongress in Bonn: 200 Jahre Ausbildung für die Blinden S. 20

Ceausescu vor Bonn-Besuch: Politik Rumäniens unabhängig

Deutschstämmige sollen im Land bleiben / Mehr Wirtschaftskooperation erwünscht

MANFRED SCHELL, Bonn

Der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu hat unmittelbar vor seinem Besuch in Bonn die „Politik der nationalen Unabhängigkeit" seines Landes betont. In einem WELT-Interview sagte Ceausescu – ohne auf die Absagen von SED-Generalsekretär Honecker und des bulgarischen Parteichefs Schiwkow einzugehen –, er unternehme diesen Besuch in „Anbetracht der Beziehungen" zwischen beiden Ländern. Solche Kontakte seien dazu angetan, neue Möglichkeiten der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit zu eröffnen. Ceausescu unterstrich, daß sein Land nicht mehr auf Auslandskredite zurückgreifen, sondern sich „auf die eigenen Kräfte" stützen wolle. Bukarest sei aber an einer umfassenden Produktionskooperation zum Beispiel durch die Schaffung gemischter Gesellschaften gelegen.

Auf die Frage, wie er die Zukunftsperspektiven der in Rumänien lebenden Menschen deutscher Abstammung sehe, antwortete Ceausescu: „Ich bin der Ansicht, daß Rumänien das Vaterland auch der rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität ist. Wer seit über 700 Jahren hier wohnt, kann kein anderes Vaterland haben." Diese Menschen seien rumänische Staatsbürger „mit allen Rechten" und auch „Pflichten". Ihre Gegenwart und Zukunft sei eng verbunden mit der Entwicklung des Landes, mit der Erhöhung des „Wohlstands des ganzen Volkes". Ceausescu, der in Bonn auf die Probleme der Deutschen in Rumänien angesprochen wird, meinte, es gebe „keinen Grund dafür, daß ein Bürger allein darum das Land zu verlassen wünscht, weil er die eine oder andere Sprache spricht. Ihr Platz ist ganz im Gegenteil hier in Rumänien..."

Ausführlich bezog Ceausescu in dem Interview auch Stellung zur Raketendiskussion. Es gebe hier ein „relatives Gleichgewicht" zwischen der Sowjetunion und den USA. Das Wettrüsten müsse beendet werden, denn es gebe „zu viele Waffen – klassische

SEITEN 6 UND 7:
Das Interview im Wortlaut
SEITEN 2, 13 UND 14:
Weitere Beiträge

sowohl wie aber vor allem Kernwaffen". Wiederholt nannte Ceausescu in diesem Zusammenhang die USA und die Sowjetunion in einem Atemzug, als er die NATO-Nachrüstung und die von Moskau angekündigten „nuklearen Gegenmaßnahmen" ansprach. „Wir sind der Ansicht, daß diese Maßnahmen durch nichts gerechtfertigt werden, weder auf der einen noch auf der anderen Seite, daß es notwendig ist, die Stationierung der Nuklearraketen durch die USA und als Folge dessen die Durchführung der nuklearen Gegenmaßnahmen durch die Sowjetunion aufzuhalten", damit die Verhandlungen zwischen den Großmächten wiederaufgenommen werden. Die USA sollten hier den ersten Schritt tun. „Ich habe jedoch im Auge, daß auf diesen ersten Schritt zu *gleicher Zeit ein entsprechender* Schritt der anderen Seite folgt..." Dadurch würden nach seiner Einschätzung die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen von Genf oder woanders geschaffen.

Die Mitgliedschaft Rumäniens in dem Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe des Ostblocks (RGW) „steht nicht im Widerspruch zu den nationalen Interessen und zur Politik der nationalen Unabhängigkeit". Der RGW spiele eine wichtige Rolle. Im Hinblick auf den Warschauer Pakt sagte Ceausescu: „Ich möchte nicht mit der gleichen Begeisterung auch über diesen Vertrag sprechen – es wäre gut gewesen, wenn man nicht zu den beiden Militärpakten gekommen wäre, weder zur Gründung der NATO noch des Warschauer Vertrages."

Ceausescu bestätigte in dem Interview, daß sich Rumänien nicht an den Manövern des Ostblocks beteiligt. Rumänien sei der Auffassung, daß auf solche „Machtdemonstrationen" verzichtet werden sollte. Rumänien vertrete deshalb den Standpunkt, „daß eine Truppenbeteiligung an verschiedenen Militärmanövern nicht notwendig ist".

DER KOMMENTAR

Eigener Weg

CARL GUSTAF STRÖHM

Seinem Ruf, der eigenwilligste kommunistische Partei- und Staatschef im östlichen Europa zu sein, ist Nicolae Ceausescu nicht nur mit seiner Reise nach Bonn, sondern auch mit seinem heutigen *Interview für die WELT* treu geblieben.

Warum sich Ceausescu anders verhält als seine Amtskollegen aus den anderen Ostblockländern – anders als Honecker, aber auch anders als sein bulgarischer Nachbar Schiwkow –, zeigt sich an der differenzierten außenpolitischen und ideologischen Position Rumäniens. Bei Ceausescu gibt es keine Lobeshymnen auf eine kommunistische Führungsmacht, sondern statt dessen eine deutliche Distanzierung von beiden Supermächten. Es gibt ein großes Lob für China, für Jugoslawien – also für die beiden kommunistischen Häretiker. Es gibt Sympathie für die blockfreien Staaten, zu denen sich das Ostblock-Mitglied Rumänien so stark hingezogen fühlt, daß man meinen könnte, es *würde am liebsten ganz dieser* Gruppierung beitreten.

Die rumänischen Kommunisten kennen freilich auch ihre Grenzen – eine davon ist die lange gemeinsame Grenze ihres Landes mit der Sowjetunion. Ceausescu geht also immer nur bis zu einem bestimmten Punkt. Es wäre töricht, von ihm etwas anderes zu erwarten.

Bemerkenswert ist ein Bekenntnis zur Idee der Nation – ein Thema, das auch die Deutschen betrifft. Bemerkenswert ist ebenfalls die Zurückhaltung, mit der der rumänische Parteichef sich *über den Warschauer Pakt äußert,* dem Rumänien „nicht mit Begeisterung" angehöre. Ceausescus klare Ablehnung einer Teilnahme rumänischer Truppen an gemeinsamen Militärmanövern des War*schauer Pakts und seine* proklamierte Forderung, alle ausländischen Streitkräfte – in Ost und West – sollten sich hinter ihre nationalen Grenzen zurückziehen, widerlegen alle Spekulationen, wonach Rumänien seinen Kurs in Richtung auf eine größere Blockdisziplin geändert haben könnte.

Dieser relative Unabhängigkeitswille, der paradoxerweise zum Teil auf der eigenen Armut beruht (wer wenig hat, dem kann wenig genommen werden – das trifft auch auf sowjetische Rohstofflieferungen zu), macht den rumänischen Gast sicher nicht zu einem bequemen Verhandlungspartner. In der Frage der deutschen Minderheit etwa liegen die Standpunkte recht weit auseinander. Allerdings – niemand kann jetzt sagen, er wüßte nicht, was der erste Mann des kommunistischen Rumänien will. Der Rahmen ist abgesteckt, innerhalb dessen ein sachliches Gespräch auf der Basis gemeinsamer Interessen möglich sein sollte.

Kohl: Beziehungen zu Asien verstärken

Politische Gespräche in Pakistan / Kanzler rügt Opportunismus gegenüber Afghanistan

H. KREMP, Islamabad

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Bundeskanzler Kohl und dem pakistanischen Staatspräsidenten Ziaul Haq standen am Wochenende die gespannte Situation in Afghanistan, die Frage der Lieferung eines Kernkraftwerkes sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Vor der Presse sagte Kohl, daß der Gastgeber sich besorgt über die Zunahme der sowjetischen militärischen Aktivitäten in Afghanistan geäußert habe. Wie zu erfahren war, hatte Zia den Kanzler davon unterrichtet, daß Moskau in jüngster Zeit seine weit „über 100 000 Mann starke Invasionsarmee in dem Nachbarland durch weitere 30 000 Mann verstärkt" habe.

Kritisch äußerte sich Kohl über den Opportunismus, den die westliche Öffentlichkeit in der Afghanistan-Frage an den Tag lege. „Ist die Weltöffentlichkeit in Afghanistan noch präsent", fragte Kohl. Er selber beobachte, auch in Europa, „ein groß Stück Feigheit". Die Nachrichten über den Krieg der Sowjets seien aus den Schlagzeilen auf die hinteren Plätze gerückt. „Das ist der falsche Weg", meinte Kohl. Die Welt dürfe sich nicht mit Afghanistan abfinden. Andernfalls könnten die Sowjets nicht bewogen werden, einer politischen Lösung zuzustimmen. Kohl unterstrich den Willen der Bundesregierung, die Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Art zu den Ländern Asiens zu verstärken. Dies liege im deutschen Interesse. Das kommende Jahrhundert werde oft als das „asiatische Jahrhundert" bezeichnet. Solche Prophezeiungen träfen nicht immer ein. Es gebe jedoch keine Zweifel an der wachsenden Bedeutung Asiens. Dem müsse man Rechnung tragen.

In der Frage der Unterstützung Pakistans mit der Technologie und Technik für die Nutzung der Kernenergie zeigte sich Kohl zurückhaltend. Er verwies darauf, daß Pakistan zu den Ländern gehöre, die dem Vertrag über die Non-Proliferation von Atomwaffen nicht beigetreten sei – im Unterschied zur Bundesrepublik. Aus guten Gründen schließe sich die Bundesregierung dem Wunsch der USA und der anderen europäischen Verbündeten an, daß möglichst viele Länder dem Vertrag beitreten. Deshalb müßten mit der Regierung in Islamabad weitere Verhandlungen geführt werden.

*

dpa, Shanghai

China will für 1,3 Milliarden Mark eine Großanlage in der Bundesrepublik für das Stahlwerk in Wuhan kaufen. Wie verlautete, wird vermutlich ein Konsortium unter Führung der Firma Schlömann-Siemag den Auftrag zur Lieferung eines Warmwalzwerkes bekommen.

Moskau rüstet mit Flugkörpern weiter auf

DW. Moskau

Die Sowjetunion hat damit begonnen, strategische Bomber und U-Boote mit Marschflugkörpern großer Reichweite auszurüsten. In einer von der Armeezeitung „Krasnaja Swesda" veröffentlichten Mitteilung des UdSSR-Verteidigungsministeriums wurde diese Entscheidung als sowjetische Gegenmaßnahme auf den Versuch der USA bezeichnet, mit der Massenentwicklung von Marschflugkörpern großer Reichweite die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen. Der Umfang der sowjetischen Maßnahme entspreche „der wachsenden Bedrohung der Sicherheit der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft durch die USA", erklärte das sowjetische Verteidigungsministerium. Neben der Stationierung landgestützter Marschflugkörper in Westeuropa rüsteten die USA strategische Bomber mit Marschflugkörpern großer Reichweite aus und installierten diese Raketen seit Mitte des Jahres auch auf Schiffen und U-Booten. Das amerikanische Außenministerium verwies in einer Replik auf das amerikanische Angebot, ein weltweites Verbot aller bodengestützten Marschflugkörper jener Art zu vereinbaren, wie sie gegenwärtig von der NATO aufgestellt werden, oder ihre Zahl auf niedrigster Ebene zu begrenzen. Ein Sprecher des Ministeriums sagte: „Wenn die Sowjets ernsthaft an einer Begrenzung der Zahl der Marschflugkörper interessiert sind, sollten sie die Verhandlungen zur Verminderung offensiver Atomwaffen wiederaufnehmen."

Barzel spricht von „falschem Verdacht"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) hat Vorwürfe dementiert, er sei in die Parteispendenaffäre verwickelt. Barzel erklärte gestern, er habe vom Flick-Konzern kein Geld bekommen, er habe auch bei der Steuerbefreiung für Flick für die Wiederanlage des Erlöses *aus* dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets von 1,9 Milliarden Mark „weder mittelbar noch unmittelbar Einfluß gehabt oder genommen". Barzel will deshalb zu dem „falschen Verdacht" so schnell *wie möglich* vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gehört werden. Das Gremium hatte schon am 9. Oktober ohne eine Terminierung seine Ladung beschlossen.

Nach den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten befinden sich in den Listen des früheren Flick-Buchhalters Rudolf Diehl Aufzeichnungen über Zahlungen von 1,75 Millionen Mark zwischen 1973 und 1979 an die Anwalts-Societät Paul mit dem Zusatz „wg. Dr. Barzel". Er war damals für die Kanzlei tätig. Barzel erklärte dazu, er „kenne weder die angeblich vorliegenden Akten" noch sei er „zu all dem gehört worden".

Nach Forderungen von SPD und Grünen sollen auch CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep und der frühere Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch erneut vor dem Ausschuß aussagen. Sie begründen dies mit Erkenntnissen aus den nun freigegebenen Ermittlungsakten und aus den Zeugenvernehmungen. Brauchitsch solle möglichst vor dem Beginn des Gerichtsverfahrens am 10. Januar gehört werden.

Nach Anschlag Beklemmung in London

Zwei Verdächtige gefaßt / Mit weiteren Attentaten muß gerechnet werden

WILHELM FURLER, London

Das Bombenattentat auf die britische Regierung, dem Premierministerin Thatcher und ihre Minister nur knapp entkommen sind, hat in der Öffentlichkeit und unter Politikern aller Parteien tiefe Bestürzung ausgelöst. Außerdem herrscht Beklemmung darüber, daß ein solcher Terrorakt überhaupt möglich war – und daß die Gefahr von Folgetaten besteht. Bekannt zu dem Anschlag hat sich die provisorische Irische Befreiungsarmee (IRA). Ihre Warnung an die Regierung Thatcher: „Heute hatten wir kein Glück. Doch vergeßt nicht: Wir müssen nur einmal Glück haben, Ihr müßt es immer."

Die Polizei hat inzwischen auf dem Flughafen von Liverpool einen Mann festgenommen, der gegenwärtig in Brighton unter dem Verdacht terroristischer Aktivitäten verhört wird. Ein weiterer Verdächtiger wurde in einem südenglischen Seebad verhaftet.

Energisch dementiert wurden sowohl von der zuständigen Polizei von Sussex als auch von den Militärbehörden Behauptungen der „Sunday Times", wonach vom Geheimdienst und von Scotland Yard Warnungen über eine bevorstehende Terroraktion der IRA an alle Provinz-Zentralen, also auch an die von Sussex in Brighton, abgegeben worden sind.

Bei dem Anschlag sind vier Personen ums Leben gekommen, darunter zwei Abgeordnete der Konservativen Partei. Schwer verletzt wurden unter anderem Minister Norman Tebbit und dessen Frau Margaret. Frau Tebbit wird wegen schwerer Wirbelsäulenverletzungen möglicherweise für immer gelähmt bleiben.

Norman Tebbit leitet das mit Abstand größte britische Ministerium, das für Handel und Industrie. Noch am Tag vor dem Bombenanschlag war er auf dem Parteitag der Konservativen mit einer langen Ovation für *seine brillante Rede als Kronprinz* von Premierministerin Thatcher gefeiert worden. Ebenfalls schwer verletzt wurde ein weiteres Kabinettsmitglied, der für den Partei- und Fraktionszusammenhalt zuständige John Wakeham. Seine Frau kam ums Leben.

Heftig diskutiert wird die Frage, wie ein derartiger Anschlag auf die Regierung möglich war. Eine Erklärung ist, daß die Bombe bereits Tage, wenn nicht gar Wochen vorher in einem Hotelzimmer versteckt wurde.

Im übrigen sollen führende Tory-Politiker darauf bestanden haben, den Einsatz von Spürhunden in Brighton auf ein Minimum zu beschränken. Man ging davon aus, daß streikende Bergleute anläßlich des Tory-Parteitages demonstrieren würden: „Wir wollten aber keine Polizeihunde, die auf dem Fernsehschirm Bergleute anfletschen."

Mitterrand: Absage an jeglichen Separatismus

Der ETA in Frankreich wird das Handwerk gelegt

A. GRAF KAGENECK, Paris

François Mitterrand hat sich durch Drohungen baskischer Nationalisten, ihm ein ähnliches Schicksal zu bereiten wie Margaret Thatcher, und durch Pfiffe und Buhrufe in Bayonne, der Hauptstadt des französischen Baskenlandes, nicht von einer mutigen Absage an jeden Separatismus und Nationalismus abhalten lassen.

Wie groß das Risiko eines Attentates auf den Staatschef bei seiner dreitägigen Reise durch die Provinz Aquitanien war, zeigte das ungewöhnliche Polizeiaufgebot von nahezu 10 000 Mann entlang den Straßen des Landes. Mitterrand schien es zu übersehen.

Nach einer ersten Etappe in Bordeaux, wo er auffallend zuvorkommend vom gaullistischen Bürgermeister Chaban-Delmas empfangen worden war, traf Mitterrand in Bayonne auf eine mehrheitlich feindselige, ihrem Zorn laut Ausdruck gebende Menge. Das Baskenland ist auch diesseits der Pyrenäengrenze in Aufruhr, seit die französische Regierung vor zehn Tagen drei Angehörige der baskischen Untergrundorganisation ETA-Militar und mutmaßliche mehrfache Mörder an die spanische Regierung ausgeliefert hatte. ETA-Aktivisten hatten seit Jahren in Frankreich mehr oder weniger offenes Asyl genossen, was die Beziehungen zu Spanien nachhaltig vergiftet hatte.

Mitterrand betonte in Bayonne, er spreche jetzt die Sprache der Klarheit. In Zukunft werde es keinerlei Unterstützung für die „Maximalisten" geben (gemeint waren die ETA-Terroristen). Wer Frankreich als Sprungbrett für Attentate auf spanischem Boden benutze, werde nicht mehr aufgenommen. Er werde auch dafür sorgen, daß ETA-Symphatisanten in Frankreich das Handwerk gelegt werde.

Die Zeit des Nationalismus und Separatismus sei in Europa vorüber. Kulturelle Minoritäten, die ihre Sprache und ihre Bräuche pflegen, seien zu allen Zeiten willkommen gewesen in Frankreich, aber sie durften niemals die nationale Einheit Frankreichs in Frage stellen.

TÜV-Fahrer sollen Tempolimit testen

dpa, Hamburg

Grundlage für eine Entscheidung der Bundesregierung über ein Tempolimit sollen Testfahrer des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) liefern, die von Januar nächsten Jahres an 150 Fahrzeugtypen testen werden. Dies sieht nach Angaben von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) der vom Kabinett in Bonn beschlossene Großversuch vor, mit dem der Schadstoffausstoß von Autos unter verschiedenen Bedingungen geprüft werden soll.

Der „Bild am Sonntag" sagte der Minister, die Tester seien beauftragt, mit Fahrtenschreibern das realistische Verkehrsverhalten mit und ohne Tempobeschränkung festzustellen. Auf dieser Basis würden die Schadstoff-Emissionen auf dem Rollenprüfstand gemessen. Wann mit Ergebnissen zu rechnen sei, konnte er nicht sagen.

Der Hamburger Senat, der sich am Freitag für bundesweite Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgesprochen hat, will nach Worten von Finanzsenator Horst Gobrecht in der Hansestadt notfalls auch im Allein*gang* die Geschwindigkeiten drosseln. Auf Autobahnen soll nur noch Tempo 100, auf Landstraßen 80 und in Wohngebieten 30 gefahren werden. Auch das Land Hessen fordert ein bundeseinheitliches Tempolimit. SPD und Grüne brachten in der vergangenen Woche im Parlament einen gemeinsamen Entschließungsantrag dazu ein. Das Land will darüber hinaus in einem eigenen Versuch auf drei ausgewählten Autobahnabschnitten Tempo 100 bzw. 120 testen.

Der Streit um die Notwendigkeit eines Tempolimits geht quer durch die Parteien. Während die Grünen sich für die sofortige Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen einsetzen, will die SPD-Bundestagsfraktion einen Vierjahrestest, der nach Meinung der Tempolimitgegner allerdings ebenfalls auf ein dauerndes Tempolimit hinausläuft. Die unionsregierten Bundesländer haben sich bisher fast einmütig dafür ausgesprochen, zunächst die Versuchsergebnisse der Bundesregierung abzuwarten.

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wollen gegebenenfalls eine Geschwindigkeitsbegrenzung nur für Autos ohne Katalysator. Während dies von Bundesverkehrsminister Dollinger (CSU) abgelehnt wird, fand der Vorschlag bei der Jungen Union Zustimmung. Ähnlich denkt man auch im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen, das in der Verkehrsministerkonferenz der Länder an der Unionsmehrheit mit einem Antrag scheiterte, „unverzüglich ein Konzept zur Einführung fester, zeitlich begrenzter Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge ohne Katalysator" festzulegen.

Seite 2: Hessen vorn

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

O Heimatland

Von Dankwart Guratzsch

Holger Börner ignoriert die Zauberformel, mit der Oskar Lafontaine im Saarland die Grünen unter Druck zu setzen versucht. Mit keiner Andeutung hat er bei der Auftaktveranstaltung der SPD zur hessischen Kommunalwahl die Formel aufgegriffen, die Grünen müßten auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Er wiederholte aber auch nicht seine Parolen früherer Wahlkämpfe: daß er den Grünen „die Wähler wegnehmen" wolle. Statt um die „absolute Mehrheit" soll seine Partei nur noch um die „Mehrheit" kämpfen.

Offenbar ist Börner bestrebt, jede Irritation des Tolerierungsbündnisses, das wegen der Hanauer Nuklearfabriken wieder einmal auf der Kippe steht, zu vermeiden. Wenn es zum Bruch kommt, soll auf die SPD kein Schatten eines Verschuldens fallen. Außerdem hat sich die Praxis, ohne Grüne im Kabinett zu regieren, für Börner eher bewährt: Die Regierung kann ihre Hände in Unschuld waschen, wenn Grüne in der Provinz, wie die Abgeordnete Gertrud Schilling kürzlich erklärte, „ganz bewußt" Rechtsverletzungen begehen.

Unübersehbar will Börner zum drittenmal einen eindeutig landes- oder sogar kommunalpolitischen Wahlkampf in Hessen mit bundespolitischen Parolen führen. Die Probleme, die sein Arrangement mit den Grünen den Gemeinden und Kreisen tatsächlich gebracht haben und die dort zunehmend Unruhe und innerparteiliche Kritik auslösen, streifte er nur im Vorübergehen: die Einreise- und Aufenthaltserleichterungen für Ausländer, die Einführung der flächendeckenden Förderstufe, das Anwachsen der Müllberge. Aber gerade hier liegen die Bewährungsproben für seine Partei im Wahlkampf.

Leitformel ist wieder, daß „Hessen ein Gegengewicht zu Bonn" sein solle. Mit dieser Formel hat Börner schon früher sehr geschickt an ein eigenes Regional- und Landesbewußtsein der Hessen appelliert. Jetzt unterfütterte er sie noch durch Lockworte aus dem konservativen Repertoire: Heimatgefühl, Geborgenheit – Begriffe, mit denen die CDU in der Tendenzwende zum Sturm auf die roten Rathäuser antrat.

Nach Jahren der Verwaltungsverantwortung ist die Union *gerade hier, die Vereinfachung* des Baurechts *mit allen* Nebenwirkungen zeigt es, in Gefahr, die Meinungsführung zu verlieren. Will sie sich nicht mit ihren eigenen Waffen schlagen lassen, muß sie Börners neue Sprachregelung ernstnehmen.

Verwirrendes in der Union

Von Jürgen Liminski

Es kommt nicht alle Tage vor und ist daher zu vermelden, daß die Union sich in einer wichtigen Frage zu einer einheitlichen Haltung durchgerungen hat: nämlich über die Weltraumabwehrsysteme. Die Union empfiehlt eine „Teilhabe" der Verbündeten *am Forschungsprogramm* der USA für diese Abwehrsysteme. Berichterstatter des mutigen Positionspapiers sind der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühe und der Leiter der Arbeitsgruppe Weltraum, Willy Wimmer. Sie ziehen an einem Strang mit dem abrüstungspolitischen Sprecher der Fraktion, Jürgen Todenhöfer.

Gegen diese Position laufen SPD und ihr nahestehende Friedensbewegtenkreise Sturm. Und zwar auf zweierlei Art.

Zum einen hat die SPD einen Gesetzentwurf über das Verbot aller Weltraumwaffen eingebracht, der in einigen Wochen im Bundestag debattiert werden wird. Schon deshalb ist eine einheitliche Haltung der Union notwendig. Der SPD-Entwurf hat übrigens eine Parallele. Am 26. September forderte Gromyko ein Verbot weltraumabgestützter Verteidigung und kündigte an, der *UNO einen Entwurf vorzulegen, der als Resolution* das US-Programm politisch verhindern soll. Die Grünen aber sind ohnehin gegen jeden Schutz des Landes.

Zweitens gibt es da ein seltsames Verwirrspiel. In den letzten Tagen ist das Gerücht aufgetaucht, die Union sei in dieser Frage gespalten, sie wolle gar nicht am Forschungsprogramm teilhaben. Dabei steht Teilhabe im Positionspapier.

Wer dies Gerücht hinaustrug, weiß man nicht. Aber man weiß, daß in der Umgebung der hier verantwortlichen Abgeordneten gewisse Kräfte beschäftigt sind, die das Wörtchen „teilhaben" partout kippen und die Europäer auf Konsultation und Information beschränken wollen. Nichtteilhabe an diesem Defensivsystem der Zukunft wäre allerdings ein kleiner, oder vielleicht auch nicht so kleiner, Schritt zur Abkoppelung Europas von den USA. Das ist klar. Wessen Interessen diese Unions-Mitarbeiter am Herzen haben, ist weniger klar.

Hessen vorn

Von Günther Bading

Mit dem ersten (Werk-)Tag des neuen Jahres soll der Großversuch der Bundesregierung zum Tempolimit anlaufen. Ein vernünftiger Termin, weil man dabei auch die winterlichen Verhältnisse mit einbeziehen kann. Ein vernünftiger Versuch überhaupt, denn vom Stammtisch bis zur Politiker-Runde im Fernsehen fehlt uns allen die gesicherte Erkenntnis, was eigentlich bei *welchem der hundertfünfzig Test-Modelle (damit* werden neunzig Prozent der in unserem Land fahrenden Automobile erfaßt) in welcher Verkehrslage an Schadstoffverminderung zu erwarten steht, wenn man die höchstzulässige Geschwindigkeit auf 160, 130 oder 100 Stundenkilometer drosselt.

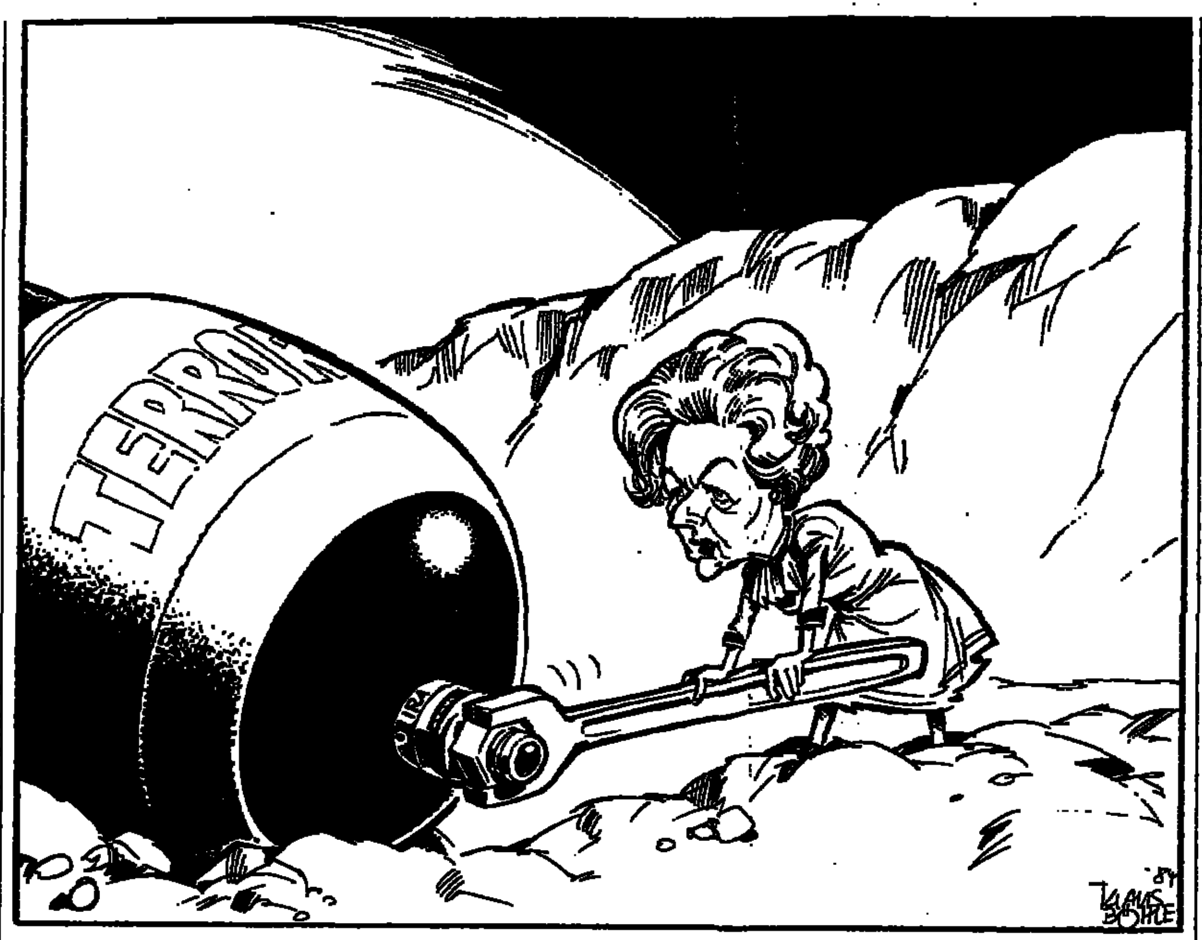
Vernünftig und durchdacht ist also dieser Großversuch. Für das, was jetzt im Lande Hessen geschah, gilt dies allerdings nicht. Da haben die Sozialdemokraten am vergangenen Donnerstag ganz speziell ihre Mitglieder aufgefordert, „ab sofort" Schluß zu machen mit der Raserei, und dem deutschen Wald und allen rot-grünen Bündnissen zuliebe auf Autobahnen nur noch Tempo 100 zu fahren.

Die Meldung kam stündlich im hessischen Rundfunk, kurz vor den Verkehrsnachrichten – die jeder Autofahrer zwischen Taunus, Rhein-Main-Dreieck, Rhön und Bergstraße einschalten muß, will er nicht stundenlanges Warten im Stau riskieren.

Zeitgleich um zwölf Uhr mittags: Fahrt auf der Autobahn Köln-Frankfurt bei Limburg in Hessen. Soeben kommt der Tempo-100-Appell der hessischen SPD an ihre Mitglieder. Am Elzer Berg wird der Verkehr mit Schildern (und Radarfallen) ohnehin auf 100 Stundenkilometer heruntergebremst. Nach dem gefährlichen Abschnitt wieder freie Fahrt. Und wie dann die Füße wieder aufs Gaspedal treten! Wer nur hundert fährt, der hält den Verkehr auf, Waldsterben hin oder her.

Am selben Tag zurück, wieder durchs Hessenland. Dasselbe Spiel: wer hundert fährt, wird angehupt, überholt, bedauernd mit Zeigefinger-Tippen an die Stirn als Spinner abgetan.

Es scheint, als gelte auf hessischen Autobahnen nicht Börners grüngestreifte Mahnung „Fuß vom Gas" sondern das altvertraute „Hessen vorn". Oder aber – es gibt keine Sozialdemokraten mehr in Hessen. Pardon: auf Hessens Autobahnen.



Die Mühe des Entschärfens KLAUS BÖHLE

Der Weltgeist zu Pferde

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Als Reaktion auf den Nationalsozialismus tabuisieren wir heute unbesehen den Satz, daß die Freiheit unteilbar sei, und erlauben uns damit, die Freiheit in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, ob als Meinungs- und Pressefrei*heit oder als Demonstrations- und* Mitbestimmungsrecht, durch ständigen Mißbrauch zu zerstückeln. Vor lauter Angst, die Freiheit zu verlieren, sind wir nicht in der Lage, sie wirkungsvoll zu verteidigen. Immer mehr haben wir uns in die Vorstellung von gleichen Freiheitsrechten vernarrt, die unbesehen allen zuteil werden sollen.

Immer weniger vermögen wir zu erkennen, weshalb nur denjenigen die gleichen Rechte zugebilligt werden können, die bereit sind, auch bei anderen diese Rechte anzuerkennen und gleichzeitig die damit korrespondierenden Pflichten zu übernehmen. Wir haben sogar die Menschenwürde zum Konsumgut gemacht, das uns ständig anzuliefern ist. Doch sie ist etwas, um das sich jeder persönlich zu bemühen hat.

Der Schatten, den unsere totalitäre Vergangenheit wirft, ist breit geworden. Er bedeckt inzwischen alle Kulturbereiche unserer Gesellschaft. Nachdem sich die Flucht aus der Vergangenheit über Wirtschaftswachstum in den Wohlstand als sinnloses Unterfangen erwies, konzentrierte sich der wandernde Schatten auf die geistigen und geistlichen Bereiche: auf Massenmedien, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion oder das, was sich dafür ausgibt. Er fördert eine irrationalistische und irrealistische Flatterhaftigkeit zwischen zynischem Nihilismus, allseitig bereitem Opportunismus und halb- oder abergläubigen Utopismus.

Eine solche Haltung muß allmählich auch die Urteilskraft der Staats- und Wirtschaftsbürger total desorientieren. Das aber zehrt an der notwendigen Übereinstimmung im Gemeinsinn, der Grundlage jedes Gemeinwesens.

Das Grundgesetz hat uns leider das Wichtigste vorenthalten. Es sichert uns zwar Rechte zu; aber es schweigt (von der sozialen Verpflichtung des Eigentums abgesehen) zu unseren Pflichten. Auch dies war eine Unterlassung aus zu eilfertiger Reaktion auf das Nazireich. So konnte eine verantwortungs- und pflichtlose Anspruchsgesellschaft entstehen, und als ihr letzter Auswuchs eine verantwortungslos Basis- und Straßen-demokratie. Der Staat aber – wiederum aus mangelndem Unterscheidungsvermögen als einziger Bedroher der Freiheit angesehen – scheint selbst unter einer Regierung, welche *„die Wende"* versprochen hat, verurteilt, dieser Auflösung hilflos gegenüberzustehen.

Dabei wäre es gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft seine Aufgabe, die Freiheitsrechte des einzelnen gegen die gesellschaftlichen Mächte zu schützen. Denn die Freiheitlichkeit einer Gesellschaft verlangt, daß ein Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte erhalten bleibt und daß der Staat von diesen Kräften unabhängig genug ist, um ein verloren gehendes Gleichgewicht immer wieder herzustellen.

Der einzelne Mensch und vor allem der junge Mensch lebt nicht vom Brot allein, und schon gar nicht aus einer Freiheit, die keine überpersönliche Bindung kennt. Nur wenige vertragen ein Playboydasein, ohne zu entglücken oder gar zu verunglücken. Gerade eine freiheitliche Gesellschaft kann darum auf die Dauer nur existieren, wenn sie noch Ziele und Vorbilder hat, auf die hin Freiheit angewendet und begrenzt wird.

Der Staatsbürger sieht sich heute in eine andere und doch ähnliche Verwirrung gestürzt wie in den letzten Jahren von Weimar. Damals ging immerhin die demagogische Desorientierung – für jeden leicht erkennbar - von extremen politischen Parteien aus. Heute steckt die Gegensätzlichkeit in der inneren Wirrnis der „Parteien der Mitte" selber und überdies in allen möglichen Institutionen, die ideologisch unterwandert sind.

Der Bürger aber hat gar nicht die Möglichkeit mehr, durch Wahlzettel zu entscheiden, wer den Mund halten oder doch wenigstens nicht überall mitbestimmen soll. Er ist einer permissiv anarchistischen Kamarilla hilflos ausgeliefert, deren Überheblichkeit er – von jeder geistigen Führung im Stich gelassen – *auf die Dauer nicht* gewachsen ist. So bereitet man sich darauf vor, das Schauspiel von Weimar zu wiederholen, nur mit einer anderen Verteilung der Rollen und in anderen Gewändern.

Hegel, der Entdecker des Weltgeistes, glaubte ihn zu Pferde zu sehen, als er Napoleon vorbeireiten sah. Dieses Wort vom „Weltgeist zu Pferde" ist von dem nationalsozialistischen Enthusiasten Christoph Steding auch auf Hitler angewandt worden. Ungeachtet dessen, daß sich Hitler zu Pferde nicht zu Schau zu stellen pflegte, mag der Vergleich seinen Sinn haben; denn diese Unperson kann zweifellos als das Werkzeug eines hypothetischen Weltgeistes angesehen werden. Allerdings war seine Sendung eine andere, als er selbst meinte. Auch dies wird durch ein Wort Hegels erfaßt, durch das von der „List der Idee", die der Weltgeist anzuwenden pflegt, wenn er die Menschen narrt und ihnen ein unerreichbares Ziel vor Augen hält, um sie zu etwas zu veranlassen, was sie gar nicht wollen.

Nun kann man sich zwar weder Anarchomarxisten und Linksliberale noch Aussteiger, Alternative und Grüne gut zu Pferde vorstellen; und wie sie sich zu Pferde machen – etwa wie apokalyptische Reiter? –, ist ausnahmsweise vom Fernsehen noch nicht „visualisiert" worden. Aber sicherlich ist in ihnen wieder einmal der Weltgeist mit seinem Erfüllungsgehilfen, dem Zeitgeist am Werke und nasführt sie und ihre Mitläufer.

GAST-KOMMENTAR



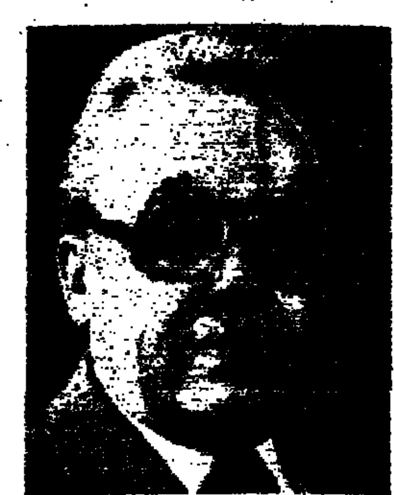
Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft, leitete jahrelang des Hamburger Weltwirtschafts-Archiv FOTO: CHRISTA KUJATH

IM GESPRÄCH Otto Theisen

Impulse aus Bitburg

Von Enno v. Loewenstern

Für Otto Theisen war es ein wichtiger Tag, für viele andere auch. Nicht, weil wieder einmal einer gefeiert wurde, der das sechzigste Lebensjahr erreicht hatte. Die Anwesenheit von mehreren hundert Gästen aus Politik und Wissenschaft bei dem Trierer Fest, die Laudationes vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler, und von Ministerpräsident Bernhard Vogel waren vielmehr – nun, keine Wiedergutmachung, aber vielleicht doch eine Abschlagszahlung darauf. Und daran ist nicht nur Theisens großer Freundeskreis interessiert, sondern jeder, der Stil- und Anstandsfragen in dieser Republik ernst nimmt.



Brachte sich der Partei zum Opfer: Theisen FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Der ehemalige Jagdflieger, 1943 als Neunzehnjähriger schwerverwundet in britische Gefangenschaft geraten, nach Abitur (1946) und Studium seit 1953 Rechtsanwalt in Trier, wurde 1959 für die CDU (Mitglied seit 1953) in den Mainzer Landtag gewählt. 1967 wurde er unter Aufgabe seines Mandats Staatssekretär im Justizministerium, 1971 Justizminister von Rheinland-Pfalz. Theisen war als ein tüchtiger Justizminister angesehen, unter dem das Amt funktionierte. Für Reformitis war er nicht zu haben, dem Eherechtsentwurf der sozialliberalen Koalition trat er 1974 entgegen; aber er tat viel für die Verbesserung des Strafvollzugs, etwa für eine Berufsausbildung von Häftlingen.

So kann man es als eine Ironie bezeichnen, daß er wegen Fehlern von Untergebenen in einem Ermittlungsverfahren (verschleppte Ermittlungen gegen einen KZ-Schinder) und im Strafvollzug (ungeklärter Tod eines Häftlings) zurücktreten mußte. Aber dieser Imperativ war kein kategorischer, und es war nichts Ironisches daran: Otto Theisen beugte sich der Parteiraison, weil man das Gefühl hatte, die Mainzer Regierung komme so aus der Schußlinie. Die Schußlinie allerdings ergab sich nicht aus den genannten Fällen; auch die Opposition hat nie ernsthaft den Maßstab gesetzt, daß jeder Minister gehen muß, in dessen Bereich etwas versäumt wird oder etwas passiert. Die Fälle wurden hochgespielt, weil der Terrorist Holger Meins in der Strafanstalt Wittlich durch „Hungerstreik" Selbstmord beging und der zuständige Minister Theisen hieß.

Niemand freilich, niemand auch unter den politischen Gegnern – persönliche Gegner hat der tatkräftige, politisch unzweideutige, aber faire *und* liebenswürdige Mann kaum – kam je auf die Idee, Theisen ernsthaft etwas anzulasten. Die „Gesellschaft für Rechtspolitik", die er ins Leben gerufen hatte, war und blieb der wichtigste rechtspolitische Gesprächskreis der Republik und hat wie kaum eine andere unabhängige Stelle rechtspolitische Anregungen gegeben; es ist schon so, wie Zeidler über die „Bitburger Gespräche" der Gesellschaft und deren glanzvollen Gelehrtenkreis sagte: „Nach Bitburg fährt man nicht, weil man sich angemeldet hat, sondern weil man eingeladen wird."

Aber die Tatsache bleibt, daß Otto Theisen seit seinem Rücktritt 1979, den er, wie Bernhard Vogel treffend sagte, „hocherhobenen Hauptes" erklärte, außer seiner Tätigkeit als Schatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz kein wichtiges öffentliches Amt mehr bekleidet. So viele fähige Köpfe allerdings haben wir nicht, hat insbesondere die Union nicht, daß sie sich einen Mann wie Otto Theisen vor der Tür leisten kann.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse beschäftigte sich am Wochenende vor allem mit dem Bombenanschlag von Brighton:

THE OBSERVER

Die IRA hat wie zuvor schon der argentinische Generalspräsident Galtieri der britischen Premierministerin Thatcher eine wirklich nationale Sache in die Hand gegeben, hinter die sich das gesamte britische Volk scharen kann ... Doch von tiefstem Herzen kommende Bewunderung für den Charakter und den Mut Frau Thatchers dürfen nicht als Unterstützung ihrer Regierungspolitik mißverstanden werden. Denn daraus, daß sie in Sachen IRA recht hat, folgt noch lange nicht, daß ihre Kalkulationen über die Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit in Großbritannien korrekt sind. **(London)**

LE MATIN

Die IRA hat Maggie verfehlt. Doch die einfache Tatsache, daß die Republikanische Armee sie ins Visier genommen hat, ... beweist klar, daß der nordirische Konflikt ein totaler Krieg geworden ist. **(Paris)**

THE TIMES

In der Dunkelheit schlugen gestern Terroristen zu. Später, bei Tageslicht, gingen eine Partei, die Regierung, Minister und Demokraten ihren Geschäften nach. In diesem Gegensatz zwischen Licht und Dunkelheit liegt der Schlüssel dafür, wie wir auf die Abscheulichkeit von Brighton reagieren sollten ... Der Bombenanschlag in Brighton stellt den zerstörerischsten Einzelangriff auf die Staatsorgane seit dem Versuch vor 380 Jahren dar, das Parlament in die Luft zu sprengen. **(London)**

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Margaret Thatcher hat eine tiefverwurzelte Überzeugung: Gott ist Engländer und steht ganz ohne Zweifel in ihrem Lager. Die Tatsache, daß sie wie durch ein Wunder dem Attentat entgangen ist, wird ihren unerschütterlichen Glauben noch verstärken. Das Leben der „eisernen Lady" bestand bisher darin, Herausforderungen eines Schicksals zu begegnen, das ihr a priori kaum günstig gesinnt war. Indem die Terroristen versuchten, sie zu ermorden, haben sie ihr Image als unzerstörbare Persönlichkeit noch verstärkt.

DER BUND

Viele Konservative werden nun versucht sein, nach mehr Polizei und noch härteren Strafen für Terroristen zu rufen. Die Tories genießen ohnehin den zweifelhaften Ruf, Ruhe und Ordnung über alles zu setzen ... In der Stunde der Bedrängnis scharen sich die Tories jeweils um ihre Führung. Die Bombenexplosion verstärkte, was Bergarbeiterführer Scargill zuvor mit seinen zweifelhaften Taktiken bewirkt hatte: Einheit wurde zum obersten Gebot, und die inneren Widersprüche der Partei blieben unausgetragen. **(Bern)**

Die Frage nach den Siebenbürgern und Banatern

Ein Thema, das nicht am Rande von Konferenzen erledigt werden kann / Von Carl Gustaf Ströhm

Daß Ceausescu doch kommt, ist ein Beweis für die unabhängige Außenpolitik seines Landes. Für die Bundesrepublik ist ein Partner, der den Dialog sucht, während andere ihn freiwillig oder gezwungen verweigern, ein besonders willkommener Gast. Die Rumänen werden jetzt bei ihren deutschen Gastgebern in den Genuß jenes guten Willens kommen, der ursprünglich auch für die beiden abgesagten östlichen Besuche vorgesehen war.

Hier könnte sich zeigen, daß der Mut zu einer unabhängigen Entscheidung zwar Ärger einbringt, sich unter gewissen Umständen aber auch bezahlt machen kann. Rumänien braucht wirtschaftliche Kooperation und Hilfe der Bundesrepublik, um seine Ökonomie wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die deutsche Bereitschaft, auf Bukarester Wünsche einzugehen, dürfte unter den neuen Bedingungen größer sein als zuvor.

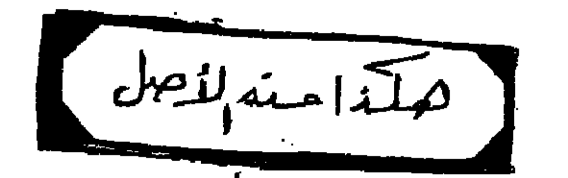
Die freundliche Atmosphäre, die Ceausescu erwartet, kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hier die Repräsentanten ganz verschiedener, ja diametral entgegengesetzter Systeme begegnen. Ob ein Regime uns sympathisch oder unsympathisch ist, ob wir seine inneren Zustände billigen oder nicht, kann allerdings kein Kriterium für staatliche Beziehungen und Diplomatie sein. Sonst könnte Bonn wohl nur wenig mehr als Beziehungen zu einigen westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten sowie zu Japan haben.

Es geht allerdings auch nicht darum, Gegensätze in diplomatischen Tischreden wegzuzaubern. Primär sollte man gegenüber einem Land wie Rumänien eine klare Interessenpolitik verfolgen. Es liegt im deutschen wie im westeuropäischen Interesse, daß Rumänien – unbeschadet seines inneren Systems – möglichst unabhängig und frei von ausländischem Einfluß bleibt. Es liegt ferner im westlichen Interesse, daß Rumänien mit seiner Wirtschaftspolitik Erfolg hat, weil eine Unabhängigkeitspolitik ohne wirtschaftliche Konsolidierung auf die Dauer nicht bestehen kann. Es kann der westlichen und damit auch der deutschen Politik nicht darum gehen, Rumänien als Instrument, etwa zum „Aufbrechen" des Ostblocks, zu benutzen. Wenn aber die Rumänen, die ihre Möglichkeiten und Grenzen selber am besten kennen müssen, von sich aus bereit sind, den Weg der Unabhängigkeit weiter zu beschreiten, dann sollten sie wissen, daß sie bei uns Verständnis und, soweit das möglich ist, Unterstützung finden.

Einen wesentlicher Faktor der deutsch-rumänischen Beziehungen stellt die deutsche Volksgruppe in Rumänien dar: die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben, heute noch insgesamt dreihunderttausend Personen. Hier steht die Bundesrepublik vor einer schwierigen Entscheidung. Soll man, wie es gelegentlich gefordert wird, diese Menschen möglichst vollzählig „herausholen"? Soll man sie zum Bleiben in ihrer angestammten Heimat bewegen? Der Sog in Richtung Bundesrepublik ist stark, vor allem deshalb, weil durch das kommunistische System den Rumänien-Deutschen die wirtschaftliche und damit auch nationale Grundlage eingeengt, wenn nicht entzogen wird. Die Deutschen in *Hermannstadt*, Kronstadt, Schäßburg oder Temeschburg – alte deutsche Ortsnamen, die vielleicht schon bald in Vergessenheit geraten werden – hören vom Wohlstand und der Freizügigkeit in der Bundesrepublik. Kein Wunder, daß viele von ihnen an beidem Anteil haben wollen.

Eine Änderung dieser Tendenz wird erst dann eintreten, wenn sich die wirtschaftliche Lage in Rumänien entscheidend verbessert hat und die Kommunikation zwischen Volksgruppe und Muttervolk besser funktioniert. Keine deutsche Regierung kann Deutschen, die nach Deutschland wollen, diesen Wunsch verwehren. Aber vielleicht sollte das offizielle Bonn mehr als bisher bei den Gesprächen mit den Rumänen dafür eintreten, jenen Rumänien-Deutschen, die im Lande bleiben wollen, das Los zu erleichtern. Dazu gehört auch eine entsprechende Personalpolitik des Auswärtigen Amtes. Es grenzt an einen Skandal, daß die Bundesrepublik jahrelang in Bukarest durch einen Botschafter vertreten war, der den Problemen der Siebenbürger Sachsen weniger Verständnis entgegenbrachte als etwa der Sache der Farbigen in der Dritten Welt.

Das Problem der Deutschen in Rumänien läßt sich auch nicht im Eiltempo am Rande von Konferenzen erledigen. Es ist eine zentrale Frage von eminenter kultureller und nationaler Bedeutung. Beständige Einwirkung und Dialog mit der rumänischen Seite sind hier notwendig. Vor allem muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Deutschen in Siebenbürgen und die Banater eine Brücke zwischen beiden Ländern sein können. Man sollte eine solche Brücke nicht ohne Not abreißen.



Vom Zeugenstand auf die Anklagebank?

Im Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher kristallisieren sich einige unangenehme Fragen an leitende Angehörige des Hauses Gruner + Jahr heraus. Zum Beispiel: Wie konnte der Lizenzverkauf betrieben werden, obwohl der Verlag keine gesicherten Rechte an den Büchern besaß?

Von UWE BAHNSEN

Wer den stets korrekt gekleideten, schmächtigen Herrn in mittleren Jahren mit dem grauen, widerspenstigen Haarkranz nicht kennt, könnte ihn für einen Gymnasialprofessor halten. Doch der Herr ist Anwalt, und er hat der Hamburger Justiz schon wie ein Stein im Magen gelegen: Kurt Groenewold (47), Verteidiger des Fälscher- und Fabuliertalents Konrad Kujau im *Prozeß um die vermeintlichen* Hitler-Tagebücher.

Zu seiner eigenen Vergangenheit, die ihn als Verteidiger von Hausbesetzern und Terroristen selbst auf die Anklagebank brachte, hat er inzwischen ein distanziertes Verhältnis. Als der Staatsschutzsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts ihn 1978 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung und 75 000 Mark Geldstrafe verurteilte, attestierte der Vorsitzende Richter Helmut Plambeck dem Angeklagten Groenewold: „Wir halten ihm zugute, daß er einsatzfreudig und engagiert verteidigt hat. Unsere Rechtsordnung hat das nötig."

Von diesem Engagement hat Groenewold auch nach einem mehrjährigen Berufsverbot als Strafverteidiger nichts eingebüßt – im Gegenteil. Im bisherigen Verlauf des Betrugsprozesses um die gefälschten Hitler-Tagebücher hat er als Verteidiger die schärfste Klinge geführt, und zwar vor allem gegen den Verlag Gruner + Jahr, der mit den Tagebüchern das große Geschäft machen wollte. Zwar hat die Große Strafkammer 11 gerade eben Groenewolds erneuten Antrag abgelehnt, den Verlag zur Herausgabe von mehr als 3000 Blatt Unterlagen *über den Skandal zu zwingen*; aber Kujaus Verteidiger, der als vorzüglicher Jurist gilt, hat immerhin die Beschlagnahme des „Stern"-internen Untersuchungsberichts durchgesetzt.

Die Zeugen aus dem Haus Gruner + Jahr – vom Vorstandsvorsitzenden Gerd Schulte-Hillen und seinem Vorgänger Manfred Fischer über die damaligen Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt bis zu Thomas Walde, dem Ressortchef des angeklagten Reporters Gerd Heidemann – werden Groenewolds federnde Härte noch zu spüren bekommen, wenn sie in der zweiten Novemberhälfte zur Aussage im Saal 231 des Ziviljustizgebäudes erscheinen.

Vor allem nach dem Hinweis des Gerichtsvorsitzenden Hans Ulrich Schroeder auf eine mögliche „Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes" werden diese Zeugen sich bei ihren Aussagen in einer äußerst delikaten Situation sehen. Schroeder hatte erklärt, der angeklagte Gerd Heidemann könne sich „in Tateinheit mit dem ihm vorgeworfenen Betrug einer versuchten fortgesetzten Hehlerei, möglicherweise in Mittäterschaft mit Angehörigen des Hauses Gruner + Jahr, schuldig gemacht haben".

Das ist der Kontext, in dem die Herren vom „Affenfelsen" an der Außenalster werden aussagen müssen – wenn *sie es nicht vorziehen,* sich auf den Paragraphen 55 der Strafprozeßordnung zu berufen und die Aussage zu verweigern, um sich nicht der Gefahr einer Strafverfolgung auszusetzen. Das freilich wäre ein Vorgang, der das Fatale dieses Prozesses für das Haus Gruner + Jahr eher noch steigern würde.

Wenn diese Zeugen sich aber zur Aussage entschließen, werden sie ganze Serien von Fragen zu den vielen Unbegreiflichkeiten dieses Falles beantworten müssen – Fragen, die darauf abzielen, wie und ob sie denn ihren Sorgfaltspflichten als Verlagskaufleute und als Journalisten nachgekommen sind. Der freigiebige Umgang mit den Verlags-Millionen ist dabei nicht einmal der primäre Punkt, sondern eher schon diese Frage: Warum geschah nicht schon nach Vorliegen der ersten Tagebuch-Bände im Frühjahr 1981, was dann erst zwei Jahre später, nach (!) der öffentlichen Präsentation der Tagebücher am 25. April 1983, veranlaßt wurde – nämlich eine absolut hieb- und stichfeste Untersuchung des Materials?

Dazu der „Stern"-interne Untersuchungsbericht: „Justitiar Hagen erhält aus dem Verlauf der Pressekonferenz den Eindruck, daß die Position des ‚Stern' sehr gefährdet sei. Er findet, nur ein rasch produziertes und *definitives Urteil über die Echtheit* der Tagebücher könne die Situation noch retten." Bekanntlich lag dieses definitive Urteil bereits am 6. Mai vor.

Mindestens ebenso abenteuerlich sind die Tatbestände, die sich im „Stern"-Bericht zur Prüfung der Rechtslage *finden. Die Hausjustitiare* Hagen und Ruppert hatte dieses Thema schon seit dem Sommer 1981 beschäftigt. Das Problem erwies sich als weit komplizierter denn befürchtet. Nachdem sie ein „schier undurchdringliches Gestrüpp aus Gesetzen und Urteilen" studiert hatten, kamen sie am 3. März 1983 zu einem verheerenden Ergebnis – daß nämlich „nur eines sicher war: Gruner + Jahr besitze an den Tagebüchern 'Null Rechte'". Der Verlag betrieb also „den Verkauf von etwas, an dem er keinerlei gesicherte Rechte besaß".

Bei diesen Bemühungen um die „Vermarktung" des Stoffes spielte die Geheimhaltung, die ja angeblich eine rechtzeitige Prüfung des Materials verhindert hatte, offenbar keine große Rolle. Der Vertreter des Bertelsmann-Verlages in den USA, Michael Miller, jedenfalls wurde schon *Ende 1981 informiert. Und* der Präsident des amerikanischen Bertelsmann-Partners Bantam, Louis Wulfe, erfuhr im Mai 1982 von Olaf Paeschke, dem Chef des Bertelsmann-Buchverlages, von der Heß-Geschichte „Plan III": Dieser Stoff sei das „publishing event of the century". Am 4. Juni 1982 schritt man zur entscheidenden Konferenz über den internationalen Verkauf der Tagebücher – Paeschke war dabei –, und am 10. September 1982 führte er mit dem stellvertretenden „Stern"-Verlagsleiter Wilfried Sorge in dieser Sache handfeste Gespräche mit Bantam in New York.

Zu diesem Zeitpunkt war weder die Echtheit des Materials so gesichert, wie Justitiar Hagen das nach der Pressekonferenz vom 25. April 1983 für unumgänglich hielt, noch war die Rechtslage klar.





Kontrahenten: Kujau-Anwalt Kurt Groenewold und der Vorstandsvorsitzende von Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen FOTOS: a m w/DPA

Mal sehn, was Moskaus Fernsehen bringt

Im münsterländischen Havixbeck hat das Satellitenfernsehen schon begonnen. Zumindest bei Reinhold Holtstiege, einem Pionier in diesem Metier.

Von H. SCHMIDTENDORF

Besonders spritzig ist das Fernsehprogramm an diesem Nachmittag bei Reinhold Holtstiege gerade nicht. Behäbige Kamerafahrten aus sicherer Entfernung nehmen dem Eishockeyspiel jede Spannung, obwohl ab und an der quäkende Sprecher so etwas wie „choroschi paren", „ein guter Junge", vernehmen läßt. Dann in ermüdender Ausführlichkeit ein Zitherkonzert, schließlich bald fünf Minuten lang ein Standbild, das zu seichter Schlagermusik das Kommende verkündet: „Futbol, kubok kubkov", das Fußballspiel um den Cup der Europasieger. Ein Nachmittag des zentralen Moskauer 1. Fernsehprogramms.

Das Fernsehgerät aber steht nicht etwa in Moskau, sondern im münsterländischen Örtchen Havixbeck. Dort hat Reinhold Holtstiege zu jeder gewünschten Zeit auf dem Bildschirm, was der sowjetische Fernsehsatellit *„Gorizont" aus 36 000 Kilometer Höhe* über dem Äquator mit nur 24 Watt auf die Erde strahlt. Ein Parabolspiegel von zwei Metern Durchmesser (Holtstiege: „Aus altem Bundeswehr-Elektroschrott") fängt die Signale auf. Das selbstkonstruierte Decodierungsgerät ist unscheinbar klein, weist sich äußerlich nur durch ein Hauptkabel zum Empfangsspiegel, ein rotes Lämpchen, drei Schaltknöpfe und einige Stecker aus.

Seit die Medien, Post, Sowjetbotschaft, vor allem aber die Technikerkollegen aus der Rundfunk- und Fernsehbranche sowie Ingenieure diverser Institute und Hochschulen von den Erfolgen des Selfmade-Experten hörten, wird er mit Anfragen und Wünschen bestürmt. „Es ist verrückt", meint Holtstiege. „Bei der letzten Hi-Fi-Video-Messe in Düsseldorf wählte die Tagung meines Bundesfachverbandes im Zentralverband des deutschen Elektro-Handwerks mich zum Sprecher für Satellitenfragen. Bei der Generalversammlung der Einkaufszentrale Interfunk in Mainz soll ich die Festansprache halten – und nebenbei hätte ich ja noch den Laden zu führen."

Die Propagierung des Satellitenfernsehens freilich betreibt Reinhold Holtstiege nicht ungern. Daß die Einzigartigkeit seines Wissensstandes auch *seinem Elektrogeschäft letztendlich* zugute kommt, gibt er gerne zu. Vor allem aber möchte der überzeugte Kämpfer für einen gesunden Mittelstand seiner Branche insgesamt Pluspunkte sammeln.

Seine Empfangskünste bezüglich „Gorizont", aber auch des Forschungssatelliten OTS 2 und des Ende 1985 in Dauersendung gehenden Europäischen Fernsehsatelliten ECS 1 waren zunächst nicht zuletzt im Bundespostministerium skeptisch beäugt worden – wagte da doch einer so einfach, freischwebende Signale ohne Genehmigung aufzufangen. Inzwischen, so scheint es, konnte Holtstiege jedoch den auch in Havixbeck wohnenden Post-Staatssekretär Rawe (*„ein alter Schulkollege"*) zum Handeln veranlassen. Auf Antrag soll demnächst jeder Vertreter der Rundfunk- und Fernsehbranche für ECS 1 eine „Versuchsfunkgenehmigung" erhalten. Die Russen taten sich bislang schwer mit gleicher Wohltat in Sachen Informationsfreiheit: *Ihr Fernsehprogramm, so hieß es, sei für* ausländische Augen „nicht geeignet".

„Satelliten-Empfangsanlagen sind ein hervorragender Exportartikel besonders in Dritte-Welt-Länder, wo eine Richtfunkstrecke schwer aufzubauen ist", ist sich Holtstiege sicher. *„Deshalb muß unsere Branche gerüstet* sein für den Tag X, damit einmal nicht die Japaner das Rennen machen."

Über die europäische Fernsehlandschaft ab 1986 frohlockt Holtstiege schon heute. „Satellitenfernsehen wird ein echter Volkssport", schwärmt er. „Im Endausbau werden acht zentraleuropäische Satelliten 40 Programme aus einer Antennenrichtung senden." Nicht zuletzt diese Vielfalt und der relativ geringe Kostenaufwand einer serienmäßig gebauten Empfangsanlage von vielleicht 2000 Mark haben den Havixbecker denn auch ein wenig ins Gerangel mit den Kabelfernsehplänen des Bundespostministers Schwarz-Schilling gebracht. „Ich habe nichts gegen Kabelfernsehen in Ballungsgebieten", stellt Holtstiege klar. „Doch es muß sich nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft tragen. Ich bin aber dagegen, wenn in jedem kleinen Dorf gewühlt wird und hinterher Investitionsruinen dastehen. Außerdem gehen diese Ausgaben vor allem an den Tiefbau und nicht an uns kleine Handwerker."

Also streitet der findige Handwerksmeister auch schon mal bei den zahlreichen Praktiker-Seminaren unter seiner Leitung über Nutzen und Mängel des Kabels und unterweist *Kollegen im Auftrag* seines Fachverbandes in Sachen Satellit.



Lyndon B. Johnson und sein Oberbefehlshaber in Vietnam: Täuschte Westmoreland den Präsidenten? FOTO: UPI

Ein Prozeß um Vietnam, freie Presse und 120 Millionen Dollar

Hat der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Vietnam, General Westmoreland, die politische Führung über die Stärke des Gegners getäuscht? Das ist eine der Kernfragen im Verleumdungsprozeß des Generals gegen die Fernsehgesellschaft CBS.

Von TH. KIELINGER

„Verleumdungsklage", rief der Vorsitzende Richter den Vertretern der Anklage und der Verteidigung zu, „wir haben es hier mit einer Verleumdungsklage zu tun, nicht mit der Wiederholung des Vietnam-Krieges."

Die Irritation von Bundesrichter Pierre Leval schien nur allzu verständlich. Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatten ihre Eröffnungsworte mit langen Statistiken über US-Truppenstärken und Vietkong-Truppenstärken dekoriert, mit allen *Details der Kampflage im Herbst* 1967, wenige Monate vor der Tet-Offensive der Nordvietnamesen.

Der Prozeß, der vor wenigen Tagen in New York begann, wird noch für Monate die amerikanische Öffentlichkeit beschäftigen. William C. Westmoreland, heute 70 Jahre alt, aber keineswegs von den Sorgen seiner militärischen Laufbahn pensioniert, führt eine 120-Millionen-Dollar-Verleumdungsklage gegen die größte und wohl mächtigste Medienorganisation der Welt, die „Columbia Broadcasting Systems" (CBS).

Die Programmacher von CBS hatten am 23. Januar 1982 einen abendfüllenden Film ausgestrahlt, der sich mit der Vorgeschichte der Tet-Offensive vom Januar 1968 beschäftigte und zu dem Schluß kam, daß es „in den höchsten militärischen Kreisen eine Verschwörung gab, wichtige nachrichtendienstliche Erkenntnisse zu verändern und zu unterdrücken, um die amerikanische Öffentlichkeit, den Kongreß und sogar den Präsidenten fälschlicherweise darin zu bestärken, daß wir einen Krieg gewannen, den wir in Wirklichkeit verloren". Der Titel des Films: „Der ungezählte Feind: Eine Vietnam-Täuschung".

Westmoreland wehrte sich sogleich nach der Ausstrahlung des Films auf einer Pressekonferenz, daß CBS sei*ne Ehre und Integrität als Soldat* verletzt habe. In der Anklageschrift präzisierte er: Ja, es habe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nachrichtenstellen und den Militärs in Vietnam über die Zählweise der feindlichen Truppenstärken gegeben. Aber die Zahlen, die schließlich nach Washington weitergegeben wurden, seien nicht das Resultat einer vorsätzlichen Täuschung gewesen, sondern auf bestimmten Fakten basierende Hochrechnungen, die einige nichtuniformierte Einheiten auf feindlicher Seite nicht berücksichtigten.

Auch Walt Rostow, Präsident Johnsons Sicherheitsberater und einer der wichtigsten Zeugen des Generals, warnte in einem CBS-Interview (das dann aber nicht für den umstrittenen Film verwendet wurde) davor, „ehrliche Meinungsverschiedenheiten unter Experten, die im Nebel des Krieges zu operieren haben, als Indiz für Täuschungsabsichten zu nehmen". Doch CBS, schon auf dem Höhepunkt der Anti-Vietnam-Kampagne in den USA eine der schärfsten Kritikerinnen der Administration, wollte von der Verschwörungsthese nicht ab. Sowohl der jugendliche Pro*duzent des Dokumentarberichts,* George Crile, als auch der Hauptrechercheur, Interviewer und Erzähler des Films, Mike Wallace – er gehört zu den gefürchtetsten Interview-Journalisten der USA –, hielten an dem Vorwurf der Täuschung fest. Sie unterschlugen dabei Materialien, die das *Gegenteil zu beweisen schienen* – und benutzten damit eine Methode, die sie selber den US-Militärs in Vietnam zur Last legen.

Der sprunghafte Angriff von über 400 000 Gegnern an allen Punkten Südvietnams einschließlich der Hauptstadt Saigon hatte das Vertrauen in die amerikanische Kriegführung, vor allem in die korrekte Einschätzung der gegnerischen Truppenstärke, untergraben. Wie hatten sich Westmoreland und sein Stab so irren können?

Der General war seinerzeit von feindlichen Kräften zwischen 223 000 und 249 000 Mann ausgegangen. Diese Zählweise ließ bewußt zwei Komponenten aus: die politischen Kader des Vietkong, geschätzt auf *80 000, sowie die Angehörigen der* geheimen „Selbstverteidigungskräfte" im Land. Beide gehörten nicht zum uniformierten Teil des gegnerischen Aufmarsches, und von beiden nahmen Westmoreland und andere Berater an, daß sie „keine operative Befähigung" besäßen. Über die Stärke der *„Selbstverteidigungskräfte"* schwankten Schätzungen zwischen 70 000 und 150 000. Einer der CIA-Experten, Sam Adams, geriet über die „Frisierung" der Zahlen so in Gewissenskonflikte, daß er seinen Dienst schon 1968 quittierte. Später stellte er sich CBS für ihren Vietnam-Film zur Verfügung.

Was die Substanz des Filmmaterials angeht, so sah sich CBS 1982 gezwungen, eine hauseigene Untersuchung anzustellen, die zu dem Schluß kam, der Vorwurf der „Verschwörung" lasse sich nicht halten, er sei „unpassend". Produzent Crile wurde daraufhin seines Postens enthoben: Er hatte, wie der hausinterne Bericht sagte, einige Leitlinien korrekter Arbeitsweise ignoriert.

Aber der General muß, um zu gewinnen, mehr beweisen können: daß CBS ihn „in leichtsinniger Vernach*lässigung der Wahrheit" und „in bösartiger Absicht"* diffamierte. Amerikanische Rechtsauslegung interpretiert „leichtsinnige Vernachlässigung" als eine Tat, die trotz „ernster Zweifel" über die Richtigkeit des Tuns ausgeführt wurde. Kann Westmoreland das beweisen?

Die Pressefreiheit *ist bislang in* ähnlichen Fällen immer mit größerem Schutzanspruch ausgestattet als die angegriffene „öffentliche" Person. Daher verwundert es nicht, daß mit dem Westmoreland-Prozeß überhaupt zum erstenmal eine Figur des öffentlichen Lebens der USA Verleumdungsklage gegen ein Medienunternehmen führt. Westmoreland und sein Anwalt Dan M. Burt aber wollen es jetzt wissen. So geht es hier um mehr als ein Kapitel des Vietnam-Krieges. Gewogen wird die Freiheit der Presse gegen das Recht auch öffentlicher Personen auf Schutz ihres Rufes.

Der Altbausubstanz der Städte droht die dritte Veränderungswelle seit dem Krieg – Verwaltungen stellen schon die Weichen

Rolle rückwärts im deutschen Denkmalschutz?

Von D. GURATZSCH

Noch nie seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 waren Pflege und Erhaltung der historischen Altstädte so sehr edroht wie heute. Nach den Verheeungen des Krieges und der für viele rtsbilder zerstörerischen Bautätigeit der 60er Jahre rollt jetzt eine ritte Veränderungswelle auf Städte ıd Gemeinden zu. Kaum beachtet ın der Öffentlichkeit, schickt die erwaltung sich an, die Weichen dair zu stellen.

Am 3. Oktober 1984 berichtete der ar-Bote" aus Bad Schwalbach im unus von einer Geisterversammng. Dort hatten die Stadtverordnen im Beisein eines Bürgermeisters tagt, den es eigentlich schon gar cht mehr geben sollte. Aber Wolff leischer, parteilos, saß höchst lebeng und in ganzer Machtfülle an seiem Platz. Ein Spuk?

Fleischer ist verantwortlich für eien der krassesten Fälle von Denkalschändung, den es in jüngerer eit gegeben hat: den Abbruch der Hufeisenschule" in Bad Schwalach. Schon 1939 war das klassizistische Bauwerk unter Denkmalchutz gestellt worden. Aber mangels nteresse und Nutzungsideen hatte ie Stadt den Bau wie eine Spekulaonsruine verfallen lassen. Nach eiem mysteriösen Brand im Obergechoß ließ Bürgermeister Fleischer ann am 13. Juli die Bagger anrüken. Innerhalb von drei Stunden war s Haus ein Trümmerhaufen. Die olizei konnte gerade noch das Rundogenportal retten.

Zwar läuft noch ein polizeiliches rmittlungsverfahren gegen Fleicher, das möglicherweise einen trafprozeß nach sich zieht. Aber von er anfangs angedrohten Dienstentebung will der zuständige Landrat ichts mehr wissen. Die den Bürgereister stützenden Parteien „Bürgerlock" und CDU machten sich sogar leischers Argument zu eigen, das laus sei wegen „Orkanen im Rheinau" eine „einsturzgefährdete Ruine" ewesen. Wo doch ein Zaun genügt ätte, Passanten zu schützen.

Was den Fall exemplarisch macht, as sind jedoch nicht die durchsichtien Argumente zur Sache, sondern in erstaunlicher Hinweis der Mehreitsparteien: Der überwiegende Teil er Bürger sei für den Abriß gewesen, i nach der Untat „dankbar, erleichtert und fühle sich befreit von einem ‚Klotz am Bein'".

Das ist neu und nicht nur für die Politiker decouvrierend, die der Aussicht auf Wählerstimmen die Schonung des Rechtsempfindens geopfert haben. Noch vor zehn oder fünf Jahren hätte es laute Proteste gegeben. Für jedes gefährdete Haus gingen Bürgerinitiativen auf die Straße. Abrißprogramme waren politisch nicht mehr durchzusetzen. Heute kann der Berliner Bausenator Klaus Franke (CDU) zum Auftakt der Internationalen Bauausstellung Berlin, auf der liebevoll restaurierte Gründerzeitquartiere gezeigt werden, unverklausuliert verkünden, es müsse „wieder mehr Abrisse" geben.

Es scheint schon endlos lange her zu sein und liegt doch keine zehn Jahre zurück: Am 25. Oktober 1975 schworen Könige und Kommunisten, Abgeordnete und Minister aus 32 Ländern Europas feierliche Eide auf die „Deklaration von Amsterdam". „In seinem unersetzlichen Wert macht das architektonische Erbe den Völkern Europas ihre gemeinsame Geschichte und ihr gemeinsames künftiges Schicksal bewußt. Seine Erhaltung ist daher eine Angelegenheit von lebenswichtiger Bedeutung", hatte es darin geheißen.

Davon ist vielerorts schon längst nicht mehr die Rede. Ganze Gemeinden prozessieren und feilschen seit Jahren darum, daß sie ihr Ortsbild verschandeln dürfen. „Die sägen den Ast weg, der sie ernährt", sagt der Mainzer Denkmalpfleger Magnus Backes sarkastisch. Er spricht aus leidvoller Erfahrung, denn sein Land gehört zu denjenigen in der Bundesrepublik, die eine geradezu zerstörerische Bautätigkeit am langmütigsten geduldet haben. Heute hat Rheinland-Pfalz den traurigen Ruhm, die berüchtigtsten Beispiele für Landschafts- und Stadtverschandelung vorweisen zu können: die Zersiedelung des Rheintals zwischen Linz und Bingerbrück mit Betonkästen bis auf die Höhen hinauf, den Basaltabbau in der Vulkaneifel und die Vernichtung der Flußlage von Idar-Oberstein durch eine vierspurige Autobahn über dem Nahebett.

Jüngstes Beispiel ist Morbach am Rande des Idarwaldes. Hier will ein Investor aus den Niederlanden direkt neben der romantischen Burgruine Baldenau 400 Ferienbungalows errichten. Die naturfeindlichen Scheußlichkeiten des künftigen „Animationszirkus", zu denen neue Straßen, die Rodung von Wald, die Trockenlegung von Feuchtbiotopen und die Einschließung der Burg durch einen künstlichen See gehören, wußte der alerte Geschäftsmann der Hunsrückgemeinde mit Versprechungen schmackhaft zu machen. Bei 50 Millionen Mark Investitionsvolumen und rund 100 neuen Dauerarbeitsplätzen werde die strukturschwache Region davon profitieren.



Wer sein Haus verhunzt, braucht meistens die Bauaufsicht nicht einmal mehr zu fragen
ILLUSTRATION: DEUTSCHES NATIONALKOMITEE FÜR DENKMALSCHUTZ

Der Gemeinderat war wie geblendet und verlangte nach den Worten von Bürgermeister Erwin Lieser gegen alle Einwände der Denkmal- und Landespfleger „geschlossen" die Realisierung. Nach langem Zieren ließ sich Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) endlich breitschlagen. Das Feriendorf wird, etwas abgerückt von der Burg, gebaut. „Die Landschaft und die Gefühlswerte sind hin", sagt der Denkmalpfleger achselzuckend. Fast scheint es, als habe ihn die endlose Reihe der Niederlagen mutlos gemacht. Bad Kreuznach (Kahlschlagsanierung), Koblenz (Erbgroßherzog-Friedrich-Kaserne), Worms (Majorshof), Ludwigshafen (Korkturm) – die Beispiele von Verstößen gegen den „Geist von Amsterdam" gerade in diesem Bundesland sind kaum zu zählen.

Aber sie stehen nicht allein, und sie sind nicht nur Zeugnisse einer Kurskorrektur der Politik, sondern eines tiefgreifenden Bewußtseinswandels. Denkmal- und Landschaftsschutz haben in vielen Städten und Dörfern ihre Lobby verloren.

Dahinter stehen oftmals handfeste materielle Interessen. Als sich der Stadtrat von Oberwesel am Rhein seinen landschaftszerstörerischen Bebauungsplan „Auf'm Michelsfeld" bewilligte, konnten sich nur zehn der zwanzig Ratsmitglieder an der Abstimmung beteiligen – alle anderen waren allzu offensichtlich mit dem Projekt verquickt.

„Erhalten wird, was Prestige verspricht"

Aber auch in der Idealkonkurrenz mit anderen kommunalpolitischen Zielen zieht der Denkmalschutz heute vielfach den kürzeren. Wenn etwa die Stadt Gießen 2,6 Millionen Mark aufbringt, um einen „Prachtbau aus original-französischem Sandstein im Stil der Loire-Schlösser", die ehemalige Villa Leutert, zu retten und um ihr eine Nutzung als „eines der schönsten und prunkvollsten Standesämter der Bundesrepublik" zuzudenken, mault die Provinz-Presse, einst Bannerträger des Denkmalschutzes, mit den Worten eines Abiturienten: „Erhalten wird, was Prestige verspricht."

Und wenn der Zoo-Direktor von Berlin, Professor Heinz-Georg Klös, den Abbruch von zwei repräsentativen Botschaftsgebäuden aus dem Dritten Reich verlangt, um seinen Tierpark erweitern zu können, dann geben in viereinhalb Stunden mehr als 8000 Zoofreunde ihre Unterschrift dafür – eine Bürgerinitiative gegen die Zeugen der Geschichte.

Der Wind für den Denkmalschutz scheint sich gedreht zu haben. „Sorge", so der bayerische Landtagsabgeordnete Erich Schosser (CSU), „bereitet dem Landesdenkmalrat und der Denkmalpflegebehörde die zunehmende Zerstörung und Störung der Ortsbilder durch die Unvernunft der Bürger. Aus Profitgründen werden durch Hotels, Straßenbauten und Zweitwohnungen gewachsene Orte zerstört."

Das gab es zwar schon früher. Aber da gab es auch Widerstand dagegen. Er kam nicht nur von Bürgerinitiativen, sondern gerade auch von den großen Parteien, die den Kampf um Milieu und alte Viertel zum Wahlkampfthema machten: die CDU, die an das neu erwachende Heimat- und Wertebewußtsein appellierte, die SPD, die für Sozialstrukturen, Billigmieten und Mietermitbestimmung in den Altbauquartieren stritt. Heute läßt der Denkmalschutz die großen Parteien ziemlich kalt. Das konservative und das soziale Gewissen werden weitgehend vom Umweltschutz in Anspruch genommen.

Der Denkmalpfleger hat seine Rolle als Wunderdoktor der Städte und Lebensgemeinschaften verloren – nicht zuletzt, weil er sie preisgegeben hat. Schon auf ihrer Jahrestagung 1981 in Freiburg hatten die Hüter des architektonischen Erbes gestöhnt, daß sie von besorgten Bürgern als „Anwälte der gesamten materiell erlebbaren Geschichtlichkeit unserer Umwelt" (Georg Mörsch) und als „plebiszitäre Sozialanwälte" (Klaus von Beyme) angerufen wurden – Folge der Ausweitung des Denkmalbegriffes auf Stadtviertel, ganze Städte und zuletzt sogar Landschaften. Der Rückzug von den „Ensembles" zu den Einzelobjekten – Schlössern, Kirchen, Bürgerhäusern – begann. Heute ist offensichtlich: Es war auch ein Rückzug aus der Öffentlichkeit.

Gab es einst regelrechte Pressefeldzüge für die Erhaltung gefährdeter Bauten, so zeigen heute die Zeitungen den Denkmalpflegern vielfach die kalte Schulter. Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz tut sich schwer, noch neue Kandidaten zu finden, die sich mit glanzvollen journalistischen Beiträgen für einen Denkmalschutzpreis empfehlen.

Folgenschwerer noch: Das nach dem Denkmalschutzjahr geknüpfte juristische Netz zur Rettung der Baudenkmäler wird mürbe. Ein Gericht in Freiburg hat erst im Juli das Zweckentfremdungsverbot durchlöchert, Richter in Bremen verlangen seit dem vergangenen Jahr vom Denkmalpfleger „Beweise", daß ein Bauwerk tatsächlich Schutz verdient. Gemeinsamer Nenner in beiden Fällen: Die Erhaltung von Kulturdenkmälern wurde als Belastung für den Eigentümer bewertet. Der Bremer Denkmalpfleger Hans-Christoph Hoffmann sieht den tieferen Grund für die gewandelte Rechtspraxis im allgemeinen Werteumbruch: „Richter sind Gesinnungsmimosen."

Für den Bewußtseinswandel kann wieder Rheinland-Pfalz als Beispiel dienen: Das erst sechs Jahre alte Denkmalschutzgesetz ist dem Land schon wieder unbequem geworden. Kultusminister Georg Gölter (CDU) philosophiert bereits über die möglichen „Ziele einer Novelle", die sicherstellen müßte, „daß von Anfang an auf Unterschutzstellung verzichtet werden kann, wenn übergeordnete Gründe des Allgemeinwohls vorliegen". Im Denkmalschutzjahr 1975 wurde genau umgekehrt argumentiert: Durch Schutz des historischen Erbes sollte das Gemeinwohl gegen anarchische Einzelinteressen geschützt werden.

In Nordrhein-Westfalen, das sein Denkmalschutzgesetz als letztes Land erst 1980 erhielt, hat man den Sinneswandel gleich eingearbeitet: Nicht eine übergeordnete Denkmalbehörde der Fachleute, sondern die Kommunen selbst dürfen über Wert oder Unwert von alten Bauten entscheiden. Streitfälle wie Oberwesel oder Burg Baldenau können in diesem Bundesland gar nicht erst auftreten. Jörg Schulze vom Rheinischen Amt für Denkmalpflege in Bonn: „Es gibt Gemeinden, die fast keine Denkmäler eingetragen haben."

Bald werden die Gerichte von Einzelentscheidungen in Fragen der Schutzwürdigkeit auch in anderen Bundesländern weitgehend entlastet sein. Die Gesetzgebungsmaschinerie spuckt in diesen Monaten novellierte Landesbauordnungen aus, die unter dem verführerischen Titel „Einführung eines bürgerfreundlichen Baurechts" der neuen Veränderungs- und Zerstörungswelle in Stadt und Land breite Breschen schlagen.

Nach den zuerst in einer „Musterbauordnung" der Länderbauminister (ARGEBAU) 1981 unter der Regie des nordrhein-westfälischen Stadtentwicklungsministers Christoph Zöpel (SPD) empfohlenen „Freistellungen" soll es künftig möglich sein, den Umgebungsschutz für Kulturdenkmäler und Bauensembles zu mißachten. Danach ist die Forderung des alten Paragraphen 14 ersatzlos zu streichen: „Auf Bau- und Naturdenkmäler und auf erhaltenswerte Eigenarten ihrer Umgebung ist Rücksicht zu nehmen." Der Genehmigung bedürfen künftig nicht mehr: alle „Änderungen der äußeren Gestaltung genehmigungsbedürftiger Anlagen, soweit sie nicht mit konstruktiven Veränderungen verbunden sind", sowie „kleine Vorhaben von erheblichem Einfluß".

In den wenigsten Ländern fertige Denkmallisten

Mit anderen Worten: Wer seine Fachwerkfassade mit Eternit verblendet, die alten Türen und Sprossenfenster herausreißt, glotzende Kunststoffenster einzieht, das alte Ziegeldach unter eine Blechplane steckt, wer sein Haus verhunzt, verkitscht, verfremdet und damit dem historischen Marktplatz, der vertrauten spitzgiebeligen Straße ihre Eigenart nimmt, der braucht die Bauaufsicht in den meisten Bundesländern gar nicht mehr zu fragen.

Noch schlimmer: Wer ein entsprechendes Grundstück besitzt, der darf auch ohne besondere Genehmigung Mauern und Schuppen bauen und neben die neugotische Kirche einen viereckigen Betonklotz bis zur Größe eines Zweifamilienhauses setzen. Geschützt ist nur, was die Denkmalpflege ausdrücklich in ihre Listen eingetragen oder was die Gemeinden durch Ortssatzungen festgesetzt haben – aber die Denkmallisten sind in den wenigsten Ländern auch nur zur Hälfte fertig, und die Gemeinden haben bisher wenig Neigung gezeigt, sich Käseglocken-Satzungen überzustülpen: in Rheinland-Pfalz nur gut ein Dutzend in vier Jahren.

Die Warnung des Europäischen Denkmalschutzjahres, formuliert vom Schweizer Bundesrat Tschudi, ist keinen Pfifferling mehr wert: „Nicht das Baudenkmal als Einzelobjekt ist heute in erster Linie gefährdet, sondern Denkmäler und Denkmalgruppen in ihrem naturgegebenen Rahmen sowie die eigentlichen Denkmallandschaften, die städtischen und ländlichen Ensembles."

Es war eine der großen Einsichten des Denkmalschutzjahres, daß das architektonische Erbe nur dann gerettet werden kann, wenn die Gesetzgebung verbessert und „wirksam gestaltet" wird. Genau diese Einsicht haben die Gesetzesbastler nun gegen den Denkmalschutz gewendet. Mehr noch als die rigorose Interessenwahrnehmung einzelner Bürger und Gemeinden geht die strategische juristische Planung dem Denkmalschutz an die Wurzel. Nach den Verheerungen des Krieges und der für viele Ortsbilder tödlichen Bautätigkeit in den 60er Jahren kann dieser neue Frontalangriff in vielen Städten die letzten Reste historischer Bausubstanz, erlebbarer Geschichte und ästhetischer Qualität vernichten.

Interessenverbände warten auf Marktöffnung

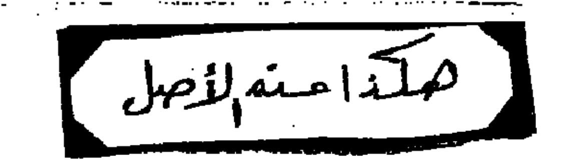
Hinter diesem Generalangriff steht die gesammelte Macht der Bauwirtschaft, der großen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und nicht zuletzt der Architekten. Da die Zeiten ungehemmter Neubautätigkeit vorbei sind, wartet dieser große Interessenverbund ungeduldig darauf, daß sich der neue Markt für ihn öffnet. Er kann auf Unterstützung der Gewerkschaften rechnen, die bereit sind, der Arbeitsplatzsicherung frühere Bekenntnisse für den Denkmalschutz zu opfern. Vorwände für Eingriffe in die Bausubstanz werden Energiesparmaßnahmen und Umwelteinflüsse wie saurer Regen und Grundwasserabsenkung liefern. Allein die Schadenssumme des Steinfraßes beziffert das Bundesbauministerium auf jährlich mindestens vier Milliarden Mark. Auf dem neuen Betätigungsfeld wird eine wahre Materialschlacht der Bauindustrie entbrennen.

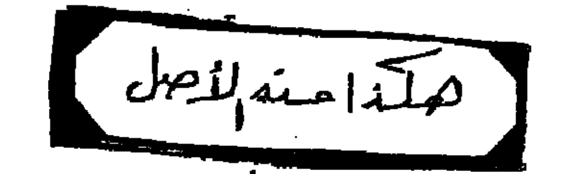
Bundesbauminister Oscar Schneider (CDU) will die Entwicklung im Städtebau nach dem Ende des Baubooms auf der grünen Wiese ganz ausdrücklich in die Innenstädte lenken. Schneiders Ankündigungen zur Entrümpelung des Baurechts, zur Änderung der Städtebauförderung und des altbaufreundlichen Paragraphen 7 b sowie seine Vorstellungen zur Behandlung des selbstgenutzten Wohneigentums jagen den Denkmalpflegern Schrecken ein. Warum ist zur Mitwirkung am neuen Baugesetzbuch auch nicht ein einziger Denkmalschützer eingeladen worden?

Gewiß, „Entbürokratisierung tut not", sagt auch der Rechtshistoriker im hessischen Denkmalschutzamt, Michael Kummer. Im Bereich der DIN-Norm für das Bauen gebe es in der Tat eine Menge „idiotischer Vorschriften". Aber daß sich der Staat aus der Baugestaltung gänzlich zurückzieht, die seit dem Mittelalter zu den vornehmsten Aufgaben der Bauaufsicht gehört und für die es noch nie so wenige amtliche Regeln wie heute gegeben habe, hält der Denkmalpfleger für „eine ganz ungute Entwicklung". Kummer: „Hat die demokratische Gesellschaft keinen Gestaltungsanspruch?"

Die provokante Frage ist von der Baubürokratie in den Satellitenstädten und Neubauvierteln der Nachkriegsjahre schon einmal beantwortet worden: mit Nein. Aber es hatte wenigstens noch Dissens darüber gegeben. Als die CDU in den 70er Jahren die Macht in den roten Rathäusern eroberte, geschah es allerorten im Zeichen einer „Tendenzwende", die auch den Gemütswerten wieder ihr Recht verschaffen sollte. Heute ist die Aufbruchsstimmung vergessen.

Aber niemand sollte sich täuschen. Der Tod des Denkmalschutzes ist noch nicht besiegelt. Je mehr die Transparente jener geistigen Wende verbleichen, desto größer wird die Versuchung für oppositionelle Gruppierungen, sich ihrer Botschaft zu bedienen. Da auf das Nationalkomitee für Denkmalschutz und seinen engagierten Präsidenten, den bayerischen Kultusminister Hans Maier (CSU), niemand mehr hört, hat sich bereits der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit Warnungen vor dem neuen Baurecht, vor Zersiedelung der Landschaft und Zerstörung der Städte zu Wort gemeldet. Es ist ein ehrenwertes, ein konservatives, es ist ein brennend aktuelles Anliegen. Schinkel, der große Baumeister, hat es 1815 ausgesprochen: „Und wenn jetzt nicht ganz allgemeine und durchgreifende Maßregeln angewendet werden, diesen Gang der Dinge zu hemmen, so werden wir in kurzer Zeit unheimlich nackt und kahl, wie eine neue Kolonie in einem früher nicht bewohnten Lande dastehen."





Der Kindergeldzuschlag kostet Bonn jährlich 650 Millionen

Referentenentwurf fertiggestellt / Verabschiedung im Kabinett für November geplant

HEINZ HECK, Bonn

Mit der geplanten Steuerreform wird es ab 1986 neben dem Kindergeld und den erhöhten Kinderfreibeträgen erstmals auch Kindergeldzuschläge in Höhe von maximal 45 Mark je Kind und Monat geben. Alle Familien, die wegen ihres zu niedrigen Einkommens den ab 1986 vorgesehenen Steuerfreibetrag von jährlich 2484 Mark je Kind nicht oder nicht ganz ausschöpfen können, werden die Zuschläge bekommen.

Staatssekretär Werner Chory vom federführend zuständigen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit rechnet, wie er im Gespräch mit der WELT erklärte, mit schätzungsweise 700 000 solcher Zuschlagszahlungen (also rund fünf Prozent der etwa 14 Millionen Kindergeldzahlungen) und jährlichen Kosten von etwa 650 Millionen Mark. Das Ministerium hat den Referentenentwurf inzwischen fertiggestellt. Die Verabschiedung im Kabinett ist für November geplant.

Nach dem Gesetzentwurf sieht die Regelung etwa folgendermaßen aus: Wer mit Anspruch auf Kindergeldzuschlag rechnet, legt im Herbst 1985 aktuelle Einkommensunterlagen dem zuständigen Arbeitsamt vor, das den Anspruch für 1986 ermittelt. Der sich daraus ergebende Kindergeldzuschlag wird unter Vorbehalt gezahlt. Erst im Herbst 1987, wenn die Einkommensunterlagen (Steuerbescheid, Lohnsteuerjahresausgleich etc.) für 1986 vorliegen, ist eine endgültige Abrechnung für 1986 möglich (mit entsprechender Nach- oder Rückzahlung). Zugleich wird die wiederum unter Vorbehalt stehende Zahlung für 1988 ermittelt. Fazit: Bei Anspruch auf Kindergeldzuschlag ist künftig einmal im Jahr der Gang zum Arbeitsamt erforderlich.

Der Zuschlag von 45 Mark monatlich ergibt sich, wenn man die 22prozentige Besteuerung zugrundelegt, die in der sogenannten Proportionalzone bei zu versteuernden Jahreseinkommen bis 18 000 / 36 000 für Ledige/Verheiratete gilt: 22 Prozent von 2484 Mark gleich 546,48 Mark oder monatlich rund 45 Mark. Dieser Steuersatz von 22 Prozent wird fiktiv auch für Familien ohne steuerpflichtiges Einkommen (zum Beispiel Arbeitslose, Frührentner und Studentenehepaare) unterstellt.

Für diese Gruppe schlägt sich die Verbesserung voll im Kindergeldzuschlag von 45 Mark (also bei einem Kind künftig insgesamt 95, bei zwei Kindern 240 Mark usw.) nieder. Darüber hinaus wird nur noch die Differenz zur steuerlichen Entlastung als Zuschlag ausgezahlt.

Einkommensbezieher bis zu etwa 80 000 Mark jährlich werden allerdings ab 1986 um weniger als 45 Mark bessergestellt. Und dies aus folgendem Grund: Mit der Einführung des Freibetrags von 2484 Mark entfallen der bisherige Freibetrag von 432 Mark und die Sonderausgaben von maximal 900 Mark je Kind (600 Mark voll abzugsfähig, weitere 600 Mark zur Hälfte). Der höhere Freibetrag bringt daher ab 1986 nur ein echtes Plus von maximal 1152 Mark, die in der Proportionalzone zu einer steuerlichen Entlastung von jährlich nur etwa 250 Mark führen. Chory sieht darin „kein Versehen". Es werde lediglich die derzeit herrschende Ungleichbehandlung beseitigt, da Familien ohne steuerpflichtiges Einkommen heute weder von dem Freibetrag noch von den Sonderausgaben profitieren könnten.

Chorys Berechnungsbeispiel zeigt bei einem jährlichen Bruttoeinkommen von etwa 20 000 bis 45 000 Mark bei einem Kind zwar eine Entlastung von 95 Mark, die aber nur um 27 Mark höher liegt als nach geltendem Recht. Bei einem Jahreseinkommen von 90 000 Mark brutto ergibt sich dagegen eine Verbesserung von 52 Mark, da die Progressionswirkung durch den Freibetrag stärker gemildert wird. Auch mit der Steuerreform 1986 wird es allerdings bei der einkommensabhängigen Kindergeldkürzung vom zweiten Kind an bleiben.

Verschmutzte Luft: Thema für Bonn und Prag

DW. Bonn

Umweltexperten der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei werden morgen zu ersten Beratungen über die Luftverschmutzung in Prag zusammenkommen. In einer Erklärung begrüßte es Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, daß ein solcher Dialog jetzt in Gang kommt, da die Bundesregierung der Luftverschmutzung im deutsch-tschechoslowakischen Luftraum erhebliche Bedeutung beimesse. Nach der am Sonntag veröffentlichten Erklärung soll über gemeinsame Schwefeldioxyd-Messungen im Grenzgebiet die Immissionsbelastung festgestellt werden.

Eine gemeinsame Analyse und Bewertung von Waldschäden sowie ein Erfahrungsaustausch über technische Möglichkeiten der Emissionsverminderung bei Kraftwerken stehe bei denn Beratungen ebenfalls im Vordergrund. Zimmermann erklärte, besonderes Augenmerk komme einer *möglichst schnellen Absenkung* von Schwefeldioxyd-Immissionsspitzen zu. Die deutsche Seite werde auch einen gemeinsamen lufthygienischen Alarmplan vorschlagen.

Da für die Bundesrepublik grenzüberschreitende Luftverunreinigungen von besonderer Bedeutung seien, freue er sich, daß Gespräche mit der tschechoslowakischen Regierung in Gang gekommen seien.

„Friedensbewegung": Mangelnde Argumente und geringer Zulauf

Professor Hornung warnt vor der politisch-moralischen Schwäche Westeuropas

XING-HU KUO, Stuttgart

Die sogenannte Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist zwar „nicht gestorben", aber doch „bedeutend schwächer geworden". Dies hat der Reutlinger Politologe und Publizist Professor Klaus Hornung in Stuttgart erklärt. Hornung sprach auf einer Vortragsveranstaltung des als konservativ eingestuften Arbeitskreises „Europa in der Krise". Als Grund für den immer geringer werdenden Zulauf für die Bewegung gegen die Nachrüstung nennt Hornung, der sich seit Jahren mit diesem Phänomen auseinandergesetzt hat, die Tatsache, daß die „Scheinargumente" der „Friedensbewegung" nach der Stationierung von Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik „geplatzt sind wie Seifenblasen".

Inzwischen spreche kaum noch jemand davon, so Hornung, daß die 108 Pershing-Raketen in der Bundesrepublik „Erstschlags- oder Enthauptungswaffen" seien. Weder diese Zahl noch die Raketen-Reichweite von nur 1800 Kilometer rechtfertigten dieses Hauptargument der „Friedensbewegung" gegen die Nachrüstung. Auch die „demagogische These", die USA wollten einen Atomkrieg „europäisieren", sei inzwischen sogar von sowjetischer Seite widerlegt worden. So habe der Amerika-Experte des Kreml, Arbatow, jüngst erklärt, wenn Minsk von einer Rakete aus München getroffen werde, so würden die Sowjets auch Minneapolis in den USA vernichten.

In seinem ausführlichen Vortrag „Friedensbewegung und Sowjetstrategie" ging Hornung auf die nachweislichen personellen, ideologischen und organisatorischen Zusammenhänge zwischen Moskau, Ost-Berlin und der westdeutschen „Friedensbewegung" ein. Dies sei bereits nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Gründung des „Weltfriedensrates" und ähnlicher von Moskau finanzierter und gesteuerter Organisationen deutlich geworden. Dabei machten sich die Initiatoren und Hintermänner der „Friedensbewegung" auch einige deutsche Besonderheiten als Folge des verlorenen Krieges zunutze: die Erfahrung der totalen Niederlage, die Gefahrenlage an den Grenzen der Blöcke, moralisch-religiöse Schuldfragen aus dem Dritten Reich. Nicht wenige religiös (vor allem „protestantisch-rigoros") veranlagte Persönlichkeiten, die sich schon früh zur „Friedensbewegung". bekannten, gingen später in die SPD: Heinemann, Eppler, Johannes Rau.

Nach dem Kriege gelang es vielen Deutschen nicht, eine politisch „vernünftige Mittellage" zu finden. Vielmehr schlug das Pendel in andere Extreme: Die Deutschen wurden zu einem großen Teil ein „tragisch geschichts- und gesichtsloses Volk", so Hornung. Als Folge dieses „Unbalanciertseins" vieler Deutscher wird häufig die Politik nur als „Innen-, Verteilungs- und Sozialpolitik" betrachtet. Die internationalen Zusammenhänge würden von vielen Bürgern verdrängt und ignoriert. Die in den 70er Jahren eingeleitete antiautoritäre Pädagogik, die Verherrlichung der Gewalt zur angeblichen Beseitigung der Gewalt, die Jahrzehnte der „Entpflichtung" hätten zu einer „Narkotisierung" des politischen Lebens geführt, so der Politologe.

In diesem Zusammenhang kritisierte Hornung die Politiker aller Parteien, die diese Vernebelung bewußt mitmachten, indem sie beispielsweise „gegenüber den Kommunisten erbärmlich kuschen" und kein Wort der Kritik in Richtung Osten mehr wagen.

Trotz der wachsenden Erkenntnis, daß die Friedensbewegung bewußt oder unbewußt der langfristigen Sowjetstrategie dient, Westeuropa „im Frieden, ohne Widerstand" in ihre Einflußsphäre hineinzuziehen, gehe von Westeuropa eine „politisch-moralische Schwäche" im Verhältnis zur militanten Sowjetunion aus, deren Endziel nach wie vor die kommunistische Weltherrschaft sei.

Börner setzt auf Heimat und Umwelt

Auftakt für den Kommunalwahlkampf 1985 / Keine Kritik an den Grünen

D. GURATZSCH, Kassel

Die hessische SPD hat mit deutlichen *Anleihen bei Leitbegriffen* konservativer Kommunalpolitik den Wahlkampf für die Kommunalwahl am 10. März 1985 eröffnet. „Wir Sozialdemokraten haben bessere Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit als die Konservativen", sagte der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Holger Börner am Wochenende in der Auftaktveranstaltung vor etwa 200 Landesdelegierten der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Kassel. Gleichzeitig unterstrich er die „Logik" seiner Zusammenarbeit mit den Grünen. Börner: „Das Land Hessen ist das Gegengewicht zu Bonn."

Auffällig und gänzlich unkonventionell im SPD-Vokabular waren die *Begriffe „Heimat" und „Geborgenheit"*, auf die Börner immer wieder in seinem etwa einstündigen Referat zurückkam. „Es geht darum", erklärte der SPD-Chef, „den Menschen in ihren Städten ein wirkliches Zuhause zu geben. Das ist in der Phase der Unsicherheit und des Umbruchs ganz besonders wichtig." Fachwerk, Fußgängerzonen und Dorferneuerung seien „sichtbare Zeichen" einer solchen Politik. „Wir sind hier auf dem richtigen Wege. Lassen wir uns die Butter nicht vom Brot nehmen", rief Börner aus.

Zuvor hatte schon der Frankfurter SPD-Spitzenkandidat und frühere Bundesverkehrsminister Volker Hauff konservative Leitformeln wie Geborgenheit, Eigeninitiative und Selbstverwaltung für die SPD reklamiert. In den verabschiedeten Materialien zur Kommunalwahl macht sich die SPD für die Existenzsicherung von kleinen und mittleren Unternehmen stark.

Seine Zusammenarbeit mit den Grünen nannte Börner in seiner Grundsatzrede ohne jede Relativierung „logisch im Hinblick auf die Probleme der Zeit". Es war überhaupt das erste Mal, daß der Ministerpräsident auf einer sozialdemokratischen Parteiversammlung Kritik an den Grünen *völlig aussparte*. Zwar hätten die Sozialdemokraten in Umweltfragen „einen hohen Preis" für die Zusammenarbeit zahlen müssen. Aber, so Börner im Hinblick auf die unter dem Druck der Grünen zustandegekommene neue Müllkonzeption seiner Regierung: „Wenn wir noch fünf oder zehn Jahre warten, dann werden nicht nur immer mehr junge Leute zu den Grünen gehen, sondern die Probleme werden auch volkswirtschaftlich unbezahlbar."

Nicht mit einem einzigen Wort ging der Ministerpräsident auf den neuen schwelenden *Konflikt* mit der Umweltpartei über die Brennelementefabriken in Hanau ein. Statt dessen verwahrte er sich gegen „Angstmache mit rot-grüner Polemik, mit der die CDU hier in Hessen die Wahlen gewinnen will". In Nordrhein-Westfalen hätten Christdemokraten und Liberale mit der Parole „Chaos durch das rot-grüne Bündnis", wie „Herr Biedenkopf in sehr tiefsinnigen Betrachtungen festgestellt" habe, Schiffbruch erlitten. Börners Schlußfolgerung: „*Auch die konservativen Wähler* wollen auf die brennenden Fragen des Umweltschutzes konstruktive Antworten."

Breiten Raum nahm in Börners Referat die von ihm „erfundene" und *bei den vergangenen Landtagswahlen* erfolgreich eingesetzte Formel „Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung" ein. Von den Zuständen in der Bundesrepublik malte er ein schwarzes Bild: „Der Wald stirbt. Der versprochene Aufschwung bleibt aus. Noch immer sind über zwei Millionen Menschen arbeitslos. Diese Politik ist rücksichtslos, verantwortungslos und gefährlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft."

Seite 2: Heimatland

„DDR"-Kirche fordert Friedensengagement

DW. Dresden

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens hat sich besorgt über die Resignation in der kirchlichen Friedensarbeit in der „DDR" geäußert und nachdrücklich zu weiterem Friedensengagement aufgerufen. Die Kirchenleitung bedaure den mangelnden Elan und, daß es „in einem fragwürdigen Sinne" ruhiger um die christlichen Friedensaktivitäten geworden sei, sagte Bischof Johannes Hempel vor der Synode seiner Landeskirche in Dresden. Als Gründe für diese Entwicklung nannte er u.a. die mangelnde Unterstützung der Friedensgruppen durch kirchenleitende Gremien und die „kritische Zurückhaltung statlicher Stellen gegenüber der eigenständigen kirchlichen Friedensarbeit". Hempel betonte, christliche Friedensverantwortung sei keine Mode und müsse darum weitergehen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ost-Berlin, Polen und die Hamsterzüge

DW. Berlin

In den Zügen mit polnischen Gastarbeitern, die in der „DDR" tätig sind (rund 20 000), herrschen katastrophale Schwarzmarkt-Zustände. Mit den Vorgängen in dem regelmäßigen Zug Leipzig–Görlitz–Warschau beschäftigte sich kürzlich das polnische Blatt „Tygodnik Demokratyozny" (Demokratische Wochenzeitung). Dies geht aus einem Bericht der „Ostdeutschen Nachrichten" hervor, dem Organ des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen.

In der Warschauer Zeitschrift heißt es danach, wer als polnischer Tourist „*wohlbehalten und gesund*" wieder heimkehren wolle, möge unter allen Umständen den jeden Freitag verkehrenden Expreß zwischen Leipzig–Görlitz–Warschau meiden. Schon in Leipzig, schreiben die polnischen Autoren, werde der Zug von „angetrunkenen und gröhlenden polnischen Gastarbeitern" gestürmt, die sich weder um Platzkarten kümmerten noch davor zurückschreckten, die Besitzer dieser Tickets einfach aus dem Abteil zu stoßen. Auf dem Leipziger Hauptbahnhof werde vor der Abfahrt dieses typischen Gstarbeiterzuges stets ein großes Kontingent von Bahn- und Volkspolizei aufgeboten.

Wenn der Expreß dann gegen Mitternacht bei Görlitz die Grenze überquere, „strömt ein Heer polnischer Schwarzhändler" in den Zug. Gefragt seien Zitronen, Kaugummi, mitteldeutsches Bier und wertvolle Konsumgüter. Jeder dieser Händler habe sein „Spezialgebiet". Der letzte Schwarzhändler verlasse kurz vor der Endstation in Warschau den Zug, wenn er seine dunklen Geschäfte abgewickelt habe.

Nach dem Bericht der Warschauer Zeitung sei das Zugpersonal offenbar bestochen. Denn nur dann, wenn die polnische Bahnpolizei zusteige, herrsche Ruhe in den Waggons. Das Blatt berichtet auch von umfangreichen Schmuggelaktionen aus Polen in die „DDR": Zu den begehrten Waren auf deutscher Seite gehörten schlesisches Silber und Danziger Bernstein, sowjetischer Goldschmuck, polnische Pelze und Wodka in beträchtlichen Mengen.

Die polnische Zeitung merkt an, die offiziellen Stellen in Warschau befürchteten, daß diese Vorgänge zu politischen Verwicklungen mit der „DDR"-Führung führen könnten. *Seit Herbst 1980 können polnische* Touristen allenfalls an Gruppenfahrten in die „DDR" teilnehmen. Der freie Zugang zum Nachbarn – ohne Visum – ist seither weder den Deutschen noch den Polen möglich. Die Grenzstadt Frankfurt/Oder ist seither verödet.

Die „Demokratische Wochenzeitung" berichtete ferner, die „DDR"-Behörden hätten jetzt den 20 000 polnischen Gastarbeitern erlaubt, ihrem katholischen Glauben nachzugehen. Insgesamt seien zwölf Seelsorge-Stützpunkte mit 14 überwiegend aus Oberschlesien stammenden Priestern eingerichtet worden. *In 55 mitteldeutschen* katholischen und sieben evangelischen Gotteshäusern finden regelmäßig Messen und Andachten in polnischer Sprache statt.

Schmuggel und Schwarzhandel im Polen von heute beruhen vor allem auf dem Mangel an Lebensmitteln und den unerschwinglichen Preisen für hochwertige Konsumgüter. Sie werden von polnischen Gastarbeitern, die in der „DDR", West-Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet fleißig tätig sind, *in die Heimat* gebracht und dort wiederum zu horrenden Preisen „unter der Hand" verkauft.

Das anhaltende Ausmaß der Not schilderte jetzt der Caritas-Verband. Allein diese katholische Hilfsorganisation brachte *in diesem Jahr bis* Ende August 5700 Tonnen Lebensmittel, Medikamente und Kindernahrung im Wert von rund 14 Millionen D-Mark auf den Weg. Weitere Geldspenden seien dringend notwendig.

WELT-Interview mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu

„Relatives Gleichgewicht“ der beiden Militärblöcke

WELT: Herr Präsident, Sie besuchen die Bundesrepublik Deutschland zu einer Zeit, da andere Staatsmänner offensichtlich in Fragen der Reisediplomatie zwischen Ost und West eine gewisse Zurückhaltung üben. Was bewog Sie dazu, Ihre Haltung in dieser Frage nicht zu ändern?

Ceausescu: Der Besuch, den ich in Kürze der Bundesrepublik Deutschland abstatten werde, findet in einer Zeit statt, in der in Europa, aber auch in der ganzen Welt eine außerordentliche Spannung herrscht. Was die diplomatischen Kontakte zwischen Ost und West betrifft, würde ich nicht von einer Zurückhaltung sprechen. Man kann im Gegenteil sagen, daß im allgemeinen das Anliegen festzustellen ist, die Ost-West-Kontakte zu verstärken, die Kontakte zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, um die bestehende schwere Lage zu überwinden, um zur Politik der Entspannung und Zusammenarbeit zurückzukehren.

Der Besuch, den ich also unternehmen werde, entspricht den unentwegten Bemühungen des sozialistischen Rumäniens, die Beziehungen zu allen Staaten, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Ich unternehme diesen Besuch auch in Anbetracht der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der Tatsache, daß gerade durch die Verstärkung der Kontakte neue Möglichkeiten ausgemacht werden können, die Beziehungen auszuweiten, sowohl die ökonomischen wie auch die politischen, einschließlich der Zusammenarbeit für die Überwindung der schweren Lage, die im internationalen Leben und besonders in Europa besteht.

WELT: Welche Meinung haben Sie über das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Ost und West? Halten Sie es für ausgewogen oder sehen Sie ein Übergewicht auf einer der beiden Seiten? Halten Sie einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Systemen bzw. den USA und der Sowjetunion für möglich, und wenn ja, unter welchen Bedingungen sollte er erreicht werden?

Ceausescu: In der letzten Zeit wird viel über das Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West oder besser gesagt zwischen den beiden Militärbündnissen, zwischen den USA und der Sowjetunion gesprochen. Man könnte sagen, daß der Nachdruck, mit dem die Frage des Kräftegleichgewichts aufgeworfen wird, nicht das Ergebnis einer realen Analyse ist und nicht das Ergebnis eines bestimmten Mißverhältnis im Gleichgewicht der Kräfte der beiden Teile. Man könnte im Gegenteil sagen, daß dieser Nachdruck in gewissem Maße die Bereitschaft weiterer bedeutender Summen für Militärausgaben, für die Erhöhung des Wettrüstens rechtfertigen soll.

Nach meiner Ansicht, der Ansicht des sozialistischen Rumäniens, hat der gegenwärtige Rüstungsstand, einschließlich des Standes im Bereich der Kernwaffen, zu einem relativen Gleichgewicht zwischen den beiden Teilen geführt. Ich möchte nur auf die wohlbekannte Tatsache verweisen, daß sowohl der eine wie auch der andere Teil über genug Kernwaffen verfügt, um die gesamte Menschheit einige Male zu vernichten. Unter diesen Voraussetzungen ist es schwer, von einem Mißverhältnis zu sprechen, von der Tatsache, daß verstärktes Wettrüsten die Wiederherstellung eines bestimmten Gleichgewichts zum Ziele haben könne. Es gibt ganz im Gegenteil zu viele Waffen – klassische sowohl wie aber vor allem Kernwaffen. Und es muß alles getan werden, um das Wettrüsten einzustellen und durch unablässige Verringerung der Waffenbestände, und in erster Linie der Kernwaffenbestände, ein Gleichgewicht herzustellen. Nur ein Gleichgewicht auf einem sehr niedrigen Stand der Bewaffnung entspricht den Interessen der Völker, des Friedens und der Zusammenarbeit.

Ich bin der Ansicht, daß der erreichte Rüstungsstand, und vor allem der Bestand an Kernwaffen, sowie die Tatsache, daß der eine und der andere Teil gleichermaßen verstehen, daß ein neuer Weltkrieg die Zerstörung der Zivilisation und selbst des Lebens auf unserem Planeten bedeuten würde, die erforderlichen Voraussetzungen schaffen, um die gegenwärtige Spannung zu überwinden, zur Politik der Entspannung und der Lösung der Fragen auf dem Verhandlungswege zurückzukehren.

In Anbetracht dessen, und auch der großen Bewegung für Frieden in Europa und in der ganzen Welt, bin ich also der Ansicht, daß es möglich ist, den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt zu gewährleisten, einschließlich der Wiederherstellung der Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA. Alle Staaten müssen auf der Höhe der Verantwortung für ihre eigenen Völker und für die Sache der Menschheit im allgemeinen sein, für die Minderung der Spannung und die Verringerung der Waffenbestände eintreten. Gleichzeitig ist das Wirken aller Völker und realistischen Kräfte zu verstärken, die in Frieden leben wollen und der Menschheit eine Gegenwart und vor allem eine Zukunft in Ruhe und Frieden gewährleisten wollen.

WELT: Rumänien hat in der europäischen Raketendiskussion eine gegenüber anderen Staaten nuancierte oder sogar differenzierte Haltung eingenommen. Könnten Sie die Haltung Ihres Landes in der Frage der Mittelstreckenraketen des Warschauer Pakts und der NATO darlegen? Wer müßte, Ihrer Meinung nach, den ersten Schritt tun? Welche Voraussetzungen wären notwendig, um die USA und die UdSSR wieder in Genf oder anderswo an den Verhandlungstisch zu bringen?

Ceausescu: Wie ich erwähnt habe, sprach und spricht sich Rumänien mit aller Entschiedenheit für Abrüstung, in erster Linie für die nukleare Abrüstung aus. Wir haben uns stets gegen die Stationierung neuer Nuklearraketen in Europa ausgesprochen. Nach dem Übergang zur Aufstellung der amerikanischen Raketen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen Ländern – darunter auch in der BRD – und der Durchführung der von der Sowjetunion angekündigten nuklearen Gegenmaßnahmen ist die Lage äußerst ernst geworden. Wir sind der Ansicht, daß diese Maßnahmen durch nichts gerechtfertigt werden, weder auf der einen noch auf der anderen Seite, daß es notwendig ist, die Stationierung der Nuklearraketen durch die USA und als Folge dessen die Durchführung der nuklearen Gegenmaßnahmen durch die Sowjetunion aufzuhalten, damit die Verhandlungen zwischen den zwei Großmächten im Hinblick auf die vollständige Ausschaltung der Raketen mittlerer Reichweite in Europa und danach aller Nuklearwaffen wieder aufgenommen werden.

Sie fragen, wer den ersten Schritt tun müßte. Ich glaube, die Antwort ist sehr einfach: Jener, der den ersten Schritt bei der Stationierung der Raketen mittlerer Reichweite in Westeuropa getan hat, also die USA. Ich habe jedoch im Auge, daß auf diesen ersten Schritt zu gleicher Zeit ein entsprechender Schritt der anderen Seite folgt, das heißt, die eigentliche Einstellung der Stationierung amerikanischer Raketen und danach der sowjetischen Gegenmaßnahmen, der Übergang zu Verhandlungen für die Ausschaltung all dieser Raketen. Dadurch glaube ich, würden die entsprechenden Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen von Genf (geschaffen) – oder wo immer man es für notwendig erachtet, diese zu führen – im Hinblick auf die Rettung Europas vor einer nuklearen Katastrophe, für die Erzielung einer Übereinkunft, die den Interessen der europäischen Völker und der ganzen Welt entsprechen soll.

> Der Besuch, den ich in Kürze der Bundesrepublik Deutschland abstatten werde, findet in einer Zeit statt, in der in Europa, aber auch in der ganzen Welt eine außerordentliche Spannung herrscht . . . Ich unternehme diesen Besuch auch in Anbetracht der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der Tatsache, daß gerade durch die Verstärkung der Kontakte neue Möglichkeiten ausgemacht werden können, die Beziehungen auszuweiten, sowohl die ökonomischen wie auch die politischen, einschließlich der Zusammenarbeit für die Überwindung der schweren Lage, die im internationalen Leben und besonders in Europa besteht.

Ich unterstreiche noch einmal, wir sind der Ansicht, daß die europäischen Völker eine große Verantwortung haben und daß sie selbst handeln müssen, ohne das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion abzuwarten. Die Europäer können und müssen einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit, des Friedens und des Lebens der Völker auf unserem Kontinent erbringen.

WELT: Herr Präsident, in letzter Zeit haben Politiker und Publizisten verschiedener Länder Europas – darunter auch osteuropäischer Länder und vor allem Rumäniens – gelegentlich von einer besonderen Rolle oder Aufgabe der kleinen und mittleren Staaten in der Weltpolitik gesprochen. Können Sie sich vorstellen, daß kleine und mittlere Länder, gleich welcher Gesellschaftsordnung – zu denen in unserer Zeit ja nicht nur Rumänien sondern auch die Bundesrepublik Deutschland gehören – in der Weltpolitik zwischen den USA und der UdSSR etwas auszurichten vermögen?

Ceausescu: Man spricht in der Tat viel, auch in Europa, aber vor allem in anderen Staaten, auf anderen Kontinenten, von der wichtigen Rolle, die die kleinen und mittleren Länder, die Entwicklungsländer, die nicht paktgebundenen Länder spielen können – und spielen müssen – bei der Lösung der komplexen und schwerwiegenden Probleme des internationalen Lebens.

Rumänien hat sich stets für eine vollauf gleichberechtigte Teilnahme dieser Staaten – der kleinen und mittleren Länder – an der Lösung der internationalen Probleme in einem demokratischen Geiste ausgesprochen, die den Frieden, die Zusammenarbeit und die Unabhängigkeit einer jeden Nation gewährleisten soll.

Wir leben in einer Welt, in der es Staaten unterschiedlicher Systeme und Gesellschaftsordnungen gibt. Diese Realität wird noch lange Zeit andauern. Deshalb müssen wir von der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, der strikten Achtung in den Beziehungen zwischen den Staaten, der Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, des Verzichts auf Gewalt und auf Gewaltandrohung sowie des gegenseitigen Vorteils ausgehen. Der einzige Weg zur Zusammenarbeit ist, das Recht einer jeden Nation auf freie Entwicklung zu respektieren, sich die Gesellschaftsordnung zu wählen, die sie wünscht, ohne jede Einmischung von außen. In diesem Sinne erachte ich, daß Rumänien und die Bundesrepublik Deutschland, indem sie mit den anderen aktiv zusammenarbeiten, zur Lösung der großen internationalen Probleme, zur Politik des Friedens und der Zusammenarbeit beitragen können.

WELT: Rumänien ist Mitglied sowohl des Warschauer Vertrags als auch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Gleichzeitig betont Rumänien den Vorrang der nationalen Souveränität. Wie sehen Sie die Rolle Rumäniens in diesen beiden Organisationen?

Ceausescu: Rumänien gehört zu den Gründungsmitgliedern des RGW – und ich muß erklären, daß diese Organisation nach wie vor eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, in der ökonomisch-sozialen Entwicklung eines jeden Volkes spielt. Vor kurzem, im Juni dieses Jahres, fand übrigens die Gipfelberatung auf hoher Ebene gerade zu den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit statt, auf der sehr wichtige Beschlüsse von breiter Perspektive, bis zum Jahr 2000, betreffend die Ausweitung dieser Zusammenarbeit angenommen wurden. Wir sind fest entschlossen, alles zu tun für die Verwirklichung der getroffenen Vereinbarungen.

Rumänien ist desgleichen Gründungsmitglied des Warschauer Vertrags. Ich möchte nicht mit der gleichen Begeisterung auch über diesen Vertrag sprechen – es wäre gut gewesen, wenn man nicht zu den beiden Militärpakten gekommen wäre, weder zur Gründung der NATO noch der des Warschauer Vertrags. Leider sind diese jetzt Bestandteile der Realität der zeitgenössischen Welt, und wir müssen so handeln, daß wir die Etappe der Militärblöcke überwinden, daß wir für die ständige Verringerung ihrer Rolle bis zur gleichzeitigen Auflösung dieser Blöcke wirken.

Die Teilnahme Rumäniens an diesen beiden Organisationen steht nicht in Widerspruch zu den nationalen Interessen und zur Politik der nationalen Unabhängigkeit. Im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß gerade die Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW zum rascheren ökonomischen und sozialen Fortschritt Rumäniens, zur Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes beitragen muß.

WELT: Sobald sich die Zeit der Militärmanöver auf beiden Seiten nähert, gibt es immer wieder widersprüchliche Meldungen über die Beteiligung rumänischer Truppen an Manövern des Warschauer Vertrags. Welche Haltung nimmt Ihr Land zu den Fragen der Militärmanöver, zu ausländischen Stützpunkten und zu fremden Truppen ein?

Ceausescu: Rumänien nimmt an der internationalen Tätigkeit für allgemeine Abrüstung, in erster Linie für nukleare Abrüstung, teil. Unser Land ist Mitglied des Genfer Abrüstungskomitees. Es hat zahlreiche Vorschläge sowohl in diesem Komitee als auch bei der UNO über die Notwendigkeit des Übergangs zu einer realen Abrüstung, zur Reduzierung der Militärausgaben, zu einer Politik des Friedens und der Zusammenarbeit unterbreitet. Im Rahmen dieser Vorschläge hat Rumänien verlangt, sowohl auf der einen wie auch auf der anderen Seite auf Militärmanöver, auf Machtdemonstrationen zu verzichten und dabei die Ansicht vertreten, daß diese keine Rechtfertigung haben und dazu angetan sind, die Spannung und das Mißtrauen zu erhöhen. Wir sprachen und sprechen uns entschlossen aus für die Auflösung der Militärstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten, für den Rückzug der fremden Truppen hinter die nationalen Grenzen.

In diesem Rahmen ist Rumänien, seinem Standpunkt getreu, der Ansicht, daß eine Truppenbeteiligung an verschiedenen Militärmanövern nicht notwendig ist. Wir erachten, daß es andere Formen gibt, die eine Vorbereitung der Zusammenarbeit zwischen den befreundeten Armeen gewährleisten können, ohne auf große militärische Manöver zurückzugreifen. Dies gilt unserer Ansicht nach auch für die NATO, die entsprechende Schlußfolgerungen ziehen und eine entsprechende Haltung einnehmen sollte.

Wenn wir von Abrüstung, von Vertrauen sprechen, müssen wir auch den Mut haben, zu handeln, um das Vertrauen zwischen unseren Staaten zu stärken, denn nur so werden wir die schwerwiegende Situation überwinden können, die entstanden ist.

WELT: Rumänien unterhält Beziehungen zur Gruppe der nicht paktgebundenen Staaten. Es pflegt bekanntlich gute Beziehungen zu seinem Nachbarn Jugoslawien. Wie beurteilen Sie die Rolle der Bewegung der nicht paktgebundenen Staaten und wie entwickelt sich das Verhältnis Rumäniens zu diesen Ländern?

Ceausescu: Rumänien unterhält in der Tat gute Beziehungen zu den nicht paktgebundenen Ländern und beteiligt sich, mit dem Status eines Gastes, an den Treffen dieser Länder. Rumänien pflegt desgleichen breite Beziehungen zu den Entwicklungsländern, und unser Land ist Mitglied der Gruppe dieser Staaten. Was die Beziehungen zu Jugoslawien anbelangt, so möchte ich sie nicht in diesen Rahmen einfügen, denn sie gründen sich auf Verbindungen guter Nachbarschaft, auf die gemeinsame sozialistische Gesellschaftsordnung und sie haben alte, sogar sehr alte historische Wurzeln, da unsere Völker gemeinsam gekämpft haben gegen die Fremdherrschaft, für Unabhängigkeit, und jetzt aktiv zusammenwirken, nicht nur in der Bewegung der nicht paktgebundenen Staaten, aber auch im Kampf für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft und für Frieden. Wir erachten, daß die Bewegung der nicht paktgebundenen Länder weiterhin eine wichtige Rolle im internationalen Leben spielt, gerade angesichts der besonders schwerwiegenden Spannung, zu der es gekommen ist. Es ist notwendig, alles zu tun für die Überwindung einiger Differenzen und Konflikte in den Reihen dieser Bewegung, für die Festigung der Solidarität und der Einheit der nicht paktgebundenen Länder, denn nur so werden sie einen noch bedeutenderen Beitrag zur Politik der Abrüstung, des Friedens, zur Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, im allgemeinen zur Schaffung einer Welt der Zusammenarbeit und des Friedens erbringen können. In diesem Sinne wird Rumänien auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit diesen Ländern weiterhin umfassend entwickeln und an der gesamten Tätigkeit der Bewegung der nicht paktgebundenen Länder aktiv teilnehmen.

WELT: In den Auseinandersetzungen, die sich während der sechziger Jahre innerhalb der kommunistischen Bewegung, im Falle Chinas, vollzogen, hat Rumänien seine Haltung nicht geändert und unterhält weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Peking. Wie beurteilen Sie die Rolle Chinas in der heutigen Welt? Welche Rolle spielt dieses Land für Europa?

Ceausescu: Rumänien ist in der Tat mit aller Entschiedenheit eingetreten für die Entwicklung der Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern und zu allen kommunistischen und Arbeiterparteien und hat sich für die Überwindung der Differenzen und für die Schaffung einer neuen Einheit ausgesprochen, gegründet auf die neuen Prinzipien der Gleichheit, der Achtung, des Rechts eines jeden Landes und einer jeden kommunistischen Partei, ihre politische Linie unabhängig zu erarbeiten, in Übereinstimmung mit den historischen, nationalen und sozialen Bedingungen des Landes, in der sie ihre Tätigkeit entfaltet. Ich könnte sagen, daß auf diesem Wege eine Reihe positiver Ergebnisse erzielt worden sind, und daß diese Prinzipien heute immer umfassender anerkannt und in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den kommunistischen und Arbeiterparteien angewendet werden.

> Rumänien gehört zu den Gründungsmitgliedern des RGW – und ich muß erklären, daß diese Organisation nach wie vor eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, in der ökonomisch-sozialen Entwicklung eines jeden Volkes spielt . . . Rumänien ist desgleichen Gründungsmitglied des Warschauer Vertrags. Ich möchte nicht mit der gleichen Begeisterung auch über diesen Vertrag sprechen – es wäre gut gewesen, wenn man nicht zu den beiden Militärpakten gekommen wäre, weder zur Gründung der NATO noch der des Warschauer Vertrags.

In diesem Rahmen verlaufen auch die weiteren Beziehungen zwischen der Rumänischen Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Republik Rumänien und der Chinesischen Kommunistischen Partei und dem sozialistischen China. Ja noch mehr, in dieser Zeit haben sich die Beziehungen zwischen unseren Parteien und Ländern sehr stark entwickelt. Sie haben nicht allein schwierigen Bedingungen standgehalten, sondern sich auch weiter entwickelt und einen sehr hohen Stand erreicht. Wir sind entschlossen, für die Entwicklung dieser Beziehungen alles zu tun, so wie wir auch eintreten für die Entwicklung der Beziehungen zu allen kommunistischen und Arbeiterparteien, zu allen sozialistischen Ländern, für die Festigung ihrer Einheit und Solidarität.

Ich bin der Ansicht, daß die chinesische Volksrepublik im internationalen Leben, in der Politik des Friedens und der Entspannung eine wichtige Rolle gespielt hat und eine immer wichtigere Rolle spielen wird. Die Entwicklung der Beziehungen der Länder Europas zu China kann nur noch mehr beitragen zur Überwindung der ernsten Lage der Spannung, zu einer Politik der Entspannung, der Abrüstung, der Zusammenarbeit und des Friedens zwischen allen Nationen der Welt. Ohne Zweifel müssen alle diese Beziehungen das Prinzip der Gleichberechtigung, der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität eines jeden Volkes, des gegenseitigen Vorteils zur Grundlage haben.

WELT: Rumänien ist ein Land im Südosten Europas. Wie sehen Sie die Zukunft dieser Region? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um größere Sicherheit für die Völker dieser Region zu gewährleisten? Glauben Sie, daß die Großmächte sich in dieser Region verstärkt einschalten, oder sich zurückhalten oder gar zurückziehen sollten?

Ceausescu: Rumänien entwickelt umfassende Beziehungen zu allen Staaten im Südosten Europas, zu den Balkanländern. Ich kann sagen, daß wir praktisch zu all diesen Staaten gute Beziehungen unterhalten. Wir sprechen uns für die Erweiterung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit dieser Staaten aus, für einen Balkanraum ohne Kernwaffen und ohne Militärstützpunkte. Gleichzeitig unterstützen wir die Schaffung solcher Zonen in Mittel- und in Nordeuropa. Wir sehen darin einen unlöslichen Bestandteil der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Schaffung auf unserem Kontinent einer gesamteuropäischen Zone ohne Kernwaffen und ohne ausländische Militärstützpunkte.

In diesem Sinne messen wir der gegenwärtigen Tagung in Stockholm, die der Vertrauensbildung und der Abrüstung gewidmet ist, große Bedeutung bei und sind entschlossen, alles zu tun für den erfolgreichen Ablauf dieser Zusammenkunft. Ich bin der Ansicht, daß die Großmächte alles Interesse haben, nichts zu unternehmen, was die Lage auf dem Balkan verschärfen könnte, sondern im Gegenteil, beitragen müssen zur Entwicklung der Zusammenarbeit und des Friedens in dieser Region. Das wird eine umfassende Zusammenarbeit zwischen den Balkanländern wie auch mit diesen Großmächten gewährleisten.

WELT: Sie haben in Ihren Reden oft über die bedeutende Rolle der rumänischen Nation gesprochen. Welche Bedeutung hat, Ihrer Meinung nach, der Begriff der Nation in unserer Zeit?

Ceausescu: Nach dem Zweiten Weltkrieg haben in der Welt große Veränderungen stattgefunden. Praktisch kann man von der Beseitigung des Kolonialsystems sprechen und von der Entstehung vieler Dutzender neuer unabhängiger Staaten. Selbst Rumänien, das als Nationalstaat bereits 1859 entstanden ist, seine nationale Unabhängigkeit 1877 errungen hat und 1918 zum einheitlichen Nationalstaat wurde, erlangte seine wahre Unabhängigkeit eigentlich erst am 23. August 1944, also vor 40 Jahren.

Wir glauben, daß die Nationen in der gegenwärtigen Lage der Welt eine bedeutende Rolle erfüllen und noch lange Zeit hindurch erfüllen werden in der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Völker, der Zivilisation, in der Politik des Friedens und der Entspannung. Wir sind der Ansicht, daß sich der rumänischen Nation in diesem Rahmen große Perspektiven eröffnen und daß sie gerade unter den Bedingungen des [illegible]alistischen Aufbaus neue Wesens[illegible] gewonnen hat, stärker geworden ist, und daß sie große Möglichkeiten der Entwicklung und des Gedeihens hat.

Es ist also erforderlich, alles zu tun, damit Entwicklung und Unabhängigkeit einer jeden Nation vollauf geachtet werden, daß von jeglicher Verletzung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität irgendeines Volkes voll und ganz Abstand genommen wird.

WELT: In Rumänien lebt gemeinsam mit dem rumänischen Volk eine Anzahl von Menschen deutscher Abstammung, deutscher Sprache und Kultur. Wie sehen Sie die Zukunftsperspektive der mitwohnenden deutschen Nationalität in Rumänien?

Ceausescu: Ich möchte in erster Linie feststellen, daß sich die Rumänische Kommunistische Partei, selbst als sie ihre Tätigkeit unter schweren Bedingungen entfaltet hat, für die völlige Gleichberechtigung aller Bürger Rumäniens, ungeachtet ihrer nationalen Abstammung, ausgesprochen hat. Der wissenschaftliche Sozialismus hat sich übrigens schon bei seiner Entstehung für eine Welt der nationalen und sozialen Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ausgesprochen. Wir waren immer der Ansicht, daß jeder Bürger eines Landes in dem Land leben soll, in dem er sich befindet und sich in enger Einheit mit den anderen Bürgern für die Lösung der Fragen des betreffenden Landes einsetzen muß, für ökonomische und soziale Entwicklung auf einem Wege, wie er von dem Volk erwünscht wird.

In diesem Geist ist die Rumänische Kommunistische Partei sofort, nachdem sie die Rolle der führenden politischen Kraft des rumänischen Volkes übernommen hat, daran geschritten, mit aller Entschlossenheit jegliche nationale Ungleichheit zu beseitigen, wobei sie selbstverständlich auch die sozialen Ungleichheiten beseitigt und die völlige Gleichberechtigung aller Bürger des sozialistischen Rumäniens gewährleistet hat.

Ich bin der Ansicht, daß Rumänien das Vaterland auch der rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität ist. Wer seit über 700 Jahren hier wohnt, kann kein anderes Vaterland haben. Diese Menschen sind rumänische Staatsbürger mit allen Rechten und freilich auch mit allen Verpflichtungen. Ihre Gegenwart und ihre Zukunft ist eng verbunden mit der allgemeinen Entwicklung des Landes, mit der Erhöhung des allgemeinen Wohlstands des ganzen Volkes.

Durch seine Politik ist Rumänien nicht nur für die Verkündung, für die allgemeine Gewährleistung der Gleichberechtigung eingetreten, sondern hat auch die Produktivkräfte in allen Gebieten des Landes entwickelt – Industrie und Landwirtschaft, Wissenschaft, Unterricht und Kultur – und so echte Voraussetzungen geschaffen für die völlige Gleichberechtigung und einen ungehinderten Zugang aller Bürger zu den Errungenschaften des Sozialismus, der Wissenschaft und der Kultur, der sozialistischen Zivilisation.

Wir befinden uns jetzt auf einem hohen ökonomisch-sozialen Entwicklungsstand, wir sind dabei ein neues Programm – das im ganzen Land erörtert und auf dem XIII. Parteitag gebilligt wird – über die künftige Entwicklung des sozialistischen Rumäniens bis 1990 und 2000 anzunehmen. In dieser Zeit wird Rumänien sowohl in materieller wie auch in geistiger Hinsicht einen hohen Entwicklungsstand erreichen, der dem eines jeden anderen entwickelten Landes vergleichbar sein wird, in sozialer Hinsicht jedoch, was die Gesellschaftsordnung, die politischen Rechte und Freiheiten anbelangt, wird es, vorausgesetzt die gegenwärtige Lage der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, die in verschiedenen Zonen bestehen, bleibt erhalten, höher liegen als in vielen Ländern Westeuropas. Deshalb gibt es keinen Grund dafür, daß ein Bürger allein darum das Land zu verlassen wünscht, weil er die eine oder andere Sprache spricht. Ihr Platz ist ganz im Gegenteil hier in Rumänien; sie sind rumänische Staatsbürger, Söhne des sozialistischen Rumäniens, und hier müssen sie wirken, um ihre und ihrer Kinder Zukunft zu schaffen, um ein Land des Wohlstands und des Glücks zu errichten.

WELT: Rumänien und die Bundesrepublik Deutschland unterhalten intensive Wirtschaftsbeziehungen. Wenn Sie nach Bonn kommen, werden Sie mit Ihren westdeutschen Gesprächspartnern sicher auch über Wirtschaftsfragen sprechen. Was erwarten Sie von der Bundesrepublik Deutschland und von der Wirtschaft dieses Landes?

Ceausescu: Die Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland haben nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 17 Jahren tatsächlich eine intensive Entwicklung erfahren. In den letzten Jahren ist es leider zu einer gewissen Stagnation, ja selbst zu einem Rückgang der Wirtschaftsaustausche gekommen. Ich möchte mich jetzt nicht auf die Ursache dieser Dinge beziehen. Zweifellos hat auch die Weltwirtschaftskrise hier einen gewissen Einfluß genommen; ich bin jedoch der Ansicht, daß ein Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen zu vermeiden gewesen wäre, wenn beide Teile entsprechende Bemühungen an den Tag gelegt hätten. Wir hätten vielmehr, gerade in diesen Jahren, ein bestimmtes Wachstum erzielen können, nicht wie in der Vergangenheit, aber dennoch ein bestimmtes Wachstum der Wirtschaftsaustausche.

Während des Besuches, den ich in der Bundesrepublik Deutschland unternehme, werden wir diese Probleme besprechen. Ich weiß, daß der Präsident wie auch der Kanzler und die westdeutsche Regierung darüber zu sprechen beabsichtigen, was wir in

„Wir beabsichtigen nicht, Valuta zu verlangen“

Ein Pressetermin bei Staats- und Parteichef Ceausescu ist eine hochoffizielle Angelegenheit. Die Begrüßung wird vom rumänischen Fernsehen gefilmt. Dann folgt das obligatorische Foto – es zeigt Ceausescu mit den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ströhm (links) und Manfred Schell. Das Interview fand am vergangenen Freitag von 16.30 bis 17.45 Uhr im Gebäude des Zentralkomitees in Bukarest statt. Ceausescu kannte die Fragen. Er brachte Papiere mit Stichworten für die jeweiligen Antworten mit, löste sich aber mehrfach von diesen Texten und sprach frei und engagiert. Das Interview wurde von zwei rumänischen Stenographen festgehalten. Außerhalb des Frage- und Antwortspiels, aber zur Veröffentlichung freigegeben, äußerte sich Ceausescu über einzelne Kommentare in deutschen Medien zu seiner Reise nach Bonn. Es sei zumindest eine „Böswilligkeit“, wenn die Frage gestell werde, „wie soll diese Reise bezahlt werden? In Mark oder US-Dollar?“ Ceausescu: „Wir beabsichtigen nicht, Valuta zu verlangen.“ Seine Politik werde nicht vom Geld bestimmt. Von Geld sei auch bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 17 Jahren nicht die Rede gewesen. Rumänien hatte als erstes der kleineren Mitgliedsländer des Warschauer Paktes die Beziehungen zu Bonn aufgenommen. Zum Schluß des Interviews gab Ceausescu noch ein „persönliches Wort“ mit auf den Weg: „Ich möchte an die Leser Ihrer Zeitung, an das Volk der Bundesrepublik Deutschland die besten Wünsche für Gedeihen und Frieden und auch für eine gute Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland richten.“

ms

FOTO: AGERPRES

Zukunft zu tun haben, um die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auszuweiten.

Was nun die Entwicklung sowohl der rumänischen Wirtschaft als auch der deutschen Wirtschaft anbelangt, glaube ich, daß entsprechende Bedingungen vorhanden sind, um in Zukunft eine stärkere Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen, der Produktionskooperation, einschließlich auf internationaler Ebene, auf Drittmärkten. Es muß verstanden werden, daß Rumänien ein Industrie-Agrarland geworden ist, daß es über eine starke und moderne Industrie verfügt, die einen hohen technischen Stand erreicht hat, und daß die Wirtschaftsbeziehungen sich also auf diese neuen Gegebenheiten gründen müssen.

Zweitens wäre es notwendig, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf eine Reihe von restriktiven Maßnahmen, auf Kontingentierungen verzichtet und im Geiste freien *internationalen Handels* wirkt, den wir so überzeugt verkünden.

Ich möchte bemerken, daß *wir der* Entwicklung einer umfassenden Produktionskooperation eine große Bedeutung beimessen, und in diesem *Rahmen* einer engen Zusammenarbeit verschiedener Firmen und Gesellschaften der BRD mit Betrieben in Rumänien. Wir führen diesbezüglich seit einigen Jahren Verhandlungen und könnten, wenn die Bonner Behörden die deutschen Betriebe ein wenig stimulieren und ermutigen würden, in kurzer Zeit sehr bedeutende Ergebnisse erzielen.

WELT: Herr Präsident, ist Rumänien an Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland interessiert und welche Garantien gibt es für deutsche Unternehmen, die in Ihrem Land investieren wollen?

Ceausescu: Die gesamte Entwicklung der rumänischen Wirtschaft hat sich im allgemeinen auf die eigenen Anstrengungen des rumänischen Volkes gestützt. *Wir haben in den letzten 20* Jahren mehr als ein Drittel des Nationaleinkommens – und es waren Jahre, wo wir 35 Prozent erreicht haben – für Akkumulation und für die ökonomisch-soziale Entwicklung bereitgestellt. Wir haben einige gemischte Gesellschaften geschaffen, aber geringeren Ausmaßes, ohne große Bedeutung – wie beispielsweise im Bereich der Getriebe eine gemischte Gesellschaft mit einer Firma aus der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben nicht im Auge, ausländische Investitionen anzufordern und folglich auch nicht Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien.

Das Programm, das wir erarbeitet haben – und das auf dem XIII. Parteitag erörtert werden wird – gründet sich weiterhin auf die eigenen Anstrengungen des rumänischen Volkes. Wir werden in den kommenden fünf Jahren – und voraussichtlich in einer weiteren Perspektive – *etwa 30* Prozent des Nationaleinkommens für die Entwicklung bereitstellen. Wir sind der Ansicht, daß ein solcher Anteil verpflichtend ist für Länder, die sich unabhängig zu entwickeln wünschen. Das ist übrigens für alle Staaten *obligatorisch, die ständig auf dem* Weg des Fortschritts, der neuen zeitgenössischen wissenschaftlich-technischen Revolution schreiten wollen.

> „Wir haben beschlossen, in keiner Weise mehr auf Auslandskredite, einschließlich auf Handelskredite zurückzugreifen, und uns sowohl in der wirtschaftlichen Entwicklung als auch in den Handelsaustauschen auf die eigenen Kräfte zu stützen. Deshalb setzen wir einen besonderen Akzent auf den Kompensationshandel."

Wir sind interessiert, auch über einige Fragen der Kooperation in der Produktion in Form gemischter Gesellschaften zu sprechen – je nachdem, ob ein solches Interesse bei Gesellschaften und Firmen in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Wir sind desgleichen bereit, über die Schaffung derartiger Gesellschaften auch mit anderen Staaten zu sprechen. Rumänien beteiligt sich an der *Schaffung solcher gemischten Gesellschaften* in verschiedenen Entwicklungsländern.

WELT: Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Situation Rumäniens – das Problem der Auslandsverschuldung, der rumänischen *Exporte, des Lebensstandards*, der Agrarproduktion? In welche Richtung sollte sich Ihrer Auffassung *nach die Wirtschaft Rumäniens in* einer Zeit der Energieverknappung bewegen? Welchen Platz sehen Sie für Rumänien und für *rumänische* Produkte auf den europäischen und den Weltmärkten?

Ceausescu: Vor fast zwei Monaten, in meiner Darlegung zum 40. Jahrestag der Revolution der sozialen und nationalen Befreiung, habe ich die Erfolge Rumäniens *in seiner ökonomisch*-sozialen Entwicklung präsentiert. Heute verfügt unser Land über eine Industrie, die über hundertmal mehr erzeugt als 1945. Wir haben moderne Zweige geschaffen, die es in der Vergangenheit in Rumänien nicht gegeben hat. Wir können praktisch sagen, daß wir über eine Industrie von hohem Niveau verfügen, die in vieler Hinsicht moderner ist als die einiger Länder im Westen Europas. Wir verfügen desgleichen über eine starke Grundlage der wissenschaftlichen Forschung, wir haben Arbeiter und Ingenieure *von hoher beruflicher* Ausbildung. Von diesem Gesichtspunkt aus erachten wir, daß die rumänische Industrie einen hohen Stand erreicht hat, der vergleichbar ist mit dem vieler entwickelter Länder der Welt.

Die Agrarproduktion ist um etwa das Siebenfache gewachsen, das Nationaleinkommen um das 32fache, der Konsumfonds der Bevölkerung um das 20fache. Wir können ohne jede Übertreibung sagen, daß wir in *einer historisch kurzen Zeitspanne* riesige Fortschritte in der Entwicklung der Volkswirtschaft und in der Hebung des materiellen und geistigen Wohlstands des Volkes erzielt haben. Der rumänische Export ist desgleichen in einem hohen Tempo gestiegen.

Ich habe vom Lebensstandard gesprochen, der in keiner Weise mehr *mit dem der Vergangenheit* verglichen werden kann. Der Konsum – in physischen Mengen, nicht wertmäßig – ist bei absolut allen Produkten gegenüber der Vergangenheit um etliche Male gestiegen. Bei Fleisch ist der Verbrauch um über viermal größer, um nur dieses Beispiel anzuführen. Dies widerspiegelt sich auch in der Tatsache, daß die durchschnittliche Lebenserwartung in unserem Land *etwa* 70 Jahre erreicht hat und in dieser Zeitspanne um nahezu 20 Jahre gestiegen ist. Ich möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, daß *wir keine Schwierigkeiten haben*, daß wir all dies leicht geschafft haben. Wir haben große Anstrengungen unternommen, und wir haben noch Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit den Energieressourcen und den Rohstoffen. Wir haben jedoch Maß*nahmen gebilligt und handeln für den* stärkeren Ausbau dieser Sparten.

Das Programm, das wir erörtern, sieht eine Akzentuierung der intensiven Entwicklung, die Hebung des technischen und Qualitätsstandes der *Erzeugnisse, die aktive* Teilnahme an der wissenschaftlichen und technischen Revolution vor, so daß sich Rumänien in den 90er Jahren und in der Perspektive unter den Ländern mit dem höchsten Entwicklungsstand in allen Sparten befindet, und das, was wir bisher realisiert haben, gibt uns die Gewähr, daß wir diese Ziele erreichen werden.

Gewiß, wir vergessen dabei nicht die Wirtschaftskrise und die Lage der Entwicklungsländer, die Vergrößerung des Gefälles zwischen den reichen und den armen Ländern und folglich auch die Notwendigkeit einer globalen Lösung dieser Probleme, einschließlich des Problems der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, der radikalen Senkung der Zinsen, die ein Hemmnis auf dem Weg der weltwirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Wir haben im Auge, entschieden zu handeln für die Ausweitung der Zusammenarbeit mit *den sozialistischen Ländern*, mit den Entwicklungsländern sowie mit den entwickelten kapitalistischen Ländern, im Geiste der Prinzipien der Gleichheit, von denen ich gesprochen habe. Auf dieser Grundlage hegen wir die Überzeugung, daß die Programme, die wir uns für die Jahre 1990 und 2000 vornehmen, vollständig verwirklicht werden können.

Wir haben in den letzten Jahren die Auslandsschulden Rumäniens wesentlich verringert. Wir nehmen uns vor, in den ersten Jahren des Planjahrfünfts 1986–1990 die Auslandsschulden vollständig zu liquidieren. *Wir sind überzeugt, daß wir dies* schaffen werden. Wir haben beschlossen, in keiner Weise mehr auf Auslandskredite, einschließlich auf Handelskredite zurückzugreifen, und uns sowohl in der wirtschaftlichen Entwicklung als auch in den Handelsaus*tauschen auf die eigenen Kräfte zu* stützen. Deshalb setzen wir einen besonderen Akzent auf den Kompensationshandel.

Was die Handelsaustausche anbelangt, so möchten wir nicht mehr auf Handelskredite zurückgreifen, angesichts der übermäßig hohen Zinsen, die im Grunde die Nutzung des Handelskredits als Mittel zur Förderung *der internationalen* Austausche und Beziehungen unmöglich machen.

Spanien empört über sowjetisches Atom-U-Boot

ROLF GÖRTZ, Madrid

Einen „schweren Zwischenfall" nannte der spanische Außenminister Fernando Moran die heimliche Durchfahrt eines sowjetischen Atom-U-Bootes durch die Straße von Gibraltar in das Mittelmeer. Wie erst jetzt bekannt wurde, rammte ein sowjetisches U-Boot im getauchten Zustand in der Meerenge ein sowjetisches Handelsschiff. Der Frachter lief zunächst den spanischen Hafen Ceuta auf der afrikanischen Seite als Nothafen an, mußte aber zur Reparatur in die Werft des spanischen Hafens Algeciras auf der europäischen Seite. Das U-Boot setzte seine Reise fort.

Moran forderte von Moskau eine Erklärung. Sollte sie nicht zufriedenstellend ausfallen, wird Spanien in Moskau offiziell protestieren. Der Außenminister erinnerte an die Genfer Seerechtskonvention von 1958, die den Uferstaaten der Meerenge auferlegt, die „unschädliche Durchfahrt" zu überwachen. Seestraßen, die zwei offene Meere miteinander verbinden, sind für Schiffe aller Staaten grundsätzlich frei. Um die „Unschädlichkeit" zu garantieren, legt die Genfer Konvention ausdrücklich fest, daß U-Boote nur aufgetaucht und zur Identifizierung mit wehender Flagge die Durchfahrt passieren dürfen.

Spaniens Seeoffiziere berichten jedoch ganz offen, daß in der letzten Zeit immer mehr sowjetische U-Boote die Enge getaucht passieren. Es ist bekannt, daß jedesmal zu Beginn einer Krise im Nahen Osten eine Anzahl sowjetischer U-Boote im Zentrum des Mittelmeeres auftaucht, die nicht die Dardanellen passiert haben können. Offenbar handelt es sich um Boote, die im Atlantik stationiert sind und schon vor Zuspitzung der Krise in das Mittelmeer entsandt werden. Versorgt werden sie von dem sowjetischen Fischereistützpunkt auf den Kanarischen Inseln und aus dem Treibstoff-Freilager in Ceuta.

Bei dem Kollisions-U-Boot soll es sich nach spanischen Pressemeldungen um einen U-Kreuzer vom Typ Oscar handeln. Die Boote zählen zu den modernsten Einheiten der über 165 sowjetischen mit Lenkraketen bestückten Atom-U-Boote. Die U-Kreuzer der Oscar-Klasse verfügen über je 24 SS-19-Raketen. (SAD)

„Guerrilla wird nicht an der Macht beteiligt"

Erstmals trifft sich El Salvadors Präsident mit der FMLN

W. THOMAS, Santo Domingo

La Palma, ein idyllisch zwischen Bergen gelegenes Dorf in El Salvador war oft Reiseziel von Journalisten: Die Guerrilla kontrolliert dieses Gebiet der Provinz Chalatenango. In der zehn Kilometer von der Grenze zu Honduras entfernten Ortschaft ließen sich die Partisanen leicht interviewen.

Heute werden die Pressevertreter in Rekordzahl erwartet: Denn Präsident José Napoleon Duarte trifft sich hier zum ersten Friedensgespräch dieses blutigen Krieges mit Führern der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN). Kolumbiens Präsident Belisario Betancur, der gerade mit seinen eigenen Guerrilleros einen Waffenstillstand aushandelte, soll als Vermittler fungieren.

Die meisten diplomatischen Beobachter der Region warnen jedoch vor allzu hohen Erwartungen. Sie erinnern daran, daß beide Seiten unterschiedliche Interessen verfolgen, die nicht so schnell zu überbrücken seien. Ein Diplomat in San Salvador: „Die Positionen Duartes und der Guerrilla haben sich nicht geändert."

● Der Christdemokrat Duarte, der seit dem 1. Juli dieses Jahres die Nation als gewählter Präsident regiert, möchte die FMLN in den demokratischen Prozeß integrieren. Die Rebellen sollen sich an den nächsten Wahlen beteiligen. Nicht die Waffen, sondern die Stimmen des Volkes müßten über ihren politischen Einfluß entscheiden. Duarte: „Niemand darf sich in El Salvador an die Macht schießen."

● Die Guerrilleros, überzeugte Marxisten, verlangen dagegen eine Machtbeteiligung. Duarte wird aufgefordert, FMLN-Vertreter in die Regierung und die Streitkräfte aufzunehmen. Nach einer Übergangsphase könnten einmal Wahlen stattfinden.

Duartes Einladung zum Dialog überraschte, weil er noch vor wenigen Wochen die Zeit nicht für „reif" hielt, den Rebellen gegenüberzutreten. Er wollte erst einmal sein „Haus in Ordnung bringen", um von einer Position der Stärke die Verhandlungen führen zu können. Er wollte nicht als Galionsfigur der Militärs gelten.

Tatsächlich beeindruckte er durch resolute Maßnahmen wie die Säuberung der Streitkräfte von einigen Offizieren, denen Kontakte zu den Todesschwadronen nachgesagt wurden. Aber noch immer verfügen die Militärs über einen großen Einfluß auf die politischen Entwicklungen. Duarte hat, wie es in seiner Umgebung heißt, die Rückendeckung des Verteidigungsministers Carlos Eugenio Vides Casanova für die 88 Kilometer lange Fahrt nach La Palma. Der Präsident soll dem General versichert haben, daß er von seinem bisherigen Standpunkt nicht abweichen wird: auf keinen Fall eine Machtbeteiligung.

Die Streitkräfte fühlen sich zum ersten Mal in diesem Krieg, der vor viereinhalb Jahren begann und mehr als 45 000 Todesopfer forderte, im Aufwind. Seit Duarte regiert, gingen gewaltige Mengen militärischen Materials nach El Salvador. Der US-Kongreß genehmigt heute Waffenlieferungen ohne lange Debatten. Den FMLN-Truppen gelang seit Monaten keine spektakuläre Aktion mehr. Die öfters angekündigte Offensive vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November ist bisher nicht gekommen. US-Staatssekretär Fred Ikle sagte der „New York Times", die salvadorianischen Militärs hätten innerhalb von zwei Jahren das Partisanen-Problem weitgehend unter Kontrolle.

Dennoch glauben nicht viele politische Beobachter in El Salvador, daß die Rebellen nun zu Konzessionen bereit sind. Julio Adolfo Rey Prendes, der wichtigste Berater Duartes, erinnerte an die Machtverhältnisse der FMLN: „Die entscheidende Macht liegt in den Händen der militanteren Marxisten."

Die Rebellenbewegung besteht aus einer politischen und einer militärischen Organisation. Die Demokratische Revolutionsfront (FDR) wird von dem linken Sozialdemokraten Guillermo Ungo und dem desertierten Christdemokraten Ruben Zamora geführt. Keiner der beiden sitzt an den Schalthebeln der Macht.

Anders die Comandantes der FMLN. Die FMLN besteht aus fünf Guerrilla-Gruppen, die über 8000 Kämpfer verfügen. Nach den blutigen Fehden innerhalb der „Befreiungsstreitkräfte des Volkes" dominieren die „Revolutionären Volksstreitkräfte" das Bündnis. (SAD)

Israel: Abzug aus Südlibanon schon in Kürze?

DW. Tel Aviv

Israel hat die Mitgliederregierungen der aus zehn Staaten kommenden Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Südlibanon (UNIFIL) von seiner Absicht unterrichtet, innerhalb von sechs Monaten mit dem Rückzug seiner in Libanon stehenden Truppen zu beginnen. Der israelische Rundfunk meldete gestern, diese Mitteilung sei den UNIFIL-Ländern auch von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar und den Vereinigten Staaten zugleitet worden. Eine Vereinbarung über den Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon ist nach Ansicht von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in greifbare Nähe gerückt. Der außenpolitische Berater des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak teilte in Kairo mit, Weinberger habe seinen Gastgeber informiert, daß die Konsultationen der USA, Israels, Syriens und des Libanon „in den letzten Tagen bedeutsame Fortschritte gemacht" hätten. Eine Einigung sei schon in Kürze möglich. Weinberger, so Berater Osana Bas weiter, habe die verbleibenden Hindernisse als „überwindbar" bezeichnet.

Arabische Liga bleibt ohne Konsens

AP, Rabat

Wegen der Vorbehalte anderer arabischer Länder hat Marokko bis auf weiteres seinen Vorschlag auf Eis gelegt, eine Sondersitzung der Arabischen Liga einzuberufen. Das berichteten Regierungsvertreter. König Hassan habe beschlossen, das Vorhaben nicht weiterzuverfolgen, das einen Konsens über die Haltung gegenüber Ägypten herstellen sollte. Hassan führt zur Zeit den Vorsitz der Liga. Bei der Parlamentseröffnung hatte er zwar erklärt, er habe nach der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten einen solchen Vorschlag gemacht, um Richtungskämpfe zu verhindern, die die arabische Solidarität gefährden könnten. Die anderen arabischen Staatschefs seien sich aber über ein Datum und über die Notwendigkeit eines Treffens uneinig gewesen.

Kritik an Frau Thatcher verstummt plötzlich

Nach dem Anschlag: Tory-Parteitag zeigt sich geschlossen

WILHELM FURLER, London

So zusammengeschweißt wie selten zuvor hat die Konservative Partei Großbritanniens das Seebad Brighton nach ihrem 101. Parteitag verlassen. Dieses Geschlossenheitsgefühl ist vor allem auf das Bombenattentat zurückzuführen, aber auch darauf, daß Premierministerin Thatcher es einmal mehr verstanden hat, Partei und Parteitag ihren Stempel aufzudrücken.

„Geschäftsablauf wie gewöhnlich", hieß ihre Devise kurz nach der Bombenexplosion. Das war es, was die Partei von ihrer „eisernen Lady", was das ganze Land von seiner Premierministerin erwartete.

Waren Neil Kinnock, der Führer der Labour-Opposition, und vor allem Arthur Scargill, linksradikaler Chef der seit acht Monaten streikenden Bergarbeiter-Gewerkschaft, während der vorausgegangenen drei Tage der Parteikonferenz permanente Zielscheiben heftigster Kritik und beißenden Spotts, blieben diese Namen in der Abschlußrede von Frau Thatcher ungenannt. Ausgelassen wurden auch alle humorvollen Passagen und Seitenhiebe gegen andere Oppositions-Politiker, mit denen die Regierungschefin sonst ihre Reden zu spicken pflegt.

Dafür konzentrierte sich die Premierministerin um so intensiver und wirkungsvoller auf das Thema, das die Parteikonferenz schon vorher beherrscht hatte: die Herausforderung der demokratischen Gesellschaft durch eine „organisierte, revolutonäre Minderheit". Indirekt stellte sie die Gewalt, Erpressung und Schrecken verbreitenden Streikposten vor den Zechentoren auf eine Stufe mit den Terroristen der IRA.

Gleich zu Anfang ihrer Rede erklärte Frau Thatcher: „Die Tatsache, daß wir hier stehen, schockiert, aber gefaßt und bestimmt, bestätigt nicht nur, daß diese Attacke fehlgeschlagen ist, sondern beweist auch, daß alle Versuche, Demokratie durch Terrorismus zu zerstören, fehlschlagen werden." Die Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft und ihre gewalttätigen Streikposten hätten ebenfalls nichts anderes vor, als diese demokratisch gewählte Regierung zu zerstören.

Nachdem sie ihre Rede mit dem Hinweis beendet hatte, daß die Nation die Herausforderung durch die Extremisten bestehen und daß die Demokratie siegen werde, hatte auch die Premierministerin nicht nur bei ihrem Parteivolk, sondern auch bei der Bevölkerung einen weiteren großen Sieg errungen. Die Bombe von Brighton hat ihr dabei geholfen, und die Wirkung wird, ähnlich wie der Popularitätsgewinn nach dem Falkland-Krieg, lange anhalten.

So gesehen kann es sich Frau Thatcher noch eher leisten, ihrem Grundsatz treu zu bleiben und keine Kehrtwendung zu vollführen. Was während des Tory-Parteitages nicht nur von den zuständigen Ministern, sondern auch von ihr selbst in ihrer Schlußrede alles augelassen wurde, um Skepsis und Kritik in den eigenen Reihen und in weiten Teilen der Bevölkerung an ihrer Politik in Sachen Arbeitslosigkeit auszuräumen, wäre ohne das Bomben-Attentat nicht so ohne weiteres hingenommen worden.

Zu Anfang des Parteitages beherrschten Scargill und seine gewalttätigen Trupps Reden und Gefühle, zum Schluß war es das Attentat. Die indirekte Verbindung zwischen beidem herzustellen fiel leicht. Daher konnte es nicht verwundern, daß der Parteitag so vereint und geschlossen endete, wie er begann. Gerne und leichten Herzens wurde jeder vorgetragene Optimismus, ob begründet oder nicht, übernommen.

Etwa wenn Schatzkanzler Nigel Lawson behauptete, das Wirtschaftswachstum werde im kommenden Jahr mindestens auf das Niveau vom vergangenen Jahr klettern, nachdem es in diesem Jahr vor allem durch den Bergarbeiter-Ausstand erheblich beeinträchtigt worden ist. Wirtschaftswissenschaftler sind dagegen überwiegend der Ansicht, daß sich das Wachstum auch 1985 verlangsamen wird.

Insgesamt wäre die Woche von Brighton eine wohltuende Erholung nach den indiskutablen Labour-Tagen von Blackpool gewesen, hätte nicht das Attentat zu einem so grauenhaften Finale geführt. Dies war sicher alles andere als im Sinn Frau Thatchers, wohl aber bedeutsam für die entschlossene Fortsetzung ihrer Sicherheits- und Stabilitätspolitik.

KVAE: Moskau sperrt sich gegen Sachfragen

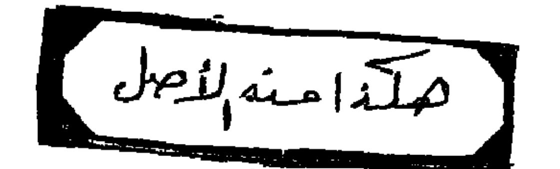
R. GATERMANN, Stockholm

Auf der Stelle Marsch, so verlief die dritte Phase der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm. Die Prozedurfrage war offiziell nicht wieder aufgegriffen worden, nachdem Moskau Anfang Juli einen Vorschlag der neutralen und blockfreien Staaten (N- und N-Staaten), zwei Arbeitsgruppen zu bilden, abgelehnt hatte.

Die westlichen Länder änderten nach der sowjetischen Absage ihre Taktik: Sie schnitten im Plenum immer häufiger konkrete Sachfragen an und gingen in Bereichen der Vorankündigung von Manövern und der Entsendung von Manöverbeobachtern schon ziemlich weit ins Detail. Einige der N- und N-Staaten folgten diesem Beispiel, und es zeigte sich, daß sie in vielen Grundgedanken und auch in verschiedenen Einzelheiten weitgehend mit den Auffassungen des Westens übereinstimmen. Am weitesten ging die Schweiz, die einen detaillierten Plan für vertrauensbildende Maßnahmen bei der Vorankündigung und Abhaltung von Manövern und militärischen Bewegungen vorlegte. Aber auch Österreich, Schweden und Finnland machten mit ihren Ausführungen ihr Interesse deutlich, endlich mit konkreten Sachverhandlungen zu beginnen. Rumänien schlug einen ähnlichen Ton an.

Angesichts dieser verhältnismäßig breiten Front von Staaten, die sich nicht mit allgemein gehaltenen Fragen zufriedengeben wollen, sah sich die Sowjetunion in die Defensive gedrängt. Bei ihr haben Gewaltverzicht und Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen weiterhin Priorität. In zwei Reden wiederholte sie die bekannten Vorwürfe, der Westen arbeite in Stockholm nur für den eigenen Vorteil und sei nicht bereit, ernsthaft auf Vorschläge der anderen Seite einzugehen.

In diesem Kräftespiel zwischen Ost und West gewinnen die N- und N-Staaten wieder an Bedeutung. In ihren Reihen werden weitere Anstrengungen unternommen, zu einer neuen Arbeitsordnung zu finden. Andererseits wird der Osten einsehen müssen, daß die meisten Länder dieser Gruppe nun ungeduldig werden und für den bisher ausgebliebenen Fortschritt weitgehend die Sowjetunion verantwortlich machen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Enttäuschung

Sehr geehrter Herr Guratzsch,

Ihre Kritik über die Fernsehsendung „Stadt-Gericht" habe ich in der WELT vom 22. September mit Interesse gelesen. Auch ich hatte am Ende der Sendung das Gefühl maßloser Enttäuschung. Frau Lea Rosh muß äußerst frustriert gewesen sein, daß bei so viel Kompetenz so wenig herauskam. Nur meine ich, daß es wenig Sinn gehabt hatte, längst verstorbene „Sündenböcke" zu zitieren, wenn es doch so viele noch lebende gibt. Außerdem war nicht alles schlecht, was die von Ihnen Genannten geleistet hatten.

Natürlich haben alle schuld: Politiker, Bauherren, Architekten, Unternehmer; sogar die Medien und die desinteressierten Bürger tragen ihren Anteil. Am meisten Einfluß können aber die Politiker ausüben. Sie sind es, die Bauprojekte genehmigen müssen und auch die Kontroll-Funktion auszuüben haben durch die jeweiligen Behörden. Oft sind sie auch richtungsweisend an der Finanzierung beteiligt, wenn es um die Verbauung von Steuermitteln oder um Zuschüsse geht.

Die „wenigen gelungenen Beispiele neuen Städtebaus", die in den Kurz-Filmen gezeigt wurden, waren tatsächlich nicht gerade umwerfend. Um so rührender fand ich es, daß Herr Glotz die von meinem Vater und Bruno Taut in den Jahren 1926–28 erbaute Hufeisensiedlung in Berlin-Britz miteinbezog. Ist es den Herren SPD-Politikern, ganz abgesehen von Gefühlen der Nostalgie, doch nicht etwas weh ums Herz, wenn sich im sozialen Wohnungsbau in all den langen Jahren nichts Weiteres, besonders Nachahmenswürdiges, ereignet haben sollte?

Mit besten Grüßen, Ihr
Bernard Wagner,
Hamburg 13

Elternspende

„Schulen verschlafen die Computer-Ära"; WELT vom 28. September, und „Aufwärts-Trend"; WELT vom 29. September

In Ihrem obigen Artikel beschäftigen Sie sich mit Computern in den Schulen und sprechen von der Gefahr, „daß auch im Bildungsbereich der Computer verschlafen wird". Peter Philipps' interessanter Bericht endet wie folgt: Neben Geldknappheit und dem Mangel an Lehrplänen und ausgebildeten Lehrern gibt es noch ein Hindernis für den Computer: Die Eltern, ... fallen weitgehend aus. Sie sind mangels eigener EDV-Erfahrung überfordert, eine „für Computer verlorene Generation".

Im Artikel „Aufwärts-Trend" loben Sie die Stadt Troisdorf, die acht Computer für den Unterricht ihres Gymnasiums angeschafft habe.

Hier ein weiterer „Aufwärts-Trend": An der Comenius-Realschule in Herborn (Hessen) hat die Elternschaft nur mit der sogenannten Elternspende die Computer-Einrichtung beschafft: 9 Computer; 8 Farbfernseher (37er Bildschirm); 8 Farbmonitore VC 1701; 8 Datasetten VC 1530; 2 Floppies VC 1541; 5 Matrix-Drucker, dazu Kassetten und Disketten.

Im Wahlpflichtunterricht laufen für die Klassen 9 und 10 je vier Kurse Informatik für je 16 Schüler.

Die Eltern dieser Schule haben in 20 Jahren schon mehr als DM 200 000 Elternspende für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt.

Sie sehen: Nicht alle Schulen verschlafen die Computer-Ära und nicht alle Eltern sind eine „für Computer verlorene Generation".

Werner Müller,
Dillenburg

Wort des Tages

» Wenn Wölfe Pazifismus betreiben, so verliert man den Geschmack daran. «

Thomas Mann; deutscher Autor und Nobelpreisträger (1875–1955)

Alte Methode

„Plastische Chirurgen"; WELT vom 22. September

Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß bereits vor ca. 50 Jahren Hasenscharten-Operationen, einfache und komplizierte, an mehrere Wochen alten Säuglingen an der Westdeutschen Kiefer-Klinik in Düsseldorf vorgenommen wurden.

Der Leiter dieser Klinik und Chef der chirurgischen Abteilung war Herr Professor Dr. med. August Lindemann, der auf dem Gebiet der plastischen Gesichtschirurgie und hier besonders der komplizierten Hasenschartenoperation im In- und Ausland als Chirurg einen international hervorragenden Ruf genoß. Später übernahm auch die Universitäts-Mund-Zahn-Kieferklinik in Heidelberg seine so überaus erfolgreiche Operationsmethode.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. P. Günther,
De Koog-Texel

Personalien

EHRUNGEN

Werner Hess, von 1962 bis 1981 Intendant des Hessischen Rundfunks, erhält für seine „Leistungen beim Aufbau des Rundfunks in der Bundesrepublik nach dem Kriege" das Große Bundesverdienstkreuz. Der hessische Ministerpräsident Börner wird die vom Bundespräsidenten verliehene Auszeichnung am 16. Oktober in Wiesbaden überreichen.

*

Der Schauspieler **Will Quadflieg**, der im Landkreis Osterholz wohnt und kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte, wurde am Welttierschutztag mit der Silbernen Ehrennadel des Bremer Tierschutzvereins ausgezeichnet. Quadflieg ist engagierter Tierschützer. Schon seit langem gehört er zu den Tierfreunden, die gegen Tierversuche protestieren. Seit mehreren Jahren ist der Schauspieler Mitglied im Bremer Tierschutzverein.

*

Den Wilhelm-Raabe-Preis der Stadt Braunschweig, seit 40 Jahren eine der renommierten Auszeichnungen für Erzählwerke der Gegenwartsliteratur, hat der in Kärnten lebende Schriftsteller **Alois Brandstetter** entgegengenommen. Dem Autor war der mit 10 000 Mark dotierte Preis für seinen jüngsten, 1983 erschienenen Roman „Altenehrung" verliehen worden. Damit geht die Auszeichnung, zu deren Trägern **Ricarda Huch**, **Werner Bergengruen**, **Ina Seidel**, **Hermann Hesse** und **Max Frisch** gehören und die zuletzt 1981 an **Hermann Lenz** verliehen wurde, zum ersten Mal seit 1966 wieder nach Österreich. Damals erhielt sie **Heimito von Doderer** für die „Wasserfälle von Slunj".

DIPLOMATEN

In den afrikanischen Staat Benin, das frühere Dahomey, geht **Horst Uhrig** als Botschafter. Der Mannheimer, Jahrgang 1930, war zunächst im Verwaltungsdienst des Landes Rheinland-Pfalz tätig. Seit 1954 ist er im Auswärtigen Dienst. Zu seinen Auslandsposten gehörten Hongkong, Helsinki und Guinea, wo er als Geschäftsträger der Botschaft arbeitete. In Tansania war er Ständiger Vertreter des Botschafters. Seit 1982 ist Horst Uhrig Ständiger Vertreter des Generalkonsuls in Hongkong.

*

Neuer deutscher Botschafter in der Revolutionären Volksrepublik Guinea wird **Peter Truhart**. Der Diplomat, Jahrgang 1935, stammt aus Hamburg. Er studierte osteuropäische Geschichte, Rechtswissenschaft und Sinologie. Auf Auslandsposten im Auswärtigen Amt war er in Saigon, Moskau und Peking. Seit 1979 ist er stellvertretender Referatsleiter in der Abteilung Auswärtige Kulturpolitik im AA.

*

Neuer Konsul Jugoslawiens in Mannheim wird **Djuro Majstorovic**. Sein Konsularbezirk umfaßt den Regierungsbezirk Karlsruhe mit Ausnahme der Kreise Rastatt und Baden-Baden.

*

Die Republik Botswana erhält in Düsseldorf eine honorarkonsularische Vertretung. Die Bundesregierung hat **Wolf von Bila** das Exequatur als Honorarkonsul erteilt. Sein Konsularbereich wird sich auf das gesamte Bundesgebiet erstrecken.

*

Generalkonsul von Peru in Hamburg wird **Alvaro Salcedo Rubio**. Sein Konsularbereich umfaßt das gesamte Bundesgebiet.

*

Bremen erhält einen neuen schwedischen Honorarkonsul: Diese Aufgabe wird **Dr. Günther Czichon** übernehmen. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Bremen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Phantasie hat Konjunktur – „Der fliegende Ferdinand" neu im Programm

Wenn ein Dummkopf zum Genie wird

Zum siebten Mal bereits haben tschechische Filmemacher für das Kinderprogramm aus Köln ihrer Lust am Fabulieren die Zügel schießen lassen. Herausgekommen dabei ist eine phantastische und turbulente Komödie, die von Einfällen übersprudelt. Sie erzählt von einem Jungen, der fliegen kann, von einem Vater, der sich verdoppelt, und von einem Professor, der wieder zum Kind wird. Obwohl „Der fliegende Ferdinand", wie die Geschichte heißt, nach dem Willen seiner Väter ein Film nicht nur für die Kinder, sondern für die ganze Familie sein soll, kommen die Erwachsenen in der sechsteiligen Serie nicht gerade gut weg. „Aber auch nicht schlechter, als sie sind", beschwichtigt Gert K. Müntefering, der Leiter des WDR-Familienprogramms, mögliche Kritiker im voraus.

Der fliegende Ferdinand – ARD, 17.05 Uhr

Seit fast zwei Jahrzehnten setzt man beim Westdeutschen Rundfunk auf Autoren, Regisseure und Filmhandwerker des Fernsehens und des Filmstudios Barrandov in Prag als Zulieferer für das Kinderprogramm – nicht zuletzt, weil bei dem permanenten Devisenhunger der Prager dabei Geld zu sparen ist. Begonnen hat die Zusammenarbeit 1976 mit dem amüsanten „Pan Tau", der, weil er so beliebt war, von ursprünglich einer auf drei Serien „prolongiert" wurde. Es folgten „Luzie, der Schrecken der Straße", „Die Märchenbraut", „Die Besucher" und jetzt „Der fliegende Ferdinand". Alle diese glänzend gemachten Serien, die, wie man beim WDR betont, „von dem erzählenden Kino für Kinder geprägt sind, allerdings übertragen auf das Fernsehen", haben eines gemeinsam: Sie konfrontieren die Wirklichkeit mit dem Unwirklichen, der Fiktion. Das Phantastische hat Konjunktur im Kinderfilm aus Prag.

An der Moldau, begründet Gert K. Müntefering die regen Ost-West-Kontakte im Kinderprogramm, sei schon immer mit einem besonders magischen Verstand erzählt worden, wobei die törichten Grenzen zwischen Kindern und Erwachsenen aufgehoben werden, ohne daß man darüber jedoch vergesse, was Kinder besonders lieben. „Man hat drüben die Fähigkeit, sich in die Träume von Kindern und Erwachsenen versetzen zu können und diese Träume ernst zu nehmen."

Ob die Vorliebe für Filme aus Prag den Schluß erlaube, daß das Talent, Geschichten für Kinder zu erzählen, hierzulande unterentwickelt sei, verneint der Fernsehmann. Er erinnert an WDR-Produktionen wie „Vorstadtkrokodile", „Jan vom goldenen Stern" oder „Lemmi und die Schmöker". „Auch wir haben, wie ich finde, eine reiche und farbige Erzähllandschaft vorzuzeigen", meint er, „aber große Serien wie ‚Der fliegende Ferdinand' setzen nun mal die Notwendigkeit einer Koproduktion voraus, und es ist leichter, in Frankreich oder der Schweiz je eine halbe Million für ein Kinderprogramm aus der Tschechoslowakei lockerzumachen, als für ein Koproduktionsangebot aus der Bundesrepublik. Unsere Kinderfilmmacher werden noch lange klettern müssen, bis sie die Reputation ihrer Kollegen in Prag erreicht haben."

Um beim Geld zu bleiben: „Der fliegende Ferdinand" hat drei Millionen Mark gekostet. Der WDR zahlte die Hälfte. Die Olympiade im Fernsehen sei viel teurer gewesen, kommentiert der Leiter des WDR-Familienprogramms.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die intensive Zusammenarbeit mit den Tschechen. „Die Filmleute in Prag", sagt Müntefering, „verfügen über handwerkliche Selbstverständlichkeiten, die bei uns noch erarbeitet werden müssen. Man findet drüben einen Boden vor, auf dem man nur über die Story, die Sachverhalte und die komödiantischen Wirkungen zu diskutieren braucht. Bei uns muß man in erster Linie immer noch übers Handwerk reden."

Das ZDF schickt gegen den „Fliegenden Ferdinand" die Zeichentrickserie „Alice im Wunderland" als „Kontrastprogramm" ins Rennen. Müntefering nimmt's gelassen. „Ich bin davon überzeugt, daß unser Ferdinand jeder Konkurrenz standhält. Im übrigen halten wir diese Art von Wettbewerb ja schon länger aus."

EGON WOLFF

STUDIO

Richtungweisend für die neuen Medien will die **Messe für Video und Kommunikation VIDCOM** sein, die am Samstag in der südfranzösischen Stadt Cannes ihre Tore geöffnet hat. Etwa 12 000 Fachbesucher werden bis zum kommenden Mittwoch erwartet. Rund 290 Hersteller von Videofilmen und Videogeräten zeigen, was in den nächsten Monaten auf den Markt kommen soll. VIDCOM feiert zugleich sein zehnjähriges Bestehen. Aus dem kleinen Treffen von Ein- und Verkäufern, bei deren Gesprächen es fast immer nur um Filmrechte ging, wurde nun inzwischen ein Markt auf 14 000 Quadratmetern, der nach den Worten von Geschäftsführer Bernard Chevry die Möglichkeit neuer Programme und neuer Materialien aufzeigen soll. Die Fernsehzukunft über Kabel und Satellit bildet in diesem Jahr neben den Videokassetten den Schwerpunkt des Marktes, zumal im staatlichen Bereich die Realisation von Möglichkeiten in Praxis voranschreitet, denn „TV5", das Anfang dieses Jahres vom französischen, schweizerischen und belgischen Fernsehen geschaffene gemeinsame Satelliten-Fernsehen, soll bis Ende des Jahres fast zwei Millionen Haushalte in 14 Ländern Europas und Nordafrikas erreichen, wie am vergangenen Mittwoch in Paris bekanntgegeben wurde. Die Sendungen von „TV5" werden im übrigen über „ECS-1", den ersten europäischen Fernmeldesatelliten, ausgestrahlt und von Kabelstationen empfangen. So wurden 150 französische Gemeinden eingeladen, die ins Kabelfernsehen einsteigen wollen, um am praktischen Beispiel Erfahrungen zu sammeln. 50 Gemeinden haben nach den Worten des Geschäftsführers von VIDCOM, Bernard Chevry, bereits die Zusage der Regierung erhalten. Ihnen will der Markt zeigen, welche Vielfalt an Programmen zur Verfügung steht.

Außerdem will VIDCOM demonstrieren, wie neue Gebiete von Video erfaßt werden. Dies gilt beispielsweise für Tourismus-Informationen und den Sprachunterricht. Außerdem ist dem Markt eine Schau angeschlossen, die die Verbindung von Video mit Heimcomputern zeigt.

KRITIK

Bezaubernde Rock-Raketen

War vor wenigen Wochen dem „Rockpalast" des WDR fast schon ein Abschiedslied gesungen worden, schien in dieser nimmer ermüdenden Rock-Nacht aus der Essener Gruga-Halla alles in bester Ordnung.

Evelyn Seibert und Ken Janz indes verstanden es trotz spielerischer Lässigkeit nicht ganz, in ihren Gesprächen mit den auftretenden Künstlern den Zuschauern jene Zwischentöne zu vermitteln, mit denen die Musiker, nach ihren wahrhaft anstrengenden Auftritten taufrisch wirkend und zu Späßchen aufgelegt, auf die mehr unbedarft als kenntnisreich anmutenden Fragen reagierten. Den Auftakt der Rock-Sendung intonierte „Huey Lewis & The News", den Hitparaden-Hörern vor allem durch seinen Erfolg mit „Hard and soul" ein Begriff. In seinen Liedern beschwor er, in der Tradition von Buddy Holly und Grateful Dead, die Wiedergeburt des unschuldigen Hippie-Traumes von Frieden und Liebe, ohne jedoch in verweichlichte Klänge abzurutschen. Er glänzte mit schier ungetrübter, ja kindlicher Spielfreudigkeit.

„Chalice" aus Jamaika, nach ihm angetreten, um die „Reggae-Herrschaft in der Welt zu errichten", konnte da nicht folgen. Verkrampft versuchten sie, ihre Botschaft ins Publikum zu schleudern, erweckten aber mehr den Eindruck von hilfloser Blendsucht. Mit ungeheurer Energie, von ihrer Aussagekraft und Sendung überzeugt, bestachen dagegen „Level 42" aus Großbritannien, die ihre geheimnisvollen Texte unterkühlt und mit intellektueller Genauigkeit in einem rasenden Tempo den Fans darboten.

Schien nach ihrem Auftritt ein neuer Höhepunkt nahezu undenkbar, war es John Cale beschieden, zu einem Höhenflug in die Geschichte der Beat-Musik anzusetzen, der alles bisher Dagewesene übertraf. Begnadet kämpfte er bis zur Selbstaufgabe, trieb sich in unausgelotete Tiefen seiner Erfahrungen und gedachte vielen Gefährten seines Lebens. In aller Gebrochenheit unbeugsam, ein unnachahmlicher Dichter, in vollkommener Einheit mit seiner Band, ein großer Barde – überragte er alle Heroen dieser Rockpalast-Nacht.

HADAYATULLAH HÜBSCH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Vorsicht, Falle!
10.35 Mensch Bachmann
11.20 Menschenskinder!
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.30 Zu Gast in fremden Küchen
Live von der Internationalen Kochkunstausstellung in Frankfurt
Berichte und Interviews zu Entwicklungen und Trends auf dem Kochmarkt mit Rezepten aus fremden Ländern
Moderation: Barbara Tietze-Siehl

16.00 Tagesschau

16.10 Wie im Leben ...
Fünf sehr verschiedene Geschichten
Über die Schwierigkeit von Partnerschaften. Zum Beispiel: Was macht man, wenn der Partner – angeregt von einem klugen Buch – plötzlich die Vorzüge eines Seitensprungs lobt?

17.05 Der fliegende Ferdinand
6teilige Fernsehserie
von Milos Macourek und Vaclav Vorlicek
1. Teil: Der blaue Stein

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Magnum
Das As im Ärmel
Eigentlich hat Thomas Magnum eine Abneigung gegen Pokerpartien. Doch als ihn die attraktive Jeannie Lowry für eine gefährliche nächtliche Pokerpartie auf einer Yacht als Leibwächter engagiert und ihm dafür zehn Prozent ihres erspielten Gewinns bietet, will Magnum seine Prinzipien ausnahmsweise vergessen ...

21.00 Prager Notizen
Vor 40 Jahren gelang den tschechoslowakischen Bürgern mit einem Nationalaufstand die Beseitigung des faschistischen Regimes Tiso und die Errichtung einer Republik. Der Film von Dieter Möller berichtet, wie dieses denkwürdige Ereignis in diesem Jahr gefeiert wird.
Weitere Themen: Die Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei
Bericht über ein ehemals deutsches Dorf am Fuß der Hohen Tatra

21.30 Sieh an, sieh an
Unterhaltungsmagazin
von und mit Karin von Faber

22.30 Tagesthemen

23.00 Der Tambour
Film von Hans Joachim Hohberg und Carlheinz Caspari
Ein Grenadier eines in Spandau stationierten Regiments soll wegen Raubmord verurteilt werden. Doch dagegen wehrt sich das Militär, das nach den verlustreichen Schlachten des Sommers 1757 jeden Soldaten braucht ...

0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
4. Teil: Struktur eines Computers
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Erforschung der Falklandinseln
Auf den Falklandinseln vor der Südspitze Südamerikas, durch den Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien in das Weltinteresse gerückt, ist wieder Frieden eingekehrt. Zu Hunderttausenden brüten auf winzigen Inseln Pinguine, tummeln sich Albatrosse und Robben
Mit Marlin Perkins

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppen Alphaville und Sade

17.50 SOKO 5113
Tapetenwechsel
Dazw. heute-Schlagzeilen

19.00 heute

19.30 Marx und Mortadella
Wie Italiens Kommunisten wirtschaften, schildert Norbert Harlinghausen.

20.15 Unser Willi ist der Beste
Deutscher Spielfilm (1971)
Mit Heinz Erhardt u. a.
Regie: Werner Jacobs
anschließend
Ratschlag für Kinogänger
„Zwei irre Spaßvögel" von Francis Veber
Vorgestellt von Elvira Reitze

21.45 heute-journal

22.05 Die Milliardenstory
Vor wenigen Tagen feierte die Aktion Sorgenkind ihr 20jähriges Bestehen und das mit stolzer Bilanz, schließlich überschritt das Ergebnis der guten Taten in diesem Jahr die Ein-Milliarden-Mark-Grenze. Neben einem unterhaltsamen Rückblick auf vergangene Shows der Aktion Sorgenkind mit Peter Alexander, Adriano Celentano, Peter Frankenfeld, Max Greger, Udo Jürgens, Hildegard Knef und anderen, wird gezeigt, wie man mit den erspielten Geldern helfen konnte.

23.05 Erziehung durch Dienstmädchen
Fernsehfilm von Herbert Knopp nach dem Roman von Robert Wolfgang Schnell
Der kleine Ernst (Claudius Kracht) findet mehr Liebe und Geborgenheit bei den Menschen der „unteren Schichten" als in seinem gutbürgerlichen Elternhaus. Vor allem beim Dienstmädchen Anna (Vera Borek). Aber durch sie, ihren Verlobten Carlos (Rolf Becker) und auch durch seinen Onkel Kuno (Harald Kuhlmann) wird Ernstchen in die politischen Kämpfe im Ruhrgebiet Anfang der 20er Jahre verwickelt.
Regie: Klaus Emmerich

0.35 heute

III.

WEST

20.00 Tagesschau

20.15 Ich stelle mich ...
Hans Wilhelm Göb von der Adam Opel AG beantwortet Fragen rund ums Auto

21.45 Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Häuser
Die Wuppertaler Nordstadt
Glanz und Elend eines alten Arbeiterviertels

22.15 Budapester Legende
Ungarischer Fernsehfilm

23.40 Menschen als Testobjekte

0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße

18.30 Sehen statt Hören

19.00 Briefmarken – nicht nur für Sammler

19.15 Mensch und Metall (2)
Schwerter und Pflugscharen

20.00 Tagesschau

20.15 Schauplatz: „Die Gala"
Hinter den Kulissen einer Super-Show

21.00 Wohl des Kindes?

22.00 Der Saustall
Französischer Spielfilm (1981)

0.05 Nachrichten

HESSEN

19.00 Was ich immer schon mal fragen wollte
Junge Leute im Gespräch mit Petra Kelly

20.00 Das Millionenpferd – Orofino

20.45 Die Sprechstunde

21.30 Drei aktuell

21.45 Der Aufpasser

22.30 Wege zum Menschen
Am Anfang war die Couch

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten

19.30 Bonanza

20.00 Rückblende
Nach 25 Jahren – Contergan und die Folgen

20.35 Die Weltwirtschaftskrise
Großbritannien: Gold, Schweiß und Tränen

21.20 Buck Rogers
Das Bollwerk des Feindes

21.40 Gefährliches Wochenende
Wenn junge Leute auf dem Lande Gas geben

22.25 Jazz am Montagabend

23.10 Nachrichten

BAYERN

19.00 Live aus dem Alabama

20.45 Blickpunkt Sport

21.45 Rundschau

22.00 Z. E. N.

22.05 Kinder und Computer
Begegnung im Zeichen eines kulturellen Wandels
Bericht von Reinhold Gruber

22.50 Task Force Police
Konsequenzen
Kriminalfilm

23.40 Rundschau

Nach einem erfüllten Leben voller Liebe und Güte entschlief, für uns unerwartet, mein geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwager

Carl R. G. Müller

* 2. 3. 1898 † 11. 10. 1984

In tiefer Trauer

Lutz Müller geb. Bethke
Carl J. Müller und Frau Ilse geb. Brenneke
und Großkinder
und alle Angehörigen

Hamburg 52, Hochkamp · Adalbertstraße 9

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 18. Oktober 1984, um 14.00 Uhr in der Kirche Nienstedten, Elbchaussee.

Bitte keine Beileidsbesuche.

Am 11. Oktober 1984 verstarb im 87. Lebensjahr unser ehemaliger Generalbevollmächtigter

Direktor i. R.

Carl Müller

Über vier Jahrzehnte war er erfolgreich für unser Unternehmen tätig, davon fast zwanzig Jahre – bis zu seiner Pensionierung – als Leiter der AEG Schiffbau in Hamburg. Im Jahre 1954 wurde er zum Generalbevollmächtigten ernannt. Seine ganze Kraft und sein fundiertes Wissen widmete er nach dem Kriege dem Wiederaufbau des Bereiches Schiffbau. Auch im Ruhestand war Carl Müller unserem Unternehmen eng verbunden. Seine Verdienste um unsere Gesellschaft bleiben unvergessen.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Carl Müller.

AEG-TELEFUNKEN

Frankfurt am Main, 15. Oktober 1984

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 18. Oktober 1984, um 14.00 Uhr in der Kirche Nienstedten, Elbchaussee, Hamburg.

Am 11. Oktober 1984 starb Herr

Emil Kratzmüller

im Alter von 76 Jahren.

Mit Emil Kratzmüller verliert die deutsche Mineralölindustrie eine hervorragende Persönlichkeit. Als langjähriges Mitglied des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes e. V., dessen Vorsitzender er von 1967 bis 1972 war, hat Emil Kratzmüller unserem Industriezweig mit seiner fachlichen Kompetenz und seinem unternehmerischen Weitblick wesentliche Impulse gegeben.

Wir trauern um einen Mann, dessen unermüdlicher Einsatz und menschliche Größe uns stets Vorbild sein werden.

Mineralölwirtschaftsverband e. V.
Vorstand und Geschäftsführung

Hamburg, den 11. Oktober 1984

Mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater

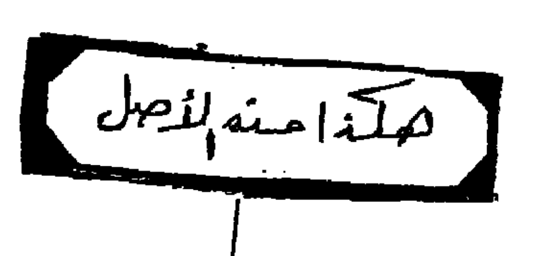
Dr. jur. Lothar v. Kornatzki
Syndikus i. R.

ist am 9. Oktober 1984 im 90. Lebensjahr sanft entschlafen.

In Liebe und Dankbarkeit
Margot v. Kornatzki geb. Wegner
Gundel Martin geb. v. Kornatzki
Dr. Karl-Hermann Martin
Dr. Harald v. Kornatzki
Ursula v. Kornatzki geb. Meer
und fünf Enkel

Ehndorfer Straße 46, 2350 Neumünster

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.



(Thema Abgasschadstoffe.)

Wir sind bereit.

Für das saubere Automobil arbeiten wir nicht erst seit gestern.

So haben wir von 1970 bis 1984 die Abgasschadstoffe unserer Fahrzeuge bis zu 60% und die Treibstoffverbräuche um fast 30% gesenkt.

Mit unseren neuen Personenwagen erfüllen wir schon heute die erst 1986 in Europa allgemein gültig werdende Gesetzgebung.

Sämtliche Volkswagen und Audi Pkw-Modelle (außer dem Käfer) sowie alle Transporter, die seit Herbst 1976 gebaut wurden, können mit unverbleitem Benzin der entsprechenden Klopffestigkeit gefahren werden.

Und alle unsere 4-Zylinder-Diesel und Turbo-Diesel entsprechen den heute geltenden strengen US-Emissionswerten für Partikel und Abgas.

Dazu gibt es Otto-Motoren mit Katalysator. Auch hier bieten Volkswagen und Audi bereits 11 verschiedene Personenwagen und Transporter-Modelle mit Abgaskatalysator an.

Und eine weitere Alternative: Sie können bereits jetzt einen Großteil dieser Modelle mit Vorbereitung zur Abgasreinigung kaufen. Die Lambda-Sonde und der Katalysator werden einfach mitgeliefert.

Sobald genügend Bleifrei-Tankstellen vorhanden sind, können Sie den Umbau problemlos und ohne großen Kostenaufwand bei jedem V.A.G Partner vornehmen lassen.

Sie sehen: bei Volkswagen und Audi haben Sie eine Menge umweltfreundlicher Wahlmöglichkeiten.





Wörner: Kein Koalitionsstreit um Wehrdienst

AP, Köln

Verteidigungsminister Wörner (CDU) befürchtet keinen Koalitionsstreit um die von ihm ins Auge gefaßte Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate. In einem Interview der „Deutschen Welle" sagte Wörner, er werde am nächsten Mittwoch mit seinen Planungen zur Personalstruktur der Bundeswehr ins Bundeskabinett gehen.

Er sei sich mit der FDP darin einig, daß alles geschehen müsse, um mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen, und „daß die Wehrdienstverlängerung – wenn sie denn sein muß – sicher das letzte der notwendigen Mittel ist", meinte Wörner. Wenn es sich aber herausstellen sollte, daß es nicht anders gehe, müsse auch ein längerer Wehrdienst beschlossen werden. Die Erklärung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, daß die FDP der Bundeswehr und der Sicherheit geben werde, was notwendig ist, sei auch sein Standpunkt. Wörtlich fügte Wörner hinzu: „Ich sehe also keine Auseinandersetzung mit dem Kollegen Genscher und der FDP heraufkommen, sondern ganz im Gegenteil: Ich sehe Einigkeit in der Koalition."

„Rentenerhöhung reicht nicht aus"

rtr, Bonn

Die für den 1. Juli 1985 geplante Rentenerhöhung um 1,3 Prozent ist nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Renten-Kommission, Ulf Fink, nicht ausreichend. In einem Interview der „Welt am Sonntag" erklärte Fink, es sei ernsthaft zu erwägen, ob die für 1985 vorgesehene Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner nicht ganz oder zumindest teilweise aufgeschoben werden könne. Fink, der auch Berliner Gesundheitssenator und Vorstandsmitglied der CDU-Sozialausschüsse ist, befürwortet eine Anhebung der Renten um netto 2,5 bis 3,5 Prozent.

Die Rentensteigerung im nächsten Jahr richte sich, so Fink, nach der diesjährigen Lohnerhöhung um etwa 3,5 Prozent. Netto würden die Rentner jedoch nur 1,3 Prozent mehr Rente erhalten, weil der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner 1985 von drei auf fünf Prozent angehoben werden solle.

„Gegen Grundsätze der Demokratie"

hey, Bonn

Ein verbindliches Rotationsprinzip von Abgeordneten verstößt nach den Worten von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) „gegen fundamentale Grundsätze der parlamentarischen Demokratie". Zu dem Streit um den von den Grünen beabsichtigten Austausch ihrer fünf Abgeordneten im niedersächsischen Landtag gegen „Nachrücker" meinte Engelhard, Abgeordnete seien keine Abstimmungs- oder Rotationsautomaten. Sie dürften auch nicht beliebig und am Willen der Wähler vorbei ausgetauscht werden. Ein freiwilliger Mandatsverzicht sollte nur erfolgen, wenn den Abgeordneten besondere Gründe wie Krankheit dazu zwängen.

Der Kandidat Rohde und ein „liberales Manifest"

Nur schwer faßt die Düsseldorfer FDP allmählich Fuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die nordrhein-westfälische FDP wird aller Voraussicht nach mit dem ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde an der Spitze um die Rückkehr in den Landtag kämpfen. Das zeichnete sich nach vertraulichen Beratungen der Bezirksvorsitzenden und NRW-Bundestagsabgeordneten am Samstag in Bonn ab.

Eine Vorentscheidung soll heute abend in Mühlheim der 35köpfige Landesvorstand fällen. Gestern wollten die neuen Bezirkschefs in „informellen Gesprächen" mit den Kreisvorsitzenden eine breite Basis für den Spitzenkandidaten schaffen. Rohde könnnte dann auf dem Parteitag im Dezember in Gütersloh zum Spitzenkandidaten gewählt werden.

Zu der kurzfristig anberaumten Sitzung hatte FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher am Freitag zunächst nach Alfter bei Bonn eingeladen. Noch am Abend hatte er in dem Glauben, Journalisten von dem „Geheimtreffen" fernhalten zu können, den Tagungsort in ein Hotel in der Bundeshauptstadt verlegt. Nur Rohde erreichte die Nachricht nicht rechtzeitig. Er mußte dann verfolgt von Kamerateams wie bei einer Schnitzeljagd von Alfter zu dem Hotel fahren.

Während der rund zweistündigen Sitzung verfestigte sich die Meinung, daß Rohde wegen seiner „landespolitischen Sachkompetenz" und seines Amts als Regierungspräsident, das er bis zum Oktober 1983 innehatte, gute Chancen habe. Begrüßt wurde bei dem vom Landeschef, Staatsminister Jürgen Möllemann als „freundschaftlich" bezeichneten Gespräch auch die grundsätzliche Bereitschaft des Genscher-Stellvertreters Gerhart Rudolf Baum zur Kandidatur. Allerdings wurde darüber nur am Rand gesprochen. Teilnehmer meinten später zur WELT, daß Baum heute abend auf seine Bewerbung verzichten werde.

Der von Genscher als möglicher Kandidat ins Gespräch gebrachte stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter Julius Cronenberg, hatte schon kurz nach dem Beginn der Beratungen seine Absage bekräftigt. Er hatte damit vorsorglich eine Diskussion über sich verhindern wollen.

Eine Spitzenkandidatur der früheren Generalsekretärin, Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer, die wie Cronenberg abgewinkt hatte, war kein Thema mehr. Noch am Donnerstag hatte der stellvertretende Landesvorsitzende Otto Graf Lambsdorff in einem Gespräch mit ihr und ihrem Ehemann Wolfgang Adam in Düren vergeblich versucht, sie doch noch umzustimmen.

Heute will der Landesvorstand auch das 50seitige „Liberale Manifest für die Landtagswahl 1985" beraten. In dem Programmentwurf werden die Forderungen nach mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und nach weniger staatlicher Bevormundung und Bürokratie in den Mittelpunkt gestellt.

Reist Papst nach Kuba?

Ein Fazit der Reise nach Mittelamerika: Zuneigung

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Papst Johannes Paul II. hofft auf eine Einladung aus Kuba. Er machte das auf dem Rückflug von seiner dritten Mittelamerika-Reise am Wochenende mitfliegenden Journalisten gegenüber deutlich. Er sprach von der „besonderen Liebe zu diesem Land und diesem Volk" und antwortete dann auf die direkte Frage, ob er dort hinreisen werde, mit den Worten: „Ich bin bereit, überall hinzugehen ... Wir werden sehen. Vorläufig können wir nur sagen, daß die Möglichkeit, das heißt die Einladung fehlt."

Schon in San Juan de Puerto Rico, der letzten Station seiner dreitägigen Reise, hatte er dem vorbereiteten Text seiner Predigt einen besonders herzlichen Gruß an die anwesenden Exil-Kubaner hinzugefügt. Der Name dieses „geographisch so nahen" Landes, hatte er gesagt, wecke in ihm „Gefühle tiefer Zuneigung und Nähe". „Ich grüße alle Kinder dieses edlen Volkes – Geistliche, Ordensleute, Seminaristen und christliche Laien dieser Insel, die die Perle der Karibik ist."

Kuba ist einer der drei kommunistisch regierten Staaten, die normale diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl unterhalten. Die anderen beiden Länder sind das „sandinistische" Nicaragua, wo der Papst im März vorigen Jahres bei einer Messe in der Hauptstadt Managua durch Sprechchöre organisierter Störtrupps des Regimes niedergeschrien worden war, und Jugoslawien, dessen Regierung bisher noch keine Einladung an Johannes Paul II. ausgesprochen hat. Außer Nicaragua konnte der Papst bisher nur einen einzigen erklärtermaßen kommunistischen Staat besuchen: sein Heimatland Polen.

Im Rahmen seiner jetzt bei der Rückreise aus Mittelamerika im Flugzeug gemachten Äußerungen über Kuba erinnerte der Papst noch an seine geplante Reise nach Litauen, die am Veto Moskaus scheiterte. Er sagte: „Ich bin bereit, überall hinzugehen. Wie Ihr gesehen habt, war ich auch bereit nach Litauen zu gehen."

In dem zu den USA gehörenden Puerto Rico war Johannes Paul II. auf dem Flugplatz von San Juan vom amerikanischen Außenminister Shultz begrüßt worden. Zu einer längeren Aussprache mit dem Politiker kam es nicht.

In der letzten Predigt seiner Reise behandelte Karol Wojtyla ausschließlich religiöse und moraltheologische Themen. Zur Abtreibung sagte er: „Abtreibung ist Kindermord, ein unsagbares Verbrechen. Kein menschliches Gesetz kann die absichtlich verursachte Schwangerschaftsunterbrechung rechtfertigen. Und moralisch unerlaubt sind auch Handlungen der öffentlichen Autoritäten, wenn damit die Beschränkung der verantwortungsvollen Freiheit der Eltern versucht wird, über die Zahl ihrer Kinder selbst zu entscheiden."

„Null-Bock"-Mentalität ist bei den Berliner Jugendlichen passé

Der scheidende Finanzsenator Kunz lobt vor jungen Handwerkern den Einstellungswandel

hrk. Berlin

Der aus dem Diepgen-Kabinett ausscheidende Finanzssenator und Beihilfe-Experte Gerhard Kunz (CDU) hat am Wochenende den jungen Berlinern attestiert, daß in der Stadt „nicht mehr die Null Bock-Gesinnung gilt". Auch die jungen Menschen in Berlin „trauen sich wieder etwas, und sie trauen sich, wieder etwas zu tun".

Kunz wandte sich in einer Rede vor jungen Handwerkern gegen die öffentliche Aufmerksamkeit, die sich auch in Berlin häufig noch den Aussteigern, statt denen zuwende, „die selbst anpacken und sich den Problemen des Lebens stellen".

Insgesamt positiver Trend in der Stadt

In seiner Ansprache, die den insgesamt positiven Trend in der Stadt aufgriff und beweist, daß Kunz über die Politik seines Ressorts hinausdenkt, sagte der Senator: „Sie gehören zu der ganz überwiegenden Mehrzahl der jungen Staatsbürger, die es für selbstverständlich halten, ihr Schicksal, ihre berufliche Ausbildung und ihre Planung selbst in die Hände zu nehmen, und sich nicht darin zu gefallen, Schwierigkeiten oder nicht immer auszuschließende Enttäuschungen als Anlaß zum Aussteigen zu nehmen."

Bisweilen werde in der Öffentlichkeit und in den Medien „so getan", kritisierte Kunz, „als ob die gesamte Berliner Jugend nur aus Punks, obdachlos gewordenen Hausbesetzern und anderen Randgruppen bestehe. Allzu oft werden denen die Schlagzeilen und Spalten gewidmet. Unsere Aufmerksamkeit muß aber stärker denen gehören, die sich den Probleme des Lebens stellen, die selbst anpacken und daran arbeiten, sich ein Fundament fürs Leben zu bauen. Heute gelten die Schlagzeilen eher den Außenseitern."

Kunz wandte sich strikt gegen ein falsches Elite-Denken in der Bundesrepublik, das sich nur auf den Akademiker-Nachwuchs ausrichte: „Eine solche Einstellung führt nicht nur in die Irre, sie ist zudem in großem Maße wirklichkeitsfremd. Gerade die hochqualifizierten Facharbeiter, die Meister im Handwerk, die hochqualifizierten Fachleute in den Verwaltungen, die erfolgreichen Mitarbeiter in den sozialen Diensten ... zählen zu den Besten unserer Gesellschaft. Auch diese Gruppen verkörpern, daß Wille zur Leistung Voraussetzung ist, damit unsere Gesellschaft erfolgreich bestehen kann."

Der Senator stellte „allgemeine Angst, konkrete Furcht, Neigung zu Pessimismus" in der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht in Abrede. Aber in jedem Menschen seien auch „Zuversicht, Bejahung und Lebensmut" angelegt.

„Wer hier nicht die Balance halten kann, ist kaum geeignet, den Geängstigten zu helfen. Wir brauchen aber Menschen, die couragiert zupacken, die nicht die Mode mitmachen, sich hingebend zur Angst zu bekennen, anstatt sie zu überwinden ... Die Fähigkeit, unleugbaren Bedrohungen zu widerstehen und sie schließlich abzuwenden, können wir durchaus trainieren – zu allererst durch den Einsatz in unserem Beruf und auch dadurch, daß wir uns von denen, die Geschäfte mit der Angst betreiben, nicht anstecken lassen."

Der Politiker erinnerte an eine bundesweite Umfrage unter Jugendlichen vom Sommer diesen Jahres, die auf einen Bewußtseinswandel schließen lassen: Vier von fünf Jungendlichen hätten erklärt, „Leistung und Erfolg gehören zum Leben". 70 Prozent wollten ihren beruflichen Weg gehen, Kinder und Familie haben.

Freiheit wichtiger als Karriere und Konsum

Am Wochenende wurde auch das Ergebnis einer Repräsentativumfrage unter 1000 jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren bekannt, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Danach sind Freundschaft, persönliche Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten wichtiger als Konkurrenzdruck, Karriere und Konsum. 56 Prozent der Befragten sehen optimistisch in die Zukunft. Rund 80 Prozent wünschen sich mehr Einfluß des einzelnen im politischen Bereich. Die Umfrage wurde vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Münster vorgenommen.

Grüne verschieben Festlegung auf Rau

Auf der Landesversammlung zeigten sich Spannungen zwischen Vorstand und „Basis"

WILM HERLYN, Detmold

Die nordrhein-westfälische SPD wird es weiterhin schwer haben, den genauen Standort ihres möglichen Partners, der Grünen, zu orten. Denn überraschend lehnten es die Delegierten einer Landesversammlung in Detmold ab, ein politisches Programm mit einer Entscheidung über ihre künftige Bündnispolitik zu verabschieden. Sie zeigten sich lediglich bereit, einzelne Punkte anzudiskutieren.

Die Basis der Alternativen äußerte sich darüber verärgert, daß ihr Vorstand das Papier erst am Wochenende vorlegte: Sie fühlte sich von dem Verlangen überfahren, zu debattieren oder gar zu entscheiden, ohne den Text vorher genau studieren zu können. Mit einer Stimme Mehrheit erteilten sie daher dem Vorstand Abfuhr und Lehre zugleich, indem sie keines seiner Mitglieder in das höchste Gremium zwischen den Delegiertentagungen, den Landeshauptausschuß wählten.

Auch das Ansinnen des Vorstands, die Kommunalwahlen vom 30. September zu diskutieren, bei denen die Grünen immerhin in fast alle Gemeindeparlamente einziehen konnten und landesweit einen Durchschnitt von mehr als acht Prozent erzielten, lehnten die Delegierten ab. Kommunalpolitik gehe den Landesverband nichts an, beschieden sie.

Vorstandssprecher Michael Happe formulierte jedoch als „Überlebensforderungen und Bedingungen seiner Partei für eine Tolerierung der SPD-Regierung einmal die grundlegende Änderung der Energiepolitik (sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie), zum zweiten die Eindämmung der chemischen Zeitbombe (mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohle). Zum zweiten Punkt, erläuterte Happe, müßten so schnell als möglich die umweltbelastenden Chemikalien aufgelistet und verboten werden.

Die SPD habe für die Entscheidung „die Chance, neun Monate zu überlegen". Wenn sie sich mit den beiden Punkten nicht einverstanden erklären könnte, „dann nehmen wir eher einen Ministerpräsidenten Bernhard Worms von der CDU in Kauf". Denn dann beweise Johannes Rau, daß er im Grunde genommen keine andere Politik als die der Union betriebe. Es komme auf keinen Fall in Frage, „Rau für lau" zu wählen oder zu tolerieren.

Nach kaum enden wollenden Geschäftsordnungsdebatten beschlossen die Grünen, das Programm für die Landtagswahl am 12. Mai 1985 erst in zwei Monaten zu verabschieden. Happe zeigte sich jedoch überzeugt, daß die wesentlichen Bestandteile des Vorlagepapiers erhalten blieben.

Mehrere Vorstandsmitglieder äußerten sich verärgert über die „Basis". Immerhin hatten sie in einem Delegierten-Rundschreiben sorgfältig versucht, die Kreisverbände rechtzeitig zu informieren.

So forderte der Vorstand unter anderem die Delegiertenkonferenz auf: „Andere Punkte, die wie die Diskussion über das grüne Bildungswerk und eine Stiftung, haben in den letzten Wochen zu erheblichen Wellen geführt. Um die Vorbereitungen zur Landtagswahl möglichst unbelastet von solchen Fragen durchführen zu können, halten wir es für angebracht, sie jetzt (möglichst abschließend) zu beraten."

Wie unterschiedlich dieser Punkt bei den Delegierten ankam, zeigt der Antrag aus Mettmann, bei dem der „künstlich herbeigeführte Entscheidungsdruck" zum Thema grüne Stiftung ausdrücklich mißbilligt wird, während die Essener Alternativen für eine Stiftung votierten.

Mit gemischten Gefühlen wurde die Meldung aufgenommen, daß sich die Wuppertaler Grünen mit der SPD verständigt hätten. Danach soll der Oberbürgermeister von der SPD gestellt werden, sein Stellvertreter ein Grüner sein. Der frühere Oberbürgermeister Johannes Rau, der noch immer in Wuppertal wohnt, wird nun täglich in seiner Heimatstadt das rotgrüne Kooperationsmodell studieren können.

Romanow: Kreml bereit, mit USA zu verhandeln

rtr, Helsinki

Die Sowjetunion ist grundsätzlich zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bereit. Dies betonte Politbüromitglied Grigorj Romanow in einer vorab verbreiteten Rede zum 40. Jahrestag des sowjetisch-finnischen Waffenstillstands. Zugleich machte der Politiker die USA erneut für das Scheitern der Gespräche über strategische und Mittelstreckenwaffen verantwortlich.

Auf welchen Gebieten er eine Einigung mit den Amerikanern für möglich halte, sagte Romanow nicht. Es sei jedoch eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit, die Militarisierung des Weltraums zu verhindern. Der Dialog mit der westlichen Supermacht müsse zu Vereinbarungen führen, die „strikt den Prinzipien von Gleichheit und gemeinsamer Sicherheit entsprechen und die Interessen aller Länder in Betracht ziehen".

Romanow wird in NATO-Kreisen als rechte Hand von Ministerpräsident Tichonow betrachtet. Während der Spekulationen um die Andropow-Nachfolge war er einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Staats- und Parteichefs.

Moskau schweigt weiter zu Ogarkow

dpa, Moskau/Ost-Berlin

Der überraschende „DDR"-Besuch des früheren sowjetischen Generalstabschefs und stellvertretenden Verteidigungsministers Ogarkow und sein Treffen mit Staats- und Parteichef Honecker sind auch gestern von der Moskauer Presse nicht erwähnt worden. Unbekannt ist ferner, in welcher Funktion der Anfang September von diesen Ämtern entbundene Sowjetmarschall nach Ost-Berlin reiste und welches Amt er jetzt ausübt.

An dem Gespräch Honeckers mit Ogarkow am vergangenen Freitag nahmen nach Angaben der amtlichen Ost-Berliner Nachrichtenagentur ADN u. a. auch Verteidigungsminister Hoffmann und das für Sicherheitsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Egon Krenz teil.

Athen zwingt NATO, Flüge einzustellen

DW. Brüssel

Mit dramatischen Abfangmanövern über der Ägäis hat Griechenland das Alliierte Oberkommando Südeuropa in Neapel gezwungen, den Flugbetrieb über der Dodekanes während der NATO-Herbstübung „Display Determination" einzustellen. Wie aus Brüsseler Militärkreisen verlautete, hat US-Admiral William Small die 6. Alliierte taktische Luftflotte in Izmir angewiesen, zur Vermeidung von Zwischenfällen den Flugbetrieb in diesem Gebiet einzustellen.

Griechenland vertritt die Meinung, die zivile „Flight Information Region", die entlang der griechischen Inseln in der Dodekanes von der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde geführt wird, sei nationaler griechischer Luftraum. Dies wird von der Türkei mit der Begründung bestritten, Athen verwechsele Regeln zur Sicherung der Zivilluftfahrt mit internationalem Recht.



Automat Werbung?

Nea. – Manche Leute glauben, Werbung sei so eine Art Kaffeeautomat: Oben Geld hinein, dann kommt unten schon der Mehrumsatz heraus. *Zur Zeit ist der prominenteste* Zahler der Staat. Zwar war die Idee, zugunsten der in Existenznot geratenen Winzer von Mosel, Saar und Ruwer lieber etwas für Werbung und Absatz zu tun, als *wieder einmal mit der Gießkanne* der Direktsubventionen übers Land zu streifen, im Prinzip nicht falsch. Aber wie die Politiker das ins Werk zu setzen versucht haben, war kopflos und wenig intelligent.

Weder bedachte man, daß die einseitige Bevorzugung der Mosel gerade jene Anbaugebiete benachteiligt, die in der Vergangenheit mehr als die Mosel für die Qualität und das Ansehen ihrer Weine getan haben. *Noch war man sich klar dar*über, daß die Bevorzugung der Supermärkte bei ihren Billigpreis-Aktionen den 40 Prozent der Betriebe geradezu entgegenarbeiten muß, die ihr Produkt mit viel Mühe und Kundenpflege selber verkaufen.

Vier Millionen Mark vom Land Rheinland-Pfalz sind verplant. Die noch zugesagten sechs Millionen sollen nun gerechter und besser verwendet werden. Auch die sieben Millionen Mark, die der Bund mit gnädiger Erlaubnis der EG-Kommission auswerfen will, sollen vor allem in die Auslandswerbung wandern. Daß bei „Dallas" künftig „Piesporter Michelsberg" statt Bourbon getrunken wird, ist kaum zu erwarten. Aber es geht um mehr, um das Image von Werbung bei den Winzern. Wenn die Staatsmillionen nichts bewirken, wer soll dann noch für die (dringend nötige) Verstärkung der Eigenwerbung plädieren?

Klage-Grund

hdt – Sie sind schon arm dran, die Bauern in unserem Lande. Die restriktive Milchpolitik der EG führt trotz Milchrente zu erheblichen Reduzierungen ihrer Einkünfte, und die diesjährigen Ernteergebnisse sind auch nicht gerade ein Anlaß zum Jubeln. Kein Wunder also, daß gleich der ganze Berufsstand geschlossen an der Klagemauer steht. In dieser Hinsicht sind die Bauern zwar ausgesprochene Experten, denn nach Volkes Meinung jammern sie immer, weil es entweder zu trocken oder zu naß ist. Aber mit *solchen flotten Sprüchen sollte man* berechtigte Klagen nicht abtun. Daß diesen eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist, zeigt ein ganz simples Rechenexempel: Vor dreißig Jahren kostete ein Ei *genauso viel wie das Porto für einen* Brief, nämlich 24 Pfennig. Heute muß ein Bauer für den Gegenwert des 80-Pfennig-Briefportos mindestens drei Eier verkaufen. Deren Stückpreis ist seit 1950 nur um ganze 3 Pfennig gestiegen. Bei aller Rationalisierung in der Hühnerhaltung, der Vergleich sollte doch zu denken geben.

EG / Minister beraten heute über die Verlängerung der 5. Schiffsbaurichtlinie

Die Anpassungs-Bemühungen der Werften zeigen noch keinen Erfolg

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Lage der europäischen Werften hat sich trotz fortgesetzter Anpassungsbemühungen aufs neue tiefgreifend verschlechtert. Zu diesem Ergebnis gelangt die EG-Kommission in einem am Wochenende veröffentlichten Bericht. Mit den Beihilfen für den Schiffbau beschäftigen sich heute die für Industriefragen zuständigen EG-Minister. Es geht um die Verlängerung der 5. Schiffbaurichtlinie die einen allzu forschen Subventionswettlauf in der Gemeinschaft zu verhindern versucht.

Die Kommission hat vorgeschlagen, die geltende Richtlinie um zwei Jahre zu verlängern, zugleich aber angeregt, vorläufig auf den Grundsatz der Degressivität der nationalen Beihilfen zu verzichten. Dies findet die Zustimmung Frankreichs, Italiens und Großbritanniens, nicht aber die der Bundesrepublik und Dänemarks. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) will die Bonner Bedenken heute im Rat begründen. Ein Verzicht auf die Degressivität würde nach deutscher Ansicht den Druck auf eine Umstrukturierung der Branche in gefährlicher Weise abschwächen.

Nach Angaben der Kommission hat die Marktposition der europäischen Werften im vergangenen Jahr einen „ungewöhnlich starken Einbruch" erlitten. Der Schiffbau habe sich zweifellos noch niemals in einer so schwierigen Lage befunden. Der Grund sei eine weitere Verschlechterung im seewärtigen Verkehr so wie eine Verstärkung der Marktstörungen als Folge der Überkapazität der Flotten. Die Kommission sieht jedoch auch einen Mangel an internationaler Disziplin als wichtige Ursache für die wachsenden Schwierigkeiten der europäischen Unternehmen.

Nach ihrer Analyse nutzen die Japaner und Koreaner ihre Vormachtstellung am Markt zur Erhaltung ihrer Aktivitäten aus. „Dadurch wurden die gesamten Lasten der Krise auf die europäischen Werften abgewälzt". So sei der Anteil der Gemeinschaft an den Weltneubauaufträgen auf elf Prozent gefallen, während er vorher niemals unter 17 Prozent lag.

Schon auf Grund ihres Weltmarktanteils von 25 *Prozent* bestimmten die koreanischen und japanischen Schiffbauer die Weltmarktbedingungen. Die Gemeinschaft könne jedoch „schwerlich hinnehmen", daß durch das Verhalten der fernöstlichen Länder ihre Werften „übermäßig benachteiligt werden". Vor allem Korea müsse veranlaßt werden sich einer größeren Disziplin zu befleißigen.

Die Schiffbauproduktion der EG belief sich im Jahr 1983 auf 2,7 Millionen Brutto-Register-Tonnen. Sie stieg gegenüber 1982 um etwa sechs Prozent, verzeichnete sie noch im Vergleich zu 1976 einen Rückgang um 48 Prozent. Der Anstieg gegenüber 1982 ist nach Angaben der Kommission allein auf technische Ursachen zurückzuführen und kein Zeichen für eine bessere Auslastung der Werften. Es wurden weniger neue Schiffe in Bau genommen und lediglich ein höherer Prozentsatz an Arbeitskräften zur Fertigstellung von in Bau befindlichen Schiffen abgestellt, was den Produktionsrhythmus beschleunigte.

Überdies entsprachen die in 1983 getätigten Aufträge nur 60 Prozent des Produktionsniveaus dieses Jahres oder 32 Prozent des Niveaus von 1976. Die Produktion wird also in zahlreichen EG-Betrieben auch in Zukunft einen deutlichen Rückgang verzeichnen müssen.

Die Tonnage für Neubauaufträge betrug 1983 rund 1,6 Mill. Brutto-Register-Tonnen – 21 Prozent weniger als 1982, während sie auf Weltebene im gleichen Zeitraum um 29 Prozent anstieg. Alle Mitgliedsländer mit Ausnahme Dänemarks verzeichnen 1984 einen geringeren Aktivitätsrhythmus. Dadurch wurden nach dem Kommissionsbericht die bisherigen Anpassungsbemühungen der Werften stark beeinträchtigt.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erwiesen sich als „zum größten Teil null und nichtig", da durch die ständig wachsende ungenügende Auslastung der Produktionsanlagen und des Arbeitskräftepotentials die Produktivität sinke, meint die Kommission. Dabei hätten die EG-Werften in nicht wenigen Fällen einen erneuten Kapazitätsabbau vorgenommen.

US-AKTIENMÄRKTE

Klimawechsel durch sinkende Zinsen und Umsatzgewinne

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Wieder steigende Einzelhandelsumsätze bei weiterhin gebremster Inflation haben die US-Aktienmärkte ebenso nach vorn gestoßen wie das bessere Abschneiden vieler Banken im dritten Quartal. Stimulierend wirkte zudem die Tatsache, daß Prä*sident Reagan und sein Vize Bush in* den Umfragen auch nach den Fernsehdebatten mit großem Abstand vor den demokratischen Kandidaten Mondale und Ferraro liegen. Niemand, so scheint es, kann ihnen den Wahlsieg *am 6. November nehmen;* aus der Sicht der Wall Street wird es damit keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Amerika geben.

Nach den Vorwochenverlusten schloß der Dow-Jones-Industrie-Index *am Freitag (plus 7,62) mit 1190,70* Punkten – 8,17 mehr als zum Wochenbeginn. Der breitere Nyse-Index erholte sich um 0,90 (0,82) auf 94,79 Punkte. Auf den ersten Blick sind die Gewinne eher bescheiden. Aber wichtig ist vor allem, daß sich die Grundstimmung gebessert hat. Nach der großen Konfusion über die Konjunktursprünge macht sich an den US-Börsen wieder etwas mehr Optimismus breit. Unter den Aktien führten IBM, die ihren Quartalsgewinn im Jahresvergleich um 21,7 Prozent auf 1,59 Mrd. Dollar nach Steuern steigerten, und Großbanken die Liste an.

Nicht stattgefunden haben die befürchteten Einbrüche bei den Instituten; vermutlich entschlossen sich die meisten, mit der drastischeren Abschreibung fauler Kredite zu warten. Nur die First Chicago machte ihre Ankündigung wahr und meldete einen Verlust von 71,8 Mill. Dollar. Die Mehrzahl der Banken hat jedoch ihre Rückstellungen kräftig aufgestockt; fast alle wiesen höhere nicht bediente Portefeuilles aus. Außer der First Chicago zeigt vorerst lediglich die Manufacturers Hannover eine gewisse Schwäche.

Überrascht worden sind die Märkte von den Einzelhandelsumsätzen, die im September um 1,6 (August und Juli: minus 0,6 und 1,7) Prozent zunahmen. Dennoch korrigiert die Erholung vom Sommerloch nicht die bisher registrierte Konjunkturabschwächung. Einmal liegt der Index nur knapp über dem Mai-Niveau; zum anderen entfiel die Masse der Umsatzsteigerung auf Autos. Die US-Herstellerpreise sind um 0,2 Prozent gesunken; übers Jahr stiegen sie um 1,6 Prozent.

Verschönt worden ist dieses positive Bild noch durch die mutmaßliche Lockerung der Geldschraube. Obwohl die Nachfrage nach Geschäftskrediten weiter wächst, verbilligten sich Tagesgeld und 30jährige *Treasury Bonds Freitag auf 9,92* (Vorwoche: 10,35) und 12,12 (12,16) Prozent. In welche Richtung die US-Zinsen marschieren, zeigt sich am 24. Oktober: Bis dahin nimmt die Treasury 15,5 Mrd. Dollar auf, nachdem der Kongreß das Schuldenlimit von 1,57 auf 1,82 Bill. Dollar angehoben hat.

Die EG im Blick

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Regierung möchte *ihre Wirtschaftspolitik* ohne marxistischen Ballast an den Kriterien der Europäischen Gemeinschaft orientieren. So jedenfalls sieht Superminister für Wirtschaft und Finanzen, Miguel Boyer, seine Aufgabe. Dabei *tritt ihm allerdingsder stellvertreten*de Ministerpräsidenten Alfonso Guerra vom linken Flügel der Regierung gelegentlich auf die Füße. Kürzlich mußte „ein Mann Boyers„ – einer aus der Privatwirtschaft – dem bisherigen Staatssekretär *im Industrieministeri*um den Präsidentenstuhl der staatlichen Holding INI überlassen.

Einen echten Fortschritt auf dem Wege nach Europa aber bedeutet das jetzt fertiggestellte Wirtschafts- und Sozialabkommen. Die Regierung, der Unternehmerdachverband CEOE und die sozialistische UGT-Gewerkschaft haben das Übereinkommen kürzlich unterzeichnet. Die kommunistiche Gewerkschaft stieg kurz vor*her unter lautem Protest und Streik*aufrufen aus. Für die Kommunisten bedeutet das Abkommen einen „Verrat der sozialistischen Regierung an der Arbeiterklasse". Nun, dieser Protest dürfte der sozialistischen Regie*rung bei ihrem Bemühen um allgemeine* Anerkennung eher von Nutzen sein, als daß er ihr schadet.

Ganz richtig betonte Ministerpräsident Gonzàlez, daß das Ziel seiner Bemühungen die freie Sozialpartnerschaft sei, die ohne Regierung auskommen kann. Das Wirtschafts- und Sozialabkommen ist also eine Übergangslösung, ein weiterer Schritt auf dem Wege von einem autoritären System zur Demokratie. Wieder einmal erwies sich dabei der Druck, den der bevorstehende Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft auf alle Beteiligten ausübt, als sehr segensreich.

Spanien steht mit einer Arbeitslosenquote von über 18 Prozent der aktiven Bevölkerung an der Spitze der OECD-Liste. Ziel des Wirtschafts- und Sozialabkommens ist deshalb die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber nicht allein durch die öffentliche Hand etwa im Rahmen ihrer Staatsbetriebe. sondern vor allem über die Investitionen der freien Wirtschaft.

Hier zeigt sich auch Realität – und Schwäche – des Abkommens. In seiner Beurteilung ließ der Unternehmerdachverband CEOE auch ganz offen seine Skepsis hinsichtlich er Wirksamkeit der im Abkommen vorgesehenen Investitionsforderung erkennen. Die Regierung versprach bessere Abschreibungsmöglichkeiten, eine geringe Steuererhöhung für das nächste Jahr von nur 0,8 Prozent (ein Kompromiß gegenüber den ursprünglich geforderten ein *Prozent*) und weitere Stützungsmaßnahmen. Das entscheidende Moment aber, mehr Flexibilität bei der Auslegung der Arbeitsgesetze und schließlich die Schaffung neuer Arbeitsgesetze, *bleibt den Ausschüssen überlassen.*

Insgesamt sollen 17 paritätisch besetzte Ausschüsse der Paktpartner den Gang des Abkommens überwachen und die Dinge in Fluß halten. So gesehen stellt das Abkommen im wesentlichen nur eine Absichtserklärung dar. Aber so lange die Regierung sich nicht gegen die Gewerkschaften durchsetzen kann, die Entlassung von Arbeitskräften praktisch ausgeschlossen bleibt, wird die Aufforderung an die Unternehmerverbände, mehr zu investieren, verhallen.

Man darf sich nicht von ausländischen Investitionen in Spanien blenden lassen: Das bisher fehlende Vertrauen der spanischen Unternehmer zur sonst erfreulich pragmatischen Wirtschaftspolitik der Regierung González kann sich erst dann einstellen, wenn diese ihrerseits der Wirtschaft vertrauensvoll entgegen kommt und die Arbeitsgesetze flexibler gestaltet. Nur dann ist der ohnehin vorsichtige spanische Unternehmer zu mehr Risiko bereit.

Der staatliche Zuschuß von 9000 Mark jährlich für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz bringt allein nicht genug Anreize. Auch der Druck den die Regierung auf die Zinspolitik der Banken auszuüben versprach, reicht nicht aus. Dieser Druck ist möglich, weil die Bank von Spanien über ein System, das unseren Mindestreserven entspricht, 57 Prozent der Bankeinlagen in ihrer Verwendung kontrollieren kann.

Als Vorbild für die flexiblere Gestaltung der Arbeitsgesetze weist die Wirtschaft immer wieder auf die Gesetzgebung in den Mitgliedsländern der EG hin. Immerhin: Bei der Einstellung von Lehrlingen verzichten die Gewerkschaften bereits auf das Entlassungsverbot, um den jungen Leuten wenigstens eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

AUF EIN WORT

Massive Subventionen kommen in der europäischen Textilindustrie in letzter Zeit wieder stärker in Mode. Ihre preispolitischen Rückwirkungen auf den deutschen Markt können uns nicht gleichgültig lassen. Wir sagen ja zur Anpassung an veränderte Wettbewerbsverhältnisse; Anpassung an staatlich veränderte Wettbewerbsverhältnisse – Nein!

Dr. Walter Ferner, Vorstandsvorsitzender der Nino AG, Nordhorn
FOTO: ILSE BEHNKE

Bonn unterstützt Lateinamerika

VWD, **Hamburg**

Die Bundesrepublik will beim Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und allen Gläubigern lateinamerikanischer Staaten einen „aktiven und konstruktiven Beitrag" bei den Umschuldungsverhandlungen leisten. Dies hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem „Ibero-Amerika-Tag" versichert. Der Minister appellierte an die Banken, bei den Verhandlungen auf tragbare und langfristige Lösungen hinzuarbeiten. Die Unternehmer forderte er auf, weiter in Lateinamerika zu investieren. Die Staaten Lateinamerikas müßten das erforderliche Investitionsklima schaffen.

DEUTSCH-RUMÄNISCHER WARENAUSTAUSCH

Hoffnung auf Trendwende nach drastischem Rückgang

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft knüpft an den Besuch des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu die Hoffnung auf verbesserte Handelsbeziehungen. Denn seit 1979, als der deutsch-rumänische Warenaustausch mit 3,61 Milliarden Mark seinen Höchststand erreichte, ist das Außenhandelsvolumen zwischen beiden Staaten um 45,6 Prozent drastisch zurückgegangen: auf 1,96 Milliarden Mark 1983.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres entwickelte sich der Warenaustausch bereits wieder positiv, er stieg gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 22,1 Prozent. Zwar blieb die Bundesrepublik der größte westliche Handelspartner, fiel aber insgesamt vom zweiten Platz auf den vierten nach der Sowjetunion, der „DDR" und Polen zurück.

Diese Stellung der Bundesrepublik ist nicht zuletzt auf die Kooperation von Unternehmen zurückzuführen. Insgesamt bestehen 50 Verträge über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit sowie über die Lieferung größerer Industrieanlagen. Die 1973 gegründete Firma Renk-Reschitza ist das erste Beispiel einer gemischten Gesellschaft mit deutscher Kapitalbeteiligung (49 Prozent) in einem osteuropäischen Staatshandelsland. Der Kapital- und Gewinntransfer bei diesen Gesellschaften ist gesetzlich gewährleistet. Darüber hinaus unterhalten etwa 30 deutsche Unternehmen Vertretungsbüros in Rumänien. Beim deutschen Export rangieren chemische Vorer*zeugnisse mit elf Prozent* an erster Stelle, gefolgt von Koks (6,9 Prozent) und Elektrotechnik (5,2 Prozent).

Seite 14: Auslandsschulden reduziert

HANDEL

„Trotz Absichtserklärung mehr Schleuderpreise"

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Schleuderpreis-Aktivitäten im Handel nehmen offensichtlich wieder stark zu. Die Lebensmittelkette co op AG, die systematisch die Preisanzeigen von Handelsunternehmen in 95 Tageszeitungen auswertet, hat im August 1984 insgesamt 2156 Untereinstandspreis-Angebote von 312 Firmen festgestellt, im Juli waren es 341 Firmen mit 2013 Artikeln und im Juni 322 Firmen mit 1793 Artikeln. Das Spektrum der unter Einkaufspreis anbietenden Firmen reiche „so die co op, von Privathändlern mit kleinen Verkaufsflächen über namhafte Ketten, Einkaufsgenossenschaften und Filialisten bis zu SB-Warenhäusern – allein auf letztere konzentrierten sich im August 37 Prozent aller Schleuderpreis-Angebote.

Das „Preisbarometer in den Tageszeitungen stehe auf Sturm", und das obwohl das „Berliner Gelöbnis" vom Oktober 1983, auf Untereinstandspreise zu verzichten, erst im Juni 1984 von den Handelsunternehmen bekräftigt worden sei. Wenn die gemeinsamen Absichtserklärungen im Handel so mangelhaft praktiziert würden, drohten „staatliche oder selbsternannte Preiskommissare" und ein Ende der freien Preisbildung.

co op-Vorstandschef Bernd Otto will *deshalb jetzt bei Gesprächen* im Handel und mit dem Bundeskartellamt anregen, eine „Beobachtungs- und Vertrauensstelle" auf freiwilliger Grundlage zu schaffen, die von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Dachverband getragen werden könnte. Das Kartellamt sollte nach Otto seine klärenden Gespräche mit den beteiligten Handelsfirmen fortsetzen und auch das Instrument der Untersagungsverfügung „nicht stumpf werden lassen".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Verschuldungs-Limit der USA doch heraufgesetzt

Washington (AP) – Mit der Unterzeichnung durch Präsident Ronald Reagan ist am Samstag in den Vereinigten Staaten ein Gesetz in Kraft gesetzt worden, das die Obergrenze der Staatsverschuldung um 251 Mrd. auf den Rekordstand von 1,824 Billionen Dollar heraufsetzt. Mit dem Gesetz, das am Freitag vom Senat in letzter Lesung doch noch mit 37 gegen 30 Stimmen verabschiedet worden war, wird es der US-Bundesregierung ermöglicht, Kredite bis zu dieser neuen Höhe aufzunehmen. Am Donnerstag abend war die Erhöhung des Verschuldungsplafonds im Senat noch mit 46 gegen 14 Stimmen abgelehnt worden.

Absatz gesunken

Hamburg (dpa/VWD) – In den ersten neun Monaten 1984 wurden in der Bundesrepublik rund 62 Mill. Tonnen Mineralölprodukte abgesetzt nach 60,6 Mill. Tonnen in der entsprechenden Vorjahreszeit. Das geht aus ersten Schätzungen der Mineralölindustrie hervor. Deutlich weniger verkauft wurde dabei schweres Heizöl. Hier ergab sich ein Rückgang um rund sechs Prozent auf weniger als acht Mill. Tonnen. Dagegen stieg die Nachfrage beim Motorenbenzin um knapp drei Prozent auf 17,7 Mill. Tonnen.

Handel mit Ungarn

Budapest (dpa/VWD) – In Ungarn hat der deutsche Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle die Möglichkeiten erweiterter Zusammenarbeit in der Ernährungswirtschaft besprochen. Wie Kiechle der amtlichen Agentur MTI zufolge erklärte, stehe Ungarn an erster Stelle der RGW-Länder, aus denen die Bundesrepublik Nahrungsmittel einführe. Deutsche Importeure hätten für 420 Mill. DM Lebensmittel und Getreide in Ungarn gekauft und für 100 Mill. DM ähnliche Produkte dorthin ausgeführt.

Autos zurückgerufen

Detroit (VWD) – General Motors ruft rund 750 000 Wagen der Marken Pontiac, Buick und Oldsmobile der Baujahre 1981 und 1982 wegen schadhafter Abgas-Katalysatoren in die Werkstätten. Nach Branchen-Schätzungen kostet die Aktion das Unternehmen rund 15 Mill. Dollar.

Genehmigungen

Wiesbaden (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres 36 000 *Wohnungen oder 13 Prozent weniger* als im Vergleichszeitraum 1983 zum Bau genehmigt worden. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, stimmten die Aufsichtsbehörden dem Bau von insgesamt *244 500 Wohnungen zu. Für Neubau*wohnungen wurden dabei mit 223 900 Einheiten ebenfalls um 13 Prozent weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr.

Aufbruch nach China

Stockholm (dpa/VWD) – Eine Delegation von 20 schwedischen Unternehmern unter Leitung von Außenhandelsminister Mats Hellström startete gestern zu einem mehrwöchigen Besuch nach China. Die schwedische Industrie rechnet sich gute Chancen aus, das Geschäft mit den Chinesen in den Bereichen Energie, Verkehr, Telekommunikation und Lebensmitteltechnologie weiter auszubauen.

Leichte Teuerung

Paris (J.Sch.) – Im September erreichte in Frankreich der Anstieg der Konsumentenpreise nach vorläufigen Angaben wieder 0,5 Prozent. Jedoch verminderte sich die Inflationsrate im Jahresvergleich gegenüber dem Vormonat auf 7,1 (7,4) Prozent. Bis zum Jahresende will die Regierung auf 6,7 Prozent drücken. Die Monatsteuerung müßte danach auf 0,4 Prozent reduziert werden.

Weg der Kurse

	12.10.	5.10.
Boeing	54,625	53,25
Chrysler	30,50	29,50
Citicorp	36,125	34
Coca-Cola	61,125	62
Exxon	45	44,875
Ford Motors	46,50	44,375
IBM	121,875	121,375
PanAm	4,625	4,875
US Steel	23,25	23,75
Woolworth	34,875	34,25

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Gespräche mit AKP-Staaten zäh und ohne Ergebnis

WILHELM HADLER, **Brüssel**

In Detailfragen steckengeblieben sind die Verhandlungen über die Erneuerung des Lomé-Abkommens. Nachdem die EG den privilegierten Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifischen Raum (AKP-Staaten) am Donnerstag ein enttäuschendes Angebot über die künftige Finanzhilfe unterbreitet hatte, quälten sich die Gespräch über die übrigen noch offenen Fragen nur noch mühsam dahin.

In der Nacht zum Sonnabend hielt auf EG-Seite nur noch der französische Entwicklungsminister Nucci die Stellung. Selbst der Vorsitzende der *Konferenz, Irlands Außenmini*ster Barry war inzwischen abgereist. Man verständigte sich schließlich darauf die Verhandlungen in der Woche vom 22. bis 26. Oktober auf Botschafterebene fortzusetzen. Anfang November sollen dann die Co-Präsidenten von EG und AKP feststellen, ob die Bedingungen für eine Unterzeichnung des neuen Abkommens am 7. Dezember gegeben sind.

Offenbar warten die Entwicklungsländer auf eine Überprüfung des Finanzangebots der Gemeinschaft (15,7 Mrd. DM für fünf Jahre plus 2,5 Mrd. DM Darlehen der Europäischen Investitionsbank). Ob sich die EG jedoch noch ein Stück weiter bewegen kann, ist mehr als fraglich. Inzwischen hängen die meisten Kapitel der neuen Konvention noch in der Luft. Sowohl bei den Handelsfragen wie beim System zur *Stabilisierung der Rohstofferlöse* (Stabex) und den Bestimmungen über Investitionsschutz sind noch nicht alle Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt. Trotzdem bleiben die EG-Unterhändler optimistisch.

ISRAEL / Bundesrepublik wichtiger Exportmarkt für Lebensmittel

Erfolgreiche „Handels-Luftbrücke"

HENNER LAVALL, **Bonn**

„Es war ein hartes Stück Arbeit, bis alles so gut und reibungslos lief", bescheinigen sich beide Partner einer nun im achten Jahr mit Erfolg laufenden „Luftbrücke" zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Sie dient zur Versorgung der *gesamten europäischen Bevölkerung* mit frischen, leichtverderblichen Nahrungsmitteln. Die beiden Partner, die halbstaatliche israelische Agrarexport-Gesellschaft Agrexco sowie ihre Tochter Cargo Air Lines (Cal), beide Tel Aviv, und der Flughafen Köln/Bonn, haben gleichermaßen davon profitiert.

Seit Agrexco als zentralen europäischen Anlieferungspunkt für sensible Erzeugnisse den Kölner Flughafen ausgewählt hat, konnte die israelische Genossenschaft ihren Export landwirtschaftlicher Produkte Vervierfachen. Der Kölner Flughafen andererseits hat sich mit Hilfe der israelischen Lieferungen und Bezüge vom Frachtaufkommen her auf den zweiten Platz der deutschen Flughäfen nach Frankfurt vorgeschoben.

Seit November 1976 wurden auf dem Flughafen Köln/Bonn rund 350 000 Tonnen Agrarprodukte für den europäischen Markt und Industriegüter für Israel umgeschlagen. Bei den Lieferungen aus Israel handelt es sich in erster Linie um Obst und Gemüse, aber auch um Blumen, Geflügel und Fruchtsäfte. Im vergangenen Jahr wurden von diesen Produkten rund 24 000 Tonnen eingeflogen, eine Mengensteigerung von gut einem Drittel gegenüber 1982.

In 1984 deutet alles auf eine weiter günstige Entwicklung hin. Nach Schätzungen der Agrexco wird ihre Luftfracht-Tochter erneut ein Drittel mehr israelische Agrargüter nach Europa ausliefern. Einen Sprung in der Beliebtheit der deutschen Konsumenten machten dabei Schnittblumen. Um auf diesem Marktsektor in der Bundesrepublik noch besser präsent zu sein – er stellt zu Verbraucherpreisen einen Wert von sechs Mrd. DM dar –, hat Agrexco seit Beginn der israelischen Blumen-Saison am 1. Oktober die Flüge verdreifacht. „Auf dem deutschen Markt", so der Geschäftsführer der Agrexco-Blumenabteilung, Nathan Hönig, „setzten wir weltweit die größten Mengen ab, deshalb legen wir besonderen Wert darauf, daß unsere Blumen frisch an den Bestimmungsort ankommen."

Damit nicht nur Blumen innerhalb von 24 Stunden nach der Ernte auf dem israelischen Feld beim Verbraucher in Europa sind, hat der Flughafen Köln/Bonn das Luftfrachtzentrum in den letzten Jahren zügig ausgebaut. Seit 1976 wurden dafür rund 15,7 Mill. DM investiert und zusätzliche 4,5 Mill. DM für Geräte speziell zur Abfertigung der israelischen Nahrungsmittel ausgegeben.

HOCHSEEFISCHEREI / Symposium in Bremerhaven

„Fangunion muß kommen“

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Regierungsvertreter ziehen an einem Strang, um die deutsche Hochseefischerei und die Fischverarbeitung zu erhalten. Diese Einigkeit wurde auf einem Symposium in Bremerhaven deutlich. Die Diskussion über „das Strukturkonzept der Deutschen Seefischerei“ gipfelten in den Forderungen, alle Rationalisierungsreserven zu mobilisieren und die letzten vier Fischerei-Reedereien in einer Fangunion zusammenzufassen. Eindringlich warnte der Bremer Wirtschaftssenator Werner Lenz (SPD) davor, die Standortfrage für die Fischverarbeitung in den Vordergrund zu stellen: „Bremerhaven wie Cuxhaven sind auch bei einer Einheitsgesellschaft unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu betrachten.“

Auf den noch verbliebenen sieben Frischfischfangschiffen und den 13 Fangfabrikschiffen (einst waren es über 200) arbeiten Spitzenleute, die dafür sorgen, daß an Land jeweils vier Arbeitnehmer Beschäftigung haben. Dies soll auch 1985 im 100. Jahr des Bestehens der deutschen Hochseefischerei so bleiben, forderten die Teilnehmer des Symposiums, das von der bremischen SPD-Bürgerschaftsfraktion ausgerichtet wurde.

Mit sehr vielen Zahlen untermauerten die Teilnehmer die Postulate an die Adresse der Bundesregierung, sich finanziell und politisch noch mehr zu engagieren. 600 000 Tonnen Fisch werden jährlich in der Bundesrepublik konsumiert, ein Drittel davon kommt von der deutschen Hochseefischerei, die 30 000 Tonnen Frischfisch anlandet und 170 000 Tonnen Tiefkühlware auf die inländischen Märkte bringt. Doch diese Quoten sind in Gefahr. Dieter Koch, Direktor der Hanseatischen Hochseefischerei in Bremerhaven, sagte: „Schlechte Witterungsbedingungen vor Grönland geben uns mehr als den Rest in diesem Jahr.“ Kabeljau, der den meisten Erlös bringt, konnte nicht gefischt werden.

Im Vorfeld des Symposiums hatte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, (CDU), für die Fangunion stark gemacht. Mit den Regierungen der norddeutschen Küstenländer wird am 29. Oktober in Bremen die Diskussionsrunde eröffnet.

Ein wichtiges Ziel der Fusion hob Kurt Querfeld, Chef der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH, Cuxhaven, hervor: „Wir brauchen eine kombinierte Fischereiflotte mit teilweise neuen Schiffen. Und dabei müssen wir die restriktiven Maßnahmen der EG in Brüssel im Auge behalten, die nur Neubauten bis zu 33 Meter Länge subventioniert.“

RUMÄNIEN/ Exportsteigerungen und Importrestriktionen führen zu Engpässen

Auslandsschulden erheblich reduziert

E. ANTONAROS, Bukarest

Großbanken und Regierungen in der westlichen Welt müssen eine Entwicklung auf dem Balkan mit großer Erleichterung und Genugtuung registriert haben: Rumänien, noch bis Anfang 1983 mit mindestens elf Mrd. Dollar im Westen verschuldet und damals praktisch zahlungsunfähig, hat sich zu einem besonders pünktlich zahlenden Schuldnerland entwickelt, was in der heutigen Finanzwelt keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Bukarest hatte bis Ende September das Meisterstück vollbracht, etwa 2,5 Mrd. Dollar zurückzuzahlen. Nach Schätzungen von westlichen Diplomaten – offizielle Angaben gibt es dazu nicht – betragen die rumänischen Auslandsschulden noch 8,5 Mrd. Dollar.

Der schnellen Rückzahlung liegt eine Entscheidung des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu zugrunde, wonach Rumänien seine Schulden schnellstmöglich begleichen muß und keine neuen Kredite aufnehmen darf. Daß Rumänien künftig vom ausländischen Kapital weniger abhängig sein will, zeigte sich deutlich Anfang März 1984, als Bukarest die letzte Tranche eines IWF-Kredits in Höhe von 285 Mill. Dollar nicht in Anspruch nahm. Eine offizielle Begründung für die rumänische Haltung gab es nicht. Höchstwahrscheinlich fühlten sich die Rumänen erstarkt, daß sie sich den Vorschriften der IWF-Experten nicht mehr beugen wollten. Die Spitzengremien der rumänischen Regierung scheinen der festen Überzeugung zu sein, daß Bukarest ohne Überbrückungskredite des IWF imstande sein wird, seine Schulden bis Ende 1987 abzutragen.

Das Ziel will Ceausescu mit Hilfe eines rigorosen Sparprogramms erreichen. Fast alle Handelspartner Rumäniens klagen in letzter Zeit über einen spürbaren Rückgang der rumänischen Einfuhren, während Bukarest gleichzeitig eine aggressive Exportförderungspolitik betreibt, so daß die Exporteinnahmen die Devisenkassen auffüllen. Dadurch wird die Schuldenbegleichung ermöglicht.

Diese Politik hat allerdings auch mehrere Schattenseiten. Die Rumänen sind zur Zeit darum bemüht, ohne Rücksicht auf den Binnenmarkt alles zu exportieren, was exportfähig ist. Dadurch treten erhebliche Engpässe auf – wie beispielsweise in der Lebensmittelversorgung. Obwohl die Ernten gut sind, müssen die Rumänen oft auf Obst, Gemüse und hochwertiges Fleisch verzichten, weil diese Produkte gegen harte Devisen ins Ausland verkauft werden.

Gespart wird auch im Energieversorgungsbereich. Im letzten Jahr mußten die Rumänen regelrecht frieren, weil keine Devisen für die nötigen Öleinfuhren freigegeben worden waren. In diesem Jahr scheint die Energiesituation etwas entspannter zu sein. Dennoch werden die 22 Millionen Rumänen im Winter kein warmes Zuhause vorfinden.

Diese Mängel und Engpässe sind verständlicherweise kaum dazu geeignet, die recht niedrige Produktivität der rumänischen Arbeitnehmer zu steigern. Zudem werden die sogenannten privaten Bauern – die nur 15 Prozent des gesamten Agrarlandes kontrollieren, aber in einzelnen Produktionssparten bis zu 60 Prozent aller Güter liefern – angehalten, noch höhere Mengen an den Staat abzugeben. Setzt sich dieser Trend fort, könnte den privaten Bauern die Lust vergehen, die Produktivität zu verbessern.

Hinzu kommt, daß Rumänien mittlerweile eine derart breitgefächerte Industrie entwickelt hat, daß es auf den Import teurer Technologie angewiesen ist. Der Entwicklung in Ost und West könnte sonst nicht standgehalten werden. Ebenfalls muß Bukarest befürchten, daß es zahlreiche interessante Absatzmärkte für seine Produkte verliert, wenn es auf Dauer den Außenhandel derart eingleisig betreibt. Die wenigsten Länder sind bereit, langfristig Handelsdefizite im bilateralen Warenaustausch in Kauf zu nehmen. (SAD)

PHILIPPINEN / Devisenkontrollen aufgehoben

Millionen-Kredit gewährt

AP/dpa/VWD, Singapur/Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat am Samstag die Aufhebung der Devisenkontrollen bekanntgegeben. Die Maßnahme gehört wie Ausgabenkürzungen, Stererhöhungen, Abschaffung der Preiskontrollen und andere Schritte zu einem Wirtschaftssanierungsprogramm, das mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Voraussetzung für einen 650-Millionen-Dollar-Kredit vereinbart wurde. Wann der IWF das Geld freigibt, sagte Marcos nicht. Bis dahin haben die USA, Südkorea und Japan den Philippinen einen Überbrückungskredit in Höhe von 80 Mill. Dollar zugesagt.

Der hohe politische Preis, den Manila für diese IWF-Hilfe zahlen muß, dürfte das erschütterte Marcos-Regime in noch größere Bedrängnis bringen. Fachleute rechnen damit, daß als Folge dieser Bedingungen die diesjährige Inflationsrate in den Philippinen auf 75 Prozent steigen wird. Manila aber braucht diesen Beistandskredit als „Initialzündung“ für die gleichfalls dringend geforderte Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten, die jetzt mit rund 26 Mrd. US-Dollar beziffert werden. Die Philippinen sind damit nach Südkorea (40 Mrd. Dollar) der am stärksten verschuldete Staat Asiens.

Die Billigung des Programms durch den IWF ermögliche, die Umschuldungsverhandlungen mit 480 internationalen Banken abzuschließen und über neue Kredite zu verhandeln, meinte Marcos. Manila war erst vor kurzem ein weiterer dreimonatiger Zahlungsaufschub gewährt worden.

Nach einer soeben in Manila veröffentlichten amtlichen Verlautbarung schrumpfte das Bruttosozialprodukt im bisherigen Jahresverlauf um 5,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1983.

Ergebnisse besser als erwartet

dpa/VWD, New York

Sechs amerikanische Großbanken haben im 3. Quartal trotz einer drastischen Aufstockung ihrer Reserven gegen mögliche Kreditverluste ihre Gewinne gesteigert. Zu den Instituten zählen die Manufacturers Hanover Corp., die J. P. Morgan and Co., die Chemical New York Corp., die Security Pacific Corp., die Marine Midlands Banks und die Irving Bank Corp. Nach einem Verlust von 70 bis 74 Mill. Dollar der First Chicago Corp. im gleichen Zeitraum aufgrund der hohen Wertberichtigungen hatte die Wall Street auch bei anderen Großbanken schlechtere Resultate als in der Vorjahresvergleichszeit erwartet.

Das Quartalsergebnis der Manufacturers Hanover wurde allerdings durch die Zuführung von 104,8 Mill. Dollar in die Reserven für mögliche Kreditverluste und durch die erfolgten Kredit-Wertberichtigungen von 63,1 Mill. Dollar negativ beeinflußt. Der Gewinn von 88,6 Mill. Dollar war nur minimal höher als das Ergebnis des 3. Quartals 1983, obwohl die Bilanzsumme in dieser Zeit um 17 Prozent auf fast 74 Mrd. Dollar gestiegen ist.

Die J. P. Morgan, die Mutter der Morgan Guaranty Trust und fünftgrößte US-Bankholding, konnte ihren Quartalsgewinn um 19,1 Prozent auf 120,4 Mill. Dollar erhöhen. Gleichzeitig verringerte sie die Zuführung zu den Kreditreserven von 45 Mill. Dollar im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres auf 30 Mill. Dollar.

NAMEN

Emil Kratzmüller, ist am 11. Oktober im Alter von 76 Jahren in Hamburg gestorben. Er war von 1965 bis 1972 Vorstandsvorsitzender und von 1972 bis zu seinem Ausscheiden 1981 nach 53jähriger Zugehörigkeit zum Unternehmen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Esso AG. Von 1967 bis 1972 leitete Kratzmüller auch den Vorstand des Mineralölwirtschaftsverbandes.

Ulf H. Weisner (40), bisher Marketing- und Verkaufsdirektor der Chicogo Cosmetic GmbH, übernimmt zum 1. November die Geschäftsleitung der Scholl-Werke GmbH, Frankfurt, einer Schwestergesellschaft der Chicogo innerhalb der Schering Plough Corporation.

Manfred Häussler, bislang Vorsitzender der Geschäftsleitung der Herta KG Karl Schweisfurth GmbH & Co. KG, Herten, hat wegen geschäftspolitischer Differenzen mit dem Inhaber **Karl L. Schweisfurth**, auf eigenen Wunsch das Unternehmen verlassen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Grupp Verwaltungs GmbH, Oberkochen; Wilhelm Grupp GmbH & Co., Werkzeug- u. Maschinenfabrik, Oberkochen; **Bad Iburg:** Hartmut Dreshake Kaufm., Glandorf; **Bochum:** Johannes Dücomy, Zahntechnikermeister, Mayen; **Braunschweig:** Alphatherm Wärmesyteme GmbH; **Dannenberg:** Supertess Silke Schoof GmbH, Karwitz, OT Lenzen; **Düsseldorf:** Gleit-Technik Ges. f. neuzeitliche Gleitelemente in der Technik mbH & Co. KG; G.T.H. Gleit-Technik Halbzeug GmbH; Industrie-Technik Estameta GmbH; **Freudenstadt:** Kaufhaus Nestle GmbH & Co. KG Freudenstadt; **Göttingen:** Nachl. d. Rudolf Kaiser, Bovenden; **Goslar:** a) Tunica Verwaltungsges. mbH, Vienenburg b) Tunica Bekleidungsfabrik GmbH & Co. KG, Vienenburg; **Hannover:** L. Hermann GmbH & Co. KG, Hemmingen; K.B. Schlimme GmbH & Co. KG; **Konstanz:** Egon Bährle, Bauunternehmung; **Krefeld:** Auto Tebernum GmbH, Kempen 3; **Offenburg:** Michael Debesselles, Berghaupten; **Stadthagen:** Rogalle – WKS-Wärme-Kälte-Schall-Isolierungs-GmbH, Wendthagen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Uni-Petrol Süd Ges. f. Mineralölprodukte mbH & Co. KG, Ochsenfurt; **Nördlingen-Donauwörth:** Peter Döring, Inh. e. Büroorganisation, Neuburg/Donau.

Vergleich beantragt: Braunschweig: Krüger & Nolte GmbH, Wendeburg.

RENTENMARKT / Zu Wochenschluß freundlicher

In der Konsolidierungsphase

Am Rentenmarkt kam es nach dem starken Zinsrückgang der Vorwochen nicht ganz unerwartet zu einer Konsolidierung. Offensichtlich herrscht die Meinung vor, daß das nun erreichte Zinsniveau durch neue Anlagekäufe bestätigt werden muß. Immerhin war die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post von 7,88 Prozent zum Jahresanfang bis auf unter 7 Prozent in der Vorwoche gesunken. Zuletzt hatte sie sich bei 7,03 Prozent eingependelt. Irritiert hat den Markt offensichtlich die zweimalige Senkung der Rendite der Bundesobligationen in der letzten Woche. Zum Wochenschluß zeigte sich der Markt wieder freundlicher. So konnte die neue 7½prozentige Bundesanleihe mit 100,05 leicht über dem Emissionskurs von 100 Prozent in den Handel eingeführt werden. (lf)

Emissionen	12.10. 84	5.10 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,03	6,98	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,07	7,08	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,05	7,13	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,34	7,51	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,03	7,17	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,76	6,88	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,58	7,70	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,04	7,16	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,56	7,55	8,08	8,45	10,32

ITALIEN / Werkzeugmaschinen gefragt – Einfuhren steigen stärker als Ausfuhren

Steuernachlässe wirken sich aus

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Werkzeugmaschinen-Industrie erwartet in diesem Jahr einen Umsatz von 1820 Mrd. Lire (2,95 Mrd. DM), real 8 Prozent und in laufenden Preisen 15 Prozent mehr als im vorigen Jahr. Gleichzeitig dürfte den Erwartungen des Mailänder Hersteller-Verbandes zufolge die Ausfuhr um 13 Prozent auf 1015 Mrd. Lire (real um 6 Prozent) und die Einfuhr um 23 Prozent auf 340 Mrd. Lire (real um 14 Prozent) zunehmen.

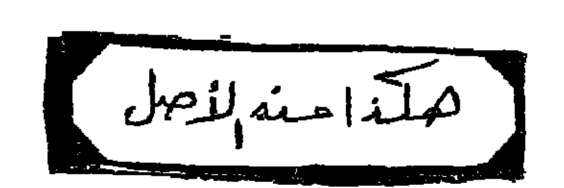
Auf der vom 6. bis 13. Oktober in Mailand veranstalteten italienischen Werkzeugmaschinen-Messe (BI-MU) fanden die Unternehmen die Tendenz zur Erneuerung des Maschinenparks vollauf bestätigt. Ebenso wie den Trend zur vollautomatischen Anlage. Im Inland machen sich dabei noch immer die Antriebskräfte bemerkbar, die von den im vergangenen Jahr in Kraft getretenen und seitdem erneuerten Gesetz ausgehen, mit dem den Abnehmern Steuernachlässe bei Maschinenkäufen gewährt werden. Insgesamt dürfte die Inlandsnachfrage Verbandsschätzungen zufolge in diesem Jahr um 20 Prozent auf 1145 Mrd. Lire, real um 13 Prozent, steigen. Daran werden die Einfuhren mit 30 Prozent beteiligt sein, gegenüber 29 Prozent im vergangenen Jahr.

Der Löwenanteil an diesen Importen wird auf die Bezüge aus Westdeutschland entfallen, die an der italienischen Werkzeugmaschinen-Einfuhr des ersten Halbjahres bereits mit 43,2 Prozent beteiligt waren, gegenüber erst 36,1 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit. Diese Zunahme ging in der ersten Jahreshälfte nicht nur auf Kosten der Schweizer Hersteller, die ihren Einfuhranteil von 23,9 auf 18,4 Prozent zurückgehen sahen, sondern auch auf Kosten der US-Lieferanten, die von 8,4 auf 7,5 Prozent der italienischen Gesamteinfuhr von Werkzeugmaschinen zurückstecken mußten. Offensichtlich konnte die deutsche Konkurrenz daraus Nutzen ziehen, daß Nicht-EG-Lieferungen keine Steuervorzüge genießen.

Wesentlich schwächer als der Inlandsabsatz entwickelte sich bisher dagegen die Ausfuhr. Sie stieg im ersten Halbjahr gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 4,4 Prozent auf 443 Mrd. Lire. Hauptabsatzmärkte waren die USA und die Bundesrepublik Deutschland, wobei im ersten Fall der Anteil am italienischen Export im ersten Halbjahr 1983 erst 6,5 Prozent, im Falle des westdeutschen Abnehmers 9,6 Prozent betragen hatte. Dritt- und viertgrößte Absatzmärkte der italienischen Werkzeugmaschinen-Industrie waren Frankreich und die Sowjetunion mit 10 bzw. 8 Prozent.

Gemessen an der Rekordausfuhr des Jahres 1980 haben die Exporte inzwischen wieder auf beinahe 90 Prozent des damaligen Wertes aufholen können. Die italienische Werkzeugmaschinen-Industrie ist damit unter wenigen anderen – in der Europäischen Gemeinschaft nur noch der westdeutschen Konkurrenz, in West- und Osteuropa der Schweiz und der „DDR“ – diejenige, die den Anschluß an die High-Tec-Explosion in der Branche mitgehalten hat.

Im Weltexport von Werkzeugmaschinen steht Italien derzeit an fünfter Stelle mit einem Anteil von 7,4 Prozent. Übertroffen wird die italienische Werkzeugmaschinen-Industrie nur von der Bundesrepublik als dem weltstärksten Exporteur, Japan, der Schweiz und der „DDR“. Ebenfalls auf dem fünften Platz steht Italien in der Produktion. Ein weiteres Vordringen wird von italienischen Experten als möglich angesehen, wenn der weltweite Konjunkturaufschwung weiter anhalten sollte.



ZONENRANDFÖRDERUNG / Kritik der Betroffenen

„Stumpfes Instrumentarium“

D. SCHMIDT, **Wolfenbüttel**

Die eigentlichen Ziele der Zonenrandförderung, die langfristig angelegte Ausgleichsleistungen für politisch bedingte *Dauernachteile zum* Inhalt haben, werden in immer stärkerem Maße unterlaufen. Dieses Fazit ziehen die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Zonenrandgebiets, der Deutsche Handwerkskammertag und der Zonenrandausschuß der Bundesvereinigung Kommunaler Spitzenverbände in einer Untersuchung, deren Ergebnisse jetzt in Wolfenbüttel veröffentlicht wurden.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen die „immensen sektoralen Finanzhilfen“, die die gesetzlich verankerte vorrangige Förderung des Zonen*randgebiets nahezu nivellieren.* Bei dem gegenwärtigen Trend blieben die industriellen Ballungszentren auf Dauer die großen Gewinner, heißt es in der Denkschrift der drei Organisationen, zumal die Konzentration der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf strukturstarke Räume anhalte. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Strukturwandels der deutschen Volkswirtschaft gerieten die sieben Millionen im Zonenrand lebenden und dort arbeitenden Menschen noch weiter ins Abseits.

Um das mittlerweile „stumpf geworden*e* Instrumentarium der Regionalpolitik“ entsprechend den veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln, haben die Zonenrand-Organisationen eine Reihe von Vorschlägen aufgelistet, die vor allem an den Gesetzgeber gerichtet sind. Hierzu gehören die Forderungen, die staatliche Forschungsförderung stärker zu *Gunsten des Zonenrandgebiets* einzusetzen oder mit der Regionalförderung zu koppeln, zusätzliche Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten für neue Technologien, Innovationsmanagement und Technologie-Transfer zu schaffen sowie beim Ausbau der neuen Kommunikationsinfrastrukturen den Zielsetzungen des Zonenrandförderungsgesetzes größere Beachtung zu schenken.

Weiter wird in der Denkschrift angeregt, strukturfördernde Existenzgründungen im Zonenrandgebiet attraktiver als bisher zu fördern und die Investitionszulage auch für Wirt*schaftsbereiche ohne überregionalen* Absatz (Primäreffekt) zu öffnen, weil auch solche Unternehmen für Wachstum und Beschäftigung in diesem Raum bedeutsam sind. Die steuerliche Zonenrandförderung, so heißt es, sollte im Sinne einer Grundförderung ausgebaut werden.

Bei künftigen Standortentscheidungen für öffentliche und halböffentliche Institutionen müsse das Zonenrandgebiet *endlich vorrangig* berücksichtigt werden. Um die teilweise konterkarierende Wirkung anderer raumwirksamer Politiken zu mildern, sei es wichtig, insgesamt dem gesetzlichen Vorrang der Zonenrandförderung innerhalb der Ressorts bei Bund und Ländern mehr Geltung zu verschaffen.

PHOTOKINA '84 / In der Bundesrepublik übertrifft der Fachfotomarkt beim Umsatz erstmals den Amateursektor

Wachstum in den professionellen Nischen

WERNER NEITZEL, **Köln**

Während der deutsche Amateur-Fotomarkt seit geraumer Zeit schrumpft, befindet sich die Fachfotografie, zu der das Fotohandwerk, der Röntgen-Sektor, die Reprografie, Kino- und Mikrofilm so wie die Elektro-Fotografie zählen, in stetigem Aufwärtstrend. Die bundesdeutsche Fotoindustrie hat sich in den vergangenen Jahren in der Erkenntnis, am Markt der Massenfotografie gegenüber den Japanern den kürzeren zu ziehen, mehr und mehr auf Marktnischen und vielfältige professionelle Anwendungsbereiche der Fotografie konzentriert. Der Fachfotomarkt hierzulande wuchs im Jahre 1983 um vier Prozent auf ein Volumen von 5,2 Mrd. *DM und* übertraf damit den Amateursektor, der auf einen Umfang von 4,4 Mrd. DM (minus sieben Prozent) kam.

Robot setzt auf Tempo

Die Robot Foto und Electronik GmbH, Düsseldorf, die sich seit 25 Jahren auf den Bereich der technisch-wissenschaftlichen Fotografie konzentriert, verfügt zur Zeit über einen Auftragsbestand, der nach eigenen Angaben „so hoch wie noch nie“ sei. *Das Unternehmen, das um die 12* bis 15 Mill. DM jährlich umsetzt und rund 150 Beschäftigte zählt, kann für sich in Anspruch nehmen, im Sektor schnell laufender Kleinbildkameras praktisch ohne Konkurrenz zu sein. So sind Robot-Kameras seit eh und je auch bei Weltraum-Projekten mit von der Partie. Bei den Banken-Kameras ist Robot in der Bundesrepublik mit 40 Prozent Marktanteil die Nummer eins. Über die Hälfte des Umsatzes ist Behördengeschäft. Die Exportquote des *zur Carp-Gruppe (3000 Beschäftigte)* zählenden Unternehmens liegt bei 60 Prozent.

Neues Spitzenmodell

Auf dem Gebiet kleinster kompakter 35 Millimeter-Kameras ist der Wettbewerb sehr scharf geworden, nachdem die Japaner in dieses Segment hineingegangen sind. Die Minox GmbH, Gießen, renommierter deutscher Hersteller von Kameras mit Mini-Maßen, hat deshalb innerhalb der Produkt-Linie Minox 35 ein neues Spitzenmodell („ML“) geschaf*fen, um sich hier vom Massenmarkt* abzuheben. Diese mit viel Elektronik und umschaltbarer Automatik bestückte Kamera soll zum Preis von knapp unter 400 DM Anfang 1985 auf den Markt kommen. Etwa dreiviertel des Minox-Umsatzes, den Vertriebsleiter Rolf Kasemeier nicht nennen *mag, entfällt auf den Bereich Kameras* und Zubehör. Der Rest sind Mikrofilm-Lesegeräte, ein Geschäft, das sehr stark von Großkunden abhängig ist. Etwa jede zweite Umsatzmark der Fotosparte stammt aus dem Export. Minox zählt rund 760 Beschäftigte.

Dias im Fernseher

Einen Dia-Projektor mit eingebautem elektronischen Bildsensor, der es ermöglicht, Dias direkt auf dem Fernsehbildschirm zu betrachten, zeigt die Kindermann & Co GmbH, Ochsenfurt. Der Verkaufspreis für dieses Gerät ist unter 4000 DM angesiedelt. Mit seinem breiten Programm an Dia-Projektoren zählt das Familienunternehmen, dessen Jahrsumsatz über 40 Mill. DM liegt und das 400 Beschäftigte zählt, zu den führenden *Anbietern dieses Bereichs. Gute Ver*kaufserfolge verbucht Kindermann in der Mikroverfilmung, einem Marktsegment, das auch weiterhin Wachstumschancen verspricht. Auf *dem Sektor der Produkte für profes*sionellen Bedarf entfällt rund die Hälfte des Umsatzes.

Mittelformat im Kommen

Eine steigende Zugkraft der Kameras für das Mittelformat (6 x 6 Zentimeter) registriert die Rollei Fototechnic GmbH, Braunschweig. Hier sieht *sich das Unternehmen, das 320 Mitar*beiter beschäftigt, als Marktführer in der Bundesrepublik. Das Geschäftsjahr *1983/84 (30.9.)* sei „zufriedenstellend“ verlaufen. Man habe mit ausgeglichenem Ergebnis abgeschlossen. Umsatzzahlen werden nicht genannt. Rollei gehört seit einiger Zeit zu der britischen United Scientific Holding (USH), die hauptsächlich im Bereich der Wehrtechnik engagiert ist.

SÜDZUCKER

Ergebnis unter Druck

dpa/VWD. **Mannheim**

Die Süddeutsche Zucker-AG, *Mannheim, das führende deutsche* Zuckerunternehmen, rechnet nach den Worten von Vorstandsmitglied Christoph Kirsch im Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) mit einem „deutlichen“ Ergebnisrückgang. In der ohnehin schwierigen, durch nur langsame Verbrauchssteigerung, fehlende *Weltmarktimpulse und das* Vordringen von Stärkeverzuckerungsprodukten (Süßstoff) gekennzeichneten Marktsituation träfen die Brüsseler Agrarbeschlüsse das Unternehmen besonders hart, klagte der Südzucker-Finanzchef vor der Hauptversammlung. Der zu befürchtende Preisbruch werde das Ergebnis mit 25 bis 30 Mill. DM nachhaltig belasten, *falls – so Vorstandsmitglied* Klaus Fleck – die EG-Maßnahme durchkommt.

Südzucker werde, wie der Vorstand erklärte, im Ergebnis 1984/85 sowohl von der Erlös- als auch von der Kostenseite unter Druck kommen. Keine Kostenentlastung ist laut *Vorstand* von der mit 6,1 (nach 5,2) Mill. Tonnen größeren Rübenernte zu erwarten. Die größere Menge, deren Verarbeitung *witterungsbedingt* Schwierigkeiten bereite, werde durch den niedrigeren Zuckergehalt der Rüben von 15,7 (nach 17,5) Prozent wieder ausgeglichen. Insgesamt wird wieder mit einer Zuckererzeugung von 820 000 Tonnen gerechnet.

Kooperation hat sich bewährt

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Bayerische Vereinsbank hat zwar durch die französische Bankenverstaatlichung ihre fünfprozentige Beteiligung am Credit du Nord verloren. Ihrer vor zehn Jahren eingeleiteten Kooperation mit dieser großen Regionalbank (80 Mrd. Franc Bi*lanzsumme) hat* dies aber *nicht* geschadet – obwohl die Entschädigung „aus besonderen Gründen hinter unseren Investitionen zurück blieb“, erklärte anläßlich des Kooperationsjubiläums Vorstandsmitglied Peter Reimpell in Paris.

Beide Seiten lobten den „einmaligen“ Charakter dieser direkten Zusammenarbeit zwischen den 400 Niederlassungen der Bayerischen Vereinsbank und den 520 des Credit du Nord. Sie wird durch einen ständigen wechselseitigen Delegiertenaustausch untermauert. Durch ihren regionalen Charakter unterscheidet sie sich von der Kooperation zwischen anderen deutschen und französischen Banken.

Bisher wandte man sich vor allem an die kleinen und mittleren Unternehmen beider Länder. Künftig will die Bayerische Vereinsbank stärker Anleihen für französische Unternehmen auf dem deutschen Kapitalmarkt plazieren. Allerdings machte *Reimpell den Franzosen wenig Hoff*nung, daß sie in der Bundesrepublik Ecu-Anleihen auflegen könnten. Dies sei für währungsstarke Länder nicht interessant und außerdem zur Zeit von der Bundesbank verboten.

Zur Franc-DM-Parität äußerte sich Reimpell vorsichtig. Solange der Dollar so stark wie heute sei sehe er keine Paritätsänderung. Wegen der unterschiedlichen Preisentwicklung dürfte es dazu später aber doch kommen. Was den deutschen Kapitalzins betrifft, *so* werde er *langsam* aber *kontinuierlich* sinken.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Keine Entlassungen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Bei dem Büro- und Informationstechnik-Unternehmen Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, stehen keine Entlassungen *auf dem Plan. Das versicherte ein Fir*mensprecher, nachdem es wegen angeblich anstehender Kündigungen zu einer Protestdemonstration von Belegschaftsmitgliedern gekommen war. Von Gewerkschaftsseite werde seit Monaten über Massentlassungen spekuliert, hieß es. Man könne mit der Fluktuation im Unternehmen notwendige Personalveränderungen austeuern, wurde betont. Die derzeiti*ge Mitarbeiterzahl* wurde *mit* 3800 gegenüber 3759 Ende letzten Geschäftsjahres angegeben. Daß die Vertriebsgesellschaft der US-Rank Xerox Corp. marktbedingte Probleme und hohe Investitonsaufwendungen (rund 40 Mill. DM im Geschäftsjahr 1983/84) zu verkraften habe, hätte man den Mitarbeitern wiederholt dargelegt, ergänzte der Sprecher. Kernproblem sei der Preiskampf auf dem Markt für Kopiergeräte. Im Geschätsjahr 1983/84 (31. 10.) werde Rank Xerox GmbH ein negatives Betriebsergebnis ausweisen.

Lünebest rationalisiert

Lüneburg (VWD) – Auf ein Konzept zur Rationalisierung und Modernisierung der Molkerei Lünebest haben sich Geschäftsleitung der Muttergesellschaft Glücksklee und der Betriebsrat geeinigt. Zur Kosteneinsparung wird sich die Zahl der Mitarbei*ter bis September 1985 von derzeit* 440 auf etwa 330 verringern. Für die ausscheidenden Mitarbeiter wurde ein Sozialplan ausgearbeitet. Zur Steigerung der Produktivität sollen 4,3 Mill. DM aufgewendet werden. In den vergangenen drei Jahren waren bereits 14,1 Mill. DM in die Molkerei investiert worden. Geplant sind die Anschaffung einer modernen Hochleistungsfüllmaschine, die Umorganisationen der Verwaltung (Zusammenlegung des Einkaufs von Lü*nebest und Glücksklee) sowie* vielfältige Marketing-Aktivitäten.

Brockhues nicht schlechter

Walluf (VWD) – Die Chemische Werk Brockhues AG, Walluf, konnte ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) um 20 Prozent auf 19,0 Mill. DM steigern. Bei einem Inlandsplus von 10 Prozent wuchs der Export nach Firmenangaben um 41 *Prozent. Der Exportanteil stieg auf 38* (33) Prozent. Das Ergebnis 1983/84 werde, wie es heißt, nicht unter dem des Vorjahres liegen, obwohl Kostensteigerungen marktbedingt nur sehr begrenzt in Preiserhöhungen weitergegeben werden konnten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Görs/Schlaffke: Die gesellschaftspolitische Bedeutung der *Weiterbildung* – aus der Sicht der Unternehmer und der Arbeitnehmer, Band 23 der Reihe Ausbildung und *Fortbildung*, Erich Schmidt Verlag Berlin, 1982, 98 Seiten, 26,80 Mark.

Keine dynamische Gesellschaft kann es sich leisten, die Qualifizie*rung ihrer Bürger auf die Erstaus*bildung zu beschränken. Für alle gesellschaftlichen Gruppen ergibt sich daraus unmittelbar eine Verpflichtung zur Weiterbildung. Diese stellt mit ihren Rahmenbedingungen und Zielsetzungen ein Spannungsfeld zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen dar. Hier geben die Autoren einen Überblick über Ziele, Formen und *Probleme der Weiterbildung.*

„Mensch und Arbeitswelt“, Festschrift für Josef Stingl zum 65. Geburtstag, herausgegeben von Alfred Kohl, Günther Spiegl, Richard Wanka, Gerhard Wilke, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.

Ende März dieses Jahres hat Josef Stingl seinen Stuhl als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg nach 16 Jahren geräumt. Das Arbeitsförderungsgesetz von 1969, bis heute Grundlage deutscher Arbeitsmarktpolitik, hatte er als Parlamentarier mitgestaltet; das Gesicht der Bundesanstalt, die damals noch Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hieß, hat er entscheidend geprägt. Die Reihe der Autorennamen zeigt seinen breiten Wirkungskreis. Die von ihnen behandelten Themen machen deutlich, daß Stingl auch an der großen Rentenreform von 1957, dem Lastenausgleichsgesetz, der Neuregelung von Auslands- und Fremdrenten sowie der Kriegsopferversorgung maßgeblich beteiligt war.

***Jonas*, Die Finanzbewegungsrechnung – ein Hilfsmittel für die Unternehmensführung und Finanzanalyse, 1984, Haufe Verlag Freiburg, 336 Seiten, 69 Mark.**

Der Autor, *im Rechnungswesen* eines Großkonzerns leitend tätig, stellt eine völlig neue finanzwirtschaftliche Konzeption zur Rechnungslegung in den Unternehmen dar. Anhand zahlreicher praktischer Beispiele und Übersichten zeigt er, welche entscheidenden Aufgaben die Finanzbewegungsrechnung lösen kann und wie sie in der Praxis anzuwenden ist.

Ekkehard Gerstenberg: Geschmacksmustergesetz, Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH, Heidelberg 1984, 44 Mark.

Rasche Orientierung über die Schutzmöglichkeiten, die das Geschmacksmusterrecht bietet, erhält der Leser dieser Schrift. Die Rechtsprechung des BGH, die in den letzten Jahren das Geschmacksmustergesetz *so auslegte, daß es auch für* die modernen Industrieerzeugnisse anwendbar blieb, ist vollständig berücksichtigt.

NÜRNBERGER VERSICHERUNGEN / Überdurchschnittliches Wachstum

Zum Jubiläum zwei neue Töchter

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Nürnberger Lebensversicherung AG, im letzten Jahr 100 Jahre alt gewordene Konzernmutter der Nürnberger Versicherungsgruppe, erwartet nach einem über alles überdurchschnittlichen Vorjahres-Wachstum in Geschäft und Ertrag auch für 1984 ähnlich berauschende Zuwachsraten. Vorstandsvorsitzender Georg Bayer nannte für das Gesamtjahr ein Neugeschäft von 3,5 Mrd. DM und einen Bestand zum Jahresende von rund 22 Mrd. DM Versicherungssumme. Die zu erwartenden Gesamtbeitragseinnahmen der Gruppe (Leben, Allgemeine und Merkur) bezifferte er auf 1,5 Mrd. DM, von denen auf die Lebensgesellschaft 900 und auf die Allgemeine 600 Mill. DM entfallen.

Einhundert Jahre nach der Gründung hat die Nürnberger zwei neue Töchter gegründet: Die Nürnberger Beamten Lebensversicherung AG hat mit der Zielgruppe öffentlicher Dienst ihre Anerkennung als Beamten-Selbsthilfe-Einrichtung erhalten, die Garanta Versicherungs-AG wird als berufsständisch orientierter Kompositversicherer für das Kfz-Gewerbe, seine Mitarbeiter und Kunden wirken. Aktionäre sind das Kfz-Gewerbe und die Nürnberger.

Diese Neugründungen begründete Bayer mit Hinweisen auf einen sich ständig verschärfenden Wettbewerb, in dem sich nicht nur Gewerkschaften und Verbände, sondern neuerdings auch Kaufhauskonzerne und Banken – meist im Wege des vertreterlosen Direktvertriebs – tummeln. Gleichzeitig erteilte Bayer dieser Vertriebsform eine klare Absage. Nur ein qualifizierter Außendienst garantiere rechtzeitig und richtige Vorsorge. Die Nürnberger lehne jedenfalls die Förderung einer Entwicklung ab, bei der eines Tages der Privatkunde keine sachdienlichen Informationen mehr erhalte.

Durch den Einsatz modernster Technologie wird der Konzern sowohl Verwaltungskosten sparen als auch seinen Außendienst zu einem Höchstmaß an Informationsfähigkeit, Effektivität und Produktivität beim Angebot umfassender Finanz-Dienstleistungen führen. Mit rund 800 Computern im Einsatz hat die Gesellschaft, so Bayer, gegenüber dem Wettbewerb *einen Vorteil*, der sich deutlich in überdurchschnittlichen Wachstumsraten niederschlägt.

Zur Jahresmitte lag das Lebens-Neugeschäft um 15,3 (Branche: 3) Prozent über dem 1. Halbjahr 1983, der Bestand wuchs um 8,6 (Branche: 6,3) Prozent. Im Gleichklang mit dem *Verbandsdurchschnitt wuchsen* die Kapitalanlagen um 10,6 Prozent auf 5,5 Mrd. DM, die Erträge daraus stiegen um 14 Prozent nur 222 Mill. DM. Das Neugeschäft der beiden Kompositversicherer erhöhte sich im 1. Halbjahr um 8,1 Prozent auf 59 Mill. DM, die Beitragseinnahmen um 6,8 Prozent *auf 307 Mill. DM*. Dem standen Schadenzahlungen von 73 Mill. DM (plus 6,5 Prozent) gegenüber. Auch bei den Außenposten in Italien und Österreich verlief das Geschäft außerordentlich zufriedenstellend.

Bei den überdurchschnittlich guten Kennziffern des Jahres 1983 (siehe Tabelle) der Lebensversicherung fällt nur die hohe – gleichwohl gegenüber *1982 – leicht verminderte* Stornoquote aus dem Rahmen, vielleicht nicht ganz überraschend angesichts einer in 4 Jahren um 30 (Branche: 15) Prozent gestiegenen Vertragssumme. *Unterdurchschnittlich* entwickelten sich jedoch die vorzeitigen Abgänge, z. B. durch Rückkäufe.

Der deutlich gestiegene Bruttoüberschuß (317 nach 257 Mill. DM) geht zu 93,2 (97,9) *Prozent in* die Gewinnrücklagen der Versicherten. Aus dem Jahresüberschuß von 5,7 (5,3) Mill. DM werden die Aktionäre neben der Dividende von 14 Prozent mit einer Jubiläumsausschüttung von 3 Prozent bedacht.

Die Nürnberger Allgemeine hat 1983 ihre halbe Umsatz-Milliarde (plus 7,7 Prozent) überschritten. Die verdiente Prämie für eigene Rechnung erhöhte sich auf 331 (313) Mill. DM, an denen die Kfz-Versicherung *mit 135 Mill. DM als dominierende* Sparte beteiligt ist.

Höhere Vertragszahlen, weniger Schäden, auf der anderen Seite jedoch um fast 6 Prozent gestiegene Schadenzahlungen und um 15 Prozent gewachsener Schadenreserve-Bedarf kennzeichnen die Situation. In der technischen Rechnung verblieb nach Entnahme von 2 (1982: Zuführung von 8,6) Mill. DM aus der *Schwankungsrückstellung* ein Gewinn von 2,4 (1982: Verlust von 3,9) Mill. DM. Zusammen mit den Kapitalerträgen ergab sich ein Gewinn vor Steuern 26,3 Mill. DM. Der Jahresüberschuß von 11,3 (6,9) Mill. DM ließ die gewohnte Dividende von 14 Prozent und eine Verstärkung der Rücklagen *um 10 Mill. DM zu.*

Nürnberger Leben	1983	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	20 165	+ 7,7
Eingel. Neugeschäft	3016	+ 10,6
Beitragseinnahmen	814	+ 9,9
Aufw. f. Vers. Fälle	266	+ 28,5
Kapitalanlagen [1])	5187	+ 11,5
Kapitalerträge [2])	378	+ 11,8
Aufw.f.Beitr. Rückerst.	311	+ 23,9
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	714	+ 24,6

	1983	1982	1981
Stornoquote [3])	6,7	7,0	6,0
Verw.Kostenquote [4])	9,3	10,1	10,8
Abschl.Kostenqu. [5])	42,9	44,2	42,6
Überschußquote [6])	38,9	34,7	32,0

1) Ohne Depotford.; 2) Durchschnittsrendite: 7,7 (7,7) Prozent; 3) Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; 4) sonst. Aufw. d. Vers.Betr. in % d. Beiträge; 5) in Promille d. eingel. Neugesch.; 6) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

FUSSBALL / Trainingslager der deutschen Nationalmannschaft – Unruhe bei Borussia Dortmund nach 1:1 gegen Schalke

Unruhe in Italien hält weiter an

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Affäre des angeblich von Italien gekauften Weltmeisterschaftsspiels gegen Kamerun (1:1, was Italien in die Zwischenrunde brachte) ist weiterhin Tagesthema und Gegenstand der Sorge in der italienischen Öffentlichkeit. Italiens Fußballverband (F.I.G.C.) hat sich endlich, wenn auch ziemlich spät, entschlossen, seine Interessen von dem bekannten Mailänder Rechtsanwalt Corso Borio vertreten und verteidigen zu lassen. Der Verbandsvorstand faßte diesen Beschluß nach zweistündiger Debatte. Die italienische Presse vermerkt erstaunt und teilweise ironisch, der Verband habe volle zwei Wochen gebraucht, um diese Initiative zu ergreifen.

In einem Sieben-Zeilen-Kommuniqué wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß Borio ein Mandat erhalten habe, um auf dem Rechtsweg „das große sportliche und moralische Patrimonium der Nationalelf sowie die in aller Welt anerkannte Reputation Korrektheit und Loyalität des Verbandes zu verteidigen".

Italiens führende Tageszeitung „Corriere della Sera" stellt die Frage, ob ein solches Sieben-Zeilen-Kommuniqué nicht ein bißchen wenig sei, um den kompakten Beschuldigungen entgegenzutreten, die im Ausland gehegten Zweifel zu entkräften und den Zorn des Nationaltrainers Enzo Bearzot (er drohte mit Rücktritt) zu beschwichtigen. „Die Angelegenheit ist alles andere als erledigt," meint das Blatt. Man müsse sich wirklich darüber wundern, daß der Rechtsweg nicht sofort und direkt beschritten worden sei. Es scheine fast so, als ob das Präsidium des Verbandes nicht restlos von der Unschuld aller angeblich an der Manipulation Beteiligten überzeugt sei.

Seltsam ist auf alle Fälle, daß der Rechtsanwalt die Klage erst in etwa drei Wochen einreichen und in der Zwischenzeit die Situation prüfen will. Unterdessen hat sich die Situation weiter verschlechtert, denn der Kronzeuge der beiden anklagenden italienischen Journalisten, Orlando Moscatelli, bestätigt in der letzten Ausgabe der Wochenzeitung „Epoca" seine Enthüllungen, wonach „ein eleganter italienischer Herr mittleren Alters" Korruptionsversuche gemacht habe. Moscatelli denkt nicht daran, seine Behauptungen zu dementieren. Seiner Überzeugung nach, so erklärt er jetzt, sei die Bestechung über den Nationaltrainer der Kamerun-Elf, Jean Vincent, erfolgt.

Sperre für Matthäus

Wegen der Ohrfeige, die Fußball-Nationalspieler Lothar Matthäus am 19. November dem Norweger Jan-Einar Aas im Hinspiel des UEFA-Cups gegen den FK Moss versetzte, muß der Mittelfeldspieler von Bayern München in den nächsten drei Europacup-Spielen pausieren. Diese Sperre sprach der europäische Verband aus.

Die Disziplinar-Kommission der UEFA verhängte Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 90 000 Schweizer Franken für mehrere Vereine. Geahndet wurden Zuschauerausschreitungen in der ersten Runde der Pokalwettbewerbe. Je 10 000 Franken müssen Benfica Lissabon und Panathinaikos Athen bezahlen, weil in ihren Stadien Rauchbomben und Feuerwerkskörper gezündet worden waren. Der VfB Stuttgart wurde zur Zahlung von 2000 Franken verurteilt – wegen „unkorrekten Verhaltens der Zuschauer gegenüber dem Schiedsrichter".

Vogts: „Zu viele Stürmer"

Seine Leistungen als Verteidiger waren einst Gold wert, seine Einstellung als Trainer ist es nicht minder. „Ich habe so viele starke Stürmer im Aufgebot, da kann ich doch nur mit drei Spitzen spielen und aufpassen, daß wir nicht ins offene Messer rennen. Mit Offensive bin ich immer gut gefahren." So Berti Vogts, dessen Junioren-Auswahl (U 21) morgen (20.00 Uhr) in Münster ihr erstes EM-Qualifikationsspiel gegen Schweden bestreitet. Die weiteren Gruppen-Gegner heißen Portugal und CSSR; nur der Gruppensieger erreicht die Zwischenrunde.

In der Sportschule Kaiserau, die er am Samstag mit seiner Mannschaft zum Besuch des Pokal-Duells Dortmund–Schalke verließ, nannte Vogts gestern die Aufstellung seiner neuformierten Elf, „in der ich so gute Angreifer wie den Frankfurter Müller und den Stuttgarter Klinsmann am Anfang nicht mal berücksichtigen kann". Das Quintett, das Tore garantieren soll, bilden der gebürtige Bayer Waas, das Bayern-Duo Rummenigge/Kögl sowie die Talente Thon und Berthold. Jeweils drei Spieler kommen aus München und Frankfurt, die beiden zugelassenen „Oldies" sind Libero Schröder und Kroth.

Die Elf: Aumann (München) – Schröder (Hamburg) – Roth (Karlsruhe), Bunte (Düsseldorf), Kraaz – Kroth, Berthold (alle Frankfurt), Thon (Schalke) – Waas (Leverkusen), Michael Rummenigge, Kögl (beide München).

Köppel widerspricht seinem Chef Beckenbauer

Von ULRICH DOST

Bevor Teamchef **Franz Beckenbauer** (39) gestern vormittag einen Lear-Jet bestieg, um nach Porto zu fliegen und dort am Abend die Weltmeisterschafts-Qualifikationsgegner Portugal und die CSSR zu beobachten, machte er noch kurz eine Bestandsaufnahme: „Alle haben bisher prima mitgezogen: Spieler, Trainer, Fans, Medien. Nun fehlt nur noch ein überzeugender Erfolg, dann erhält der deutsche Fußball einen Schub nach vorne. Ich weiß, daß ich einen Bonus habe. Aber wenn es am Mittwoch nicht klappt, ist auch meine Schonfrist vorüber."

Die für Politiker und Manager übliche 100-Tage-Schonfrist läuft am Mittwoch mit dem Spiel gegen die Schweden in Köln tatsächlich ab. Der 17. Oktober wird damit ein wichtiger Tag im Leben des Franz Beckenbauer werden: Daumen nach oben, also er darf weitermachen, oder Daumen nach unten, was bedeutet: Nun bläst ihm der Wind kräftig von vorne ins Gesicht. Einige Bundesligatrainer ließen schon anklingen, daß sie nach den 100 Tagen Schonfrist die Arbeit ihres Kollegen, der keine Trainerlizenz besitzt, öffentlich kritisieren werden.

*

Ernst ist die Lage allemal, für alle Beteiligten und für den deutschen Fußball insbesondere. Angesichts dieses Umstandes muß es doch sehr verwundern, daß in diesen Tagen vor so einem wichtigen Spiel mit ganzem Engagement diskutiert wird, ob die Nationalspieler denn nun die deutsche Hymne mitsingen sollen oder nicht. Wichtig ist doch erst einmal, daß sie bestens vorbereitet sind und ein gutes Spiel liefern. Mit dem Singen sollte es doch jeder so halten, wie er mag. Trainer **Horst Köppel** (36), der gestern zweimal alleine das Training leitete, räumte zunächst einmal mit dem Unfug auf, den Spielern sei der Text der Hymne aufs Zimmer gelegt worden. DFB-Pressesprecher **Reiner Holzschuh** (42) wurde nicht müde, zu behaupten, „das Ganze sei auf Druck der Öffentlichkeit" zustande gekommen. Wie immer er das verstanden haben will. Franz Beckenbauer machte ebenfalls der Diskussion ein Ende, indem er es den Spielern selbst überläßt. Viele werden nun bestimmt nicht singen, denn einige, traurig genug, gaben zu, daß sie den Text tatsächlich nicht beherrschen.

Klaus Schlappner (44), das Trainer-Unikum des SV Waldhof Mannheim, der sich am Sonntag das Training in der Sportschule Hennef ansah, hatte für so viel Belangloses ohnehin kein Verständnis. Er meinte: „Daß die Deutschen immer gleich alles perfektionieren müssen. Soll doch singen, wer will." Torwart **Harald Schumacher** (30), der gewöhnlich beim Abspielen der Hymne die Augen schließt, um sich zu konzentrieren, will mit der Gewohnheit brechen und lautstark mitsingen. Seine Torwarthandschuhe hat er sich extra präparieren lassen: Sie tragen schwarz-rot-goldene Streifen. Wenn es hilft...

*

Bislang gab es zwischen Beckenbauer und Köppel kaum unterschiedliche Auffassungen bei der Aufstellung der Mannschaft. Diesmal ist es jedoch anders. Köppel macht sich schon seit längerem für den Kölner Stürmer **Klaus Allofs** (27) stark: „Er hat derzeit einfach mehr Substanz als **Rudi Völler**." Beckenbauer aber hat sich schon festgelegt: „Völler wird spielen." Über Völlers Trainingsleistung schrieb gestern der Sport-Informationsdienst (sid): „Beim Sprinttraining schüttelt ihn **Frank Mill** ab. Seine Volleyschüsse landen auf dem Nebenplatz, die Kopfbälle gehen am Tor vorbei."

Beckenbauer berief sich aber gerade bei Völler auf die positiven Eindrücke beim Training. Wo der Teamchef da wohl gerade hingesehen hat? Die guten Leistungen des Mönchengladbachers **Uwe Rahn** (22) ignoriert Beckenbauer vorerst auch noch. Der junge Mann soll erst einmal auf der Bank Platz nehmen. Ginge es nach



Horst Köppel, der Rahn in dieser Saison schon mehrfach beobachtete, dann würde **Lothar Matthäus** (23) zunächst zuschauen. Köppel: „Lothar Matthäus hat doch noch nie in der Nationalmannschaft das gezeigt, was er wirklich kann. Nur im Verein konnte er überzeugen." Köppel über Rahn: „Was er macht, hat Hand und Fuß."

Doch so ist nun einmal die Rangfolge beim Deutschen Fußball-Bund: Köppel darf Vorschläge machen, letztendlich bestimmen aber tut Beckenbauer. Im Fall Allofs hat der Trainer schon aufgegeben, um Rahn will er noch kämpfen. Köppel: „Meine Argumente haben auch Gewicht." Bestimmt haben sie das, doch so schwer können sie gar nicht sein, daß sich Beckenbauer noch umstimmen ließe.

*

Mit einer neuen Variante brachte sich Klaus Schlappner ins Gespräch: „Ich würde als Stürmer auf jeden Fall den Frank Mill aufstellen." Und der Trainer sagt auch warum: „Gegen die klotzigen und kräftigen schwedischen Abwehrspieler gewinnt man in der Luft oder am Boden kaum einen Zweikampf. Man kann sie nur mit halbhohen Bällen bezwingen, weil sie so schnell nicht das Bein hochkriegen und auch nicht mit dem Kopf runter kommen. Der einzige, der solche halbhohen Bälle erreicht, ist der Frank Mill."

Schlappners Vorschlag in allen Ehren, aber Beckenbauer hat sich bereits festgelegt. So wird seine Mannschaft am Mittwoch aussehen: Schumacher – Herget – K.H. Förster, Jacobs – Matthäus, Brehme, Magath, Briegel, Falkenmayer – Völler, Rummenigge.

Den Hamburger **Wolfgang Rolff** (24) schickte Horst Köppel gestern wieder nach Hause. Den Mittelfeldspieler plagt eine rätselhafte Virus-Erkrankung (Grippe, Durchfall, Hüftbeschwerden). Köppel: „Er muß sich richtig auskurieren. Hoffentlich steht bald fest, was er wirklich hat."

*

Der Bonner Spielerberater **Holger Klemme** (32) gehörte zu denjenigen, die ganz hoch hinaus wollten. Fast 30 Profis begaben sich in die Hände des smarten Klemme. Doch Klemme überspannte den Bogen, glaubte bald, daß er wichtiger sei als seine Spieler. Er legte sich öffentlich mit jedem an und kam so bald in die Rolle des Buhmanns. Immer mehr Spieler glaubten, daß Klemme ihrem Image schaden könne. Ob Rudi Völler oder erst in der letzten Woche **Andreas Brehme** (24), viele trennten sich von ihm.

Bestimmt gibt es keinen Spieler, den Klemme übers Ohr gehauen hat. Doch es ist halt die Art seines Auftretens, die abschreckt. Wenn jetzt über den Spielerberater gesprochen wird, dann meist nur im Zusammenhang von Einstweiligen Verfügungen, Widerrufen und Strafandrohungen.

Nun ist Klemme wieder ins Gerede gekommen, denn gegen ihn liegt ein Haftbefehl vor, der am 2. September erlassen wurde. Einem Bremer Notar schuldet Klemme einmal die Summe von 11 571 Mark für Notargebühren und zum anderen 15 743 Mark ar. Treuhandgebühren. Klemme, de. nicht zahlte, hat auch schon die Prozesse verloren. Aber immer noch weigerte er sich. Am 29. August sollte er sogar in Bonn einen Offenbarungseid leisten. Auch zu diesem Termin ging er nicht hin. Nun droht ihm sogar eine Haftstrafe, wenn er der Zahlungsaufforderung nicht bald nachkommt.

Großspurig war der Bonner vor einem Jahr in Bremen aufgetreten. Er hatte seinen Partnern versprochen, ausreichend Spieler zu beschaffen, die Wohnungen und Büroräume in einem Vier-Millionen-Mark-Projekt kaufen würden. Doch daraus wurde nichts: Immer wenn er mit einem Spieler beim Notar erscheinen sollte, platzte plötzlich der Termin. Oft soll er Spieler angekündigt haben, die in Wirklichkeit gar nichts von der Sache gewußt haben sollen.

Auch der Fall des Kölner Nationalspielers **Gerd Strack** (29), der trotz seines Beraters **Rüdiger Schmitz** (45) hoch verschuldet ist, hat die Vereine wachgerüttelt. Sie wehren sich jetzt vermehrt dagegen, daß sich die Spieler in die Abhängigkeit von Managern begeben. Klemme hatte eine große Chance besessen, viel Gutes für die Branche zu tun. Er hat sich selbst ins Abseits gestellt.

Im fliegenden Einsatz: Schalkes Torwart Walter Junghans springt über Freund und Feind hinweg nach dem Ball. Rechts Dietz. FOTO: RZEPKA



Mit geballten Fäusten ging ein jugendlicher Fan in Dortmund auf Schiedsrichter Pauly los, der sich hier zu wehren versucht. FOTO: MÜLLER

Dortmund und das Durcheinander – Wird Rauball bald wieder Präsident?

B. WEBER, Dortmund

Bei Borussia Dortmunds ehemaligem Vorsitzenden Reinhard Rauball, der noch Ehrenmitglied seines Vereins ist, klingelte gestern das Telefon nahezu pausenlos. Alle wollten wissen, was denn nun dran sei an den Gerüchten, er werde in allernächster Zeit schon zurückkehren und versuchen, die tief in die Krise geratene Borussia wieder auf Vordermann zu bringen. Rauball ist Rechtsanwalt von Beruf. Entsprechend juristisch verklausuliert fiel seine Antwort aus. Nämlich so: „Es besteht für mich kein Handlungsbedarf und schon gar kein Erklärungsnotstand. In unserem Verein ist ein Vorstand am Ruder, der grundsätzlich allein deswegen meine Sympathie besitzt, weil er sich wirklich bemüht, gute Arbeit zu leisten. Mit der Frage einer möglichen Rückkehr ins alte Amt brauche ich mich aus diesem Grunde eigentlich nicht zu befassen."

Freilich, Rauball hat sein Ohr viel zu sehr an den Lippen der Borussen-Anhänger, als daß er nicht genau wüßte, daß er sich sehr wohl mit dem Thema befassen müßte. Diese Interpretation läßt die Zusatzerklärung zu, die er der WELT gab. Denn Rauball meinte nämlich weiter: „Wenn der gegenwärtige Vorstand geschlossen zurückträte, müßte ich sehr ernsthaft nachdenken. Eines ist jetzt schon klar: Wenn ich wieder ein Amt bei Borussia übernehme, dann kann es nur das des ersten Vorsitzenden sein." Rauball gab noch einen wichtigen Satz von sich. Der lautete: „Ich bin immer für saubere Lösungen."

Damit hat er im Grunde bereits den Ball angenommen, den ihm der amtierende Vorsitzende Frank Roring zugespielt hatte. Der hatte gesagt: „Ich kann zumindest für Schatzmeister Hans Glahn und für mich die Erklärung abgeben, daß wir nicht an unseren Stühlen kleben. Wenn mehrheitlich die Auffassung besteht, daß ein anderer Vorstand ran soll, werden wir uns nicht sperren. Wir wären auch bereit, unter einer Führung weiter mitzuarbeiten."

Dieses Statement macht klar, daß Roring den Ernst der Lage begriffen hat, wie gewaltig der Druck gegen ihn und seine Vorstandskollegen noch einmal gestiegen ist. Die Borussen-Fans waren sehr enttäuscht, weil ihre Mannschaft wieder einmal eine absolut indiskutable Leistung geboten hatte. Das 1:1 im Pokalspiel gegen Schalke 04, das der eingewechselte Werner Dreßel erst 20 Sekunden vor dem Ende der Verlängerung erzielte, als er einen Freistoß über die Linie brachte, war überaus glücklich und ganz bestimmt unverdient. Die Schalker hatten das Geschehen im Westfalenstadion tatsächlich klar diktiert. Sie haben es halt nur versäumt, mehr Kapital aus ihren hochkarätigen Chancen zu schlagen. So reichte denn der in der 96. Minute durch Dieter Schatzschneider herausgeschossene Führungstreffer nicht, um dem Gegner den Pokal-K.-o. zu versetzen. Es findet ein Wiederholungsspiel in Gelsenkirchen statt. Der 21. Oktober ist im Gespräch, aber noch nicht bestätigt.

Borussia Dortmunds Torwart Eike Immel, der am späten Samstagabend zusammen mit Bernd Klotz, Ralph Loose und Michael Zorc Gast bei der Fete war, die Mannschaftskapitän Rolf Rüssmann aus Anlaß seines 34. Geburtstages feierte, gab zu: „Die Schalker waren uns in allen Belangen überlegen. Wir haben Massel gehabt, daß wir nicht untergegangen sind." Rüssmann, der elf Jahre für Schalke gespielt hatte, bevor er vor vier Jahren aus finanziellen Gründen nach Dortmund verkauft werden mußte, setzte sich mit der Gesamtlage seines derzeitigen Vereins auseinander. Dies sei am besten dadurch gekennzeichnet, daß fast zwei Drittel der 40 000 Zuschauer die Gäste angefeuert hätten. Keine Frage, Borussia und besonders das mit so vielen Vorschußlorbeeren bedachte Trainer-Manager-Gespann Timo Konietzka/Hans-Dieter Tippenhauer hat nahezu allen Kredit verloren. Wobei Tippenhauer noch weitaus mehr in der Schußlinie steht als der Trainer. Der Manager hat für heute um ein „Grundsatzgespräch", wie es Tippenhauer formulierte, bei Roring ersucht. Viele gehen davon aus, daß er in dessen Verlauf seinen Rücktritt anbieten wird.

Und noch jemand steht gewaltig zur Disposition: Vizepräsident Friedhelm Cramer. Ihm wird von Insidern sogar die Hauptschuld an der völlig verfehlten Dortmunder Personalpolitik gegeben. Über Cramer wird in Dortmund behauptet, daß es für ihn keinen Grund gebe, warum er aus seinem Amt ausscheiden solle. Welches Durcheinander derzeit bei Borussia herrscht, verdeutlicht am besten diese Aktion: Dem sicheren Vernehmen nach hat sich der Vorstand darum bemüht, seinen ehemaligen Star Manfred Burgsmüller, der jetzt für den Zweitligaklub Rot-Weiß Oberhausen spielt, zurückzuholen. Cramer soll dabei besondere Aktivitäten entwickelt haben. Ausgerechnet er, der vor anderthalb Jahren hauptsächlich daran beteiligt war, als Burgsmüller förmlich weggeekelt wurde. Die Rückkehr mußte freilich scheitern. Die Statuten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verbieten, daß ein Spieler in einer Halbserie zweimal einen Vertrag unterzeichnet.

Die Dortmunder haben also derzeit genug Probleme mit sich selbst. Dagegen ist beim Ruhrgebiets-Nachbar Schalke 04 alles im Lot. Heute abend wird dort die Jahreshauptversammlung stattfinden. Alle rechnen mit einem sehr ruhigen Verlauf.

Gleich drei Platzverweise in einem Zweitliga-Spiel

GÜNTER BORK, Bonn

Die zweite Fußball-Liga sorgte am turbulenten zehnten Spieltag für neue negative Schlagzeilen: Schon zum zweiten Mal seit Einführung der eingleisigen Klasse in der Saison 1981/82 sahen an einem Wochenende gleich vier Spieler die Rote Karte.

Nach dem Berliner Norbert Bebensee am Freitag abend wurden im Homburger Waldstadion mit Hans Klaus sowie den Ulmern Dieter Kohnle und Wolfgang Neipp gleich drei Akteure vorzeitig vom Platz geschickt. Mit bereits 11 Roten Karten nach zehn Runden wird somit selbst der bisherige Rekord von neun Platzverweisen aus dem Spieljahr 1982/83 übertroffen.

Ein ähnlich schwarzes Kapitel wurde am 14. Spieltag der Saison 1982/83 geschrieben, als ebenfalls vier Spieler die Rote Karte sahen. Im März dieses Jahres mußten in Aachen (gegen Darmstadt) mit den Alemannen Koitka, Grünther und Montanes auch drei Akteure vorzeitig das Feld räumen. Doch noch nie endete der Auftritt eines Spielers so schnell wie der des Ulmers Klaus. In der 68. Minute eingewechselt, mußte er den Rasen schon eine Minute später wieder verlassen.

Von dem Begriff der „Klopper-Liga" wollten beide Trainer in Homburg jedoch nichts wissen. „Es war nicht so schlimm, wie es sich anhört", sagte Homburgs Trainer Albert Müller nach dem 3:1-Sieg seiner Mannschaft. Und auch sein Amts-Kollege Hannes Baldauf meinte: „Das Spiel war nicht hart."

Äußerste Disziplin in jeder Beziehung fordert Hannovers Trainer Werner Biskup von seiner jungen Truppe. Der Erfolg ist in der Tabelle abzulesen, denn mit dem 2:0 beim Aufsteiger eroberten sich die Niedersachsen den ersten Rang von Union Solingen (beide 15:5) zurück, das jedoch mit dem 1:0 über den VfR Bürstadt ebenfalls ungeschlagen blieb. Wie schon beim 1:0 in Ulm war Damir Hotic der Schütze des entscheidenden Tores.

Dem Spitzen-Duo im Nacken sitzt nun Hertha BSC (14:6) nach dem glatten 4:1 über Oberhausen. Mit dem gleichen Ergebnis siegte Wattenscheid bei Darmstadt 98 und verbesserte sich hinter den punktgleichen Berlinern auf den vierten Rang.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Nürnberg – BW Berlin	2:1	(0:1)
Freiburg – Saarbrücken	1:1	(0:1)
Kassel – Aachen	0:0	:
Homburg – Ulm	3:1	(0:0)
Hertha BSC – Oberhausen	4:1	(2:1)
Darmstadt – Wattenscheid	1:4	(0:4)
Duisburg – Offenbach	1:1	(1:1)
Solingen – Bürstadt	1:0	(0:0)
Hannover – St. Pauli	2:0	(1:0)
Köln – Stuttgart	4:0	(2:0)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Hannover	10	7	1	2	22:15	15:5
2.Solingen	10	7	1	2	21:14	15:5
3.Hertha BSC	10	6	2	2	20:14	14:6
4.Wattenscheid	10	6	2	2	16:12	14:6
5.Saarbrücken	10	5	3	2	20:12	13:7
6.Aachen	10	5	3	2	20:13	13:7
7.Nürnberg	11	6	1	4	21:16	13:9
8.Kassel	10	4	4	2	19:17	12:8
9.Bürstadt	11	5	1	5	20:16	11:11
10.Ulm	11	5	1	5	21:20	11:11
11.Offenbach	11	4	3	4	16:15	11:11
12.Köln	10	3	3	4	17:17	9:11
13.Homburg	10	4	1	5	17:18	9:11
14.Freiburg	10	3	2	5	11:14	8:12
15.Stuttgart	10	3	1	6	13:18	7:13
16.Oberhausen	10	3	1	6	16:22	7:13
17.Darmstadt	10	2	3	5	13:20	7:13
18.BW Berlin	10	2	1	7	15:24	5:15
19.St. Pauli	10	2	1	7	13:23	5:15
20.Duisburg	10	1	3	6	13:24	5:15

Die nächsten Spiele: Freitag, 19.10., 20 Uhr: Wattenscheid – Kassel, Aachen – Hertha BSC, Offenbach – Freiburg. – **Samstag, 20.10., 15 Uhr:** Ulm – Darmstadt, Bürstadt – Stuttgart, St. Pauli – Nürnberg. – **15.30 Uhr:** Oberhausen – Hannover, Saarbrücken – Köln. – **Sonntag, 21.10., 15 Uhr:** BW Berlin – Duisburg, Solingen – Homburg.

NACHRICHTEN

Geldstrafe für Kelly

Brüssel (sid) – Der irische Radprofi Sean Kelly ist wegen erwiesenen Dopings beim Straßenrennen Paris-Brüssel mit einer Geldstrafe von 5000 Schweizer Franken und einer einmonatigen Sperre auf Bewährung belegt worden.

Schwere Lose

Köln (sid) – Schwere Gegner erhielten die deutschen Tennis-Asse für die erste Hauptrunde des 9. Cologne-Cups (ab heute). Der Neusser Michael Westphal trifft auf den irischen Cup-Verteidiger Matt Doyle, Boris Becker (Mannheim) muß sich mit Stefan Edberg (Schweden) auseinandersetzen. Edberg ist in Köln als Nummer zwei hinter seinem Landsmann Joakim Nystroem gesetzt.

Hugo Simon führt

Hamburg (dpa) – Mit 359,5 Punkten führt der Österreicher Hugo Simon die neue Computer-Rangliste der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI) für Europa an. Platz zwei dieser Skala der erfolgreichsten europäischen Springreiter der olympischen Saison teilen sich Simons Landsmann Thomas Frühmann und Michael Whitaker (Großbritannien) mit je 312,1 Punkten, gefolgt von den Engländern Nick Skelton (306,3), Harvey Smith (284,5), John Whitaker (276,2) und Malcolm Pyrah (253,1), Eddie Macken (Irland) mit 244,2 und Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen/Oldenburg) als bestem Deutschen mit 235,6.

Eicke macht weiter

Köln (sid) – Der Düsseldorfer Kanute Ulrich Eike, der bei den Olympischen Spielen in Los Angeles die Goldmedaille im Einer-Canadier über 1000 m gewann, wird seine Karriere fortsetzen. Ob der zweimalige Vize-Weltmeister aber bei den nächsten Olympischen Spielen 1988 in Seoul noch dabeisein wird, hat er noch nicht entschieden.

Rugby-Spieler biß zu

Singapur (sid) – Bei einem Rugby-Spiel in Singapur biß ein Spitzenspieler seinem Gegenspieler ein Ohr ab. Er sei provoziert worden, erklärte der 29 Jahre alte David Quek. Die Rugby-Union des Landes fand diese Erklärung offenbar wenig überzeugend. Sie sperrte den bissigen Spieler für ein Jahr.

Verzicht auf Tiflis

Frankfurt (dpa) – Der Deutsche Handball-Bund verzichtet auf die Teilnahme am Internationalen „Zara Wostoka"-Turnier der UdSSR in Tiflis. Diesen einstimmigen Beschluß faßte der Deutsche Handball-Bund (DHB) am Samstag auf seiner Vorstandssitzung in Dortmund, nachdem die Sowjetunion in der vergangenen Woche mitgeteilt hatte, daß der ursprüngliche Terminplan (7.–12. Dezember) um drei Tage hinausgeschoben wird.

Hinaults Comeback

Como (dpa) – Zum Ende der langen Saison der Radprofis feierte Bernard Hinault mit seinem Sieg in der 78. Lombardei-Rundfahrt von Mailand über 251 nach Como einen großartigen Sieg wie in alten Zeiten und zugleich das endgültige Comeback. Zwölf Kilometer vor dem Ziel attakkierte Hinault, der gegen die Spitzengruppe bis 25 Kilometer vor dem Ende 50 Sekunden eingebüßt hatte und ging überraschend noch mit 58 Sekunden Vorsprung vor einer sechsköpfigen Verfolgergruppe ins Ziel, die von Ludo Peeters (Belgien) angeführt wurde.

Ertl wiedergewählt

München (sid) – Das Präsidium des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) um den ehemaligen Landwirtschafts-Minister Josef Ertl wurde beim Verbandstag in München einstimmig bestätigt. Der DSV ist der Millionengrenze nähergekommen. Mit 613 614 Vereinsmitgliedern in den 14 Landesverbänden und weiteren 349 000 Mitgliedern im Verein „Freunde die Skilaufs" konnte der Verband in München im Vergleich zu 1982 eine Steigerung um 58 114 registrieren.

Kölner gescheitert

Köln (sid) – Das Finale um die deutsche Feldhockey-Meisterschaft der Herren bestreiten der HC Heidelberg und der Limburger HC. Die Heidelberger gewannen das Halbfinalspiel bei Schwarz-Weiß Köln überraschend mit 1:0. Im zweiten Halbfinalspiel schlug der Limburger HC Rot-Weiß Köln mit 3:1.

Geflüchtet

Neumünster (dpa) – Mit Iliana Mondescu ist, wie erst gestern in Neumünster bekannt wurde, vor drei Monaten eine ehemalige rumänische Gymnastik-Meisterin in die Bundesrepublik geflüchtet. Sie ließ Mann und Kind zurück.

Generalprobe gelungen

Lausanne (dpa) – Hinter Maja Taschkova (Bulgarien – 38,20) und der Finnin Eva-Liisa Marhi (36,25) sicherte sich Monika Meschede (Wattenscheid) am Sonnabend bei der EM-Generalprobe in Lausanne mit 36,10 Punkten im Vierkampf den dritten Rang. Dazu kamen zweite Plätze mit Reifen und Ball.



HANDBALL / Essen profitierte in Gummersbach von Fehlentscheidungen

Nationaltorwart Thiel weinte und suchte dann bei einer Zigarette Trost

MARCUS BERG, Gummersbach

Die bösen Buben waren Brüder. Für die Fans des VfL Gummersbach hatten die Schiedsrichter Hans und Jürgen Thomas aus Schweigingen ein gerütteltes Maß Anteil an der zweiten Heimniederlage ihrer Mannschaft innerhalb von fünf Jahren.

Als der Schlußpfiff des Spitzenspiels der Handball-Bundesliga ertönte und die Werfer von TuSEM Essen ihren 16:15-Sieg feierten, schlugen die Wogen des Zorns über den beiden Schiedsrichtern zusammen. Der lang aufgeschossene VfL-Torwart Andreas Thiel, der 21 Würfe abwehrte und sich in Weltklasse-Form steigerte, weinte sich an der Schulter von Heiner Brand aus und war erst zu beruhigen, als der ihm eine Zigarette zusteckte, die er dann in einer stillen Ecke vor sich hinpaffte.

Nationalspieler Rüdiger Neitzel war derart aufgebracht, daß ihn die eigenen Mannschaftskollegen nur mühsam von einer Attacke auf die Herren in Schwarz abhalten konnten. Sein Platzverweis in der 50. Minute nach einem Allerweltsfoul hatte für die Gummersbacher das Faß zum Überlaufen gebracht und war der Anfang vom Ende.

14:12 hieß es zu diesem Zeitpunkt für den VfL, trotz einer Reihe nervöser Fangfehler schien die junge Mannschaft auf dem besten Weg zum Erfolg. Doch dann mischten die Brüder Thomas die Karten neu. Nachdem sie zuvor Essens Abwehrchef Thomas Happe in die Kabine geschickt hatten, zeigten sie nun nacheinander den Gummersbachern Franz-Josef Salewski und Rüdiger Neitzel die Rote Karte. „Das kann man doch nicht machen, den Herren fehlt einfach jedes Fingerspitzengefühl", erregte sich Heiner Brand.

Auch Essens Trainer Petre Ivanescu blickte nicht mehr ganz durch: „Vielleicht verstehe ich nichts mehr vom Handball, aber eine solche Pfeiferei hilft unserem Sport nicht weiter. Ich kann diese Entscheidungen nicht verstehen. Das Spiel war nicht so hart, daß man derart durchgreifen mußte, schließlich sind wir nicht beim Basketball."

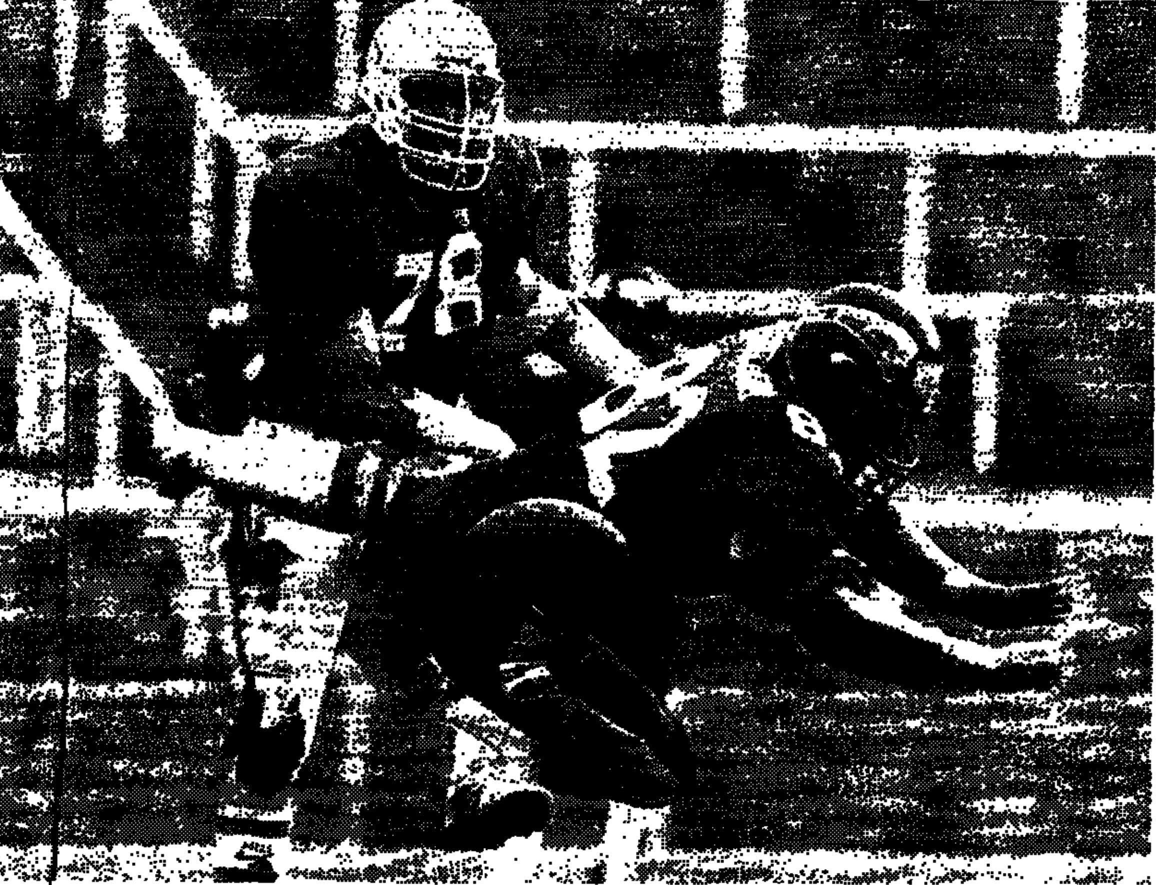
So sehr der Ärger über die verlorenen Punkte und den erneut verpatzten Meisterschaftsstart die Gummersbacher auch nervt, die Gründe für ihre derzeitigen Sorgen liegen natürlich nicht nur bei den Fehlpfiffen der Schiedsrichter. „Die Rote Karte für Neitzel war spielentscheidend", sagte Ivanescu. In der Tat, denn danach kamen zwei Reservisten ins Spiel, die für derartige Unsicherheit sorgten, daß den Essenern relativ mühelos die Wende gelang.

„Wir haben nur einen Siebener-Block und zur Zeit wenig Bundesliga-reifes dahinter", sieht Andreas Thiel das Problem in der zweiten Reihe des Altmeisters. Die Abgänge so vieler erfahrener Leute – Erhard Wunderlich, Heiner Brand, Claus Fey, Gerd Rosendahl und Dirk Rauin – sind auf die Schnelle so einfach nicht zu verkraften.

Der achtmalige Europapokal-Sieger mit Eugen Haas, dem erfahrenen Obmann, mit Klaus Brand, dem Trainer, der auf die Bank steigt, um die Übersicht zu behalten, und dessen Bruder Heiner, der vom ersten Stock in der Halle aus seine früheren Mitspieler anfeuert und wegen anhaltender Bandscheibenbeschwerden ein Comeback nicht in Betracht zieht, geht schweren Zeiten entgegen. Längst kann man nicht mehr aus einem tiefen Topf voller Talente schöpfen, die es zum VfL drängt. Als der Vorstand im Sommer Kontakte zu Nationalspielern wie Michael Roth oder den Essenern Thomas Happe und Jochen Fraatz suchte, stieß man bei den Verhandlungen sehr bald an finanzielle Grenzen. „Wir sind nicht im Europapokal-Geschäft", bedauert Klaus Brand, „da müssen wir die Groschen beieinander halten, um über die Runden zu kommen. Ich kann so viele Namen vorschlagen, wie ich will, aber wo du nicht bist..." Die Bewegung mit Daumen und Zeigefinger zeigt, wo es hapert.

Petre Ivanescu, der sich immer noch Gedanken um seinen früheren Klub macht, ist sicher, daß der VfL schon bald die Talsohle verlassen wird: „Es ist immer noch sehr zu viel Substanz in der Mannschaft." Aber er drückt auch den Finger auf die Wunde: „Wenn man nach der neuen Regelauslegung den Platzverweis eines Spielers wie Neitzel provozieren kann und danach das Gefüge eines Teams auseinanderbricht, ist das eine schlechte Situation."

Haas, der auch im schlimmsten Ärger seinen Optimismus nicht verliert, machte seinen geschlagenen Athleten in der Kabine lautstark Mut: „Mit dieser Moral und Einstellung, mit diesem Selbstbehauptungswillen kommt der VfL wieder." Oft genug hat er gegen taube Ohren gepredigt, doch diesmal scheinen seine Worte zu greifen. „Wir haben keinen Grund, schon jetzt die Flinte ins Korn zu werfen, denn trotz dieser Niederlage in einem derart wichtigen Spiel ist bei uns eine deutliche Aufwärtsentwicklung festzuhalten", sagt Andreas Thiel. Und er fügt hinzu, damit es auch ja niemand vergißt: „Tendenziell haben die Schiedsrichter 50 Minuten lang zu unseren Gunsten gepfiffen, aber in den entscheidenden Situationen haben sie uns erheblich benachteiligt."



Flieg, Panther, flieg. Mantzaridis vom deutschen Meister segelt am Ball vorbei. FOTO: LUBEJPRINTS

Und die Panther jubeln wieder

dpa, Essen

Nach dem Triumph jubelten sie über alle Maßen: „Wir sind die Besten!" Durch den 27:13 (7:6)-Sieg im Finale der deutschen Meisterschaft im American Football sind die Düsseldorf Panther nun der erfolgreichste deutsche Verein in dieser hierzulande noch jungen Sportart. Wie im Vorjahr war der süddeutsche Meister, die Ansbach Grizzlies, lange Zeit ein ebenbürtiger Finalgegner. Doch in der entscheidenden Phase, kurz nach der Pause, unterliefen den Franken drei grobe Schnitzer, die von den Panthern innerhalb von fünf Spielminuten auf uneinholbare 27:6 dankbar ausgebaut wurden.

„Gegen jede andere Mannschaft in Deutschland kann man sich auch mal Fehler leisten", klagte Ansbachs Spielertrainer Erich Grau nachher, „nur die Panther strafen jede Nachlässigkeit sofort." Mitentscheidend für den Düsseldorfer Erfolg war die größere Flexibilität im Angriffsspiel. Die Grizzlies unterbanden zwar das sonst so gefährliche Laufspiel der Panther, doch deren Coach Steve Moore hatte damit gerechnet: „Wir haben verstärkt das Paßspiel trainiert, es hat geklappt wie nie zuvor."

Überragend bei Düsseldorf Quarterback Mel Crandell, der zu den vier Touch-Downs die Vorlagen lieferte. Zudem hatten die Düsseldorfer Paßempfänger Dino Harris (12 Punkte), Karl-Heinz Vogel (6) und Christo Mantzaridis einen guten Tag. Gegen die insgesamt gut agierende Düsseldorfer Defense war der beste Spieler auf dem Platz, der Ansbacher Martin Knight, machtlos.

Die Saison '84 ist damit abgeschlossen, doch bereits in sechs Wochen beginnen die Mannschaften wieder mit dem Wintertraining. Dann wollen die Panther mit neuem Ehrgeiz und Elan an die errungenen Erfolge anschließen.

BILLARD

„Kelch des Geldes geht nicht vorbei"

sid, Gelsenkirchen

„Früher", so erinnert sich Wolfgang Rittmann, Präsident des Deutschen Billard-Bundes, „da haben wir händeringend nach Ausrichtern für unsere Meisterschaften gesucht, keiner wollte das finanzielle Risiko übernehmen. Heute können wir uns vor Bewerbungen kaum retten." Früher klebte auch nur mal ein verlassenes Poster irgendeiner Stadtsparkasse an der Wand, heute rücken finanzstarke Brauer oder Energiespender mittels großflächiger Plakate ihr Produkt ins rechte (Fernseh-)Bild.

Und so etwas bringt natürlich Bares in die Kasse, wie bei den am Wochenende durchgeführten deutschen Billard-Meisterschaften in Gelsenkirchen. „Auf die Dauer läßt sich die Kommerzialisierung wohl von keiner Sportart fernhalten", glaubt Rittmann, „erfreulich nur, daß wir beim Billard so spät dran sind."

Der neueste Trend tangiert das Aushängeschild der deutschen Billard-Spieler, die Bundesliga. Der BSV Velbert, amtierender deutscher Meister, meldete den Italiener Marco Zanetti für sein Team in der Disziplin Einband, für den BSV Hochfeld wird Fonsy Grethen (Luxemburg) bei der in sechs Wochen beginnenden Saison im Einband antreten. Wobei der aus Bozen stammende Zanetti, ein nahezu lupenreiner Profi, mehrfacher Europameister ist und Grethen immerhin ein EM-Titel vorzuweisen hat.

Im Ausland, in den Billard-Ländern Belgien oder Holland beispielsweise, gibt es keine Bundesliga, dort werden die Vereinsmeister durch Ausscheidungsspiele ermittelt. Auch das erklärt das Interesse der Spitzenspieler an einem Start in der deutschen Elite-Liga.

„Es sind noch gewisse rechtliche Probleme zu klären, aber grundsätzlich hat der Verband sein Einverständnis dazu gegeben", erläutert Wolfgang Rittmann. „Vorbeugend werden wir aber schon bald die Ausländer-Quote in den Bundesliga-Mannschaften beschränken." Finanziers derartiger Aktionen sind Sponsoren, Billard-Ausrüster, Gastronomen, „vorerst eben noch Privatleute", so Rittmann. „Aber ich könnte mir vorstellen, daß der Billard-Sport in absehbarer Zeit auch für Unternehmen wie etwa Brauereien interessant wird."

Durchaus positiv werten die deutschen Spitzenspieler diese Entwicklung. „Ich finde das toll", äußert sich Thomas Wildförster begeistert, „gegen einen guten Gegner kann man doch nur lernen. Außerdem würde das der Bundesliga nur förderlich sein, das Spielniveau wird gewiß verbessert." Wobei der 30 Jahre alte vielfache deutsche Meister dies leicht sagen kann, denn Marco Zanetti, ein Angstgegner einheimischer Billard-Asse, steht wie Wildförster in Velbert unter Kontrakt.

„Der Kelch des Geldes, er geht eben an uns auch nicht vorbei", resümiert Wolfgang Rittmann. Daß dies dem jovialen Verbands-Präsidenten unangenehm ist, kann kaum angenommen werden. „Es trägt zur Belebung der Sache bei." Und noch einen Wunschtraum hat Rittmann: „Raymond Ceulemans in der Bundesliga, das wäre doch ein Riesending. Dann könnte man für ein simples Punktspiel ganze Hallen anmieten."

Der Berliner Dieter Müller wurde bei den Titelkämpfen in Gelsenkirchen zum elften Mal deutscher Meister im Dreiband. Im Finale besiegte der 41 Jahre alte Gastronom den defensiv spielenden Düsseldorfer Günther Schüßler mit 50:35 in 61 Aufnahmen. Der Münchner Johann Waiz nahm die Bronzemedaille mit nach Hause. Im Kampf um Platz drei gewann er knapp mit 50:48 in 69 Aufnahmen gegen den Bochumer Edgar Bettzieche.

GEWICHTHEBEN

Baltic-Cup: „DDR"-Sieg

dpa, Forst

Zu einem überwältigenden Erfolg für die Gewichtheber der „DDR" wurde am Wochenende das Baltic-Cup-Turnier in Forst bei Bruchsal. Das „DDR"-Team, das es sich sogar leisten konnte, auf seine beiden Weltrekordler Joachim Kunz und Andreas Behm zu verzichten, siegte in neun von zehn Gewichtsklassen und gewann die Gesamtwertung mit 67 Punkten vor der Bundesrepublik (46), Finnland (20), Schweden (10), Norwegen (8) und Polen (7). Lediglich im Fliegengewicht, das die „DDR" nicht besetzt hatte, dominierte der polnische Junioren-Weltmeister Bernard Piekorcz.

Zweifellos profitierte die „DDR" vom Fehlen der sonst sieggewohnten UdSSR-Heber. Auch die Polen hatten in letzter Minute aus finanziellen Gründen abgesagt und entsandten nur den Fliegengewichtler Piekorcz. Erfreulich war das Abschneiden der Gastgeber, des Bundesverbandes Deutscher Gewichtheber, bei denen es keinen Versager, aber viele neue Bestleistungen gab. Der zweite Platz in der Endabrechnung bedeutete für die Mannschaft der Bundesrepublik in der 19jährigen Geschichte dieses Turniers die beste Plazierung.

Insgesamt belegten die Athleten der beiden Bundestrainer Ewald Spitz (Leimen) und Rainer Dörrzapf (Fußgönheim) sieben zweite und zwei dritte Plätze sowie einen vierten Rang. Einen ersten Platz belegte der Olympiavierte Peter Immesberger (AC Kindsbach) im Reißen des ersten Schwergewichts.

JUDO / Großhadern wieder deutscher Meister

Neureuther wundert sich über seine eigene Stärke

sid, München

Der TSV Großhadern hat das Duell der beiden Judo-Hochburgen erneut für sich entschieden. Im Rückkampf blieben die Münchener mit 8:7 gegen den VfL Wolfsburg erfolgreich, nachdem der Titelverteidiger bereits eine Woche zuvor den Hinkampf mit 8:6 gewonnen hatte. Beide Vereine sind mit sieben Mannschafts-Meisterschaften nun gemeinsam Rekordhalter des Deutschen Judo-Bundes.

Entscheidenden Anteil am Münchener Sieg hatte wieder einmal Routinier Günther Neureuther. Doch trotz der Freude stand ihm eine gewisse Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben, denn der Bronzemedaillen-Gewinner bei den Olympischen Spielen sinnierte nach seinen beiden überzeugenden Kämpfen über seine gute Form: „Ich bin besser in Schuß als in Los Angeles. Ich weiß auch nicht genau, woran es liegt, vielleicht habe ich im Frühjahr einfach zuviel gemacht." Die Leistung des Europameisters im Halbschwergewicht war um so überraschender, da er in der vergangenen Woche gleich in zwei Autounfälle verwickelt war und sich dabei eine Nackenverletzung zugezogen hatte.

„Für mich ist es in Los Angeles nicht ganz so gelaufen, wie ich es mir vorgestellt habe. Das motiviert mich jetzt auch noch für den Rest der Saison", nennt der 29 Jahre alte Polizeiobermeister einen weiteren Grund für seinen Elan. Gegen Wolfsburgs 20 kg schwereren Axel von der Gröben hielt Neureuther im Schwergewicht ein Unentschieden, den Kampf gegen den Wolfsburger Norbert Rühl im Halbschwergewicht beendete er bereits nach 55 Sekunden. Neureuther: „Jetzt sind die deutschen Einzelmeisterschaften in Hamburg das nächste Ziel."

So motivierend Neureuthers Leistung vor 1000 Zuschauern auf seine Mannschaftskameraden wirkte, so enttäuschend verlief der Auftritt des Olympiasiegers Frank Wieneke für den VfL Wolfsburg. Der 22 Jahre alte Halbmittelgewichtler kam in seinem ersten Kampf über ein Unentschieden gegen Christian Sebald nicht hinaus, sein Sieg im zweiten Durchgang gegen Peter Weininger war zwar deutlich, aber glanzlos. Der Goldmedaillen-Gewinner suchte auch keine Entschuldigung: „Ich weiß selber, daß ich nicht gut war. Mir fehlt einfach die Motivation. Nach Los Angeles wurde mehr gefeiert als trainiert."

Wo im Frühjahr noch tägliches Training angesagt war, reichten in der letzten Zeit drei Einheiten in der Woche. „Außerdem ist es schwieriger geworden. Jeder Gegner versucht mit defensiver Taktik zumindest ein Unentschieden gegen mich zu holen." Eine Ruhepause empfiehlt auch Klaus Glahn, Vize-Präsident des Deutschen Judo-Bundes, dem Vermessungstechnik-Studenten. „Er sollte sich schon auf die neue Saison konzentrieren", sagt Glahn.

Beeindruckt zeigte sich Glahn genauso wie Bundestrainer Heiner Metzler von dem Münchner Helmut Kroiß, der durch seinen Sieg über den Südafrikaner Andrew Hubbard den Großhaderner Triumph perfekt machte.

BASKETBALL

Göttingen gestoppt

sid, Göttingen

Die Basketball-Bundesliga kann Dankschreiben nach Berlin schicken. Denn mit dem überraschenden 80:77-Erfolg beim Meister Göttingen stoppte der DTV Charlottenburg vorerst den drohenden Alleingang der Niedersachsen und verließ als erste Gastmannschaft seit dem 11. Februar 1983 den Hexenkessel der Göttinger Godehard-Halle als Sieger. Der ASC verlor damit am siebten Spieltag die Tabellenführung an den punktgleichen BSC Saturn Köln (beide 12:2), der beim 87:70 gegen Aufsteiger Düsseldorfer BG keine Mühe hatte.

Mit wahren Freudentänzen auf dem Parkett feierten die Charlottenburger ihren Husarenstreich, und ihr Trainer Hannes Neumann meinte überglücklich: „Damit konnte keiner rechnen. Mit Gießen habe ich in der letzten Saison noch mit über 30 Punkten Unterschied verloren." Gleichzeitig bescheinigte er seiner Truppe das beste Saisonspiel.

Mit versteinerter Miene versuchte hingegen ASC-Coach Terry Schofield den Schock zu verkraften: „Es mußte ja einmal kommen. Aber warum ausgerechnet in eigener Halle und gegen Charlottenburg. Den Sieg über Köln haben alle zu hoch bewertet. Dazu hatte Charlottenburg zu Hause gegen Hagen verloren. Da haben einige Spieler falsch gedacht."

In der ersten Halbzeit führte Göttingen noch scheinbar sicher mit 48:39. In den zweiten 20 Minuten rafften sich die Berliner zu einer imponierenden Energieleistung auf, angetrieben vom überragenden Amerikaner Phil Dailey.

VOLLEYBALL

Lohhof hatte viel Mühe

sid, München

Der Meister wankte, aber er fiel nicht. Der SV Lohhof merkte gleich bei seiner Heimpremiere, daß in der neuen Saison der Volleyball-Bundesliga der Damen ein schärferer Wind weht. Gegen die Spielgemeinschaft Jugenddorf-Zentrum (SG/JDZ) Feuerbach, tat sich der Titelverteidiger sehr schwer und gewann erst nach über zwei Stunden Spielzeit mit 3:1 (7:15, 15:12, 15:10, 15:12).

Im Moment ist das Original noch besser als seine Kopie. Denn in Feuerbach soll ein zweites „Modell Lohhof" entstehen. Deshalb wechselten Matthias Eichinger, zuvor Assistent bei Bundestrainer Andrzej Niemczyk, Renate Riek und Ruth Holzhausen nach Feuerbach.

„Ich bin kein Verlierer-Typ. Aber falls ich einmal so ein Spiel wie heute verlieren sollte, kann ich als Bundestrainer nur zufrieden sein", sagte Andrzej Niemczyk, der in Personalunion auch Meister Lohhof betreut. Den Erfolg verdankten die Lohhofer Mädchen ihrem guten Block und der starken Feldabwehr. Auf der Position der Spielmacherin, die nach dem Wechsel von Renate Riek verwaist ist, hat Niemczyk das Rotations-Prinzip eingeführt, gegen Feuerbach waren es hauptsächlich Almut Kemperdick und Beate Bühler. Niemczyk: „Ich bin zufrieden, obwohl beide manchmal total verrückte Entscheidungen treffen." Die schöneren Kombinationen zeigten die Gäste, die neben Stellerin Renate Riek in Nationalspielerin Ute Hankers und Ruth Holzhausen ihre herausragenden Spielerinnen hatten.

SCHACH / WM

Remis nach 21 Zügen

L. P. Bonn

In der zwölften Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow ist so gut wie nichts geschehen. Bereits nach dem 21. Zug bot Kasparow ein Remis an, das der Titelverteidiger direkt annahm.

Kasparow versuchte erst gar nicht, das Spiel zu verschärfen, er gab sich mit Vereinfachungen zufrieden, die fast zwangsläufig zum Remis führten. Karpow braucht weiterhin noch zwei Siege, um seinen Titel verteidigen. Bei dieser Spielweise des jungen Kasparow (21) bleibt nur eine Frage offen: Hat er bereits resigniert, oder glaubt er bei einem Rückstand von 0:4 in einer Zermürbungstaktik noch Chancen zu sehen? Immerhin ist, je länger ein Wettkampf dauert, der jüngere Spieler vielleicht etwas im Vorteil. Doch Anatoli Karpow ist ja auch erst 33 Jahre alt...

Die Notation (Weiß Kasparow, Damengambit): 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 d5, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6, 8.Le2 Lb7, 9.Lxf6 Lxf6, 10.cxd5 exd5, 11.b4 c5, 12.bxc5 bxc5, 13.Tb1 Lc6, 14.0-0 Sd7, 15.Lb5 Dc7, 16.Dd2 Tfd8, 17.Tfc1 Tab8, 18.Lxc6 Txb1, 19.Sxb1 Dxc6, 20.dxc5 Sxc5, 21.Dc2 – Remis.

*

Auch beim Titelkampf der Damen führt die Weltmeisterin. Nach einem Remis in der elften Partie liegt die Russin Maja Tschiburdanidse gegen ihre Herausforderin Irina Lewitina mit 6:5 in Front. Bei den Damen werden Remis-Partien mit 0,5 Punkten mitgezählt, den Titel gewinnt, wer als erste acht Punkte auf dem Konto hat.

TENNIS / Heute beginnt Turnier in Filderstadt

„Die kämpfen hier wie die Henker . . ."

sid, **Filderstadt**

Während Top-Star Kathy Jordan gestern früh im Flughafen-Hotel noch in aller Ruhe ihr Frühstück zu sich nahm, hatte für ihre amerikanische Landsmännin Joanne Russell ein paar Kilometer weiter in der Filderstädter Halle der Ernst des Tennislebens bereits begonnen. Zu diesem Zeitpunkt stand beim 150 000-Dollar-Turnier 17 Kilometer vor den Toren Stuttgarts bereits fest, daß der neue Rekord von sieben deutschen Spielerinnen im 32er-Hauptfeld nicht mehr überboten wurde.

Am Samstag abend war es bereits kurz vor Mitternacht, als sich mit der 16 Jahre alten Silke Meier aus Kaiserslautern die letzte der vier Deutschen gegen die Französin Isabelle Demongeot in der ersten Runde aus dem hervorragend besetzten Qualifikations-Turnier verabschiedete. Zuvor waren die routinierte Stuttgarterin Heidi Eisterlehner gegen Pascale Paradis (Frankreich), Andrea Betzner (Villingen) gegen die Tschechoslowakin Katerina Skronska und Christina Singer aus Göppingen gegen die Schweizer Linkshänderin Petra Delhees-Jauch chancenlos gewesen. Dem Quartett wurde der einmalige Auftritt mit immerhin 300 Dollar versüßt.

„Die kämpfen hier wie die Henker", kommentierte die zierliche Schwedin Carina Karlsson die verbissenen Spiele um die begehrten vier Hauptrunden-Plätze. Die Schwedin, die in diesem Jahr das Viertelfinale des Turniers von Wimbledon erreicht hatte, mußte ebenso in die Qualifikation wie ihre südafrikanische Kollegin Jennifer Mundel, die 1983 in Wimbledon die Runde der letzten acht erreicht hatte.

24 Stunden vor Beginn der Hauptrunde herrschte freilich auch unter den Stars Unruhe. Nervös wie Rennpferde, da auch mit dem intensivsten Training kein 24-Stunden-Tag auszufüllen ist. Der Tisch in der Spieler-Lounge der Cafeteria mit Kathy Jordan, Eva Pfaff und Bettina Bunge erinnerte an die Kabine einer Eishokkey-Mannschaft. Die Amerikanerin trug Eisbeutel auf beiden Schultern, die Königsteinerin auf dem linken Knie, das ihr eine unfreiwillige fünfmonatige Sommerpause verschafft hatte, und die Blondine aus Florida kühlte ihre rechte Schulter.

Über die Zeitumstellung nach dem Flug aus den USA klagten alle, mit herzhaftem Gähnen bei fortschreitender Uhrzeit. Auf Platz zwei versuchte der ehemalige ungarische Basketball-Nationalspieler Otto Temesvari seine wie stets durch perfektes Make-up und besondere Duftnoten aufsehenerregende Tochter Andrea zu disziplinieren. Australiens Warren Jacques trimmte einen Platz weiter den US-Senkrechtstarter Alycia Multon, der CSSR-Hühne Jan Kukal hielt nebenan Österreichs Teenager Petra Huber auf Trab.

Einige, die des Herumlungerns offenbar schon bald müde waren, machten von der Offerte „rent a bike for a ride" Gebrauch und legten per Rad einige Kilometer zwischen sich und die Tennis-Szene. Georgina Clark, britische Hausfrau und Mutter von fünf Kindern, in Filderstadt in ihrer Eigenschaft als WTA-Tour-Direktorin allgegenwärtig, erfüllte geduldig auch den tausendsten Sonderwunsch der nervösen Aktiven.

„Gut, daß ich hier in der Hauptrunde bin", kommentierte Eva Pfaff die von Runde zu Runde immer ausgeglichener und auch verbissener werdenden Qualifikations-Matches, „an einem schwachen Tag könnte es sicherlich so manchen von uns hier schon vorzeitig erwischen." Gestern um 11.47 Uhr, also mehr als 24 Stunden vor dem ersten Ballwechsel der Hauptrunde, konnte die Tschechoslowakin Marcela Skuherska nach der Niederlage gegen Joanne Russell bereits ihre Koffer packen. Der 23jährigen aus Prerov hatte es angesichts der glänzenden Besetzung wenig genützt, daß sie derzeit in der Welt einen durchaus respektablen 85. Rang einnimmt.

Ivan Lendl besiegt

Mit einer Überraschung endeten die internationalen Hallenmeisterschaften von Australien in Sydney. Der Schwede Anders Jarryd besiegte im Finale den Favoriten Ivan Lendl glatt mit 6:3, 6:2, 6:4. Anschließend sagte Jarryd, Sechster der Weltrangliste: „Das war das beste Spiel, was ich jemals gemacht habe. Jetzt habe ich wohl eine Chance, in das schwedische Davis-Cup-Team aufgenommen zu werden."

„Die Doping-Debatte ist Heucheln und Lügen"

dpa, **Berlin**

„Die ganze Doping-Debatte ist ein einziges Heucheln und Lügen." In aller Schärfe kritisierte der schwedische Weltklasse-Diskuswerfer Ricky Bruch am Sonnabend bei einem Symposium des Berliner Leichtathletik-Verbandes über „Aktuelle Probleme des Dopings" die derzeitige öffentliche Diskussion über die Verwendung von Anabolika und anderen offiziell verbotenen Medikamenten durch Leistungssportler.

Der 38jährige – 1972 bei den Olympischen Spielen in München Bronzemedaillengewinner, Ex-Weltrekordler, in diesem Sommer mit 70,48 Metern auf den dritten Platz der Weltrangliste vorgestoßen und selbst schon ertappter und bestrafter Dopingsünder – verteidigte eine sinnvolle, medizinisch-kontrollierte Anabolika-Einnahme der Spitzenathleten während der Trainingsphase. „Anabolika sind Aufbaumittel und für uns Athleten keine Aufputschmittel oder Doping. Wir benötigen das, um den Eiweißverbrauch zu ersetzen, sonst leiden wir bald unter Mangelerscheinungen. Wir Leistungssportler können unseren Proteinbedarf nicht durch Weißbrot und Knackwurst decken."

Was hier im Westen fehle, sei eine offizielle wissenschaftliche und ärztliche Betreuung, meinte Bruch. „Die Blindheit der Verbotseiferer" führe zu einer Überschwemmung des schwarzen Marktes und des Schmuggels mit Anabolika, kritisierte Bruch, der angab, im Namen von 75 Prozent der Spitzensportler zu reden, die gleichfalls Anabolika zu sich nähmen.

Scharf verurteilte der Schwede die bisherige Haltung der internationalen und nationalen Sportfunktionäre: „Ich klage diese obersten Herren an, daß sie es dazu kommen ließen." Auf der einen Seite wollten sie gerne Medaillen, auf der anderen Seite würden sie in der Öffentlichkeit aus sportlichen und ethischen Gründen gegen die Verwendung von Anabolika argumentieren.

Bruch räumte aber auch ein, daß sich eine gefährliche Wende in diesem Bereich abzeichne. Der Griff zu neuen, härteren und gefährlicheren Substanzen nehme zu. Er schlug ein Acht-Punkte-Programm vor, nach dem der aktive Sport das Problem selbst angehen solle. Unter anderem eine Konzentration der Dopingkontrollen auf unter 21jährige, strenge medizinische Kontrollen und Betreuung, Bestrafung bei Doping-Vergehen bis zum Ausschluß von Wettkämpfen oder längere Sperren.

Entscheidend bleibt für den Diskusstar allerdings, „daß die Karten offen auf den Tisch gelegt werden, die Heuchelei endlich aufhört". Seine provozierende Frage an seine bundesdeutschen Kollegen vom Spitzensport: „Warum wagt nicht ein einziger, sich hinzustellen und offen über Anabolika zu reden – haben denn alle Angst vor Repressalien?"

Während der gleichen Veranstaltung sagte Manfred Steinbach, ehemaliger Weitspringer, Ministerialdirektor im Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und Lehrwart des Deutschen Leichtathletik-Verbandes: „Dem Sport bleibt gar nichts anderes übrig, als dem Doping mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen harten Kampf anzusagen."

Er gab aber zu bedenken, daß nicht der Sport das Doping hervorgebracht habe. Es sei eine Eigenschaft der existierenden Gesellschaft, Wohlbefinden und Leistung mittels Pharmaka verbessern zu wollen. Während im Alltag „alles, was uns nicht paßt, über Medikamente gelöst werden soll", entwickle der Bürger beim Doping im Leistungssport eine besondere Sensibilität. „Die Gesellschaft projiziert ihr schlechtes Gewissen auf diesen Punkt", sagte der ehemalige Spitzenathlet.

MODERNER FÜNFKAMPF / Neuer Präsident

Konsequenz des Debakels bei den Olympischen Spielen

sid, **Frankfurt**

Olympia warf lange Schatten. Der schwere sportliche Einbruch der deutschen Mannschaft bei den Spielen in Los Angeles ließ die Rebellen im Deutschen Verband für Modernen Fünfkampf (DVMF) auf dem außerordentlichen Verbandstag in Friedrichsdorf im Taunus zu einem leichten Sieg kommen. Mit einem für einen gut eingefädelten Handstreich ausreichenden Stimmenpaket aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen und Niedersachsen übernahm der 38 Jahre alte Darmstädter Oberstudienrat Klaus Schormann mit seinen Freunden die Führung im Verband (2000 Mitglieder, 300 Aktive).

Die Verlierer sind der langjährige Vorsitzende Walter Grein (57), ein leitender Beamter im Bundesverteidigungsministerium, der Bundestrainer Herbert Rieden (48), der unkündbar ist und nun dem Deutschen Sportbund angedient wird, sowie das Bundesleistungszentrum Warendorf, dem als erstes die DVMF-Geschäftsstelle entzogen wird.

Der Neuaufbau der Nationalmannschaft (Schormann: „Auch die Olympiakämpfer erhalten eine Chance") ist nach sechs Jahren erfolgloser Medaillenjagd und dem „sportlichen Debakel von Los Angeles" (Originalton Walter Grein) ebenso dringend notwendig wie die Einbringung der privat erwirtschafteten 166 000 Mark („schwarze Kasse") in den ordentlichen Etat des Verbandes.

Zu Lasten des alten Präsidiums gingen neben Los Angeles (Mannschaft Sechster, Bellmann 14., Rehbein 21. und Sandow 27.), der „schwarzen Kasse" und der Kopflastigkeit von Warendorf auch der lästige Prozeß mit dem ausgesperrten Athleten Norbert Kühn und die ungeklärten Dopingfragen. Daß Klaus Schormann keineswegs rosige Zeiten erwarten, macht das Abstimmungsergebnis deutlich. Er erhielt bei der Wahl nur 18 von 27 Stimmen (4 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen). Walter Grein trat sichtlich bewegt von seinem Amt zurück, das er zwölf Jahre innehatte. 18 Jahre lang arbeitete er im Präsidium des erst 23 Jahren alten Verbandes. Das Eingeständnis, Fehler gemacht zu haben, verdient Respekt. Irgendwelche Emotionen aber ließ Ottfried Seuberling, bis 1973 in der Hauptverwaltung des Deutschen Sportbundes tätig und jetzt wohl ein Berater von Klaus Schormann, gar nicht erst aufkommen: „So wie er jetzt gestürzt wurde, hat er vor zwölf Jahren Peter Wilhelm Henze abgelöst."

DRESSUR / Verfahrensfehler im Fall des deutschen Pferdes Muscadeur

Beruhigungsmittel im Blut gefunden, aber keine Vorwürfe gegen Reiter Herbert Krug

DIETER LUDWIG, **Düsseldorf**

Für Mannschafts-Olympiasieger Herbert Krug (Hochheim) ist das Spießrutenlaufen zu Ende. Der am Freitag über ein Telex durch den Weltverband (FEI) erhobene Vorwurf, sein dänischer Wallach Muscadeur sei im olympischen Dressur-Viereck mit einer verbotenen Substanz im Blut gestartet, wird nicht mehr aufrecht erhalten.

Mit dieser Nachricht kehrte Dieter Graf Landsberg-Velen aus Luxor/-Ägypten zurück, wo das „Büro" als oberstes FEI-Gremium getagt hatte. FEI-Vize-Präsident Graf Landsberg: „Unerklärlich, wie eine völlig andersgeartete Meldung als die in Luxor abgefaßte in die Öffentlichkeit gelangen konnte. Wir hatten festgelegt, daß das Internationale Olympische Komitee unterrichtet wird, daß ein Dopingverdacht gegen das Pferd Muscadeur nicht mehr besteht. Danach sollte die Presse verständigt werden." Der Schweizer Fritz O. Widmer, Generalsekretär der FEI, hatte in einem Telexschreiben die Presseagenturen dahingehend unterrichtet, das Muscadeur mit einem verbotenen Mittel gestartet sei und daß das Internationale Olympische Komitee dazu Stellung nehmen werde...

Graf Landsberg weiter: „Faktum ist, daß im Blut von Muscaduer das Beruhigungsmittel Promazine gefunden wurde." Und damit beginnen die Ungereimtheiten, beginnen Verdachtsmomente, dem Wallach müsse von dritter Seite etwas gegeben worden sein, „denn", so meinte Equipe-Chef Anton Fischer, „derart hirnrissig konnte Herbert Krug doch gar nicht gewesen sein, seinem Pferd in der Nähe der Goldmedaille eine verbotene Substanz gegeben zu haben, zumal doch jedem Reiter bekannt war, daß das Pferd im Falle eines Sieges oder Erringen eines vorderen Platzes zur Dopingkontrolle mußte." Im übrigen wäre ein Beruhigungsmittel das Allerletzte gewesen, was den Pferden in der Hitze von Santa Anita gefehlt habe, „denn sie waren ja alle regelrecht schlapp, so daß wir sogar Ruhetage einführten", sagt Fischer.

Muscadeur wurde 28 Stunden nach der Vorstellung zur Dopingkontrolle geholt – ohne Wissen des Reiters und ohne Wissen des Equipe-Chefs. Die deutsche Mannschaft war zu diesem Zeitpunkt nach dem Olympiasieg gerade bei der Pressekonferenz. Wenige Tage später schon wurde jedoch die deutsche Mannschaftsleitung der Reiter dahingehend informiert, daß man im Blut von Muscadeur Spuren eines Beruhigungsmittels gefunden habe. Aufgeschreckt von dieser Meldung, wollten die deutschen Delegationsleiter sogar den Kölner Doping-Spezialisten Professor Manfred Donike nach Los Angeles zur Gegenanalyse einfliegen lassen.

Als Donike jedoch nach der B-Probe fragte, jenem Fläschchen, daß das gleiche Blut enthalten muß wie in der A-Probe, wurde ihm mitgeteilt, es sei bereits ebenfalls geöffnet worden. Daraufhin verzichtete der Doping-Experte auf eine Reise nach Kalifornien und wies bereits auf schwerwiegende Formfehler bei der Untersuchung hin. Graf Landsberg-Velen: „Der erste Verstoß lag bereits darin, daß ein zur Dopingkontrolle ausgelostes Pferd unmittelbar nach dem Ritt vorgeführt werden muß, nicht erst über einen Tag später."

Entscheidend bei der Einstellung des Verfahrens gegen Muscadeur war nach Graf Landsberg neben den Verfahrensmängeln, „das man einfach nicht annahm, daß die hochfavorisierten Deutschen sich so einem sträflichen Leichtsinn aussetzen würden, ein Pferd zu dopen und dadurch die Goldmedaille bei entsprechendem positiven Blutbefund zu verlieren."

ZAHLEN • • • ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 8. Spieltag: Rostock – Aue 2:2, Magdeburg – Jena 1:0, Erfurt – Frankfurt 4:1, Brandenburg – Suhl 3:0, Lok Leipzig – Dynamo Berlin 3:2, Karl-Marx-Stadt – Dresden 0:4, Riesa – Chemie Leipzig 1:0. – Tabellenspitze: 1. Dresden 15:1, 2. Dynamo Berlin 12:2, 3. Lok Leipzig 11:5, 4. Magdeburg 11:5. – **Erste englische Division,** 10. Spieltag: Chelsea – Watford 2:3, Coventry – Newcastle 1:1, Everton – Aston 2:1, Ipswich – Queens Park 1:1, Leicester – Arsenal 1:4, Luton – Sheffield 1:2, Manchester United – West Ham 5:1, Stoke – Southampton 1:3, Sunderland – Norwich 2:1, Bromwich – Nottingham 4:1, Tottenham – Liverpool 1:0. – Tabellenspitze: 1. Arsenal 22:11 Tore, 22 Punkte, 2. Tottenham 21:10/19, 3. Sheffield 19:14/18, 4. Nottingham 19:9/17. **WM-Qualifikation,** Europa-Gruppe 4: Luxemburg – Frankreich 0:4. – Afrika-Gruppe: Kenia – Äthiopien 2:1, Tansania – Sudan 1:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Hagen – Osnabrück 95:71, Heidelberg – Bamberg 82:92, Köln – Düsseldorf 87:70, Gießen – Leverkusen 69:73, Göttingen – Charlottenburg 77:80. – **Damen,** 4. Spieltag: Porz/Hennef – Leverkusen 73:66, Köln – München 80:53, Düsseldorf – Osterfeld 102:63, Frankfurt – Marburg 65:59.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 3. Spieltag: Dankersen – Hofweier 19:17, Gummersbach – Essen 15:16, Großwallstadt – Reinickendorf 25:18, Wallau-Massenheim – Düsseldorf 15:15. – **Frauen,** 4. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Leverkusen 14:21, Oldenburg – Jarplund-Weding 26:15, Engelskirchen – Herzhorn 25:17, Kiel – List 12:19. – Gruppe Süd: Nürnberg – Humboldt Berlin 18:16, Malsch – Lützellinden 10:26, Würzburg – Frankfurt 8:22. – **Europapokal der Pokalsieger,** Qualifikation, Hinspiel: Van der Voort/Quinus – Sindelfingen 15:14.

EISHOCKEY

Bundesliga, 5. Spieltag: Köln – Mannheim 2:2, Kaufbeuren – Düsseldorf 7:3, Essen-West – Landshut 3:5, Rießersee – Rosenheim 4:2, Iserlohn – Schwenningen 2:3.

HOCKEY

Bundesliga, Damen, Halbfinale: Braunschweig – Hanau 0:1, Brandenburg Berlin – Hamburg 2:1. – **Aufstiegsspiele,** Damen, Gruppe Süd: Bad Kreuznach – Frankfurt 2:1, Heidelberg – Zehlendorf 1:0. – Gruppe West: Mülheim – RW Köln 4:0, Klipper Hamburg – Club an der Alster 3:0. – **Bundesliga Herren,** SW Köln – Heidelberg 0:1, Limburg – RW Köln 3:1. – **Aufstiegsspiele:** Gruppe Nord: Braunschweig – Großflottbek 0:0, Krefeld – BW Köln 1:0. – Gruppe Süd: Hanau – Ulm 3:0, Bad Dürkheim – Zehlendorf 4:0.

JUDO

Bundesliga, zweiter Finalkampf: München-Großhadern – Wolfsburg 8:7.

ROLLHOCKEY

Bundesliga, 20. Spieltag: Dortmund – Hüls 4:3, Remscheid – Recklinghausen 2:4, Walsum – Darmstadt 7:4, Mönchengladbach – Cronenberg 5:4, Weil – Ober-Ramstadt 2:12, Herten – Düsseldorf 13:3.

RINGEN

Bundesliga, 7. Wettkampftag, Gruppe West: Goldbach – Aldenhoven 20:15, Schwalbach-Schwarzenholz – Aschaffenburg 22,5:16,5, Bonn-Duisdorf – Köllerbach 18,5:20,5, Witten – Schifferstadt 21,5:16. – Gruppe Süd: Bad Reichenhall – Urloffen 16,5:23, Wiesental – Freiburg-Haslach 28:10, Freiburg-St. Georgen – Reilingen 8:28,5, Triberg – Aalen 4,5:34,5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Altena – Düsseldorf 5:9, Grenzau – Reutlingen 6:9, Bremen – Saarbrücken 6:9, Steinhagen – Bad Hamm 9:2, Jülich – Bayreuth 7:9. – **Damen,** 4. Spieltag: Kiel – Soest 9:2, Rinteln – Ahlem 0:9, Kiel – Kleve 9:4.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Friedrichshafen – Gießen 3:0, Fort. Bonn – Paderborn 0:3, München – SSF Bonn 3:1. – **Damen,** 2. Spieltag: Münster – Rüsselsheim 3:0, Lohhof – Feuerbach 3:1, Stuttgart – Vilsbiburg 1:3, Oythe – Langenhorn 3:0.

GEWICHTHEBEN

Balten-Pokal, 52-kg-Klasse: 1. Piekorz (Polen) 225,0 (102,5+122,5), 2. Kantola (Finnland) 190 (87,5+102,5). – 56 kg: 1. Hofmann („DDR") 260 (112,5+147,5), 2. Rinne (Finnland) 210,0 (92,5+117,5), 3. Schwedek (Deutschland) 207,5 (87,5+120). – 60 kg: 1. Letz („DDR") 287,5 (127,5+160), 2. Meier (Deutschland) 250,0 (107,5+142,5), 3. Salmi (Finnland) 225,0 (102,5+122,5). – 67,5 kg: 1. Neiße („DDR") 300 (130+170), 2. Lundquist (Schweden) 272,5 (122,5+150). – Leichtschwer: 1. Bauermeister („DDR") 325 (145+180), 2. Kaczmarek (Deutschland) 315 (140+175), 3. Rönning (Norwegen) 172,5 (112,5+160), 4. Christiansen (Schweden) 270 (120+150). – 82,5 kg: 1. Stellmacher („DDR") 342,5 (157,5+185), 2. Attilo (Deutschland) 300 (125+175). – 90 kg: 1. Jeschke („DDR") 372,5 (165+207,5), 2. Poliacik (Deutschland) 367,5 (162,5+205), 3. Müller („DDR") 355 (150+205), 4. Bergmann (Deutschland) 320 (140+180).

RAD

78. Lombardei-Rundfahrt für Profis (251 km): 1. Hinault (Frankreich) 6:05:13 Std., 2. Peeters (Belgien) 0:58 Min. zur., 3. van Vliet (Holland), 4. Prim (Schweden), 5. Roche (Irland), 6. van der Poel (Holland) alle gleiche Zeit.

TENNIS

Internationale Meisterschaften der Schweiz in Basel, Herren-Einzel, Viertelfinale: Edberg (Schweden) – Smid (CSSR) 7:5, 6:4, Nystroem (Schweden) – Slozil (CSSR) 6:3, 6:4, Wilkinson – Brown (beide USA) 6:3, 6:1, Schapers (Holland) – Vilas (Argentinien) 6:3, 6:1. – Doppel, Viertelfinale: Edwards/-Visser (Südafrika) – Nystroem/Tidemann (Schweden) 4:6, 6:4, 6:2, Becker/Fibak (Deutschland/Polen) – Gunnarsson/Mortensen (Schweden/-Dänemark) 7:6, 6:4, Slozil/Smid kampflos gegen Dowdeswell/van Rensburg (England/Südafrika). – **Internationales Turnier** in Hilton Head, Herren-Einzel, Halbfinale: Arias – Mayotte (beide USA) 7:5, 6:2, Mayer – Davis (beide USA) 6:2, 6:3. – **Internationales Turnier** in Casablanca, Herren-Einzel, erste Runde: Sundstroem (Schweden) – Nadini (Marokko) 6:1, 6:0, Panatta (Italien) – Saber (Marokko) 6:1, 6:4, Pecci (Paraguay) – Omar (Marokko) 6:0, 7:5, Toulasne (Frankreich) – Chekrouni (Marokko) 6:1, 7:5, Gildemeister (Chile) – Assouadi (Marokko) 6:3, 6:4. – **Internationales Turnier** in Tokio, Herren-Einzel, dritte Runde: Moor – Giammalva (beide USA) 7:5, 6:4, Pate – Gullikson (beide USA) 7:5, 6:2. **Internationale Hallen-Meisterschaft** von Australien in Sydney, Herren-einzel, Finale: Lendl (CSSR) – Jarryd (Schweden) 3:6, 2:6, 4:6. – Doppel, Finale: Jarryd/Simmonson (Schweden) – Edmondson/Stewart (Neuseeland/USA) 6:4, 6:4. – **Internationales Damen-Turnier** in Tokio, Einzel, Viertelfinale: Schropp (Deutschland) – Herr (USA) 6:4, 6:0, Foltz (USA) – Rapponi-Longo (Argentinien) 6:1, 6:1, Mostrand (Holland) – Nagelsen (USA) 2:6, 6:4, 6:2. – Halbfinale: Moor – Lapidus (beide USA) 6:3, 3:6, 7:5, Pate – Gilbert (beide USA) 6:3, 7:5. – **Internationales Damen-Turnier** in Tarpon Springs/Florida, Viertelfinale: Benjamin (USA) – Mandlikova (CSSR) 7:5, Aufgabe Mandlikova, Casale – Louie (beide USA) 6:2, 7:5, Bassett (Kanada) – Fernandez (Puerto Rico) 6:1, 6:4, Torres – Gadusek (beide USA) 6:3, 6:4. – Halbfinale: Torres – Benjamin (beide USA) 6:4, 7:6, Bassett (Kanada) – Casale (USA) 3:6, 6:2, 6:3.

RHÖNRAD

23. Deutsche Meisterschaften in Finnentrop, Männer, Sechskampf: 1. Sinz (Leverkusen) 55,15 Punkte, 2. Stempfl (Ansbach) 54,80, 3. Stöcker (Klafeld-Geisweid) 53,35, 4. Dolle (Finnentrop) 53,05, 5. Fischer (Rimpar) 52,30, 6. Löcker (Finnentrop) 51,60. – **Damen,** Vierkampf: 1. Pinkenburg (Taunusstein) 38,65, 2. Haake (Bensberg) und Müller (Finnentrop) beide 36,40, 4. Glasenhardt (Taunusstein) 36,25, 5. Giegerich (Würzburg) 36,00, 6. Gallion (Stuttgart) 35,85.

TRAMPOLIN

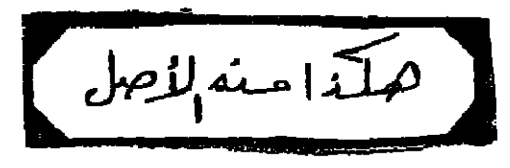
7. Jugend-Europameisterschaften in Leopoldsburg/Belgien, Mannschaftswertung, Herren: 1. UdSSR 189,8 Punkte, 2. Dänemark 184,8, 3. Deutschland 181,1. – Mannschaftswertung, Damen: 1. Deutschland 182,1, 2. UdSSR 181,7, 3. England 179,7. – Doppelminitramp, Herren: 1. Casero 24,5, 2. Sosa 23,3, 3. Celis (alle Spanien) 22,1, 4. Gehrke und Ulbrich (Deutschland) beide 21,6. – Damen: 1. Lehmann (Deutschland) 23,8, 2. Perez (Spanien) 22,1, 3. Schneider 22,0, 4. Krüger 21,8 (alle Deutschland).

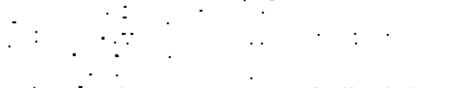
GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Murcia (A. Trymbuhl), 2. König Paus, 3. Baxter, Toto: 96/30, 58, 34, ZW: 3540, DW: 29 784, 2. R.: 1. Hakimi (G. Ording), 2. Amoro, 3. New Commander, Toto: 24/13, 15, 15, ZW: 120, DW: 380, 3. R.: 1. Smaragd (G. Bocskai), 2. Amadea, 3. Waldfix, Toto: 24/14, 19, 17, ZW: 128, DW: 634, 4. R.: 1. Empoli (F. M. Gelhard), 2. Free and Wild, 3. Remy Martin, Toto: 52/18, 22, 34, ZW: 280, DW: 5112, 5. R.: 1. Donna Vita (K.D. Richardson), 2. Sweet Memory, 3. Cronos, Toto: 28/17, 22, 20, ZW: 360, DW: 3644, 6. R.: 1. Altoro (M. Hofer), 2. Bergpanther, 3. Splitt, Toto: 20/14, 16, 16, ZW: 100, DW: 164, 7. R.: 1. Quasar (P. Remmert), 2. Surprise, 3. Music Lady, Toto: 40/19, 17, 54, ZW: 196, DW: 6796, 8. R.: 1. Bino (G. Wegner), 2. Blauer Stern, 3. I'm lad, Toto: 124/30, 22, 22, ZW: 1116, DW: 10 872, 9. R.: 1. Don Felipe (L. Mäder), 2. Amberger, 3. Ramon, Toto: 44/22, 26, 22, ZW: 752, DW: 3628, 10. R.: 1. Waldlerche (Frl. M. Roeseler), 2. Livre, 3. Ganges, Toto: 100/22, 18, 38, ZW: 456, DW: 6472.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 14, 20, 22, 40, 45, Zusatzzahl: 23. – **Spiel 77:** 4 5 9 8 7 6 8. – **Rennquintett:** Rennen A: 2, 10, 12. – Rennen B: 23, 26, 27. – **Glücksspirale:** Endziffern: 8, 97, 296, 5116, 50406, 563389. – Los-Nummer: 0198758, 7819921, 0198413. – Prämienziehung: 445648, 389546, 635659. (Ohne Gewähr).





Pankraz, Sohnrey und die neue Heimatkunst

In einer Wochenzeitung fand Pankraz „das Thema Heimat zur Diskussion gestellt". Es gab ein „Pro" und ein „Contra", und das war schon sehr putzig. Es wirkte etwa so, als habe man das Thema „Essen und Trinken" in Pro und Contra aufgeteilt oder als habe einer gefragt: „Brauche ich zwei Augen und zwei Beine, oder komme ich eventuell auch ohne aus?"

„Heimat" ist kein Diskussionsgegenstand, sondern eine Naturnotwendigkeit, der Raum der Herkunft und der Kindheit, den man zwar hinter sich lassen, aber nicht wegzaubern kann. Und es ist ein ungeheuer prägender Raum, eine Art Brutkasten, in dem der Mensch erst eigentlich zum Menschen gemacht wird, in dem er Modellierungen und Impulse empfängt, die ihn sein ganzes Leben lang begleiten und die er nicht abstreifen kann. Die Heimat verleugnen, sich ihrer schämen oder sie verfluchen bedeutet nicht, sie zu überwinden, im Gegenteil, in der Ablehnung kommt sie oft erst richtig zum Leuchten, bringt ihre unabweisbare Präsenz am intensivsten, nämlich schmerzhaft, zur Geltung.

Parallel dazu kann man sagen, daß diejenigen, die die Heimat allzeit preisend im Munde führen, sie eher verkleinern und zum Genrebildchen vermiedlichen. Die neue Heimatbegeisterung der „Grünen" zum Beispiel verkürzt den Begriff auf Folklore und vorindustrielles Brauchtum. Die Heimat wird zum polemischen Hammer, der gegen die angeblich durch und durch entfremdete Zivilisation der großen Städte und Ballungszentren ins Feld geführt wird, wobei man geflissentlich ignoriert, daß diese Zentren ja ihrerseits längst zur Heimat für Millionen und Abermillionen geworden sind und daß andererseits auch das Dorf und das „platte Land" längst nicht mehr in vorindustriellen Zuständen verharren. Der scharfe Gegensatz zwischen Stadt und Land, der das Leben im ersten Drittel unseres Jahrhunderts wesentlich mitbestimmte und die polemischen Attitüden der damaligen „Heimatkunst" speiste, ist heute – zumindest in Mitteleuropa – verschwunden.

Pankraz fragt sich übrigens kopfschüttelnd, woher die heutigen „grünen" Heimatideologen ihre Überheblichkeit nehmen, mit der sie auf die alte „Heimatkunst" der Lienhard und Sohnrey, der Frenssen und Stehr herabschauen. Die soeben zu einiger Popularität kommende TV-Serie „Heimat" von Edgar Reitz über ein Hunsrückdorf ist der Anlage und Aussagekraft nach reiner Sohnrey, und ob die „neue Heimatkunst" je einen Frenssen oder einen Stehr wird hervorbringen können, steht in den Sternen.

Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten und Verkehrsmittel haben die von der alten Heimatkunst immer wieder vorgenommene Aufteilung der Menschen in solche, die zu Hause bleiben, und solche, die „in die weite Welt" hinausziehen, obsolet gemacht. Wenn die Reise von San Francisco nach Hinterhupfingen zu einer Angelegenheit von wenigen Stunden wird und auch für Durchschnittsverdiener erschwinglich ist, dann sieht man sich zu oft, um zu wechselseitigen Verklärungen Lust zu bekommen. Das emotionsgeladene und deshalb in der Heimatliteratur besonders beliebte Roman- und Lyrikmodell „Heimkehr nach langer Abwesenheit" stirbt allmählich aus, Kategorien wie Abschied, Sehnsucht oder Enttäuschung des Heimgekehrten über die scheinbar allzu engen Heimatverhältnisse verlieren ihre Bedeutung.

Das zwanzigste Jahrhundert ist freilich nicht nur ein Jahrhundert der Kommunikation und des Verkehrs, sondern auch eines der Vertreibung, der Flucht und der totalitären Inbesitznahme. Millionen von Menschen verließen ihre Heimat nicht freiwillig, sondern wurden daraus unter apokalyptischen Umständen vertrieben, und es wurde ihnen verwehrt, je zurückzukommen. Und vielleicht am schlimmsten: Die Heimat wurde ihnen auch insofern geraubt, als sie von den Vertreibern „vor Ort" gründlich zerstört wurde. Fremde Völker und Sprachen hielten Einzug, Volkstums- und Sprachverbote wurden aufgerichtet, die Geschichte der betreffenden Region wurde umgeschrieben, verfälscht oder zum Tabu erklärt, so daß den Vertriebenen oder Geflüchteten, hießen sie nun Schlesier, Vietnamesen oder Afghanen, tatsächlich ein wichtiger Teil ihrer Identität und damit ihres Lebens abhanden kam. Sie waren und sind die wirklichen Heimatlosen des Jahrhunderts.

Ihre mühsamen Versuche, wenigstens das Bild der *alten Heimat* durch Brauchtumspflege, Heimatforschung aus der Ferne und politisches „Offenhalten" zu bewahren, ist vorab nicht Revanche oder unverbindliches Sich-Erinnern, sondern Äußerung eines elementaren Verlangens nach Identität, Moment einer schrecklichen Tragödie, die noch lange nicht zu ihrem Ende gekommen ist. Es spricht sehr gegen die deutsche Literatur, daß sie sich gegenüber dieser Tragödie weitgehend blind verhält, und es spricht gegen die neuen Heimatapostel von der rot-grünen Couleur, daß sie für die Belange der wirklich Heimatvertriebenen nur Hohn und Zynismus übrig haben. Ihr eigenes „Unternehmen Heimatkunde" wird dadurch tief blamiert.

Der Begriff der Heimat ist bei uns zur Zeit in Gefahr, wieder einmal – nachdem schon die Nationalsozialisten die alte Heimatkunst und die Blut-und-Boden-Kunst von Friedrich Griese und anderen für ihre Zwecke mißbraucht hatten – vordergründig funktionalisiert zu werden. Er soll politischen Schlagworten wie „Anti-Atom", „Ami go home", „Chemie ist Mord" usw. Tiefenschärfe und Resonanzboden verschaffen. Aber dazu ist er denn doch zu triftig und zu allgemeingültig. Der Raum unserer Herkunft und unserer Kindheit bietet nicht nur kurzschlüssigen Ideologen Halt, diesen vielleicht am allerwenigsten. Das heimliche Versprechen, das er enthält, wird gewiß nicht an der nächsten Straßenecke eingelöst.

Pankraz

F. Hummels Oper „Blaubart" im Frankfurter TaT

Nun auf Freuds Couch

Die Ruchlosigkeit des Frauenmörders Blaubart ist als Opernsujet längst vergeben, an Béla Bartók und Paul Dukas, und auch der verlotterte Hof des Ritters, an dem der Schwachsinn epidemisch um sich greift, ist ein für allemal durch Jacques Offenbach okkupiert. Im „Blaubart" des Jungkomponisten Franz Hummel, einem Psychotrip mit tödlichem Ausgang, der jetzt im Frankfurter Theater am Turm in Abwesenheit der etablierten Premieren-Roués seine Uraufführung erlebte, handelt es sich um einen Problemfall aus der Praxis des Sigmund Freud: Blaubart tritt überhaupt nicht auf, er ist lediglich das Angstsyndrom der Patientin Dora. Susan Oswell hat das ein wenig nebulose Libretto nach Texten von Sigmund Freud und Georg Trakl zusammengestellt, unaufhörlich Rausch, Hingabe, Leid und Tod suggerierend.

Die Kammeroper für Streichquintett, vier Singstimmen und sechs Darsteller schöpft auf recht ökonomische Art aus dem modernen Klangarsenal. Die Musik ist rundum psychoanalytisch kalkuliert; keine Note nimmt einen zufälligen Platz ein. Auch hier zielt der Komponist, freilich konsequenter als im Ballett „Ecce Homo" und der Oper vom „König Ubu", auf komplexe Einfachheit, teilt sich stark, direkt und oft erstaunlich klangschön mit. Atonale Ausfälle stören kaum, weil sie immer wieder durch emotionsstarke Passagen zurückgeholt werden. Und wenn es zu kuriosem Aktionismus und erotischem Handgemenge kommt, ist die Musik *immer dicht dabei*, auch wenn sie sich gegen Ende ein wenig ängstlich an Zitate klammert und im kunstvoll verfremdeten Bach-Choral einem überraschenden Fixpunkt zusteuert. Eine wahre Freude ist Hummels Musik, wenn sie scheinbar unergründliche psychologische Zusammenhänge auf einen einfachen harmonischen Nenner bringt.

Das engagierte, unverkrampfte Spiel der fünf Streicher, aus der Jungen Deutschen Philharmonie rekrutiert und durch Bernhard Lang sachkundig koordiniert, grenzt an eine Interpretation oberen Ranges. Und auch die Sänger – Eva Csapo, Monika Moldenhauer, Werner Brenner und Rolf Kühne – ließen sich nicht in die Parade fahren. Doch Hummel mißtraut den Sängern nicht minder als den Musiktheaterregisseuren und gab sein neuestes Opus in choreographische Hände. Auf der mit scheckigen Kleiderhalden zugedeckten Bühne werden seelisch kaputte Typen vorgeführt, die auch der Wunderdoktor Freud nicht mehr kurieren kann. Rosamund *Gilmore läßt sie hart und* eindeutig agieren und laboriert mit immer neuen Verdeutlichungsposen. Susan Oswell als klinisches Exempel Dora führt choreographische Kunst in Bestform vor.

Auf Schritt und Tritt konnte man ahnen, was möglich gewesen wäre, hätte Franz Hummel etwas mehr das Handwerkszeug der von ihm so verachteten Oper gebraucht, statt das beifallfreudig aufgenommene Stück nur choreographisch einzukreisen. Aber vielleicht ist es absurd, von einem Komponisten, der einstweilen noch zwischen Versprechen und Erfüllung steht, mehr zu verlangen als das, was er im „Blaubart" zeigte.

HEINZ LUDWIG

Nicht-Rhetoren und Transzendental-Belletristen – Die Herbsttagung '84 der Darmstädter Akademie

Aber Galgenlieder soll man vorlesen

„Sehr zu verehrende offizielle Respektpersonen, meine sehr verehrten Damen, werte Herren", begann der Gießener Philosoph Odo Marquard, aus Hinterpommern gebürtig, seine Dankesrede für den ihm von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung verliehenen Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa. Und in der Tat saßen vor ihm im aufsteigenden Parkett des Großen Hauses des Darmstädter Theaters eine Anzahl solcher Respektpersonen, wenn auch kein amtierender Bundespräsident darunter war, wie noch im vergangenen Jahr, sondern nur ein um zwei Wahlperioden zurückliegender Inhaber des Amtes wie Walter Scheel, dessen Wahl zum Ehrenmitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung einmal den Zorn und den jähen Austritt Thomas Bernards hervorgerufen hatte.

Odo Marquards Rede war, wie man von ihm erwarten durfte, von köstlich-kauzigen Termini erfüllt, wie etwa Usualismus (der Sinn für die Unvermeidlichkeit von Üblichkeiten). Er machte ihm als einem der jüngsten Retter der Philosophie vor Langeweile und Unverständlichkeit alle Ehre. Ebenso gelungen und Heiterkeit ausstrahlend war die Laudatio von Wolf Lepenies, der dem durch ein Reclam-Heft *mit dem Titel* „Abschied vom Prinzipiellen" populär gewordenen Philosophen bestätigte, ein wahrer „Transzendental-Belletrist" zu sein.

Die gleiche Leichtigkeit konnte man in der Lobpreisung Helmut Heißenbüttels auf seinen Freund Ernst Jandl, der in diesem Jahr den begehrten Georg-Büchner-Preis empfing, nicht entdecken: Sie war eher langatmig und blaß und lebte eigentlich nur in den reichlich eingestreuten Zitaten aus dem Œuvre des Preisträgers auf. Auch dieser selbst glänzte am lebhaftesten, als er ein eigenes Gedicht zu einer Zeile aus Büchners „Woyzek" mit der gleichen stupenden Stimmgewalt vortrug, wie er zwei Tage zuvor bei einer viel bewunderten Lesung seinem übrigen Schaffensteil Gerechtigkeit widerfahren ließ. Das Jandlsche Werk in seiner Stellung zwischen Morgensterns „Galgenliedern" und der konkreten Poesie fällt einigermaßen aus dem Rahmen der bisher mit dem Preis ausgezeichneten Lebenswerke heraus und dürfte vermutlich nicht die rückhaltlose Zustimmung aller Akademie-Mitglieder gefunden haben.

Wie die meisten früheren Laureaten des hoch angesehenen Preises machte auch Jandl einen Ansatz zur Würdigung Büchners. Aber er sprach mit einiger Entschiedenheit aus, daß er ja nicht als Rhetor preisgekrönt worden sei und schon gar nicht um einer noch zu erbringenden Leistung willen, sondern mit dem, was er schon vorher geleistet habe.

In einer ganz besonderen Lage befand sich der Dritte der in Darmstadt Geehrten, der vor allem durch sein Buch „Das Feuer des Heraklit" als Essayist hervorgetretene Naturwissenschaftler Erwin Chargaff, ein New Yorker aus der k. u. k. Monarchie. Hätte man ihm, so führte er selbst in seiner Danksagung aus, als Doktoranten der Chemie prophezeit, er würde im reiferen Alter einmal in Deutschland den Merck-Preis erhalten, so hätte er, zwischen Unglauben und Stolz schwankend, sicherlich gemeint, es handele sich um eine Auszeichnung, die das bedeutende Industrieunternehmen dieses Namens für erfolgreiche Forscher ausgeschrieben habe, und nicht um eine literarische Ehrung, die dem Gedächtnis des Darmstädter Kriegsrates und Goethe-Freundes Heinrich Merck gewidmet ist. Chargaff revanchierte sich mit einer schönen Definition des Essays als literarischer Gattung, der er sein Leben lang in deutscher Sprache gehuldigt habe, neben den Hunderten von wissenschaftlichen Abhandlungen, die er auf Englisch habe schreiben müssen.

Das Hauptthema der diesjährigen Herbsttagung lautete „Kind und Literatur – Literatur für Kinder?" Es war wohl so zweigleisig und obendrein interrogativ formuliert worden, weil man nicht so recht wußte, was dabei herauskommen würde. Es sei ein Glücksfall gewesen, gab der entwaffnend heiter gestimmte Akademie-Präsident Heckmann zu verstehen, daß sich durch die Verschiedenheit der Denkansätze bei den beiden Referenten, dem Schriftsteller Peter Härtling und der Kultursoziologin Katharina Rutschky, so etwas wie ein Spannungsbogen ergeben habe.

In der Tat bewegte sich Härtling bei seinem Appell „Helft den Kindern, helft dem Buch!" auf den gewohnten Bahnen einer Lobpreisung des Lesens nebst der üblichen Abwehrhaltung gegen die angeblich verdummenden elektronischen Medien.



Erhielt in Darmstadt den Georg-Büchner-Preis: Der österreichische Lyriker Ernst Jandl FOTO: ISOLDE OHLBAUM

Die bis zur Schnoddrigkeit kühle, sehr berlinische Soziologin ging dagegen von Umfragedaten und den entgegengesetzten elterlichen Angstschreien aus: „Unser Kind will überhaupt *nicht lesen!" und* „Unser Kind hat die Lesewut!" Es liegt in der Verherrlichung des Lesens an sich auch eine vage Kulturbeseligung, als erwerbe man die Kenntnis des Alphabets hauptsächlich zum Studium von Hölderlin-Oden. Sicherlich gibt es auch Motive für den Erwerb höherer Bildung wie den Drang nach beruflichem Fortkommen, die man als junge Kämpferin von 1968 mindestens als ebenso schmutzig empfinden müßte wie das das Bedürfnis nach pornographischer Lektüre.

Ein wenig vergaloppierte sich Frau Rutschky auch mit der Behauptung, daß das Vorlesen bzw. das Anhören von Vorgelesenem – sei es zu Hause, sei es in der Schule – an das Selberlesen nicht heranführen könne und daß vor allem die Lesungen von reisenden Dichtern nichts mehr mit Literatur gemein hätten, sondern allein dem Verlangen nach Betrachten oder gar Anfassen von Autogrammidolen gelten. Recht behielt sie nur insofern, als die im Laufe der Tagung veranstalteten Lesungen von Barbara Frischmuth, Gert Hofmann, Guntram Vesper und Eva Zeller ungeachtet ihrer Qualität nichts zu der Erhellung des Tagungsthemas beitrugen.

Aber wie kann man zum Beispiel leugnen, daß sich die Hunderttausende von Ehepaaren oder Freunden, die sich fast täglich wechselseitig oder auch einseitig vorlesen, Diener des gedruckten Wortes seien? Und muß Literatur überhaupt gedruckt oder auch nur – man denke an die Rhapsoden – geschrieben sein? Frau Rutschky entwarf ein überzeugendes Bild vom lesenden Kind als einem Flüchtling aus der Wirklichkeit, der sich in einen undurchdringlichen Kokon einspinnen könne. Das gleiche kann man in der Untergrundbahn bei Jung und Alt bei Heftchen wie bei dickleibigen Wälzern beobachten.

Zum Thema dicke und dünnere Bücher: Auf einer Pressekonferenz während der Tagung stellte der Präsident der Akademie eine neue, in Umfang und Aufmachung bescheidenere Schriftenreihe vor, die vielleicht in Zukunft die teuren und schwer absetzbaren Akademiereihen ablösen könnte. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß man ab 1984 von einer Aufteilung der Jahresbände in zwei schmale broschierte Bände wieder abgehen und sich im Inhalt allein auf die Wiedergabe der beiden Tagungen im Frühjahr und im Herbst beschränken wolle.

HELLMUT JAESRICH

Zum zweiten: „Der Park" von B. Strauß in München

Hier stand Beckett Pate

Am Ende ist sogar der Park verschwunden, ersetzt durch ein Riesenbild, das die ganze Bühne einnimmt. Wenn das kein Abstieg ist! *Von Shakespeares Wald* über *Botho* Straußens Park bis hin zum reinen Natur-Ersatz. Wie soll's da Menschen und Göttern besser gehen? Vor dem Gemälde sitzt der Sohn der Elfenkönigin Titania, gezeugt mit einem Stier, und labert antriebsschwach nicht nur das Stück zu Ende, sondern offenbar die westdeutsche Menschheit gleich mit. In Dieter Dorns Münchner Kammerspiel-Inszenierung des Schauspiels „Der Park" von *Botho Strauß – der zweiten nach der* Freiburger Uraufführung – haben Ionesco und Beckett Pate gestanden. Shakespeares „Sommernachtstraum", der hier angeblich mit ein paar Standard-Figuren unserer lieben *Bundesrepublik konfrontiert wird,* hat da nicht die Spur einer Chance. Er wird ins Absurde verkehrt, er ist eine Art „Endspiel" geworden, in dem das Nichts stupide vor sich hinkalauert.

*Man macht in München eine merk*würdige Erfahrung: Die Inszenierung, die selbstverständlich sehr viel durchdachter, schärfer und handwerklich sicherer ist als die Freiburger Uraufführung, legt die Schwächen *des Stückes sehr viel schmerz*licher bloß. In Freiburg hielt man sich an die Gags und Pointen und kam damit recht und schlecht über die Runden. In München legt Dieter Dorn Bedeutungen unter, läßt Verluste spielen, hilft mit Ästhetik nach. Und siehe da: Botho Strauß, so scheint es, hat ein ziemlich albernes Stück geschrieben, bei dem man sich nach fünf Stunden Aufführungsdauer fragt, ob der Shakespeare-Schuldner Strauß nicht den „Sommernachtstraum" verwechselt hat mit „Viel Lärm um nichts".

Dieter Horn hat einen klugen, aber *tödlichen Einfall gehabt.* Das Elfenkönigspaar Titania und Oberon, die auf die Welt kommen, um den Menschen die im Wohlstand versunkene Sinnlichkeit zurückzugeben, besetzt er wie Philemon und Baucis. Maria Nicklisch und Peter Lühr spielen die Elfen einerseits mit der perversen Alterssexualität, die ein bißchen schwachsinnig wirkt, albern und traurig. Wenn sich diese beiden Alten im Park den Passanten exhibitionistisch präsentieren, wirkt das nicht nur abstoßend und untauglich, es baut vielmehr das Scheitern von vornherein ein.

Andererseits gewinnt Dorn am Ende mehr tragischen Effekt. Wenn Pe*ter Lühr, zum Datenfachmann* mit Verkehrsunfall heruntergekommen, mit Maria Nicklisch am Kaffeehaus-Tisch sitzt und nicht begreift, was da eigentlich um ihn herum geschieht, dann hat das bittere Züge. Eine Welt *ist zu Ende gegangen, untergetaucht* in leerer Betriebsamkeit und innerer Öde. Philemon und Baucis beziehen sich in inniger Liebe aufeinander, aber diese Liebe wirkt albern, senil, lächerlich, weil eben Menschen, die *sich noch aufeinander beziehen,* längst nicht mehr ins Bild gehören.

Das Unterlegen dieses tragikomischen Aspektes, das dem Stück seine Belanglosigkeit nehmen soll, hat die gegenteilige Folge. Die Beziehungs*probleme in den Ehepaaren, die Stan*dortlosigkeit der jungen Generation, die Erfolgsgeilheit des schwulen Künstlers Cyprian (als Dali-Verschnitt: Romuald Pekny) – das alles wirkt vor diesem Hintergrund wie *flottes Kabarett. Fragt der eine:* „Was für ein Tag ist heute?" Antwort: „Dienstag, Mittwoch." Erstaunte Reaktion: „Dienstagmittwoch." Einwand: „Dienstag oder Mittwoch." Erboste Attacke: „Dann sag es doch. *Laß mich nicht immer raten.*"

Von dieser Güte gibt es unzählige Dialoge. Manchmal treffen sie sogar ins Schwarze. Manchmal ist man sogar begeistert. Aber man glaubt halt eher, in das Kabarett-Programm „München leuchtet" geraten zu sein.

Und dann diese verstellten Bilder. Der Tod kommt zu der Rechtsanwaltsgattin Helen (ein gealtertes Straßengör: Cornelia Froboess). Diese bindet ihm kurzerhand eine Binde vor die Augen. Und schon tappt er hilflos durch die Gegend, findet seine Opfer nicht mehr. Umgekehrt träfe das Bild: Bände Helen sich selbst die Binde um, ignorierte sie also den Tod, *dann könnte man der Szene Sinn ab*gewinnen.

Aber nicht nur das Stück, auch Dorns Inszenierung tappt von Untiefe zu Untiefe. Die Traumszenen, in denen die Menschen verwandelt werden sollen, scheinen aus einer dieser schnieken Plexiglas-Platin-Galerien in der Maximilianstraße zu stammen. Statt Phantasie von gestern, Luxus von morgen. Genius loci? Den Münchnern gefiel das. Viel Beifall und Bravo.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

J. Ljubimows „Verbrechen und Strafe" in Wien

Ein Blutfleck an der Tür

Es ist natürlich Wahnsinn, einen zweibändigen Roman in zweieinhalb Stunden Theater verwandeln, ihn dramatisieren zu wollen. Immer*hin hat Juri Ljubimow* als Bearbeiter von Dostojewskis „Schuld und Sühne" (gemeinsam mit Juri Karjakin) wenigstens vermieden, die Zentralfigur des Raskolnikow allein in ihrer menschenfremden Psychologie vor*zuführen, vielmehr kommen* in der im Wiener Akademietheater zum erstenmal deutsch aufgeführten Bearbeitung „Verbrechen und Strafe" auch eine Reihe von Nebenfiguren und allenfalls illustrative Szenen vor. *Trotzdem wird* der von Dostojewski gebrandmarkte Eigenwille, der zerstörerisch bis zum Mord ist, kaum richtig deutlich. Man kann ihn nur erahnen. Auf der Bühne entsteht lediglich ein Pandämonium der *menschlichen* Leidenschaften, das als Eindruck nach der Vorstellung allein beherrschend bleibt.

Die „Idee", die Raskolnikow „kam" und die er gar nicht als seine eigene empfindet, sondern einer eher *widerwilligen Betrachtung* unterwirft, diese abstruse Idee, die Menschheit durch Vernichtung alles Bösen ins Lot bringen zu können, kann schon deswegen nicht zur Geltung kommen, weil die Dramatisie*rung erst einsetzt, nachdem* die Morde geschehen sind. Man sieht gleich zu Anfang, wenn es auf der offenen, auch späterhin leeren Bühne hell wird, eine Tote in der Ecke sitzen und wird durch einen großen Blutfleck auf der weißen Türe daneben ins Bild gesetzt. Diese Türe ihrerseits erfüllt in der Folge viele dramatische Funktionen, wird auf- und zugeschlagen, ausgehängt, zur Bühnenmitte getragen, dort freistehend abgeschlossen und so fort.



Geheimnisvolles Spiel mit einer Tür: Gerd Böckmann als Raskolnikow FOTO: FRANZ HAUSNER

Es geht nur darum, wie sich Raskolnikow, der mit dieser Tat den Beweis dafür liefern wollte, daß er in der von ihm geschaffenen Kategorie der „außergewöhnlichen und gewöhnlichen" Menschen zur ersten Gruppe zählt, zu den Morden stellt. Was ihm – wie man weiß, aber auf der Bühne kaum vor Augen geführt bekommt – die Minderwertigkeitsgefühle nehmen soll, die ihm von der besorgten Mutter eingepflanzt worden sind. Sein Leitbild ist der Menschenverächter Napoleon, was der Regisseur zu einem kleinen Gag ausnutzt, indem er einen Darsteller listig ein Napoleonfigürchen aus der Brusttasche ziehen läßt.

Den Tatbestand stellt Ljubimow, nun als Regisseur, in einer äußerlich unerhört dramatischen, lärmerfüllten, mit krassen Lichteffekten glänzend ausgestatteten Szenerie eindrucksvoll dar. Die Darsteller sind zu einer oft ins Groteske gehenden Gestik angehalten, brechen unaufhörlich in Schreie aus. Um so wirksamer freilich sind dann die Dialoge und *Monologe, die im* normalen Tonfall gesprochen werden. Hier glänzte Wolfgang Gasser als Swidrigailow, während dem Raskolnikow Gerd Böckmanns kaum ein ruhiges Wort vergönnt ist. Ihn reißt eine exzessive innere Spannung immer wieder zu lautstarken Ausbrüchen hin, die nicht im Text begründet sind. Böckmanns Leistung als ganze aber war bewundernswert.

Alle Darsteller sind großartig, allem Anschein nach vom Regisseur nicht nur geführt, sondern auch begeistert. Eigens hervorzuheben ist Elisabeth Orths Katerina Iwanowa. Das Stück endet damit, daß Raskol*nikow im Sträflingslook ein* Schulheft zitiert, worin er als Held gefeiert wird. Ein solcher Satz war es auch, der Ljubimow zu seiner Dramatisierung angeregt hatte, weil er darin die vollkommene Desavouierung des Dichters erkannte.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Großer Preis an „Malambo" von M. Dor

dpa. Mannheim

Milan Dors Erstlingsfilm „Malambo" wurde mit dem „Großen Preis" der 33. Mannheimer Filmwoche ausgezeichnet. Der Preis, der mit 10 000 Mark verbunbden ist, ging damit zum erstenmal an einen Österreicher. Den ebenfalls mit 10 000 Mark dotierten Preis für den besten Film „junger Filmländer", der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gestiftet wurde, teilen sich der Inder Nirad Mohapatra mit „Fata Morgana" und der Libanese Henry Srour mit „Leila und die Wölfe".

Japan-Korea-Tournee der Philharmoniker

dap. Berlin

Das Berliner Philharmonische Orchester startete am Wochenende zu seiner Japan-Korea-Tournee unter Leitung von Herbert von Karajan. Die Konzertserie beginnt am 18. und 19. Oktober in Osaka und führt über Tokio nach Seoul. Am 31. Oktober kehrt das Orchester nach Berlin zurück.

Reaktionen in der ČSSR auf den Nobelpreis

dpa. Wien/Prag

Mit Zurückhaltung hat die ČSSR auf die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an den tschechischen Dichter Jaroslav Seifert reagiert. Im Gegensatz dazu stand die Berichterstattung der amtlichen Agentur ČTK für das Ausland, in der Seifert als maßgeblicher Literat gewürdigt wird. Fast alle Zeitungen der ČSSR brachten am Freitag die Nachricht von der Nobelpreis-Entscheidung der Schwedischen Akademie an versteckter Stelle mit der textgleichen Formulierung, daß Seifert „ausländischen Nachrichtenagenturen zufolge" der Literatur-Nobelpreis zuerkannt worden sei. Erst am Freitag nachmitta[illegible] ...igte die Regierung den No[illegible] durch einen offiziellen[illegible] Kulturminister Milan[illegible] Krankenbett des Dicht[illegible]

Bonn schlägt Jap[illegible] Jugendaustausch

Eine Belebung des J[illegible] tausches vor allem nach [illegible] hat eine Bonner Regier[illegible] gation bei zweitägigen [illegible] japanischen Kulturgesprächen [illegible] Tokio angeregt. Zum Absc[illegible] nach dem bilateralen Kultur[illegible] men von 1957 alle drei Jahre findenden Konsultationen sc[illegible] die deutsche Seite dazu konkret[illegible] ne engere Zusammenarbeit d[illegible] nicht-kommerziellen Reiseagenturen für Jugendliche sowie die Schaffung verbilligter Flugmöglichkeiten vor.

Konferenz über die deutschen Hugenotten

DW. Berlin

Eine internationale Konferenz über die Geschichte der hugenottischen Glaubensflüchtlinge in Deutschland und Europa findet im September 1985 im Hause der Historischen Kommission zu Berlin statt. Anlaß sind der 300. Jahrestag der Aufhebung des Edikts von Nantes, das den französischen Protestanten von 1598 bis 1685 ihre religiösen und bürgerlichen Rechte garantiert hatte, und die 1685 erlassenen Aufnahme-Edikte mehrerer deutscher Staaten für die geflüchteten Hugenotten.

Monolith aus römischer Epoche gefunden

AFP, Baalbeck

Ein Monlith aus der römischen Epoche ist in der antiken libanesischen Stadt Baalbeck (Heliopolis) entdeckt worden. Der riesige Steinblock mit den Maßen 21,5 × 5 × 5 *Meter wiegt fast 1000 Tonnen und* ist noch nicht fertig bearbeitet. Er wurde in der Nähe der Jupiter und Bacchus geweihten Tempel von einem Hobby-Archäologen rund 100 Meter entfernt von dem „Stein der schwangeren *Frau*" *genannten* größter Menhir der Welt entdeckt. Offenbar waren die beiden Steinblöcke für einen weiteren Tempel bestimmt. Die ältesten Ruinen von Baalbeck stammen aus dem 12. Jahrhundert v. Chr. Seit Beginn des Bürgerkriegs 1975 wurden die äußerst wichtigen Ausgrabungen vernachlässigt.

Marcel Odenbach in Marl ausgezeichnet

DW. Marl

Marcel Odenbach, Köln, wurde für sein Video-Band „Die Distanz *zwischen mir und meinen Verlu*sten" (1983) mit dem 1. Marler Video-Kunst-Preis ausgezeichnet. In der Begründung der Jury heißt es, daß der Künstler „seine Vergangenheit in den Zusammenhang von natürlicher und kulturell vermittelter Welterfahrung stellt, ohne dabei an Offenheit zu verlieren". Sonderpreise vergab die Jury an Gusztav Hamos' Arbeit „Der Unbesiegbare" und an Herbert Wentschers Band „Alles bestens – Videolieder".

Vom „Fliegenden Holländer" zum perfekten Versicherungsbetrug auf hoher See: Geisterschiffe im Wandel der Jahrhunderte



„Rette sich, wer kann': Schicksalhafte Begegnung mit dem „Fliegenden Holländer". FOTO: BPK



Wie entstehen die Wellenungetüme?

Freak-Waves oder „Kaventsmänner" (s. nebenstehendes Foto von Don James, ZEFA), wie deutsche Seeleute diese Wellenungetüme nennen, sind das Ergebnis mehrerer Wellensysteme unterschiedlicher Höhe und Länge. Mit brechenden Kämmen donnern sie oft im Winkel zur Hauptwindrichtung, der bei drehendem Wind zu Kreuzseen führt, mit D-Zug-Tempo dahin. Ein Bild chaotischer Hoffnungslosigkeit, das der Portugiese Luis Camões, den Hermann Melvilles den Kommodore der Poeten der See nannte, mit dem Wort „tristesse mares" festhielt. Diese Wellen behindern sich, können aber auch übereinander steigen und so weit über die statistisch berechenbare Maximalhöhe der Seen eines Windsystems hinausgehen. Sie treten einzeln oder in Gruppen auf. Die spanischen Fischer sprechen von den „drei Marias", die in unregelmäßigen Abständen die anderen Wellen überflügeln. Sie bauen sich auf, rasen einige Minuten dahin und verlieren sich wieder.

Die durchschnittliche Wellenhöhe während eines Sturmes hängt von Stärke und Dauer des Windes, aber auch von der Ausdehnung des Seegebietes ab. Das ergibt für den Atlantik nicht selten Höhen von zehn bis zwölf Metern bei Wellenlängen von weit mehr als 100 Metern. Den absoluten Höhenrekord hält eine See, die im Pazifik mit 36 Metern gemessen wurde. Um eine Welle dieser Höhe zu erzeugen, so stellte der britische Kapitän Colin Stuart in dem Buch „Schwer wettersegeln" fest, bedarf es aber einer Windbahn von mindestens 1000 Meilen und einer mittleren Geschwindigkeit von mehr als 100 Knoten (185 Kilometer), 30 Stunden lang.

Eine Studie des National Institute of Oceonography in England stellt fest, daß eine von 23 Wellen die doppelte Höhe des Durchschnitts und eine von 1175 Wellen mehr als das Dreifache der Durchschnittshöhe erreichen. Nur jede 300 000. Welle übersteigt das Vierfache. Kaventsmänner können sich aber auch – ohne Sturm –, aus anderen Windsystemen stammend, plötzlich aufbauen. Das erklärt, warum Hochseefischer manchmal bei ihrer Arbeit mit offenen Luken überrascht werden. Dann können sogar große Trawler wie Steine wegsacken. Gö.

Spekulationen um die „Montrove"

Seit mehr als drei Monaten ist der spanische Fischtrawler spurlos verschwunden

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Gebt nicht auf, sucht weiter – aber nicht nur mit Kriegsschiffen, setzt euren diplomatischen Apparat ein!" Mit den Tränen kämpfend, beschworen Frauen und Mütter von 18 verschwundenen Fischern über Fernsehen und Radio die Regierung in Madrid, die Suche nach dem Trawler „Montrove" nicht aufzugeben. Das Schiff ist seit drei Monaten verschwunden. Es ist nicht das erste. Erst kürzlich ging der Sardinenfänger „Islamar" auf den Sandbänken vor der Sahara unter. Lediglich zwei Mann wurden gerettet. 26 starben.

Der Fall der „Montrove" allerdings erscheint ungleich mysteriöser. Am Nachmittag des 19. Juli verließ der Trawler den Heimathafen Las Palmas auf den Kanarischen Inseln. „Unter den normalen Bedingungen, was Ausrüstung und Sicherheit betrifft", wie die Generaldirektion der Handelsmarine im Madrider Transportministerium versichert. Gewisse Unregelmäßigkeiten tauchten freilich später auf. So unterschied sich die offizielle Besatzungsliste von den Angaben, die Familienmitglieder der Mannschaft machten. Freilich sollen derlei Unregelmäßigkeiten „handelsüblich" sein. Seitdem aber schießen die Spekulationen ins Kraut: Da ist die Rede von Waffenschmuggel größeren Stils, von einer mysteriösen Reise weit in den Süden Afrikas, von Flaggenwechsel unterwegs oder Entführung. Allein letztere Theorie halten auch die Fischerfrauen für möglich.

Am vergangenen Freitag stellte die Kriegsmarine ihre wochenlange Suche ein. Nicht ein Wrackteil, das von der „Montrove" stammen könnte, fanden die Seeleute, die mit Schlauchbooten und Tauchern jeder Blechdose nachfuhren, die in ihren scharfen Artilleriegläsern oder im Radar ausgemacht wurde. Dutzende Schiffe und Flugzeuge waren wochenlang unterwegs. Nichts.

Übrig blieb allein der Entführungsverdacht. Schließlich wurden schon mehrere Fischkutter von Polisario-Rebellen aufgebracht, ihre Besatzungen durch die Wüste nach Algerien verschleppt oder einfach von Bord geschossen. Die Rebellen wollten auf diese Weise die Anerkennung ihrer Hoheit über das von Marokko besetzte Gebiet der Westsahara erzwingen.

Aber auch an diese Möglichkeit glaubt ernsthaft niemand mehr. Zu schwach scheint die Organisation für einen derart verwegenen Coup geworden zu sein. Darüber hinaus hat die offizielle Polisario-Vertretung der Exilregierung mehrfach versichert, damit nichts zu tun zu haben. Andere Terrororganisationen oder halbstaatliche Verbände haben sich bisher aber nicht gemeldet.

Übrig bleibt deshalb nur das traurige Schicksal vieler Fischer auch in unseren Zeiten: Eine plötzliche Kreuzsee (Branchenjargon: Kaventsmann), wie sie sich in schweren Atlantikstürmen immer mal wieder aufbauen kann, brach über dem Trawler zusammen, zerschlug, Abertausende von Tonnen schwer, das Deck oder drang in die offenen Fangräume ein. Dies jedenfalls war das Schicksal der „Islamar 3", die in der gleichen Zeit vor der Westsahara kenterte. Aber von diesem Schiff fand man außer den beiden Überlebenden wenigstens Wrackteile, wenn auch wesentlich weiter südlich als vermutet.

15 Tage nach dem Auslaufen der „Monrove", Anfang August, sollte sich der Trawler bei seiner Reederei gemeldet haben. Aber niemand, kein Amateurfunker, weder die marokkanische noch die mauretanische Küstenfunkstelle oder die ständig den Antlantik überkreisenden Rettungssatelliten, fing je einen Funkspruch der „Montrove" auf. Spaniens Fischer sahen den Trawler zum letzten Mal Ende Juli. Weit südlich ihres Fanggebietes. (SAD)

Clubsessel – Kommandobrücke moderner Piraten

Von HEINZ KLUGE-LÜBKE

Seit 300 Jahren erzählen sich Seeleute die „wahre Geschichte" eines holländischen Segelschiffs und seines Kapitäns, dessen Schwur im Pakt mit Gott und Teufel zum Fluch wird: Bis zum Jüngsten Tag müßten Schiff und Besatzung am Kap der Guten Hoffnung kreuzen, nie dürften sie einen Hafen anlaufen, vor allem aber brächten sie jedem, dem sie in der sturmgepeitschten See auf ihrer schicksalhaften Flucht begegneten, maßloses Unglück.

Entlang der Nordseeküste wurde diese „Story" von Generation zu Generation überliefert, zur besseren Glaubwürdigkeit mit phantasievollen Details versehen. So heißt der verfluchte Kapitän einmal van der Decken, ein andermal Barend Fokke. Plötzlich erzählt man sich von der „Entdeckung" des Kaps, das der Portugiese Vasco da Gama 1497 umsegelte, berichtet über den Seeweg nach Fernost und die neuen Handelskompanien in Indien – die „wahre Geschichte" enthält mit einem Mal nachprüfbares Beiwerk.

Und eines Tages tauchen bei der frühen Würdigung der Entdeckungsreisen da Gamas Passagen aus der Geisterschiff-Sage auf: Der Portugiese sei gegen den Willen der Besatzung am Kap weitergesegelt, habe Steuermann und Seekarten über Bord werfen lassen und verkündet, nun sei Gott der alleinige Steuermann. Seemannsgarn. Historiker widerlegen es.

Immer mehr Seefahrer wollen auf der langen Reise nach Indien dem Geisterschiff begegnet sein, wollen Steuermann und Kapitän auf dem von Sturm und Zeit gezeichneten Schiff gesehen haben. Mal sei es querab vorbeigerauscht, mal direkt auf Kollisionskurs gewesen – aber immer „urplötzlich verschwunden".

Auf der Suche nach Abenteuer und Exotik aus fernen Ländern stießen Dichter und Schriftsteller Anfang des 19. Jahrhunderts auf den großen Sagenschatz der Seefahrt. Ein unerschöpflicher Fundus. Die untrennbare Materie von Dichtung und Wahrheit. Brachte nicht aber auch so manches Schiff eine „fabelhafte" Ladung mit heim – Schwarze oder Mohren, wie sie damals hießen, bisher nie gekannte Tiere, nie gekostete Lebensmittel, nie gesehene Edelsteine, Seide, Gewürze, Dinge, von denen man immer nur „mal gehört" hatte.

So veröffentlichte Wilhelm Hauff (1802–1827) 1825 die Novelle „Das Geisterschiff", Annette von Droste-Hülshoff (1797–1848) schrieb die Ballade „Der Strandwächter am deutschen Meere und sein Neffe vom Lande" (1837), Edgar Allan Poe (1809–1849) die „denkwürdigen Erlebnisse des Artur Gordon Pym", Heinrich Heine (1797–1856) die „Memoiren des Herrn von Schnabelewopski" (1834), die Richard Wagner (1813–1883) nach einer Seefahrt von Pillau nach London 1839 zur romantischen Oper „Der fliegende Holländer" anregten.

Neben dem Geisterschiff wurde auch der Klabautermann literarisch fixiert. Der Schutzpatron sitzt meistens auf dem obersten Segel des vorderen Mastes (Bramsegel). Wenn der Sturm orgelt, dann ist Klabautermann an Bord, wenn es in den Laderäumen ächzt – dann kümmert er sich um Schiff und Ladung.

Auch heute noch kennt jeder Seemann diese Geschichten; er ist abergläubisch wie seine Altvorderen geblieben, auch wenn er sich in der technisierten Welt logische Erklärungen zugelegt hat. So für das Elmsfeuer (elektrostatische Entladung), für Meerjungfrauen (Robben, Seelöwen), für Riesenkraken und Riesenseeschlangen (schwimmende Algenstämme) und sogar für Geisterschiffe. Der letzte historische Piratenüberfall – von den derzeitigen Seeräubern Ostasien abgesehen – fand am 20. September 1832 im Atlantik statt.

Die moderne Variante der alten Gruselgeschichten spielt sich in hypermodernen Büros ab, dort wo wirtschaftskriminelle Piraten dank weltweiter Verbindungen aus ihren Clubsesseln heraus eine wahre Flotte von Geisterschiffen dirigieren.

Schiffsversicherer und Makler kennen die Tricks: Schiffe ändern während einer Reise mehrfach ihre Namen, verschieben wertvolle Ladungen auf hoher See, gehen als Totalverlust spurlos unter. Und so kommt es, daß ein von der Besatzung für die Selbstversenkung präpariertes (und bereits verlassenes) Schiff noch wochenlang „in Fahrt" ist. Nur Wind und Strömung bestimmen noch den Kurs des modernen Geisterschiffes.

Seit dreieinhalb Jahren jagt das von Eric Ellen geleitete „International Maritime Bureau" (IMB, London) Geisterschiffe und ihre Hintermänner; in einem Jahr entlarvte die IMB mit Hilfe auch deutscher Versicherungsgesellschaften See-Schwindeleien mit einer Schadenssumme von rund 300 Millionen Mark.

Trotz modernster Technik, ausgeklügeltster Fahndung und strengen Sicherheitsbestimmungen rechnen Fachleute auch weiterhin mit Totalverlusten, verursacht durch Naturelemente: Wenn zum Beispiel gewaltige Grundseen ein Schiff gleich einer Riesenfaust unter Wasser drükken und nie mehr etwas preisgeben.

LEUTE HEUTE

Knöllchen für Königin

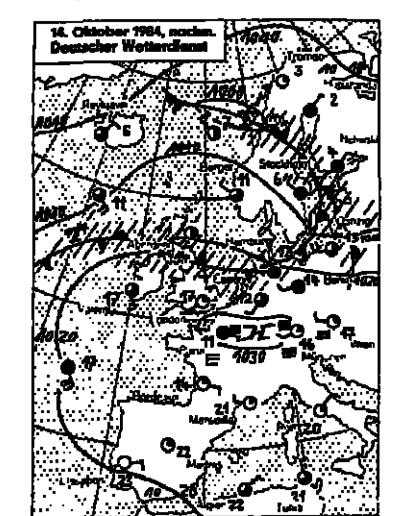
Die spanische Königin **Sofia** ist wegen Geschwindigkeitsüberschreitung mit einer Geldbuße von umgerechnet 210 Mark belegt worden. König **Juan Carlos**, der sich über das Knöllchen aus Mallorca überrascht gezeigt haben soll, erfuhr letzte Woche von dem örtlichen Bürgermeister, daß seine Frau mit Tempo 90 auf einem Straßenstück erwischt worden war, auf dem nur eine Geschwindigkeit von 60 km/h erlaubt ist. Auf Mallorca befindet sich die königliche Sommerresidenz.

Blaues Auge

Der australische Ministerpräsident **Bob Hawke** ist gestern noch einmal „mit einem blauen Auge" aus einem Cricket-Spiel gegen Journalisten davongekommen. Hawke traf mit seinem Holzschläger einen hart geschlagenen Cricket-Ball so unglücklich, daß er ihm ins Auge sprang und seine Brille zerschlug. Der Premier mußte für kurze Zeit ins Krankenhaus.

WETTER: Herbstwetter

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Frankreich bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands. Nur der Nordosten wird von Tiefausläufern überquert.



Stationen 12 bedeckt. West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt. ≡ Nebel. Sprühregen. ● Regen. ✻ Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, kalt. Fronten Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Nordosten: Stellenweise auflockernde Bewölkung mit Regen. Höchsttemperaturen 14, nachts 8 Grad. Westen: Auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Nachmittags nahe 16 Grad, nachts um 8 Grad. Im Süden nach Nebelauflösung heiter und trocken. Tagestemperaturen 18 Grad, nachts Abkühlung auf 9 bis 4 Grad.

Weitere Aussichten:

Freundliches Herbstwetter mit Frühnebel.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	13°	Kopenh.	14°
Dresden	12°	Las Palmas	26°
Essen	12°	London	17°
Frankfurt	9°	Madrid	22°
Hamburg	13°	Mailand	19°
List/Sylt	14°	Mallorca	22°
München	16°	Moskau	4°
Stuttgart	14°	Nizza	21°
Algier	22°	Oslo	14°
Amsterdam	15°	Paris	11°
Athen	26°	Prag	14°
Barcelona	22°	Rom	20°
Brüssel	13°	Stockholm	6°
Budapest	16°	Tel Aviv	30°
Bukarest	16°	Tunis	21°
Helsinki	4°	Wien	17°
Istanbul	21°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.47 Uhr, Untergang: 17.27 Uhr; **Mondaufgang:** 20.55 Uhr, Untergang: 13.45 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Leben in der Dunkelheit

Kongreß der Blindenverbände in Bonn / Drei Jubiläen

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Das Auge ist das Tor zur Welt. Neun Zehntel der von uns aufgenommenen Sinneseindrücke werden durch dieses Organ vermittelt. Kein Sehender erfaßt, was es bedeutet, blind zu sein, in steter Dunkelheit zu leben. Wer sein Augenlicht verliert, der ist in seiner Existenz berührt; er ist abgeschnitten von fast jeglicher, sonst so selbstverständlicher Kommunikation.

Etwa 70 000 Blinde und ebenso viele hochgradig Sehbehinderte leben in Deutschland. Als blind gilt, wer Hell und Dunkel nicht mehr unterscheiden kann oder, so die Definition des Bundessozialministeriums, „dessen Sehschärfe so gering ist, daß er sich in einer ihm nicht vertrauten Umgebung ohne fremde Hilfe nicht zurechtfinden kann."

Bereits im Jahre 1912 haben sich die Blinden Deutschlands zu einer Organisation zusammengeschlossen, die heute den Namen „Deutscher Blindenverband" führt. Dieser Verband und weitere Organisationen aus dem Blindenwesen können mit ihrem heute vormittag in Bonn-Bad Godesberg eröffneten Kongreß, zu dem etwa 1500 Teilnehmer erwartet werden, gleich drei Jubiläen feiern: 200 Jahre Blindenbildung, 175. Geburtstag von Louis Braille und 20 Jahre „Tag des weißen Stocks".

Jahrtausende wurden Blinde einfach ihrem Schicksal überlassen, führten eine Existenz am Rande oder gar außerhalb der Gesellschaft. Erst im Jahre 1784 wurde in Paris durch den Beamten Valentin Haüy (1745–1822) die erste moderne Einrichtung für Blindenerziehung gegründet: die „Institution Nationale des Jeunes Aveugles". Diese bahnbrechende Einrichtung führte zur Gründung weiterer Blindenschulen in ganz Europa (1806 in Berlin).

Während Haüys bekannter Essay „Über die Erziehung der Blinden" (1786) noch im Relief gedruckt wurde, gelang seinem blinden Landsmann Louis Braille (1809–1852) als 16Jähriger im Jahre 1825 eine Erfindung, die es den Nichtsehenden ermöglichte, daß sie ohne Hilfe anderer eigene Bücher und Zeitungen lesen können: Braille ist Schöpfer der auf sechs Punkten basierenden Blindenschrift, die die Grundlage für alle Blindenschriften der Erde bildet. Durch das geniale Grundmuster dieser Schrift, vergleichbar mit der „Sechs" auf einem Würfel, ergeben sich bei verschiedener Hervorhebung einzelner Punkte 63 Kombinationen, genug Symbole, um alle Zeichen unserer Druckschrift darzustellen – inclusive Zahlen. Der Franzose entwikkelte auch eine eigene Notenschrift für Blinde. Selbst den Anforderungen der modernen Datenverarbeitung wird die Braille-Schrift gerecht.

Der dritte Jahrestag betrifft eines der wichtigsten täglichen Hilfsmittel des Blinden, den „weißen Stock", der gesetzlich als Verkehrsschutzzeichen anerkannt ist und heute bereits zum Laser- und Ultraschallstock weiterentwickelt wurde. Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson war es, der am 15. Oktober 1964 erstmals einen „Tag des weißen Stocks" ausrief.

Im Rahmen dieses Kongresses wird auch eine in dieser Form einmalige Ausstellung über die Welt der Blinden gezeigt: Schriften, Materialien und Hilfsmittel vom Beginn der Blindenbildung bis zur modernsten Ausstattung von Arbeitsplätzen für Blinde und Sehbehinderte, etwa ein elektronisches Lexikon mit Braille-Tastatur, sprechende Rechner oder Fernsehlesegeräte. Elektronik und Computer – sie eröffnen wie wohl kein anderes Hilfsmittel zuvor ein neues Feld für die Integration Blinder ins „normale" Berufsleben.

Gehirnjogger unter sich

Club der Superhirne traf sich im holländischen Kloster Rolduc

dpa, Aachen

Sie unterhalten sich am liebsten mit intelligenten Leuten. Aber die sind nach ihrem Maßstab sehr dünn gesät. Nur zwei Prozent der Menschen haben einen Intelligenzquotienten (IQ), der ihren Anforderungen entspricht. Wer in den Klub „Mensa" aufgenommen werden will, muß mindestens einen IQ von 131 haben.

Rund 200 dieser Superhirne trafen sich am Wochenende in dem niederländischen Kloster Rolduc im Aachener Dreiländereck. Die „Internationale Mensa – kooperative Intelligenz" ist eine weltweite Organisation in 90 Staaten mit 70 000 Mitgliedern darunter 166 aus Deutschland – vom Handwerker bis zum Professor.

Der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Udo Schultz (41), Computerspezialist aus Kiel und Programmierer in der Datenzentrale Schleswig-Holsteins, formuliert das Mensa-Bestreben locker: „Wie sich andere zum Kegeln, Skat oder Kaffeekränzchen zusammensetzen, setzen wir uns an einen Tisch (lateinisch: mensa), um zu diskutieren, neue Ideen auszutauschen und voneinander zu lernen, einfach aus Spaß an der Freude, einen Gesprächspartner von gleichem geistigem Niveau zum Gehirnjogging der grauen Zellen zu haben".

Die Mensaner wehren sich dagegen, von geistig Minderbemittelten als elitäre „Intelligenzbestien" oder „Eierköpfe" mißverstanden zu werden. Es nehme doch auch keiner Anstoß an den vielen anderen Klubs mit gleichen Interessen oder für die Superstars dieser Welt. Da könne man es doch den Intelligenten nicht verdenken, meint Schultz, daß sie im Denken eine Bereicherung ihres Lebens sehen, im Gespräch nach neuen Denkanstößen suchen. Ihr Vorteil sei: „Wir müssen beim Diskutieren unter uns nicht bei Null anfangen".

Jeder vermeintlich Normalbegabte scheint keine Chance zu haben. Intelligenz wird einem in die Wiege gelegt. Schultz: „Man hat sie oder nicht". Alles spätere Streben sei vergebliche Liebesmüh.

Wer sich etwa rühmt, in Mathematik immer super, für Sprachen aber total unbegabt zu sein, ist in den Augen der Mensaner verdächtig. Denn intelligente Menschen müßten eigentlich in allen Fächern „zumindest guter Durchschnitt sein", so Schultz.

Das deutsche Superhirn beschreibt Intelligenz als „die Fähigkeit, sich neuen Verhältnissen sehr schnell anpassen zu können und auch sachfremde Gebiete mit logischem Denken zu begreifen". Nicht das Anhäufen von Wissen und Fähigkeiten sei ein Zeichen von Intelligenz, sondern die Fähigkeit zum logischen Denken. Schultz: Auch ein Eingeborener, der Fährten lesen, sich aus Gefahrenzonen heraushalten und überleben könne, habe eine gehörige Portion Intelligenz, auch als Analphabet.

Sind Menschen mit so viel Intelligenz nun eigentlich typische Erfolgsmenschen? Müßten sie nicht die Normalverbraucher nach Belieben austricksen können? Schultz: „Wir nutzen unsere Intelligenz, um unser Leben als Ganzes so angenehm und interessant wie möglich zu machen und uns nicht unbedingt in der Arbeit zu verzehren". Dabei schweben sie nicht immer in höheren Regionen.

So kommt es nicht von ungefähr, daß es viele Computerexperten oder Schachkönner unter ihnen gibt, die im übrigen ohne Neidgefühle seien. So akzeptieren sie ohne weiteres, daß die anerkannt Intelligenteste unter ihnen eine brasilianische Bauchtänzerin ist.

Schulz hat auch dafür eine Erklärung parat: Jenseits von 130 werde nämlich die Spanne so eng, daß letztlich die Tagesform über den höheren IQ entscheide.

Porsches Super-Renner kommt '85

dpa, Stuttgart

Den mit einem Basispreis von 398 000 Mark wohl teuersten serienmäßigen Straßensportwagen überhaupt, den Porsche 959, bringt das Zuffenhausener Werk kommendes Jahr auf den Markt. Nach dessen Angaben sind von dem 400 PS starken Wagen, der eine Höchstgeschwindigkeit von mehr als 300 Stundenkilometern erreicht, drei Ausführungen vorgesehen: Ein Straßensportwagen, ein straßentaugliches Sportfahrzeug und ein reiner Wettbewerbswagen. In dem neuen „Supersportwagen" sollen die Porsche-Technologien bis zum Jahr 2000 programmiert sein: Optimale Sicherheit und entsprechend abgasarme Werte der Hochleistungsmotoren. Der Renner braucht von Null auf 100 Stundenkilometer weniger als fünf Sekunden. Der 2,85-Liter-Sechszylinder-Turbomotor entspricht dem Triebwerk des Rennwagens Typ 956, mit dem Porsche dreimal die Langstrecken-Markenweltmeisterschaft gewonnen hat.

Flugzeug-Telefone

AP, Washington

Nach zehnjähriger Vorbereitungszeit wird in den USA heute ein neuer Telefondienst probeweise seiner Bestimmung übergeben: Der Fernsprechverkehr aus dem Flugzeug mit der Erde. Unabhängig von der Flughöhe können Passagiere jeden Teilnehmer in den USA erreichen. Die Kosten: 5,50 Dollar für die ersten drei Minuten und 1,25 Dollar für jede zusätzliche Minute

ZU GUTER LETZT

„FDP sieht ‚desolaten Zustand' der Opposition", meldete die Deutsche Presseagentur.